

**Straßenterror, Rassismus
und Staatsfaschisierung
2015-2019
-Texte und Debatten-**

Impressum:
1. Auflage 2019
Edition noname
Amadeu-Antonio-Str. 90
01312 Berlin
copyleft
printed

zum Buch:

Wir haben das Buch in vier Kapitel unterteilt; Straßenterror, Geschichtliches, Staatlicher Rassismus und Staatsfaschisierung. Darüber hinaus, haben wir dem Buch zwei Gedichte und die Karten "Brandanschläge und rassistische Angriffe 2015-2018" beigefügt. Bei den Texten sind uns einige schwer zugängliche Begriffe aufgefallen. Aus diesem Grund haben wir dem Textteil ein Glossar angehängt, in dem wir zumindest ein paar Begriffe aufschlüsseln. Die jeweiligen Wörter haben wir im Text kursiv kenntlich gemacht. Um ein Lesen der Texte im Vorfeld nicht abhängig von der verfassenden Gruppe oder der Verfasser*in zu machen, haben wir uns zudem entschieden, die einzelnen Texte nicht mit dem Autor*innenname zu zeichnen. Um trotzdem die Arbeit der einzelnen Gruppe/Autor*in wertzuschätzen und um Bezüge transparent zu halten, findet sich ebenfalls im Anhang eine Liste der Autor*innen.

Inhaltsangabe:

Vorwort	I
Karte 2015.....	III
Karte 2016.....	IV
Karte 2017.....	V
Karte 2018.....	VI
Rosen.....	VII
Mein Herz schlägt.....	VIII
Straßenterror	1
Heidenau im Rückblick.....	2
Wie weiter im Kampf.....	4
Rassistische Gewalt und die neue Dynamik rechter Formierung....	10
Ein wenig mehr als Feuerwehr.....	13
Den Rechten ist es gelungen,.....	17
Antifaschistische Aktion.....	25
Gib mir irgendwas, das bleibt.....	31
Antifa im Zwiespalt.....	36
Rassistische Mobilisierungen in Chemnitz - eine Einordnung.....	40
German Angst.....	50
Toxische Männlichkeit von Kandel bis Chemnitz.....	55
Der Weg der Männer.....	61
Unterm Bruchstrich.....	66
Misogyne Gewalt und rechter Frauen*hass.....	74
Geschichtliches	79
Die Ereignisse von Rostock- eine knappe Chronologie.....	80
Eskalation.....	82
„Hoffnungsschimmer: Die SPD schwenkt ein“.....	85
Ein Blick zurück im Zorn.....	90
„Antifa zu sein war kein Hobby...“.....	93
Staatlicher Rassismus	97
Chronologie des deutschen Asylrechts.....	98
Zwischen grenzenloser Solidarität.....	103
Wie Donauwörth ein furchterregender Ort wurde.....	110
Die tödlichen Folgen Bundesdeutscher Flüchtlingspolitik.....	113
Offensiv gegen unerwünschte Migration.....	115

Security-Gewalt in Unterkünften für Geflüchtete.....	117
Staatsfaschisierung.....	121
Nazis, Rassist*innen und die bürgerliche Mitte.....	122
Die wahre Krise.....	125
Der kommende Faschismus?.....	129
Progressiver und regressiver Neoliberalismus.....	132
Und was ist, wenn das hier erst der Anfang ist?.....	139
Krise des Anti-Faschismus.....	149
Hannibals Schattenarmee.....	153
Rechtsdiener.....	159
Sommerthema Faschisierung.....	162
Hetzkampagnen, Nazi-Bewegung Faschisierung.....	164
Zur Frage der Staatsfaschisierung.....	166
Liste Autor*innen.....	173
Glossar.....	174

Vorwort:

Eine der Motivationen für diese Textsammlung sind die Erinnerungen an Diskussionen und Gespräche aus den letzten Jahren und Monaten, in denen häufig dieses Zögern in der Luft zu spüren war. Dieses Zögern bei der Frage nach (gemeinsamen) Perspektiven, sowie bei der Frage nach wirksamen Strategien gegen den rechten Straßenterror, Rassismus und der Faschisierung. Verbunden mit diesen Erinnerungen sind uns die Monate gewahr, als die AfD „aufkam“ und einige Personen, auch aus antifaschistischen Zusammenhängen, die Partei immens unterschätzten und belächelten. Mittlerweile ist sie (mitsamt ihrem Umfeld) in einigen Bundesländern die stärkste bzw. zweitstärkste Partei. Unzählige Analysen und Erklärungsversuche gab es seither.

Und dazwischen war da noch dieser „Sommer“ (2015), in dem auf einmal eine rassistische, mörderische, mit Diktatoren kooperierende und Abschiebebesetze formulierende Bundeskanzlerin Angela Merkel (als Sinnbild der deutschen Politik) auch von linker Seite als „ganz in Ordnung“ befunden wurde. „Wir schaffen das“ war ihr Eingeständnis, nachdem Geflüchtete auf ihren Weg in die reichsten Länder der Welt das europäische Grenzregime für eine kurze Zeit zum Wanken brachten. „Wir schaffen das“- war eine gute PR-Kampagne, um vom mörderischen alltäglichen Handwerk der deutschen Behörden abzulenken. Das Fazit von „Wir schaffen das“ war am Ende: Grenzen dichtmachen. Festung Europa, ein perfektes Bollwerk aus Frontex, Zäunen, Gesetzen und einem Zusammenarbeiten von Polizei- und Militärapparaten. Trotz tausender im Mittelmeer Ertrunkener und trotz der menschenunwürdiger Zustände, in denen die Angekommenen (über)leben und obwohl es genug Platz für Alle gäbe, war es für „die Besorgten“ immer noch zu viel. Das patriotische „Korrektiv“, das sich um Blut und arisch-deutschen Boden schert, geht seit einigen Jahren wieder auf die Straße, macht selber Politik. PEGIDA & Co war und ist eine Rutschbahn, auf der das neue alte Deutschland ordentlich Schwung genommen hat.

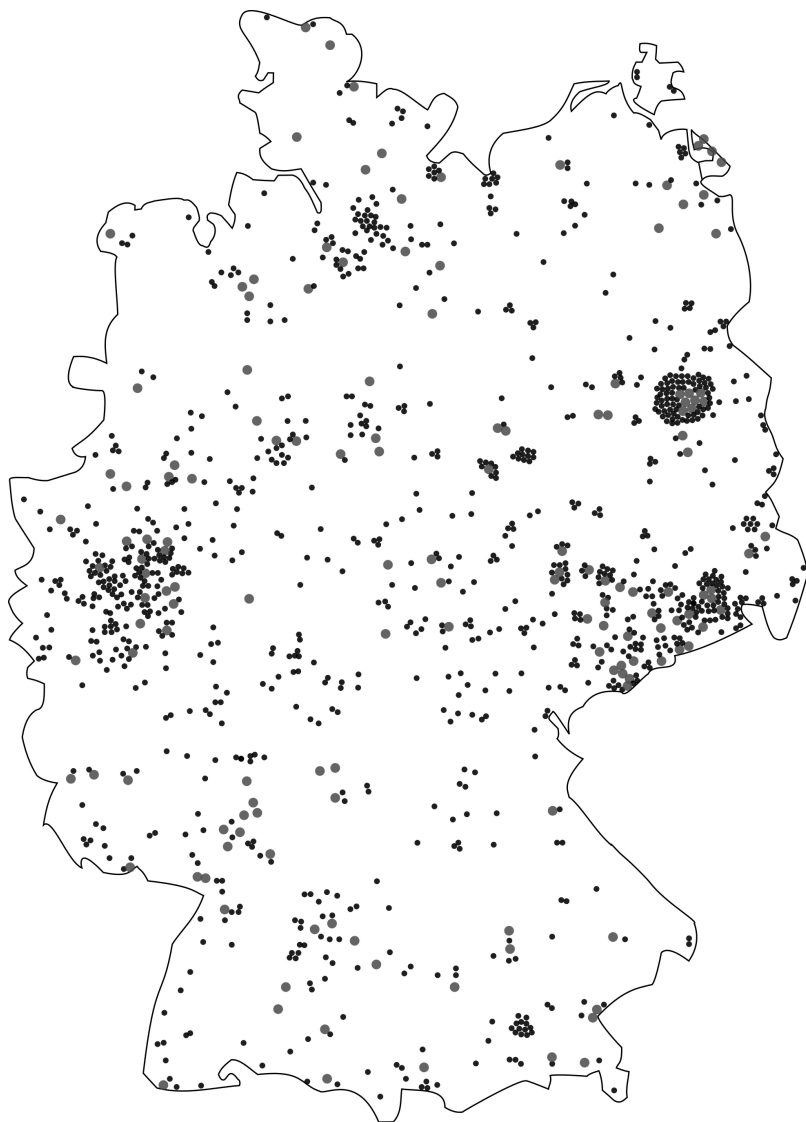
Es entsteht eine Erklärungsnot, warum in weiß-deutschen Kontexten so wenig Ängste und Sorgen geteilt werden, hinsichtlich dessen was ist und was kommen wird und uns alle betrifft - also die alltägliche (faschistische) Bedrohung. Deswegen war es uns wichtig, Texte zu Deutschlands neuen (alten) Lagern mit aufzunehmen, zum mörderischen Ablauf des Migrations-Abwehrsystems.

Wir wissen darum, dass diese Textsammlung nicht komplett ist, vielmehr soll sie ein weiteres Werkzeug für Strategiediskussionen darstellen. Als einen Mangel dieser Broschüre sehen wir die Unterrepräsentation von Texten, die die Wichtigkeit des Patriarchats für die Faschisierung nachzeichnen. Antifaschismus sollte immer auch ein Kampf gegen das Patriarchat sein und feministische Kämpfe immer auch antifaschistisch.

Und ja, diese Broschüre kann gern als fatalistisch gelesen werden, wir leben in beschissenen Zeiten, und es ist allemal besser (aus späterer Betrachtung) sich unnötig vorbereitet zu haben, als irgendwann zu merken dass, es zu spät ist und die Falle (auch für weiß-deutsche nichtjüdische Menschen) zuschnappt.

Unabhängig der empfundenen Zersplitterung unserer Zusammenhänge ist es wichtig, dass wir uns organisieren. Fernab der verschiedensten Aktionsformen heißt Antifa erstmal Antifa heißt Antifa. Ob auf Straßenfesten, Kundgebungen und (Gegen-)Demos, militant oder nicht, laut oder leise, Tag oder Nacht, in der Nachbar_innenschaft, in Vereinen, im Freund_innenkreis oder darüber hinaus. Und natürlich heißt Antifa auch Angriff! Heißt Antifa auch, durch solidarisches Handeln Strukturen aufzubauen, die wir als gemeinsame Räume für unsere Kämpfe verstehen. Los gehts, wenn wir nicht schon dabei sind- lasst uns vielgestaltige Banden bilden in den eigenen Dörfern, Städten, Kiezen- überall dort, wo dies notwendig ist!

Brandanschläge und rassistische Angriffe 2015



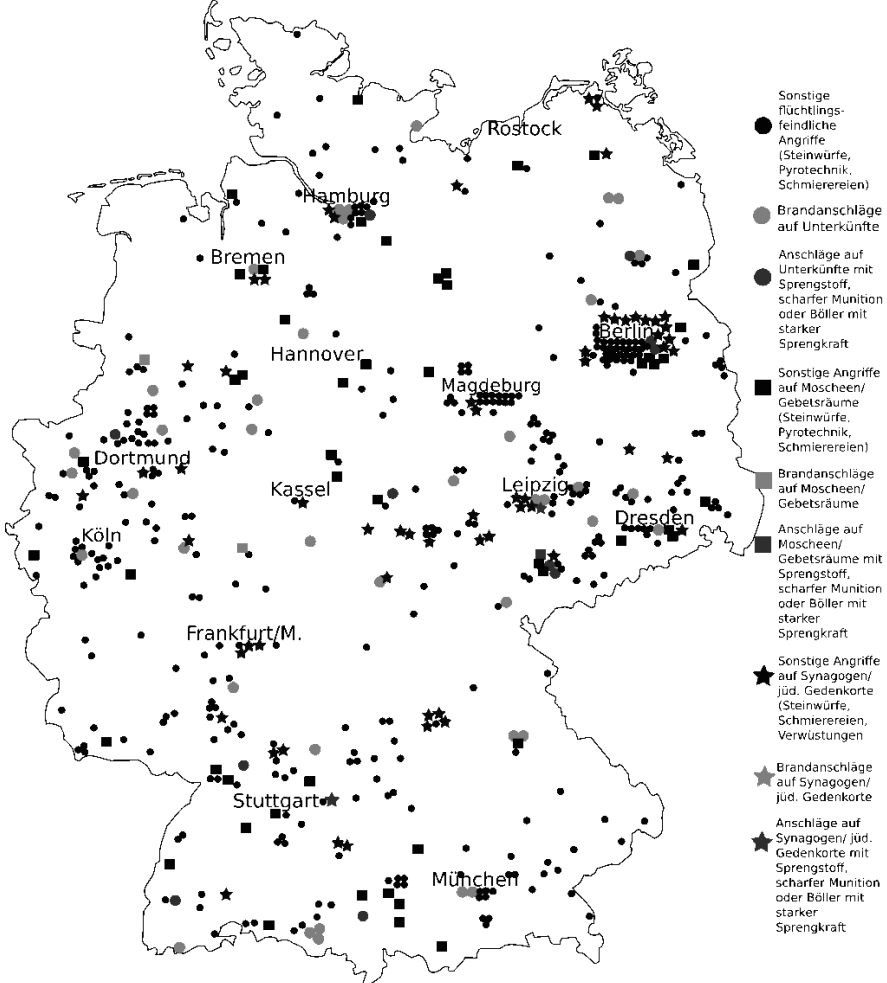
Angriffe auf Unterkünfte: 1072
davon Brandanschläge (A): 153
davon Sprengstoffanschläge (T): 14
davon sonst. Angriffe auf Unterkünfte
(Stein-/Böllerwürfe, Schüsse, rechte
Schmierereien etc.) (S): 905

Brandanschläge und rassistische Angriffe 2017

Die Karte ist nur ein Teilausschnitt rechten Terrors in Deutschland.

Neben den Anfragen im Bundestag wurden Daten der verschiedenen Monitoringstellen, sowie Anfragen aus den Landesparlamenten verwendet. Es werden jedoch nicht in allen Landesparlamenten Anfragen hinsichtlich der Angriffe, sei es nun flüchtlingsfeindliche(ff), antimuslimische(am) oder antisemitische(as) Angriffe, gestellt.

Fehlende Anfragen in den Landesparlamenten und damit fehlende Datensätze sind: Schleswig-Holstein (ff,as,am) Hamburg (am,as), Niedersachsen (ff,as), Bremen (nicht eindeutig), Nordrhein-Westfalen (noch nicht), Rheinland-Pfalz (ff,am,as), Hessen (ff unvollst.,am,as), Baden-Württemberg (ff,am,as), Bayern (ff,am,as), Sachsen (am), Thüringen (ff,am,as), Sachsen-Anhalt (am,as), Sachsen-Anhalt (am,as), Brandenburg (am,as), Berlin (am,as), Mecklenburg-Vorpommern (ff,am,as), Saarland (ff,am,as).



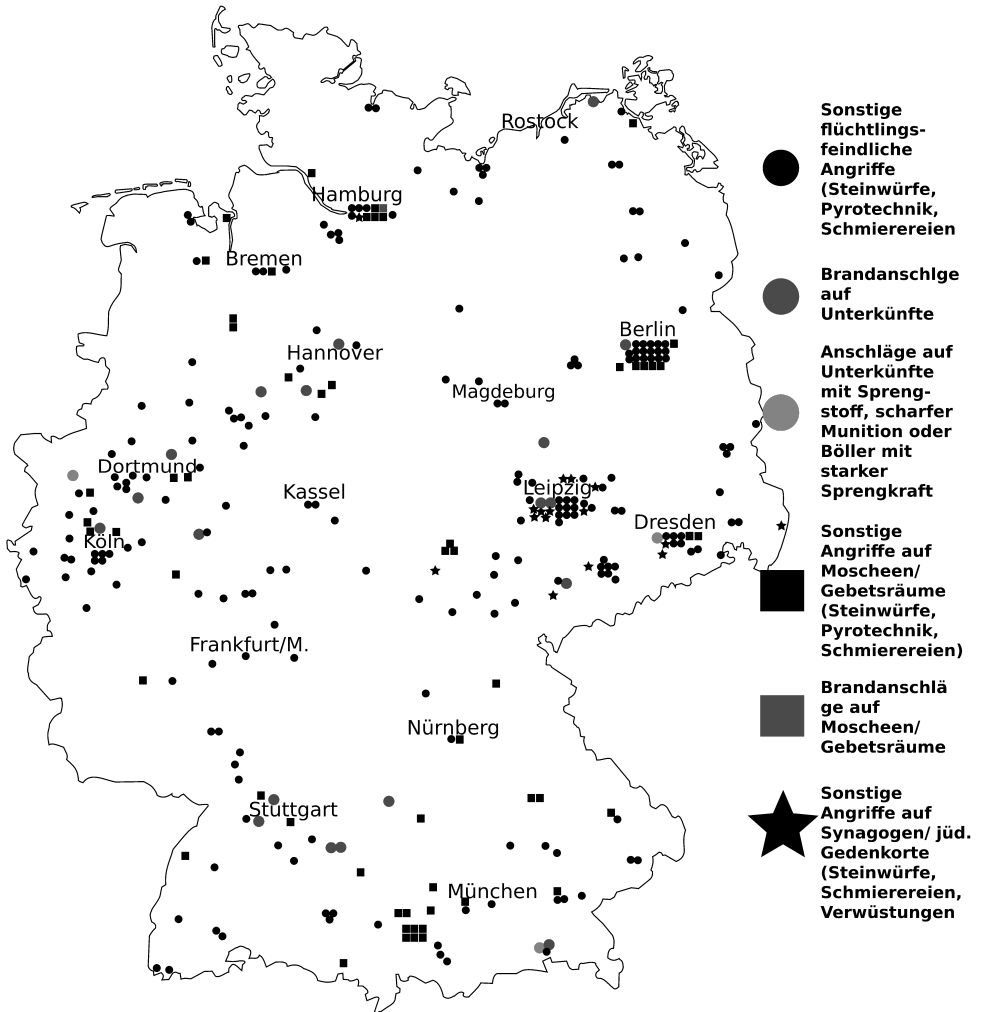
Angriffe auf Unterkünfte: **412**, flüchtlingsfeindliche Übergriffe: **1906**, antimuslimische Angriffe (Moscheen): **52**, antimuslimische Übergriffe: **758**, Angriffe auf Synagogen, jüd. Gedenkort: **63**, antisemitische Übergriffe: **958**

**"Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung.
Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel."**
aus dem Schwur von Buchenwald

Rassismus tötet!

durch Pogrome - Angriffe - Hetze - Asylgesetze - Abschiebungen - Ignoranz

Brandanschläge und rassistische Angriffe 2018



Angriffe auf Unterkünfte: **227**; flüchtlingsfeindl. Übergriffe: **1055** (fremdenfeindl. Straftaten: **7701**); antimuslimische Angriffe (Moscheen): **56**; antimuslimische Straftaten: **840**; Angriffe auf Synagogen/ jüd. Gedenkort: **15**; antisemitische Straftaten: **1799**

Rosen auf den Weg gestreut

Ihr müßt sie lieb und nett behandeln,
erschreckt sie nicht – sie sind so zart!
Ihr müßt mit Palmen sie umwandeln,
getreulich ihrer Eigenart!

Pfeift euerm Hunde, wenn er kläfft –:
Küßt die Faschisten, wo ihr sie trifft!

Wenn sie in ihren Sälen hetzen,
sagt: »Ja und Amen – aber gern!
Hier habt ihr mich – schlagt mich in Fetzen!«
Und prügeln sie, so lobt den Herrn.

Denn Prügeln ist doch ihr Geschäft!
Küßt die Faschisten, wo ihr sie trifft.

Und schießen sie –: du lieber Himmel,
schätzt ihr das Leben so hoch ein?
Das ist ein Pazifisten-Fimmel!
Wer möchte nicht gern Opfer sein?

Nennt sie: die süßen Schnuckerchen,
gebt ihnen Bonbons und Zuckerchen ...
Und verspürt ihr auch
in euerm Bauch

den Hitler-Dolch, tief, bis zum Heft –:
Küßt die Faschisten, küßt die Faschisten,
küßt die Faschisten, wo ihr sie trifft –!

mein herz schlägt

mein herz schlägt

mein herz schlägt zurück

der afd in den magen

zschäpe mitten ins gesicht

- sich einmal daran halten, was mensch verspricht

also hier, nochmal unser versprechen

wir werden den nationalen konsens brechen

uns auf eure mettigel und waffenarsenale erbrechen

denn diese grenzen töten, diese menschen auch

das ist kein einzelfall und kein bauch-

gefühl, sondern bewiesen

wer das sagt, wird der öffentlichkeit verwiesen

fahrt doch zur hölle mit euren zehn geboten

würde es euren gott geben

hätte der euch schon längst verboten

ihr wollt leben schützen durch abtreibungsverbote?

durch euch gibt es täglich tote -

nationalstolz und christliche fundis

eine Mischung, gefährlich wie faschistische bundis

2018 nicht nur Chemnitz - die extreme mitte

verteilt schläge Hass und Stiefeltritte

ein Jahr zuvor - NPD und Identitäre

verteilen auf dass sie mehr Kinder gebäre

Pfefferspray an deutsche weiße Frauen

die wissen sollen - sie können immer bauen

auf Volk und Gemeinschaft, auf den echten Mann

der Gutmenschen und Verschwörung

was entgegengesetzen kann

mit Ideen die die Regierung seit Jahren umsetzt

vollhetzt Volksverhetzt - voll vernetzt mit 1930

sagt nicht der Vergleich stimmt so nicht-

das weiß ich

aber wer die Zeichen nicht sieht

der kann nicht mal skizzieren

was wird passieren

was passiert jetzt hier

next generation- wer wenn nicht wir
Wer will noch ein bier
lieber saufen lieber techno lieber freiheit im knast
als so konsequent zu sein wie es gerade nicht passt
-aber halt, nur kurz, halt mal kurz an
an dich an mich ich frage mich wann
werden wir wörter eintauschen gegen
andere dinge um uns zu verteidigen wegen
denen die leute jagen weil sie nicht sind wie sie
2019 - mir zittern die knie

vor wie vielen mauern hast du schon gestanden
und an alle gedacht die sie nicht überwandern
von wie vielen angriffen liest du jeden tag
und wieso geschieht fast nichts dagegen
- jeden scheiß-tag?
bilden wir banden tun wir uns zusammen
lasst uns netze aus solidarität entspannen
über unter zwischen uns wir können es wagen
wütend und beherzt zurückzuschlagen

unsere herzen schlagen
unsere herzen schlagen zurück
der afd in den magen
zschäpe mitten ins gesicht



Straßenterror



1.1 Heidenau im Rückblick

Am 21. August 2015 versammelten sich im sächsischen Heidenau mehrere hundert Menschen, um gegen die Unterbringung von Geflüchteten in einem ehemaligen Praktiker-Baumarkt zu protestieren. Noch im Laufe der Demonstration wurden Zettel verteilt, die dazu aufriefen, im Anschluss die Zufahrtsstraße zum Baumarkt zu blockieren und somit die Unterbringung der Geflüchteten zu verhindern. Die „asylkritische“ rechte Demonstration wurde so gering von der Polizei begleitet, dass es im Anschluss über hundert Personen unschwer gelang, sich über verschiedene Wege direkt an das Gelände der Unterkunft zu bewegen. Nach Einbruch der Dunkelheit begaben sich diese Personen auf die Straße, um die Zufahrt zum Baumarkt zu blockieren. Als die wenigen Polizeikräfte vor Ort versuchten, dies zu unterbinden, wurden sie von der vermummten und teilweise stark alkoholisierten Menschenmenge unter Rufen von „frei, sozial und national“ mit Steinen, Pyrotechnik, Warnbarken einer angrenzenden Baustelle, dem Inhalt von Feuerlöschern und Flaschen beworfen. Mindestens drei Polizeibeamte wurden in dieser Nacht verletzt. Auch am nächsten Tag trafen sich wieder über hundert Personen in Heidenau, um die Ausschreitungen zu wiederholen. Neben Akteuren des Vorabends wie Timo Schulz – verurteilter Rädelführer der rechtsterroristischen „Gruppe Freital“ - waren nun auch Mitglieder der „Freien Kameradschaft Dresden“ (FKD) vor Ort. Nach dem Vorgehen der Polizeibeamten am Vorabend waren die Rechten entschlossen, sich an den Polizeikräften, die nunmehr zusätzlich zu der Geflüchtetenunterkunft auch noch

eine Demonstration von AntirassistInnen vor Ort schützen sollten, zu rächen. Noch massiver als am Vorabend ging man gegen die Polizeibeamten vor.

Startschuss Heidenau

Heidenau war nicht der Druck, der aus einem Kessel entweicht, wenn man die Ängste und Sorgen der Bürger und Anwohner nicht ernst nimmt. Nein, Heidenau war nicht eine Situation, die sich aus einem dynamischen Demonstrations-geschehen einfach so entwickelte. Heidenau war eine gezielte und geplante Inszenierung, das Aufleben alter, militanter Neonazi-strukturen, und diente der Vernetzung neuer extrem schnell radikalisierten Rechter. Heidenau war für die Akteure vor Ort der Startschuss für den vermeintlichen Abwehrkampf des „Deutschen Volkes“, welches sich von seiner Regierung „im Stich gelassen“ wähnte, zum Schutz vor angeblicher „Überfremdung“ und „Islamisierung“.

Vernetzte Akteure

Die vom damaligen NPD-Stadtrat, Rico Rentzsch, am 21. August 2015 in Heidenau „als Privatmann“ angemeldete Demonstration ist als Ausgangspunkt der Ausschreitungen anzusehen. Für den Samstag wurde über die facebook-Seite „Widerstand Heidenau“ bereits in den Nachmittagsstunden dazu aufgefordert, sich noch zurückzuhalten und erst wenn es dunkel ist, die Straße zu stürmen. Auch für die darauf folgenden Tage wurde dort dazu aufgerufen mit Beiträgen wie : „Leute versammelt euch ab 20.00 Uhr auf dem Real Parkplatz wir werden dann versuchen an den Praktiker ran zu kommen!“ und „Heidenau macht mobil wir greifen an!!!“. Die Ausschreitungen an sich wurden jedoch vor allem von anderen Akteuren

bestimmt. In einer Vielzahl von Prozessen gegen rechte Gewalttäter – unter ihnen führende Mitglieder der „Freien Kameradschaft Dresden“ (FKD) – stand Heidenau entweder auf der Liste der angeklagten Taten oder wurde zumindest thematisiert. Insgesamt wurden die Angeklagten oftmals zu hohen Haftstrafen verurteilt. Jedoch machte Heidenau dabei nur einen Teil der angeklagten Taten aus. Die Vielzahl der Prozesse gegen Mitglieder der rechten Szene, in denen Heidenau eine Rolle spielt, zeigt zum einen, dass Heidenau ein Ort der Vernetzung für die rechte Szene in Sachsen war und den Tätern die Möglichkeit brachte, gemeinsames *Agieren* auszuprobieren. Der Umstand, dass mehrere verurteilte Mitglieder der sogenannten „Gruppe Freital“ und der FKD an den Ausschreitungen in Heidenau teilnahmen und danach unter anderem das linke Hausprojekt „Mangelwirtschaft“ in Dresden in einer fast militärisch geplanten und ausgeführten Aktion angriffen, zeigt, dass diese Zusammenarbeit erfolgreich fortgeführt wurde. In Heidenau fanden sich damit radikale Rechte zusammen, die bereit waren, in organisierte Strukturen über die eigenen Gruppen hinaus, Geflüchtete, MigrantInnen und Andersdenkende anzugreifen und in Form der „Gruppe Freital“ auch mit versuchten Morden den Tod von Menschen in Kauf zu nehmen. Diese Vernetzung nicht konsequent unterbunden zu haben, ist ein Fehler der sächsischen Sicherheitsbehörden, dessen Tragweite nicht zu unterschätzen ist, versucht man rassistische Mobilisierungen zu analysieren.

Abwesende Polizei

So hilflos die Polizei am Abend des 21. August 2015 auf Grund der Unterzahl

wirkte, so unverständlicher war es, dass auch am Abend des 22. August 2015 nicht viel mehr staatliche Präsenz in Heidenau vorzufinden war. Wasserwerfer oder SEK – durchaus ein regelmäßiges Bild am Rande linker Demonstrationen in Sachsen – waren nicht nach Heidenau beordert worden, um am 22. August weitere Ausschreitungen zu unterbinden. Erst am Sonntag, den 23. August, als sich antifaschistische AktivistInnen angekündigt hatten, gab es in Schaulaufen dessen, was der Freistaat an Personal und schwerem Gerät in der Abteilung Aufstandsbekämpfung so zu bieten hat. Die Hilflosigkeit der vergangenen Tage war verschwunden und die antifaschistische Demonstration wurde in gewohnter Weise gegängelt. Fest steht: konnte die sächsische Exekutive am Freitag noch überrascht sein, so war sie am Samstag jedoch mehr als vorgewarnt. Dennoch blieb der Freistaat fast untätig und wurde erst aktiv, als linke AktivistInnen sich dem rechten Mob in den Weg stellten. Auch damit verhalf die sächsische Landesregierung und Polizei den Neonazis dazu, Heidenau für sich als Erfolg zu verbuchen, die dort erprobten Praxen fortzuführen und auf die Vernetzungen, die dort geschlossen wurden, aufzubauen.

Zwischen „Pack“ und „Asylkritiker“

Als der damalige Vizekanzler Sigmar Gabriel später Heidenau besuchte, bezeichnete er die Teilnehmer der Ausschreitungen und ihre Unterstützer als „Pack“. Der shitstorm von Rechts und der Standortschutz-Beißreflex der sächsischen Politik war ihm mit dieser Äußerung sicher. Man kann aus heutiger Sicht zwar sagen, dass es ein noch zu verharmlosender und wenig analyt-

ischer Blick auf die handelnden Akteure an diesem Wochenende war, im Kern traf Gabriel aber auch den Nagel auf den Kopf. Seine Äußerung ist Ausdruck der Erkenntnis, dass es einen völlig enthemmten Teil der Gesellschaft gibt, der weder über ein demokratisches noch humanistische Wertegefüge verfügt noch einer sachlichen Diskussion zugänglich ist. Und Gabriel stellte im Gegensatz zur etablierten sächsischen Politik klar, dass mit diesen Teil der Gesellschaft ein Diskurs nicht zu führen sein wird. Im Gegensatz dazu stand in der Folgezeit die immense Aufwertung der „Asylkritiker“. Jedes „die Ängste ernst nehmen“ bedeutet eine Verharmlosung eines entfesselten nationalistischen und völkischen Mobs und eine Aufwertung eines nicht existenten Abwehrkampfes gegen Geflüchtete zum diskussionswürdigen Argument. Rassistische Hetze, Entmenschlichung von Geflüchteten, Ausgrenzung, Rassismus und die sich daraus ergebenden Taten wurden somit salonfähig und alltäglich. Stattdessen wäre konsequente Ausgrenzung dieser „asylkritischen“ Gesellschaftsteile, ein Ende des Diskurses mit ihnen und ein Beginn der Debatte darüber, wie ihnen das Handwerk zu legen sei, der richtige Weg gewesen. Nun mag eingewendet werden, dass die Täter von Heidenau – sofern man ihrer habhaft wurde – hart bestraft wurden oder werden. Die Mitglieder der „Gruppe Freital“ wurden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Fast alle Mitglieder der FKD stehen vor Gericht und müssen ebenfalls mit mehreren Jahren Haft rechnen. Doch Repression wird dem Nährboden, der aus Ausschreitungen, wie denen in Heidenau entstanden ist, nicht allein austrocknen. Das Urteil gegen die Mitglieder der „Gruppe Freital“ wird in breiten Teilen der sächsischen Bevölkerung als zu

hart angesehen. Einen gesellschaftlichen Diskurs über rechte Strukturen, militanten Fremdenhass, rassistische Hetze und wie dies alles zusammenwirkt, vermisst man im Freistaat weiterhin. Die mangelnde Konsequenz gegenüber rassistischen Mobilisierungen, die andauernde Manifestation der Feindbestimmung zu Lasten von AntifaschistInnen durch die Landesregierung und die fehlende gesellschaftliche Debatte und Intervention führen dazu, dass sich die Reihe rechter Ausschreitungen in Sachsen fortsetzen wird. Wo wir stehen, wohin wir gehen

1.2. Wie weiter im Kampf gegen Rassismus und Faschismus

Anlässlich der Angriffe auf Flüchtlingslager 2013 entwickelte sich eine rege Debatte, ob die Antifa- und Antira-Szene in einer Krise seien. Zum einen zeigten sich Schwächen in der Abwehr der Angriffe auf die Wohnheime und eine gewisse Ratlosigkeit, wie mit der Strategie der NPD-Kader, sich hinter Bürgerinitiativen zu verstecken, umzugehen sei. Andererseits wurde deutlich, dass die erzeugte rassistische Stimmung auch außerhalb bekannter Neonazi-Kreise in der Nachbarschaft von geplanten Flüchtlingsunterkünften auf Zustimmung traf.

In der AK, dem AIB, der Jungle World u. a. Zeitschriften sowie auf dem Antira-Kongress in Frankfurt und dem Antifa-Kongress in Berlin Anfang 2014 wurden diese Fragen diskutiert. Drei Themen lassen sich grob unterscheiden: (1) Diskussionen über Feuerwehropolitik, also darüber, wie in Fällen der Ankündigung der Eröffnung einer Flüchtlingsunterkunft mit wem und wie Unterstützung der HeimbewohnerInnen und Geflüchteten organisierbar ist. (2)

Diskussionen über die Einschätzung der allgemeinen Lage, die häufig als Vergleich zwischen der aktuellen Situation und den 1990er Jahren vorgebracht werden und (3) die Diskussion von Perspektiven und Potenzialen von Antira und Antifa.

Feuerwehrpolitik

Gegen die Mobilisierung von Nazis gegen die Eröffnung von Flüchtlingswohnheimen, hat die antifaschistische und antirassistische Linke mit verschiedenen Strategien reagiert. In Anbetracht der Erfahrungen die, in den 90er Jahren gesammelt wurden, war ein direkter Schutz der Geflüchteten und der Wohnheime wohl unerlässlich. Nicht so sehr um einen Angriff mit Gegengewalt abzuwehren, sondern um öffentliche Aufmerksamkeit zu erzeugen und der Polizei und Politik auf die Hände zu schauen und die »Dynamik der rassistischen Selbstermächtigung zu stoppen«, so Fiedler. Wie aber lässt sich dieser Gegendruck verstetigen? In Schneeberg hatte letztes Jahr zwar eine große Mobilisierung der Antifa dafür gesorgt, öffentlich zu zeigen, dass rassistische Hetze nicht unwidersprochen bleibt. Doch was bleibt sind die Schwierigkeiten des Alltags der AktivistInnen vor Ort nachdem die UnterstützerInnen wieder abgereist sind. Herausschälen aus den Diskussionen und Artikeln (s.a. in dieser ZAG, die Texte von Jelpke und Müller) lassen sich verkürzt und zusammengefasst vielleicht folgende Punkte:

(1) Im Vorfeld Verbündete suchen und informieren. Das Heft selbst in die Hand nehmen. Dies kann zu einer Bündelung der Kräfte vor der eigentlichen Auseinandersetzung führen und eröffnet womöglich neue Bündnisse. Dies ist in Teilen Sachsens oder Mecklenburg-Vorpommerns eventuell schwieriger als andernorts.

(2) Recherche zu den GegnerInnen der Flüchtlingsunterkunft. Wer ist das, aus welchen Zusammenhängen sind die GegnerInnen bekannt? So konnte die enge Verbindung der angeblichen Bürgerinitiativen vor Ort zur NPD nachgewiesen werden. Damit hat mensch zwar noch niemanden überzeugt, doch kann dies zur Ausgrenzung der Nazis und Spaltung der GegnerInnenenschaft führen.

(3) Gesicht zeigen, Schutz, Infostand, Demo usf., keine rassistische öffentliche Demonstration sollte unbeantwortet bleiben. Dies erzeugt Aufmerksamkeit, fordert die Positionierung von Politik und EinwohnerInnen heraus und die Polizei zum Handeln auf. Darüber hinaus hat es auch Signalcharakter für die Geflüchteten und stellt für sie zumindest ansatzweise einen tatsächlichen Schutz vor Übergriffen dar.

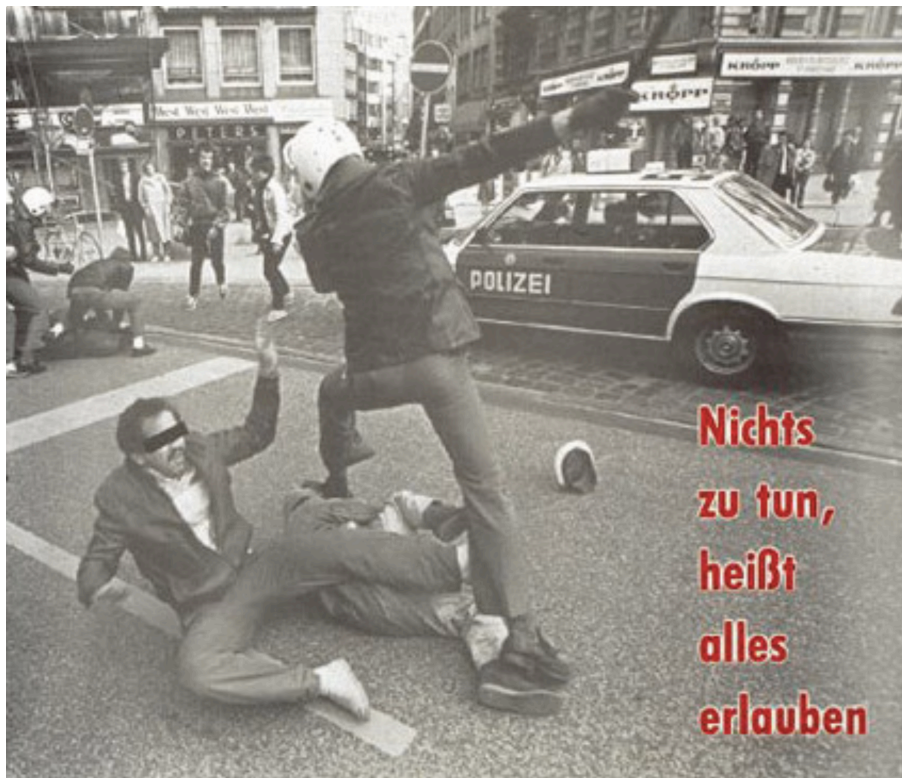
(4) Verallgemeinerung der Forderungen nach besseren sozialen Standards für alle. Die Mobilisierungen der Nazis ermöglichen es den BewohnerInnen, diffuse Ängste, Bedürfnisse und Ungerechtigkeiten zu artikulieren, die häufig keinen direkten Zusammenhang mit den Geflüchteten haben, die aber ansonsten stumm bleiben. Das wäre auch manches Mal wünschenswert. Doch die Unterkünfte sind Anlass und die Mobilisierung der Nazis ermöglicht es Unzufriedenheit und rassistische *Ressentiments* auszudrücken. Diese Unzufriedenheit gilt es zu kanalisieren, indem einerseits berechnete Forderungen verallgemeinerbar gemacht und von den rassistischen Protesten getrennt werden.

(5) Den wohlgesonnenen AnwohnerInnen eine Möglichkeit geben ihre Meinung auszudrücken; Willkommens-Initiativen, Patenschaften, Angebote für die Leute vor

Ort, die sich mit der Frage auseinandersetzen, wie kann die Situation vor Ort für die Geflüchteten verbessert werden. Allein für Antifas und Antiras ist diese Arbeit über die akute Hilfe nur schwer leistbar. Deshalb müssen die Willigen vor Ort so früh wie möglich eingebunden werden. Statt aber in BürgerInnenversammlungen RassistInnen Raum zu geben, sollte eine

Wie rassistisch ist heute?

Hervorstechend an der Diskussion ist die Frage, wie sich die heutige Situation von den 90er Jahren unterscheidet. Andrej Reisin beobachtet keinen bundesweiten rassistischen Furor. Die Lage müsse differenzierter betrachtet werden. Unterstützung und Ablehnung würde sich vielerorts die Waage halten. Zudem seien es neue Grup-



seits Rassismus und die RassistInnen als Probleme und andererseits die Bedürfnisse der Geflüchteten thematisiert werden, so dass die Geflüchteten als Menschen mit eigener Geschichte und Wünschen wahrgenommen werden. Letzteres bedeutet zumindest die Chance, dass paternalistische Ansätze in der Unterstützungsarbeit reflektiert werden.

pen, die die Forderungen nach Schutz der Flüchtlinge unterstützten und nicht allein PolitaktivistInnen. Darüber hinaus sei die NPD in großen Teilen der Republik weder kampagnen- noch mobilisierungsfähig. »Von einer übergreifenden völkischen Bewegung, die jenseits aller Schichten und sonstiger Gegensätze eine breite rassistische Mobilisierung auf die Beine

stellen könnte, kann aber keine Rede sein.« Fiedler hält dagegen, es sei angesichts der Tatsache, dass »Tausende Menschen durch ein steuerfinanziertes Grenzregime umgebracht werden«, vermessen, »die Gefahren einer neuen völkischen Bewegung in Deutschland in den Mittelpunkt der Kritik zu rücken.« Weder ist also der Rassismus verschwunden, noch sei die antirassistische Bewegung auf sich selbst bezogen, wie Reisin, Schilk und Ziedler ihr vorwerfen. Die antirassistischen AktivistInnen würden stattdessen durch ihre frühzeitige Präsenz, Dokumentation der Angriffe und Gegenprotest die Situation für die Geflüchteten verbessern. Dabei würde, so Fiedler, heutzutage im Gegensatz zu den 90ern pragmatische Bündnisarbeit als Option betrachtet.

Neue Bündnisse

Als eine der Veränderungen heben Schilk & Zeidler hervor, dass es gerade die PolitikerInnen vor Ort seien, die sich gegen »bornierte Fremdenfeinde« und »ostdeutsche Wutbürger« richteten. Es gibt ihrer Ansicht nach keinen »diskursfähigen rechten Konsens«. Dies hört sich an, als ob wir den PolitikerInnen und der gewachsenen Zivilgesellschaft vertrauen sollten, dass diese die Gefahren für MigrantInnen und Geflüchtete fern halten. Doch (1) es kann nicht davon ausgegangen werden, dass diese »Zivilgesellschaft« überall stark genug ist, (2) dass Faschismus und Rassismus nicht ihr Produkt sind und (3) die Beschränkungen, denen die Geflüchteten unterliegen Ergebnis der Politik dieser PolitikerInnen sind.

Insofern ist die Kritik von Reinhardt an Schilk & Ziedler leicht nachvollziehbar, dass es trotz mannigfaltiger und teils widersprüchlicher Ereignisse und Äußer-

ungen von PolitikerInnen einen rassistischen Konsens, Diskurs (oder wie mensch es bezeichnen mag) gibt. Teile der Zivilgesellschaft und der Staatsapparate begrüßen Einwanderung und verurteilen offenen Rassismus von Nazis, zugleich heißen die gleichen Kreise Einschränkung der Freizügigkeit in der EU gut und erklären Multikulti für gescheitert.

Rechtspopulismus

Mensch mag nun zwar Schilk & Zeidler zustimmen, dass es keinen dominanten rassistischen Diskurs von rechts gibt, dennoch verändert dieser Diskurs die politische Landschaft insbesondere in Flüchtlings- und Europapolitik. Nach Gerber, sei ein wesentlicher Fortschritt im Vergleich zu den 90ern, dass die sächsische Staatsregierung und der Berliner Senat die Vorkommnisse in Schneeberg und Hellersdorf kritisiert haben. Die Gruppe »Antifa Klein-Paris« sieht in dem Argument einen Fehlschluss. »Denn auch wenn diesmal das offene Bündnis zwischen gesellschaftlichem Establishment und rassistischem Mob ausbleibt, bedeutet dies noch lange nicht den Siegeszug antirassistischer Positionen«.

Zudem gibt es mit der CSU und der AfD zwei Parteien, die erfolgreich mit fremdenfeindlichen Parolen WählerInnen gewinnen. Die Wahlerfolge der rechtspopulistischen Parteien sind in der BRD bislang eher gering, doch könnte die Etablierung der AfD »die politische Tektonik der Bundesrepublik deutlich nach rechts verschieben. [...], weil sich durch die AfD perspektivisch eine Machtoption rechts der Union eröffnet, oder [...] weil sich die Union in Konkurrenz zur AfD zu einer Kurskorrektur gezwungen sieht [...]« (Avanti, S. 34).

Institutioneller Rassismus

Auf der einen Seite dieser Debatte herrscht die Einschätzung vor, dass die extreme Rechte nicht in der Lage sei, den Status quo zu gefährden, und auf der anderen Seite, dass die rassistischen Einstellungen weiterhin verbeitet seien und die europäische Flüchtlingsabwehr Zeichen ihrer staatlichen Verankerung ist. Dass die Gefahr für Staat und Wirtschaft gering sein mag, ist aber nur ein geringer Trost, wenn der gefährdete Status quo bereits rassistisch ist. Die polizeilichen Ermittlungen zur Mordserie des NSU (s. Artikel in dieser ZAG) haben dies gezeigt.

Es gelingt der radikalen Linken anscheinend nicht, diesen institutionellen Rassismus allgemein zu vermitteln. Zwar gab es dafür eine günstige Gelegenheit, wie Kasperek auf dem Antira Kongress betonte, als es gelang die staatliche Flüchtlingsabwehr im Mittelmeer in den Fokus der öffentlichen Kritik zu rücken. Doch letzten Endes kam es zu keiner Änderung auf EU-Ebene (Jakob). Ähnlich verlief die Kritik an den Verfassungsschutzämtern im Zuge der NSU-Affäre im Sande. Es ist zweifelhaft, ob diese Schwäche allein der radikalen Linken zuzuordnen ist, die nur eine szeneeinterne Mobilisierung hinbekäme, da sie zu abgehoben sei, um die »Menschen in der Provinz« zu erreichen (Schilk & Zeidler).

Krise der Linken

Für Buschman und Kasperek liegt die Schwäche der antirassistischen Bewegung in den fehlenden gemeinsamen politischen Visionen begründet. Im Interview von Zimmermann in der AK wird diese Krise an fehlendem Nachwuchs, den mangelnden Bündnissen, fehlenden strategischen Diskussionen und der sozialen Zusam-

mensetzung der Antifa als überwiegend weiß und männlich festgemacht. Für die Antira führt Jakob dies auf das manchmal konfliktreiche Verhältnis zwischen weißen und migrantischen Antira-Gruppen zurück. Dies zeige sich u. a. an der Auseinandersetzung zu Critical Whiteness, die fortwirke, obzwar sie nicht mehr so polarisierend sei, wie zu Zeiten des No-Border-Camps in Köln 2012.

Sozialstruktur

Allerdings ist auch die Rechte trotz punktueller Erfolge, in der Krise. Es wird bei Reisin, u.a. in der Jungle World, auf die mangelnde Kampagnenfähigkeit der NPD abgestellt, doch werden deren Ursachen nicht benannt. Da die Kampagnen gegen Flüchtlingsunterkünfte insbesondere auf dem Land und im Osten Fuß fassen würden, konstatiert Reisin einen Stadt-Land- wie auch einen Ost-West-Gegensatz für die Mobilisierungsfähigkeit der Nazis. Weitere Gründe seien strukturelle Probleme, unentwickelte Bürgerlichkeit, Arbeitslosigkeit und Armut, so dass ein Bezirk wie Berlin-Hellersdorf dann doch – als Ausnahme zwar – aber die Regel bestätigen würde. Die Formel für die Mobilisierungserfolge der Nazis: Provinz, Osten, arm und arbeitslos scheint aber nicht aufzugehen. Sieht mensch sich die Chroniken an², dann ist die regionale Verteilung nicht so klar. Dass diese Mobilisierung gegen Flüchtlingswohnheime »nicht nur in Regionen mit einer hohen Armutquote, sondern ebenso gut in bürgerlichen Quartieren« (Avanti, S. 33) gedeiht, zeigen Beispiele aus Berlin-Reinickendorf oder Stuttgart-Feuerbach. Bürgerlichkeit und gute soziale Absicherung allein reichen als Immunisierung gegen Fremdenfeindlichkeit keineswegs aus.

In diesem Zusammenhang überrascht die verkürzte Vorstellung des Zusammenspiels von politischen und wirtschaftlichen Interessen. Diese scheinen sich eins zu eins ineinander zu übersetzen. So argumentiert Reisin, letzten Endes würde nicht der »Volksmob die Geschicke des Staates« lenken, sondern »die politischen und wirtschaftlichen Eliten«. Diese hätten aber kein Interesse an einer Eskalation, sondern an Einwanderung, weil nur diese den demografischen Wandel abwenden würde und der deutschen Weltmarktposition helfe. Avanti argumentiert ähnlich. Für eine politische Analyse ist dies unzureichend, weil unklar bleibt, wer da was nicht will, kollektive Subjekte zu Schablonen gestanzt und die Differenzen zwischen den Akteuren und die sich daraus ergebende Dynamik auf Null gestellt werden. Insofern könnte der Hinweis von Reinhardt für die politische Analyse fruchtbar sein, dass es um »Hegemonien« geht.

Perspektiven

Mensch mag den Vergleich der derzeitigen rassistischen Mobilisierung mit jener der 1990er Jahren als nutzlos bezeichnen wie Buschmann & Kasperek – die zu beantwortende Frage bleibt: Wie sieht die gesellschaftliche Situation in Bezug auf Rassismus heute aus, welche Handlungsoptionen hat eine antifaschistische und antirassistische Linke.

Es gibt eine Basis, auf die mensch sich beziehen kann: Kenntnisse aus der Recherchearbeit, Erfahrungen in der Mobilisierung und in Bündnisarbeit, ein ausgedehntes geschichtliches und theoretisches Sensorium, institutionelle Verankerung usw. Dennoch gibt es neue Herausforderungen, die sich als Schwäche oder Krise der linken Antifa und Antira selbst zeigen. Das

doppeldeutige Motto des Kongresses »Antifa in der Krise« ernst nehmen, heißt die gesellschaftliche Krise der letzten Jahre verstehen. Eine umfassendere Idee von Krise – in der alle, auch die antifaschistischen und antirassistischen Gruppen einbegriffen sind –, könnte ein Ausgangspunkt für die Analyse der aktuellen rassistischen Konjunkturen sein. Diese Umbruchssituation sollten wir offensiv nutzen. Deshalb könnte (1) eine stärkere gegenseitige Bezugnahme von Antifa und Antira ein Schritt zur Stärkung der Mobilisierung wie auch der Analysefähigkeit darstellen. (2) Darüber hinaus wäre die Diskussion über das unterschiedliche Verständnis von Rassismus und dessen Bedeutung für die Analyse der gegenwärtigen Situation nötig, wie sie Kammerer, Benjamin & Charms einfordern. Das würde (3) sich auch in der Bündnisarbeit mit mehrheitlich migrantischen Gruppen niederschlagen, in der es nötig ist eigene Interessen kenntlich zu machen und – auch für mehrheitlich nicht-migrantische, männlich dominierte Gruppen – Politik der ersten Person zu betreiben. Dies kann (4) durch die Erweiterung von Antifa und Antira hin zu einer gesellschaftspolitischen Bewegung geschehen. Ansätze dafür gibt es mit der Beteiligung an der Blockupy-Kampagne oder an den Kämpfen für eine soziale Stadt, die ergänzt werden könnten durch die vertiefte, internationalisierte Zusammenarbeit mit Flüchtlingen und den Ausbau der bestehenden Kompetenzen. Diese strategischen Entscheidungen erfordern (5) eine Diskussion des utopischen Moments unseres Engagements, wie es Buschmann & Kasperek für notwendig erachten: Was können wir realistischer und was wollen wir unrealistischer Weise erreichen.

1.3. Rassistische Gewalt und die neue Dynamik rechter Formierung

Nachdem am letzten Wochenende im Januar 2016 gleich fünf Gebäude in Sachsen, in denen Geflüchtete untergebracht werden sollten, Ziel von Anschlägen geworden waren, meldete sich der Leipziger Polizeipräsident Bernd Merbitz zu Wort und verwies darauf, dass im ganzen Bundesland eine gefährliche Pogromstimmung herrsche. Ähnliche Einschätzungen sind auch aus anderen Bundesländern zu vernehmen. Tatsächlich gibt die Entwicklung insbesondere der letzten zwei Jahre in mehrfacher Hinsicht Anlass zu besonderer Aufmerksamkeit und antifaschistischer Intervention.

Das Spezifische der aktuellen Entwicklung wird durch das Zusammentreffen verschiedener Entwicklungen und Faktoren markiert. Hierzu zählt zunächst die im Jahre 2015 stark angestiegene Zahl von Geflüchteten, die in Europa und besonders der Bundesrepublik Deutschland Schutz und Zukunftsperspektive erhoffen und sich dazu erheblichen Risiken für Leib und Leben aussetzen. Sie sind vielfach im Rahmen einer ›Willkommenskultur‹ empfangen worden, der sich auch Boulevard-Blätter wie die BILD-Zeitung nicht vollständig entziehen konnten. Hinter dieser zunächst auch medial sehr sichtbaren ›Willkommenskultur‹ gab es von Beginn an zahlreiche Zweifler*innen und ausgemachte Gegner*innen der Aufnahme einer größeren Zahl von Geflüchteten beziehungsweise von Schutzsuchenden überhaupt. Die Probleme bei der Unterbringung und Beheimatung der Neuankommenden, die von den Zweifler*innen und Gegner*innen als

willkommene Argumente gegen solidarisches Handeln angeführt wurden, sind auch Symptom einer schleichenden Aushöhlung der freien Wohlfahrtspflege und der Daseinsvorsorge, etwa im Bereich des öffentlichen Wohnungsbaus. Ablehnung und Feindschaft gegenüber den Schutzsuchenden verweisen zugleich auf das Fortbestehen völkischer beziehungsweise kulturalistisch gedeuteter Homogenitätsvorstellungen und einen *virulenten* antimuslimischen Rassismus. Ein weiterer zentraler Faktor ist die Entstehung neuer politischer Akteure im parlamentarischen wie nicht-parlamentarischen Raum. Mit PEGIDA ist eine in dieser Qualität in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bisher einmalige rassistische Mobilisierung entstanden. Sie hat ihr Epizentrum in Dresden, wo es ihr seit über 18 Monaten regelmäßig gelingt, Tausende gegen eine liberale Asyl- und Flüchtlingspolitik und gegen eine religiös vielfältige Gesellschaft auf die Beine zu bringen. Auch wenn die Mobilisierungsspitzen zeitlich bereits etwas zurückliegen, so ist das Ausmaß der Aktivitäten doch einzigartig. Es hat der extremen Rechten verdeutlicht, dass es Möglichkeiten gibt, die in der Bevölkerung vorhandenen völkischen und nationalistischen Stimmungen und Einstellungen auf der Straße sichtbar zu machen. Wenn es den PEGIDA-Ablegern in anderen Städten auch nur vereinzelt geglückt ist, Tausende zu mobilisieren, so darf doch nicht übersehen werden, dass in den letzten zwei bis drei Jahren Tausende von rassistischen Demonstrationen und Kundgebungen stattgefunden haben, die auch Städte und kleine Orte erreicht haben und dort zu öffentlicher rassistischer Formierung geführt haben.

Mit der AfD hat sich zudem eine Partei in mehreren Landtagen etablieren können, deren Führungspersonal nach dem Putsch gegen den früheren Parteivorsitzenden Bernd Lucke im Juli 2015 inzwischen offen den Anschluss an extrem rechte Parteien im europäischen Ausland sucht und Aktivist*innen verschiedener extrem rechter und rassistischer Netzwerke und Gruppierungen anzieht. Die Themen Asyl und Einwanderung, ›der Islam‹, eine reaktionäre Familienpolitik und die Europäische Union dienen der AfD dabei als wirkmächtige Themen, um ›das Volk‹ gegen die ›politische Klasse‹ und die etablierten Medien zu mobilisieren.

Ziel ist eine nationalistisch-autoritäre Umgestaltung der Gesellschaft. Die im Zuge der Wahlerfolge erschlossenen Ressourcen – etwa Abgeordnetenmandate, Mitarbeiterstellen und Infrastruktur – kommen nicht zuletzt extrem rechten und völkischen Aktivist*innen zugute, die sich beispielsweise dem Institut für staatsPolitik oder den sogenannten IDEntitärEn verbunden fühlen. Auf ein Projekt wie die AfD hat die extrem rechte Stammkultur seit vielen Jahren gewartet beziehungsweise an seiner Realisierbarkeit gearbeitet.

Die NPD ist nicht nur mit dem Verbotsverfahren konfrontiert, sondern agiert auch vielfach im Schatten der AfD, die zahlreiche ihrer Wähler*innen abgeworben hat. An vielen Aktionen gegen Geflüchtete ist sie aktiv beteiligt, wenn dies auch nicht immer in den Vordergrund gestellt wird. In gewissem Umfang hat sie sich *konsolidiert*; insbesondere die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 4. September 2016 – nur

vierzehn Tage vor der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus – stellt eine wichtige Etappe für die NPD dar. Gelingt ihr zum dritten Mal der Einzug in den Landtag, dann bleibt sie im neonazistischen Spektrum eine relevante Akteurin; scheitert sie, wird sie für entsprechende Aktivitäten und Netzwerke weniger bedeutsam. Die Entscheidung über das Verbot wird für den Herbst 2016 erwartet – Ausgang ungewiss. Mit PEGIDA und AfD sind in jüngerer Zeit innerhalb und außerhalb des Parlaments zwei völkisch-nationalistische Akteure handlungsfähig und wirkmächtig geworden, die die rassistische Protestwelle vorantreiben wie von ihr profitieren und entsprechenden Einstellungen in organisierter Form politischen Einfluss verschaffen möchten. In ihr finden sich zahlreiche Beispiele neuer Formen der Zuspitzung von rechtsaußen. Blockaden von Bussen mit Geflüchteten, die symbolische Formierung von Grenz(kontroll)en und die offensive Berufung auf ein in der aktuellen Situation angeblich existierendes Widerstandsrecht gemäß Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz zielen darauf ab, einer wachsenden Zahl von Menschen Erfahrungen rassistischer Selbstermächtigung zu vermitteln und in die Konfrontation mit staatlichen Institutionen zu führen.

Die rassistische Selbstermächtigung findet ihren Ausdruck zudem in einer Gewalteskalation, die sich sowohl in einer in der gesamten Bundesrepublik Deutschland steigenden Zahl von Gewalttaten als auch im zunehmenden Einsatz von Sprengmitteln zeigt. Während die Täter*innen aus extrem rechten Szenen von einem völkischen Homogenitätsideal angetrieben werden, das Einwanderung als

existenzielle Bedrohung und Ursache gesellschaftlichen Niedergangs interpretiert, handeln andere, die bisher nicht als rassistisch wahrgenommen wurden, in der Absicht, sich die Geflüchteten durch das Inbrandsetzen von Unterkünften als Nachbar*innen vom Leib zu halten. Gewalt gegen Unterkünfte für Geflüchtete hält eine relevante Minderheit der Bevölkerung für ›verständlich‹. Mit gezielten Falschinformationen und in hetzerischer Weise wird über das Internet Stimmung gegen Geflüchtete und die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen der ›Willkommenskultur‹ gemacht. Neonazistische Gruppierungen wie Der III. WEG stellen entsprechende Informationen bereit und beteiligen sich an Einschüchterungen. Gleichwohl ist die aktuelle Entwicklung nicht zu verstehen ohne einen Blick auf etablierte politische Akteure. Zu erinnern ist beispielsweise an den breiten Zuspruch, den das Buch ›Deutschland schafft sich ab‹ von Thilo Sarrazin nach seinem Erscheinen im Jahr 2010 erhielt. Mit über 1,6 Millionen verkauften Exemplaren gehört diese rassistische Verfallsprognose zu den meist verkauften ›Sach‹büchern in der Bundesrepublik. Popularisiert durch die BILD-Zeitung hat der Zuspruch zu Sarrazin das Vorhandensein einer ›rohen Bürgerlichkeit‹ verdeutlicht, die sich auch in einer aggressiven Missachtung von Hilfebedürftigen und gesellschaftlich an den Rand gedrängten Menschen äußert, etwa gegenüber Langzeitarbeitslosen, niedrig qualifizierten Zuwandernden oder Menschen mit Behinderungen. Während Bundeskanzlerin Angela Merkel sich mit Blick auf außenwirtschaftliche Interessen und in Kenntnis der verfassungsrechtlichen Lage (Asylrecht als Individualrecht) der

Forderung nach Benennung von Obergrenzen verweigert hat, hat ihr Kabinett seit Sommer 2015 eine Reihe von Einschränkungen des Asylrechts beschlossen, die zu den weitgehendsten seit der gravierenden Beschränkung des Grundgesetzartikels 16 nach der rassistischen Massengewalt der frühen 1990er Jahre gehören. Hierzu gehören insbesondere die Einstufung weiterer Balkan-Staaten sowohl von Marokko, Algerien und Tunesien als ›sichere Herkunftsstaaten‹. Dies soll gegenüber einwanderungsskeptischen Teilen der Bevölkerung Handlungsfähigkeit demonstrieren, verkennt jedoch, dass es Rassist*innen nicht um Kompromisse geht; sie wollen den autoritären Staat, der die Zahl der ›Fremden‹ auch gegen Menschenrechts-konvention und internationale Abkommen deutlich reduziert. Der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer hat die Kanzlerin monatelang offensiv unter Druck gesetzt und ihren Standpunkt – wie AfD und extrem rechte Akteure – als Verfassungsbruch bezeichnet. Sein Pakt mit Orban und die Bereitschaft zur Entsendung von Polizeieinheiten an den Brenner tragen zur Rechtfertigung einer restriktiven und inhumanen Asylpolitik bei.

Der in den ersten Monaten des Jahres 2016 zu beobachtende Rückgang der Zahl nach Deutschland flüchtender Menschen hat bis in den Mai hinein nicht zu einem Rückgang der Unterstützung für die AfD geführt. Auch deren Radikalisierung hat ihr bisher in den Umfragen nicht geschadet. Die Möglichkeit einer dauerhaften Etablierung einer mobilisierungsfähigen völkisch-nationalistischen Partei ist real. Sie kann auf ein entsprechendes Milieu

vertrauen, das ihr erfahrene Kader zuführt. Sie kann aufgrund ihrer parlamentarischen Erfolge auf erhebliche Ressourcen zurückgreifen. Und sie hat bereits jetzt gezeigt, dass sie die im Bundestag vertretenen Parteien unter Druck setzen kann.

1.4. Ein wenig mehr als Feuerwehr

- Antifaschistische und anti-rassistische Praxis in Zeiten von Freital und Heidenau
Während in Sachsen fast täglich der rassistische Mob wütet und Asylunterkünfte angegriffen, angezündet, geflutet oder beschossen werden und die Landesregierung immer wieder Verschärfungen des Asylrechts fordert und nebenbei humanitäre Notlagen für Geflüchtete produziert, sucht die in der Fläche nur schwach vertretene antirassistische und antifaschistische Linke nach Möglichkeiten effektiver Interventionen.

Dresden-Friedrichstadt, Freitagabend, 24. Juli 2015. In der Bremer-Straße haben sich ca. 150 Antirassist*innen versammelt, um die sogenannte Zeltstadt vor möglichen Angriffen aus einer Kundgebung der NPD heraus zu verteidigen und die menschenwürdige Unterbringung von Refugees zu fordern. Seitens der NPD hatten sich ca. 80 Rassist*innen zusammengerottet, um das gerade in Eröffnung befindliche Zeltlager als Manifestationsort für widerlichen, völkischen Rassismus zu nutzen. Die Polizei ist nur mit knapp einer Hundertschaft präsent und schafft es mit Mühe und Not eine räumliche Trennung zur NPD-Kundgebung auf der anderen Straßenseite aufrecht zu erhalten. Kurz nachdem diese vom NPD-Kreisverband Dresden aufgelöst wird, versuchen große Teile der Neonazikundgebung die Antirassist*innen

vor dem Lager zu attackieren. Zuerst trifft es ein Kamerateam des Senders ZDF, anschließend versuchen Hooligans der SG-Dynamo die Reihen der Polizei zu durchbrechen und werfen Baustellenschilder, Flaschen und Böller auf die Supporter*innen. Drei Supporter*innen werden verletzt. Die Polizei setzt unter dessen weiterhin auf Deeskalation, trägt anfangs keine Helme, unterlässt den Einsatz von Pfefferspray und löst die Versammlung der NPD nur sehr langsam auf. Die ganze Nacht befinden sich Gruppen von bis zu 40 Rassist*innen im Viertel und versuchen das Zeltlager wiederholt anzugreifen. Während der ganzen Nacht erreichen Busse mit Geflüchteten aus der überfüllten ZAST in Chemnitz das Zeltlager. Am frühen morgen werden es ca. 500 Menschen sein. Die Unterstützer*innen sind abwechselnd und in Arbeitsteilung damit beschäftigt, das Umfeld zu überwachen, Neonazis entgegenzutreten und die Geflüchteten bei ihrer Ankunft im Lager zu begleiten.

Antirassist*innen im Dilemma

Selten verdichteten sich die Widersprüche gegenwärtiger linksradikaler Politik wie an diesem Abend. Die Unterbringung von Geflüchteten in der sogenannten Zeltstadt, in die unter schlimmsten humanitären Bedingungen inzwischen bis zu 1.100 Menschen gepfercht wurden, konnte schon am Abend der Eröffnung von Antirassist*innen nicht befürwortet werden. Trotz dessen sehen sich Antirassist*innen in Sachsen derzeit damit konfrontiert, die schlimmsten Zustände rassistischer Geflüchtetenverwaltung, die noch Asylpolitik genannt wird, nicht offen anzugreifen. Antirassist*innen scheinen sich damit zufrieden geben zu müssen, das erreichte Minimum vor dem

Zugriff durch rassistische Zusammenrottungen zu verteidigen. Dieses strategische Dilemma drückt sich auf verschiedenste Weise aus: Erstens gibt es bisher keine praktische, antirassistische Antwort auf die zunehmende Verschärfung des Asylrechts und die unhaltbaren Bedingungen, denen Geflüchtete derzeit in Sachsen, aber auch bundesweit, ausgesetzt sind. Zweitens: Entgegen vieler Darstellungen ist der gegenwärtige Asyldiskurs nicht allein von einer „das Boot ist voll“-Rhetorik geprägt. Vielerorts ist gelebte Solidarität mit Geflüchteten zu sehen und gerade angesichts der aktuellen Zuspitzung scheint sich diese gesellschaftlich stärker zu verbreiten. Drittens führt diese gelebte Solidarität bisher nicht ansatzweise dazu, dass sich die politischen Verhältnisse *progressiv* entwickeln würden. Die Bewegung befindet sich in einem Abwehrkampf gegen Rassist*innen und staatliche Strukturen, allen voran gegen die Innenministerien von Bund und Ländern, die kaum einen Anlass auslassen, Asylrechtsverschärfungen zu fordern und durchzusetzen.

Die Eskalation vor dem Zeltlager in Dresden-Friedrichstadt war jedoch nur ein vorläufiger Höhepunkt angesichts der jüngsten Ereignisse in Heidenau und des schon lange anhaltenden, asylfeindlichen Diskurses in Sachsen. Erinnert sei an dieser Stelle an die rassistischen Fackelmärsche von Schneeberg im Winter 2013, an die ebenfalls von der NPD angeleiteten „Nein-Zum-Heim“ Proteste, die die Eröffnung von vielen Asylsuchendenheimen begleitete und nicht zuletzt an die PEGIDA-Bewegung, die diese rassistische Grundstimmung erfolgreich für sich zu nutzen wusste. Der in AIB Nr. 106 beschriebene PEGIDA-Effekt zeigt mittler-

weile deutlich seine Folgen. Während die montäglichen Aufmärsche einen stetigen Rückgang der Teilnehmendenzahl erfahren, kommt es vor allem im Ballungsraum Dresden vermehrt zu rassistischen Protesten, die sich direkt gegen Unterkünfte und Asylsuchende richten, wie in Freital, Meißen, Mittweida und Heidenau. Hier marschiert PEGIDA-Personal Seite an Seite mit bekennenden Neonazis. Solche Proteste werden allorts von Anschlägen begleitet, die teils erfolgreich die Eröffnung von Unterkünften verhinderten oder hinauszögerten. Trotz der jüngsten verbalen Verurteilung solcher Taten von Spitzenpolitiker*innen des Landes und Bundes erfahren die lokalen Anti-Asyl-Akteure immer wieder eine Verharmlosung, Rechtfertigung und Zustimmung durch lokale Politiker*innen aus den Reihen von CDU1 und AfD.

Kaum mehr möglich als Feuerwehrpolitik

Die gängige antifaschistische Gegenstrategie ist bis dato durch eine Feuerwehrpolitik gekennzeichnet, die vor allem durch Mobilisierungen aus den Städten Leipzig und Dresden getragen und seit den Ereignissen in Freital auch durch einige auswärtige Antirassist_innen unterstützt wurde. Die Erfolge dieser Strategie sind dabei beschränkt. Neben einem medialen Blaming der jeweiligen Orte konnten solche Mobilisierungen allenfalls die sicherheitspolitische Linie beeinflussen. Während Ersteres lokale Akteure zur Positionierung zwang und teilweise einen Keil zwischen bekennende Neonazis und ‚besorgte Bürger‘ trieb, führte Zweiteres zum Teil auch zur Einschränkung der Versammlungsfreiheit auf Seiten der rassistischen Mobilisierungen, wie beis-

pielsweise in Freital am 31. Juli 2015, als ein Konzert der rassistischen Musikercombo „A3stus“ direkt vor der Asylsuchendenunterkunft abgesagt wurde. Gleichzeitig jedoch wurde in Freital ein Straßenfest der „Organisation Freital für Weltoffenheit und Toleranz“ vom Platz vor dem Heim in die Innenstadt verlegt, mit der vielsagenden Begründung, dass es vor dem Heim immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen „Asylbefürwortern und Asylgegnern“ gekommen sei. Auch in Heidenau war am Wochenende nach den massiven Angriffen auf Polizei, Geflüchtete und Antirassist*innen die Ankündigung antirassistischer Proteste der maßgebliche Anlass für ein generelles Versammlungsverbot, welches letztlich mit Polizeinotstand begründet und gegenüber dem rassistischen Mob weitestgehend durchgesetzt wurde. Ein antirassistisches Willkommensfest stand auf Grund des konsequenten Versammlungsverbots bis zu seinem Beginn auf der Kippe, auch weil man Ausschreitungen des „Black Blocks“ befürchtete. Von den meisten Lokalmedien werden solche extremismus-theoretisch inspirierten Deutungen derzeit dankend übernommen.

Deutscher Rassismus, zu Hause in Sachsen

Für Sachsen lässt sich festhalten, dass sich eine breite asyl- und migrationsfeindliche Bewegung etabliert hat, die arbeitsteilig vorgeht und den derzeitigen Diskurs um Migration und Asyl dominiert. Das Problem bleibt der altbekannte deutsche Rassismus. Dabei gilt es klar zu benennen, dass Teile der Landesregierung und Lokalpolitik Bestandteil dieses Problems sind. Genauso wie die marodierenden Neonazibanden, die vor Brandanschlägen und Waf-

fengewalt nicht zurückschrecken. So wird auf die steigende Zahl von Geflüchteten mit der Einrichtung menschenunwürdiger Notunterkünfte in Form von Zeltlagern und Turnhallen reagiert und somit bewusst das Bild vom Asylnotstand produziert. Gleichzeitig werden diese Notunterkünfte von Rassist*innen als Manifestationsorte für ihren Rassismus benutzt, wobei es auch immer wieder zu Übergriffen auf Supporter*innen der Geflüchteten kommt. Von Polizei und Verfassungsschutz werden diese als Ausschreitungen zwischen „Asylbefürwortern“ und „Asylkritikern“ gedeutet. Sachsens Innenminister Ulbig, maßgeblich verantwortlich für das mutmaßlich politisch gewollte Versagen der Polizeikräfte in Heidenau und anderswo, lässt derzeit kein Ereignis aus, um die weitere Verschärfung des Asylrechts zu fordern, z.B. ein Sonderlager für Geflüchtete vom Westbalkan oder die Kürzung ihres „Taschengeldes“. Dies alles sind bekannte Reaktionsmuster aus den Anfängen von PEGIDA, als Ulbig die Schaffung einer Sonderpolizeieinheit für „kriminelle Asylsuchende“ versprach und die Parolen der Bewegung damit befeuerte. Das Verhalten der Landesregierung macht deutlich, dass sie in den rassistischen Protesten von PEGIDA bis NPD kein Problem sehen, weil sie meinen, dass diese ihre rassistische Politik nur auf dem parlamentarischen Weg durchsetzen (lassen) wollen. Bedrohungen, Übergriffe, Anschläge und pogromartige Zustände wie in Freital, Meißen und Dresden werden dadurch konsequent heruntergespielt und der alltägliche Terror von Rassist*innen zur „Asylkritik“ verniedlicht. Der sächsische Verfassungsschutz, der mutmaßlich auch bekennende AfD-Funktionäre in seinen Reihen duldet, geht in einer aktuellen ‚Analyse‘ sogar so

weit zu empfehlen, die „asylkritischen Initiativen des Freistaates Sachsen sollten daher sensibel und mit deutlicher Abgrenzung auf das Engagement von Rechtsextremisten reagieren“³. Erst nach Heidenau und bundesweiter massiver Kritik an der CDU-Landesregierung sprach Ministerpräsident Tillich wenig überzeugend von „Grenzen“, die „überschritten worden“ seien.

Konkreter Schutz, konsequente Kritik und praktische Solidarität

Die Linie der derzeitigen sächsischen Landesregierung ist nicht nur durch die konsequente Verharmlosung eines allgegenwärtigen Rassismus gekennzeichnet, sondern sie produziert auch die Bilder, Zustände und Orte einer Elendsverwaltung, die jene Rassist*innen brauchen um ihre Vorurteile zu bestätigen und auszuleben. Solange sich der rassistische Mob vor Asylsuchendenunterkünften und an Orten wie dem Dresdener Zeltlager versammelt und die sowieso schon skandalösen Zustände weiter verschärft, gilt es den Neonazis und Rassist*innen entschlossen und konsequent entgegen zu treten. Nur so kann vielerorts in Sachsen derzeit der konkrete Schutz und die Unversehrtheit der Geflüchteten vor dem Zugriff des rassistischen Mobs gesichert werden. Die auch in antirassistischen Kreisen naive Annahme, die staatliche Exekutive werde im Zweifelsfall eine erneutes Pogrom verhindern, muss prinzipiell, vor allem aber mit Blick auf die aktuellen sächsischen Zustände und die Erkenntnisse aus Rostock-Lichtenhagen, als geschichtsvergessen und gefährlich betrachtet werden. Eine antirassistische Linke muss jedoch auch viel stärker als bisher die Linie der

sächsischen Landesregierung angreifen und dem Bild vom Asylnotstand das Bild der praktischen Solidarität mit Geflüchteten entgegensetzen. Die vielen Freiwilligen, die in Dresden, Chemnitz, Leipzig und anderen Orten des Bundeslands tagtäglich praktische Hilfe leisten, zeigen, dass viele Menschen nicht bereit sind, die Zustände zu akzeptieren. Der Rückzug des Netzwerks „Dresden für alle“ aus der Verwaltung des Zeltlagers war in diesem Sinne ein richtiges und wichtiges Signal aus den Reihen der Unterstützer*innen. Es zeigt, dass Antirassist*innen nicht bereit sind, Teil der Inszenierung der sächsischen Landesregierung zu sein. An diese Haltung sollten antirassistische Gruppen anknüpfen und den Protest gegen rassistische, menschenverachtende Zustände nachdrücklicher werden lassen.

Die Proteste gegen die Verlegung von 51 Geflüchteten aus einer Notunterkunft in Leipzig-Connewitz nach Heidenau am Montag nach den pogromartigen Ausschreitungen vermitteln eine Idee davon, wie eine emanzipatorisch-antirassistische Praxis aussehen kann, die sich an den Bedürfnissen von Geflüchteten orientiert⁴. Innerhalb eines zehntägigen Protestcamps, das vom Bündnis Refugees Welcome und vielen weiteren Supporter*innen getragen wurde, erkämpften Antirassist*innen menschenwürdigere Unterbringungsmöglichkeiten, organisierten gemeinsam mit den Geflüchteten eine Demonstration mit über 1300 Teilnehmenden sowie Verpflegungen und Alltag, Rechtsberatung und Partys — und schufen so Räume praktischer Solidarität, die die sächsischen Zustände temporär aushebeln konnten.



1.5. Der Rechten ist es gelungen, eine Bewegung auf die Straße zu bringen

Dieser Text ist ein Versuch einer groben Einordnung der rassistischen Situation und den offenen autoritären Entwicklungen im letzten Jahr in Deutschland (mit Fokus auf Sachsen insbesondere Dresden und Umgebung). Er soll als Diskussionsgrundlage dienen, weiter ergänzt und kritisiert werden. Es gab zu keinem Zeitpunkt den Anspruch auf Vollständigkeit. Vielmehr wurden einzelne Ereignisse gewählt, um eine Entwicklung zu verdeutlichen.

Der Rechten ist es gelungen eine Bewegung auf die Straße zu bringen. Ihr Zentrum ist Dresden und das Umland der Stadt, die fast wöchentlich Aufmärsche oder Kundgebungen mit tausenden von TeilnehmerInnen auf die Straße bringt. Dresden ist schon länger eine Stadt die (zumindest in Teilen) als Homezone für Nazis gilt. Auch wenn die großen geschichtsrevisionistischen Demonstrationen zum

Jahrestag der Bombardierung Dresdens durch anti-faschistische Kampagnen und bundesweite Mobilisierungen medienwirksam verhindert werden konnten, stand dies nie symbolisch für die alltäglichen Kräfteverhältnisse. Auch die staatliche Repression machte deutlich, dass anti-faschistischem Handeln im Freistaat Sachsen ein rauer Wind entgegen weht. Auch wenn die Dresdner Naziszene ohnehin schon stark ist, ist zu beobachten, dass ein großer Teil organisierter und militanter Neonazis aus dem Umland anreist und eng mit der Dresdner Szene verknüpft ist. In den umliegenden Orten von Dresden gibt es auch schon länger etablierte, organisierte Nazistrukturen. Der rassistisch geführte Diskurs über Flucht- und andere Migrationsbewegungen in Politik und Medien und dem größten Teil der Gesellschaft hat es den organisierten Nazis möglich gemacht in den Orten und Regionen in denen es kaum anti-faschistischen Widerspruch gibt, die Deutungshoheit der Geschehnisse zu erlangen. Durch PEGIDA

konnte eine Bewegung geschaffen werden, die enorm schnell radikalisiert. Nicht nur den gesellschaftlichen Diskurs, sondern auch die Beteiligten an der Bewegung selbst. Durch das fast wöchentliche Treffen bei PEGIDA ist ein enormes Gemeinschaftsgefühl erwachsen. Es wurden Kontakte geknüpft und genetzt. Auch hierbei sind die organisiert angereisten Gruppen aus dem Umland (wie z.B. Freital, Heidenau, Pirna, Meißen) von Bedeutung. Durch ihre Präsenz beeinflussen sie die Diskussion innerhalb der Bewegung. Dazu kommt, dass organisierte Reisegruppen Anschlussmöglichkeiten für nicht organisierte bieten und so eine Möglichkeit darstellen in Kontakt zu kommen (zu politisieren) und in längeren Gesprächen ihre Weltanschauungen zu festigen und zu propagieren. In der Präsenz nach außen möchten sie zum einen vermitteln (z.B. auch über Fahnen), dass PEGIDA nicht nur von Dresden gestützt wird, also breiter aufgestellt ist, und zum anderen treten sie als organisierte Gruppen auf, von denen Gewalt ausgeht. Zusätzlich sorgen sie für ein größeres Stammklientel.

Ideologisches Grundgerüst

Die beiden Hauptthemen von PEGIDA, die Hetze gegen Geflüchtete (Fremdenfeindlichkeit) und die Islamfeindlichkeit gehen einher mit der Identifikation mit Volk und Nation und bei den meisten auch mit einem nicht weiter definierten Christlichen Abendland. Dies spricht ein ziemlich weites Spektrum unserer Gesellschaft an, wovon nur ein Bruchteil auf der Straße partizipiert. Durch PEGIDA ist ein Forum entstanden, in dem Menschen aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft mit verschiedensten außerparlamentarischen

Strömungen der Rechten in Verbindung kommen. Ob VerschwörungstheoretikerInnen oder Hooligans, Burschenschaften oder christliche FundamentalistInnen, ReichsbürgerInnen oder Neonazis. Deshalb war es auch so wichtig, dass PEGIDA möglichst lange ein bürgerliches Image pflegte (und Politik und Medien den Dialog möglichst lange suchen). Durch die *Diskreditierung* von allen externen Informationen als Lügenpresse oder als gezielt gestreute Fehlinformation wahlweise von den Juden, vom Staat oder der Antifa, wird auch hier die Inhaltliche Deutungshoheit erlangt. Durch direkte Begegnungen und Internetforen (Bsp. PI News) wird ein eigenes Informationsnetzwerk aufgebaut, das in der Bewegung als vertrauliche Quelle gilt. So radikalisiert sich eine ganze Bewegung (abgeschottet von äußeren Informationen und Argumenten) und trägt dazu bei, dass sich der gesellschaftliche Diskurs weiter in Richtung autoritärer Ansätze verschiebt. Allen AkteurInnen gemeinsam sind die Konstruktionen des Volks und der Nation. So schaffen sie es trotz innerer Widersprüche der rechten Bewegung gemeinsam gestärkt hervor zu gehen. In (vermeintlichen) Krisensituationen, ist in breiten Teilen der Gesellschaft eine Abgrenzung eines vermeintlichen Wir zu beobachten. Dies findet oft auf verschiedenen Ebenen statt. So z.B. die Volksgemeinschaft, als größerer Zusammenhang oder die konservative Familie im Kleinen. Das Patriarchat ist einer der Fundamente autoritärer Gesellschaftsentwürfe. Umso mehr Menschen an Volk und Nation glauben, desto größer ist das Potential der rechten Bewegung (und der einzelnen Strömungen), welches sie mit ihrer Propaganda erreichen können. Aus diesem ergibt sich ein Mobilisierungspotential, worin wiederum

ein Rekrutierungspotential besteht.

Kurze Skizzierung der Entstehung der Bewegung

Nachdem im Sommer 2013 in Berlin Hellersdorf rassistische Proteste gegen ein Lager für Geflüchtete in der Carola-Neher-Str. durch antifaschistische Interventionen und kontinuierliche Arbeit vor Ort vorerst zurück gedrängt werden konnte, folgte im zweiten Halbjahr 2014 eine rassistische Mobilisierung, die auch 2015 weiter andauerte. Der vorerst größte Höhepunkt in Marzahn endete in einer rassistischen Demo mit 600 TeilnehmerInnen Ende 2014, die bundesweit mediale Beachtung fand. Die Nein-zum-Heim Initiativen scheinen ein gutes Format für Nazis zu sein, mit anderen Menschen zu demonstrieren und gemeinsame rassistische Positionen zu propagieren. So konnten sie ihre Isolation aufbrechen und es entstanden bundesweit Nein-zum-Heim Initiativen und Bürgerwehren. Spätestens HOGESA 2014 hat gezeigt, dass die rassistische Mobilisierung auch das Hooliganspektrum anspricht und dass die Fluchtbewegung und die gesellschaftliche Reaktion auf diese, viel Potential für das Politisieren dieses Spektrums beinhaltet. Zwar schafften sie es bisher nicht zu einem Revival der Massendemokratie im Oktober 2014 in Köln, jedoch fanden einige von ihnen ihren Platz in der Bewegung, z.B. als OrdnerIn oder um den Schutz zu organisieren. Die Jungs fürs Grobe finden in der Bewegung Anerkennung für ihre Rolle und werden so von dem/der gewaltsuchenden AlltagsrassistIn zum/zur nicht weniger gewalttätigem/n politischen AkteurIn. Schnell etablierte sich Dresden als Zentrum der aufkeimenden Bewegung. Durch das Entstehen von PEGIDA und den Ablegern entstand

eine mediale und politische Aufmerksamkeit, die der Bewegung zugestanden, tatsächlich politische Einflussmöglichkeiten zu besitzen. Doch anstatt die Bewegung zu isolieren und offensiv gegen sie anzugehen, wurden die RassistInnen

als besorgte Bürger verharmlost, deren Sorgen (nicht nur rassistische Vorurteile und Einstellungen) man ernst nehmen müsse. So wurde und wird in großen Teilen der Gesellschaft der Dialog gesucht und damit Rassismus als legitimer Standpunkt akzeptiert, den es zu diskutieren lohnt. Was vor dem ideologischen Hintergrund, dass Geflüchtete weithin als Bedrohung gesehen werden und die faktisch schon bestehende Festung Europa (innerhalb und außerhalb) fleißig ausgebaut wird, nur folgerichtig ist. Hier zeigt sich die breite Verankerung rassistischer Denkweisen in dieser Gesellschaft ganz klar und offen. Über das Konstrukt der bürgerlichen Mitte wird der Dialog legitimiert. In dieser gesellschaftlichen Stimmung werden zunehmend künftige und bewohnte Lager für Geflüchtete angegriffen. Während die Brandanschläge vorerst meist unbewohnte Lager trafen, schien sich dies spätestens seit Mitte 2015 geändert zu haben. Zunehmend werden auch bewohnte Lager angezündet und auch Angriffe auf Geflüchtete, die dezentral in Wohnungen untergebracht wurden, mehren sich. Ausschreitungen und Belagerungszustände wie in Dresden, Freital und Heidenau, die durch das bewusste Nichthandeln der staatlichen Behörden und der Polizei erst in dieser Form entstehen konnten, sind finstere Ausblicke auf Kommendes.

Zunehmend werden bei den Rechten auch für sie untypische Aktionsformen ausprobiert. Im Dresdner Stadtteil Übigau

richteten RassistInnen eine Art Mahnwache als Blockade des Zugangswegs zum Lager für Geflüchtete. Obwohl die Mahnwache angab die Blockade zu räumen, wenn sie dazu aufgefordert würden, wurde darauf verzichtet und lieber ein neuer Zufahrtsweg errichtet, um drinnen mit den Aufbauarbeiten zu beginnen. Auch gab es bei der Verteilung von Geflüchteten in Sachsen Blockaden von Bahnhofsvorplätzen (Freiberg und Meerane) und Besetzungen von taktisch guten Kreuzungen, um den Transport von Geflüchteten per Bus zu stören. An Silvester wurde von einer rassistischen Initiative ein Ultimatum an die Stadt Dresden gestellt. Die Geflüchteten sollten innerhalb von 14 Tagen wieder verschwinden. Glücklicherweise hatte das erfolglose Ultimatum bis jetzt keine bekannt gewordenen Folgen auf der Straße.

Mit Freital und Heidenau gewann die Stimmung nochmal an Schärfe. Die RassistInnen zeigten militante Straßenpräsenz vor und gegen Lager von Geflüchteten. Sowohl in Freital, als auch in Heidenau baute sich der Protest über mehrere Tage auf. Während in Freital die Gewalt gegen Menschen noch hauptsächlich im Umfeld der Veranstaltung (Hin- und Rückweg) stattfand, ging die Gewalt in Heidenau in eine Art Massenmilitanz über. Dabei war eine alarmierend gute Organisation der Nazis zu erkennen. So gab es am Samstag neben dem Angriff auf der Straße einen weiteren koordinierten Angriff auf die antifaschistische Kundgebung aus anderer Richtung. Auch eine Art improvisierten Checkpoint auf der Landstraße hatten sie errichtet, an dem Fahrzeuge gestoppt und zumindest vereinzelt zurückgeschickt wurden. Der PEGIDA-Geburtstag am 19.10.15

war ein nächster Schritt. Organisierte RassistInnengruppen schafften es am Ende des Tages deutlich die Straßen zumindest in der Altstadt zu dominieren. Vielerorts wurden Gegendemonstrant*innen gejagt und angegriffen.

Der PEGIDA-Geburtstag war ein länger feststehender Termin und so gab es sowohl von PEGIDA, als auch von antifaschistischer/antirassistischer Seite eine bundesweite Mobilisierung. Nachdem eine organisierte Gruppe aus 200-300 RassistInnen ohne jegliche Polizeibegleitung (mit Fronttransparent und unter Rufen wie: Hier marschiert der Nationale Widerstand) vom Hauptbahnhof zur PEGIDA-Kundgebung demonstrierte, lief es an anderen Zugangswegen für die RassistInnen nicht ganz so reibungslos. Während der Kundgebung zerstreuten sich die Gegendemonstrant*Innen um möglichst an allen Zugangspunkten präsent zu sein, einige suchten auch nach Gelegenheiten wenigstens in direkte Sichtweite zur Kundgebung zu gelangen. Nach Beendigung der PEGIDA-Kundgebung zogen organisierte Gruppen durch die Altstadt und griffen immer wieder Menschen an, die sie als nicht zu ihrem Volkskörperweltbild gehörend betrachteten und lieferten sich vereinzelt kleinere Scharmützel mit den Bullen. Nachdem eine antirassistische Demo zurück in die Neustadt stattfand, um eine Möglichkeit des sicheren Rückzugs anzubieten, fanden auch dort im Nachhinein Angriffe durch RassistInnen statt.

Am 21.12.15 wollte PEGIDA in die Neustadt ziehen. Nachdem am 12.12.15 der Versuch von Neonazis durch Connewitz zu laufen, von Auseinandersetzungen zwischen Antifaschist*Innen und den Bullen begleitet wurde, wollte PEGIDA

klarstellen, dass sie in Dresden laufen wo sie wollen. So gab es eine überregionale Mobilisierung zu diesem Termin, welche auf antifaschistischer Seite eher gering ausfiel. PEGIDA wurde per Auflage an den Rand der Neustadt verlegt und auf beiden Seiten nur stationäre Kundgebungen erlaubt. Nach halbherzigen Versuchen von Antifaschist*Innen die weiträumige Trennung zu überwinden, hatten sie sich verstreut oder wieder zurückgezogen. In Autokonvois organisierte Gruppen von RassistInnen bewegten sich unabhängig von PEGIDA durch die Neustadt. Als sich eine dieser Gruppen dem AZ Conni näherte, bewegte sich eine größere Gruppe Antifaschist*Innen in ihre Richtung, wurden allerdings von Bullen gestoppt und in Richtung AZ getrieben. In der Folge wurde das AZ umstellt und ca. 10 Personen von den Bullen gefilzt und kontrolliert. An demnorts in der Neustadt wurde eine Gruppe Antifaschist*Innen von einer 20-30 köpfigen Gruppe RassistInnen angegriffen. Im Nachhinein wurde eine Person bewusstlos in einer Seitenstraße gefunden.

Silvester und die Bullen

Wenn in Heidenau der braune Mob angreift, hat die Polizei angeblich keine Hundertschaft mehr zur Verfügung. Hätte es zum gleichen Zeitpunkt eine Scherben-demo in Dresden gegeben, wäre bestimmt recht schnell eine da gewesen. Wenn in Leipzig ein paar Mülltonnen brennen und die Polizei ihrem Beruf nachgeht die Steine abzufangen, damit es nicht die Richtigen trifft, wird von Straßenterror (nicht etwa von den Nazis) gesprochen. Und folgerichtig wird zu Silvester in Connewitz das Grundrecht auf Versammlung eingeschränkt, während die Polizei in Dresden keine Notwendigkeit

dazu sieht Lager in der Silvesternacht besonders zu schützen, obwohl am Abend vorher eine teilweise vermummte Demo unter Böllerwürfen und mit Fackeln durch Laubegast zog.

LEGIDA-Geburtstag (Leipzig 11.01.16)

Während LEGIDA durch Leipzig marschiert gibt es zeitgleich eine organisierte Scherben-demo, durchgeführt von ca. 250 RassistInnen in Connewitz. Auch eine weitere Gruppe von ca. 50 RassistInnen ist unabhängig von der Demo durch die Stadt gezogen. Antifaschist*Innen, die sich in Bewegung setzen wollten wurden von der Polizei gekesselt und so daran gehindert einzugreifen, während ihr eigener Kiez von organisierten RassistInnen angegriffen wurde. Abgesehen von einer größeren Gruppe Nazis, welche die Bullen nach der Scherben-demo eingekesselt und abtransportiert hatten, konnten sich die restlichen RassistInnen auch in größeren Gruppen lange ungestört bewegen. Trotz 2000 Bullen mit Pferden, Räumpanzern und einigen Wasserwerfern, haben sich die Bullen zum Großteil darauf beschränkt, Antifaschist*Innen vom Eingreifen abzuhalten und die Nazis und ihre Autos am Rand von Connewitz zu schützen. Über Twitter drohten RassistInnen abends Einzelpersonen durch die Nennung des Namens und der angeblichen Straße in der die Person wohnen soll. Einen ähnlich organisierten Naziangriff in Connewitz hat es das letzte Mal in den 90igern gegeben. Schon vor der Demo hatte die NPD Leipzig ein internes Dokument der Bullen veröffentlicht, in dem es um eine Fahrzeugkontrolle bei Antifaschist*Innen ging, welche mit Namen genannt wurden. Dazu gab es in den Tagen vor der Demo gegen Kassek (Grüne) und

Nagel (Linke) Morddrohungen.

Der Tag in Leipzig zeigt außerdem, dass PEGIDA in der Lage ist mehrere Tausend Menschen in eine andere Stadt (zumindest in Sachsen) zu mobilisieren. Unter den Autos des Konvois, der in Connewitz randalierte, ließen sich Kennzeichen aus Dresden und Pirna finden. Ein besonderes Augenmerk in der Analyse sollten wir auch auf diese Aspekte richten: Das letzte Jahr hat gezeigt, dass einige AkteurInnen, die schon Anfang der neunziger aktiv waren, heute wieder aktiv geworden sind z.B. organisatorische Aufgaben übernehmen. Durch die rassistische Stimmung in der Gesellschaft, werden alte Kader wieder motiviert, klinken sich in bestehende Netzwerke ein und bringen alte Kontakte mit. So ist der besorgte Rassist, der versuchte die Kölner OB Henriette sowieso mit einem Messer umzubringen, schon aus den 90igern bekannt. Wieder ausgegrabene und erneut veröffentlichte Rechercheartikel aus den 80igern und 90igern könnten wahrscheinlich hilfreich sein, um die Entstehung von (vermeintlich) neuen Netzwerken besser nachvollziehen zu können. Auch ist auffällig, dass einige AkteurInnen in wichtigen organisatorischen Rollen in ihrer Kindheit in Kaderlagern der Naziszene (die seit den 50igern mehr oder weniger ununterbrochen in (West-)Deutschland stattfinden) waren. Sie sind also seit dem Drill der Kindheit psychisch und physisch dazu geschult worden, eine solche Bewegung ins Leben zu rufen und sie zu steuern.

Momentan treffen ihre Bemühungen auf fruchtbaren Boden. Wir dürfen nicht den Fehler machen sie zu unterschätzen. Es gibt lange bestehende Strukturen, die sich eine rechte Bewegung herbeigeseht haben

und die im letzten Jahr verdammt schnell ein enormes Potential entfalten konnten. Sie schaffen es eine Dynamik zu entfalten, in der sie Anschlussfähigkeit an große Teile der Gesellschaft haben.

Die Arbeit rechter *Think-Tanks* sollte mehr ausgewertet und in die Analysen stärker mit aufgenommen werden. Zwar zeugt das Gerede von einer konservativen Revolution auch in der jetzigen gesellschaftlichen Situation von Spuren des Größenwahns, jedoch verdeutlicht es auch, wie bestätigt und motiviert sie sich durch die Präsenz einer Rechten (außerparlamentarischen) Bewegung auf der Straße fühlen. Es werden zwar einzelne AkteurInnen wie Elsässer und sein Compact-Magazin angegangen, jedoch scheinen die *Think-Tanks* in der Regel nicht die Aufmerksamkeit zu bekommen, die sie verdienen. Wer versucht die großspurigen Formulierungen zu ignorieren und die Texte auf seine Inhalte reduziert, wird feststellen, dass durchaus durchdachte Ansätze dahinter stehen die bestimmte Impulse in die Bewegung senden sollen.

Seit dem Auffliegen der Terrorzelle um Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt ist das bestehende NSU-Netzwerk bekannt. Das diese Terrorzelle nur ein kleiner Teil eines Netzwerkes ist, steht außer Frage. Nicht klar ist, ob es weitere aktive Terrorzellen von diesem Netzwerk ausgehend gibt oder gab und ob das Trio alle Taten tatsächlich alleine durchgeführt hat oder ob es über die konkrete Tatunterstützung hinaus auch in Koordination *agierende* Zellen gibt/gab. Durch die in diesem Zusammenhang an die Öffentlichkeit geratenen Informationen ist deutlich geworden wie die Ermittlungsbehörden mindestens mit viel Wohlwollen und Versagen auf ganzer Linie den Terror

unterstützt, vielleicht sogar erst möglich gemacht haben. Dabei tat sich im Besonderen der Verfassungsschutz (VS) hervor. Der Inlandsgeheimdienst der in der neugegründeten BRD fast nur eine Namensänderung als Neuerung erlebte, ist in der Zeit seiner Existenz immer wieder mit Verstrickungen in Rechte Netzwerke/Strukturen und Zellen aufgefallen. So z.B. auch Anfang der 80iger im Zusammenhang mit dem Oktoberfestattentat.

Der VS muss als Akteur mit nicht zu unterschätzendem Einfluss auf rechte Strukturen und Netzwerke mitgedacht werden. Er ermöglichte in weiten Teilen das Handeln des Trios, welches sich auf den NSU bezog, durch Beschaffung von Geld, Sprengstoff und Know-How. Zudem sei an einen standardmäßig tolerierten rassistischen Untergrund erinnert. Mindestens 372 RassistInnen befinden sich trotz teilweise mehrerer Haftbefehle auf freiem Fuß.

Auch die AFD ist eine weitere wichtige Akteurin, die versucht, parlamentarischer Arm der Bewegung zu werden.

Wir wollen Solidarität geben, sie aber auch einfordern.

Nachdem die rassistische Bewegung den gesellschaftlichen Diskurs immer weiter in autoritäre und rassistische Richtung verschoben und damit fast alle verbalen Tabus in großen Teilen der Gesellschaft aufgehoben hat, nimmt rassistische Gewalt stetig zu und weitet sich auf immer mehr gesellschaftliche Gruppen aus. Es macht Angst zu sehen wie wenig Menschen bereit sind den gewalttätigen RassistInnen auch direkt und handfest zu begegnen. Selbstverständlich soll hier für niemanden bestimmt werden, wie seine/ihre* Handlungsmöglichkeiten aussehen sollen.

Aber es soll Solidarität von allen Antirassist*Innen/Antifaschist*Innen eingefordert werden, für diejenigen, die bereit sind auch militant gegen RassistInnen vorzugehen. Natürlich ist Gewalt gegen Menschen das letzte und ohnmächtigste Mittel, mit dem Mensch vorgeht, wenn einer keine andere Möglichkeit mehr sieht. Es glaubt auch niemand daran mit Gewalt die Änderung einer Ansicht zu erreichen. Bei organisierten RassistInnen, die ein solch abgeschlossenes Weltbild besitzen, ist nicht davon auszugehen, dass Mensch irgendwie etwas daran ändern kann. Es geht also darum, den RassistInnen den öffentlichen Raum zu nehmen, ihre Wirkungsmacht einzuschränken. Zunehmend geht es allerdings schlicht um die ständig steigende Notwendigkeit an organisiertem antifaschistisch/antirassistischem Selbstschutz. Wenn RassistInnen oder Bullen angreifen, sind die militanten Antifaschist*Innen/Antirassist*Innen die einzigen, die durch ihre Präsenz und ihr eingreifen versuchen allen Teilnehmer*Innen der antirassistischen Versammlung Schutz zu bieten. Oder wie stellen sich konsequent gewaltfreie Gegendemonstrant*Innen denn einen Angriff von RassistInnen auf eine Versammlung vor, wenn sich ihnen nicht mutige Menschen in den Weg stellen?

Aus unserer Perspektive sollte in dem gewalttätigen Kontext in dem wir uns befinden und unser Handeln statt findet, nicht die Frage diskutiert werden, ob Gewalt, sondern wann es sinnvoll und legitim ist sie anzuwenden und ob nicht sogar eine (dringende) Notwendigkeit besteht und/oder es unausweichlich ist. Es ist nicht nachvollziehbar, warum sich selbst bei ganz konkreten Verteidigungssituationen Mitdemonstrant*Innen die eigenen (milit-

ant *agierenden*) Leute angehen, obwohl sie im selben Atemzug genau durch diese geschützt werden. Nur weil sich glücklicherweise Menschen auf gewaltsame Auseinandersetzungen vorbereiten, heißt das nicht, dass sie sich gerne in solche Situationen begeben. Sie erkennen mindestens eine Notwendigkeit der Selbstverteidigung an und erklären sich solidarischer Weise mit allen, die sich nicht bereit oder in der Lage sehen, in direkte Auseinandersetzungen zu gehen, dazu bereit diese Rolle zu übernehmen. Die rechte Bewegung bedeutet ein Rollback für alle antiautoritären Kämpfe

Ohne Frage sind alle Themenschwerpunkte einer emanzipatorischen Perspektive wichtig. Jedoch gilt es zu beachten, dass diese rassistische Bewegung einen Schlag für alle emanzipatorischen Bestrebungen darstellt. Das sollte mit in Betracht gezogen werden und sich auch im Handeln widerspiegeln. Es wird immer bedeutender, dass wir unsere Differenzen soweit überwinden, dass wir uns in einen gemeinsamen Kontext stellen. Denn nur, wenn von allen Teilbereichskämpfen ein Bezug auf einen gemeinsam geführten Kampf für eine tatsächliche Alternative ausgeht, haben sie gemeinsam das Potential zu einer Bewegung zu werden. (Ein gemeinsamer Nenner könnte der Kampf für einen emanzipatorischen Prozess sein, mit allen, die eine ernsthafte Diskussion über antiautoritäre Gesellschaftsentwürfe führen wollen.) Der Diskurs um die Übergriffe in Köln und die Vereinnahmung des Themas durch die RassistInnen, zeigt beispielhaft, wie emanzipatorische Kämpfe, hier für feministische Perspektiven gegen sexualisierte Gewalt, durch die Reaktionen zurückgedrängt wurden und werden. Wie schon in ihrer Propaganda gegen muslimisch gläubige

Menschen haben sie sich Frauenrechte auf die Fahnen geschrieben. Vorläufig gipfelte diese Absurdität darin, dass sich in Köln am Tag (So 10.01.16) nach einer aggressiven PEGIDA-Demo (Sa 09.01.16) mit Bezug auf die Übergriffe in der Silvesternacht, Türsteher, Hooligans und Rocker zusammenschlossen, um in mehreren organisierten Gruppen Menschen anzugreifen, die ihnen nicht deutsch genug erschienen. Bei dieser Klientel scheint es doch recht verwunderlich, dass sie sich angeblich für Frauenrechte stark machen will, wenn Mensch bedenkt, dass sie sich in einem Umfeld bewegen, indem einer der Hauptwirtschaftszweige Zwangsprostitution und Menschenhandel ist. Es ist wichtig den Fokus des eigenen Teilbereichskampfes nicht zu verschieben, nur weil ein paar Nazis meinen, irgendwo lang laufen zu müssen. Es geht darum, die Konsequenzen einer radikalen Analyse in die Praxis umzusetzen. Doch dürfen wir nicht vergessen, dass auch Symptome tödlich enden können. Auch wenn Fieber ein Symptom ist, und nur ein Nebenerscheinungsbild einer anderen Krankheit, kann es tödlich enden.

Lasst uns gemeinsam Handeln Organisieren wir uns

Nun gilt es aus der Ohnmacht auszubrechen, Perspektiven zu entwickeln und handlungsfähig zu werden. Wir müssen uns vernetzen und organisieren, dürfen dabei aber nicht handlungsunfähig werden. Die tatsächlichen Aktivitäten sollten sich, durch stärkere Vernetzung steigern und intensivieren. Wir sollten uns auf vertraute Menschen besinnen. Menschen mit denen wir gemeinsam(e) Erfahrungen gesammelt haben. Wir sollten uns zusammenschließen und zusammen Handeln.



1.6. Antifaschistische Aktion - Für die konsequente Intervention

Bereits in unserer letzten Ausgabe widmeten wir uns den jüngsten rassistischen Ausschreitungen in Deutschland. Der Artikel „Zwischen grenzenloser Solidarität und mörderischem Rassismus“ setzte sich gleichermaßen mit dem institutionellen Rassismus der Politik, der medialen Stimmungsmache der Medien und den mit *Ressentiments* beladenen „besorgten Bürgern“ auseinander, wie auch mit den unschwer erkennbaren Parallelen zu den rassistischen Mobilisierungen der 1990er Jahre. Zusammen mit der Wiederveröffentlichung des Textes „Ein Blick zurück in Zorn“, welcher fünf Jahre nach den Pogromen von Rostock-Lichtenhagen entstand und dem Artikel der „Antifa Klein Paris“, welcher sich unter anderem auf die sogenannte „Feuerwehrpolitik“ der Antifa in der jetzigen Zeit bezieht, hofften wir zu der notwendigen Diskussion einen Teil beitragen zu können. Seitdem ist viel passiert und es verging keine Woche ohne Brandanschläge und Angriffe auf geplante oder bezogene Flüchtlingsunterkünfte und kein

Tag ohne rassistische Demonstrationen oder körperliche Übergriffe auf vermeintliche und tatsächliche Asylsuchende.

In Gesprächen rund um die Frage was getan werden kann, um dieser rechten Bewegung die Stirn bieten zu können, begegnet man immer wieder Gefühlen der Ohnmacht, der Lähmung. Es scheint fast so, als ob bisherige Erfahrungen, Konzepte und Strategien nur schwer angewandt werden können. Meist finden die Ausschreitungen im ländlichen Raum statt, in denen antifaschistische Strukturen nur marginal vertreten, oder mit den Ereignissen überfordert sind. Wir mussten jedoch auch lernen, dass sich Provinz und Großstadt oft nicht viel nehmen, wir in Dresden ebenso wenig ausrichten konnten, wie in Freital oder Heidenau, wir in Erfurt einem ähnlich gewalttätigem Mob begegnen wie derzeit jeden Montag in Leipzig. Die Zeit rast, die rassistische Stimmung innerhalb der Gesellschaft wächst und Antifaschist_innen müssen sich der Lähmung und Lethargie stellen und realistische Herangehensweisen zur Intervention überlegen, bevor die Situation erneut eskaliert. Dieser Text soll ermuntern, die geführten Auseinandersetzungen zu intensivieren.

Dafür werden konkrete Handlungsmöglichkeiten zur Diskussion gestellt und Ideen zur Voranalyse gegeben.

Wenn wir von „Wir“ sprechen, meinen wir einerseits uns als organisierte Antifaschist_innen im Allgemeinen, egal ob aus Groß- oder Kleinstadt, die es satt haben, jedes Wochenende neue Hiobsbotschaften aus #Kaltland zu bekommen, ohne adäquate Lösungsansätze vorstellen zu können. Andererseits richten sich die konkreten Überlegungen gezielt an Bezugsgruppen, in denen der Konsens herrscht, spätestens „wenn es brennt“, gemeinsam einzugreifen. Ausgangspunkt unserer Überlegungen ist eine akute, für Geflüchtete lebensbedrohliche Situation, in der wir Antifaschist_innen konkret handeln müssen, d.h. im Moment einer zu erwartenden rassistischen Ausschreitung oder eines Pogroms.

Antifa heißt Austausch

Wir sind kaum handlungsfähig, wenn wir hunderte Kilometer in eine fremde Stadt fahren, ohne Vorkenntnisse über die dortige Situation, Stimmung und Bedrohungslage zu haben. Im besten Fall gibt es selbst in der ländlichsten Region Antifa-Gruppen oder antirassistische Bündnisse, auf deren Einschätzungen wir uns stützen können und mit denen wir in Kontakt treten sollten. Im schlechtesten Fall sind wir auf uns gestellt und müssen uns durch eigene Recherche einen Überblick verschaffen. Hilfreich dafür kann es sein, Genoss_innen anzusprechen, die in den jeweiligen Regionen gelebt haben um mit ihnen gemeinsam die lokale Situation nachvollziehen zu können.

Im Falle der Kleinstädte und Dörfer haben wir immer wieder feststellen können, dass sich die meisten kennen. Wir können nicht

von außerhalb Strukturen aufbauen, können aber unterstützend wirken und Impulse geben, auch ohne Großstadtarroganz. Für die Gruppen vor Ort ist es in der jetzigen Situation unabdingbar Bündnisse zu verfestigen und politische Mitstreiter_innen zu finden, um in Notlagen verlässlich zusammen handeln zu können und gleichzeitig eine ansprechbare Struktur für Auswärtige zu etablieren. Denn ohne regionale Strukturen sind Auswärtige oft handlungsunfähig.

Sind diese lokalen oder regionalen Strukturen vorhanden, ist es für Auswärtige unablässig, diese in strategische Entscheidungen einzubinden und die vorhandenen Ängste und Sorgen ernst zu nehmen. Argumente wie „Wenn ihr hier den Nazis was antut, fällt das auf die eh schon kleine regionale Szene zurück“ müssen verstanden, aber auch kritisch hinterfragt werden. Richtig ist: Insbesondere wenn wir längere Anreisewege haben, können wir keinen kontinuierlichen Schutz lokaler Strukturen gewährleisten. Jedoch ist es wichtig sich die eigenen Handlungsoptionen nicht vollständig einschränken zu lassen. Oft sind es lediglich Mythen, in denen sich das politische Gegenüber sonnt, als das tatsächlich No-Go-Areas existierten. Diese Mythen müssen wir prüfen und *verifizieren*. Antifaschistisches Engagement wird immer konfliktbehaftet sein und auf Widerstand seitens der extremen Rechten stoßen. Das jedoch darf nicht ausschlaggebend für unser Handeln sein. Stattdessen sollten wir uns überlegen, wie wir ländliche Strukturen unterstützen können, damit antifaschistische Interventionen auch in dem kleinsten, konservativsten Dorf möglich sind. Das schließt ein, dass wir die Kontakte halten, regelmäßigen Austausch suchen und immer wiederkom-

men, wenn es notwendig ist.

Neben Kontakten zu lokalen Strukturen sollten wir zur Vorbereitung auch eigene Recherchen anstellen. Wichtige Fragen dabei sollten sein: Wann und wo eröffnen Unterkünfte, welche Art der Unterbringung (Notunterkunft, Heim, dezentrale Unterbringung) wird in Betracht gezogen, welche Stimmung herrscht innerhalb der Bevölkerung, gibt es bereits rassistische Initiativen und wenn ja, welches Mobilisierungs- und Gewaltpotential geht von ihnen aus? Gibt es Ansätze zivilgesellschaftlicher Willkommensinitiativen und haben wir Kontakt zu diesen? Gibt es möglicherweise sogar Kontakte zu Bewohner_innen bestehender Heime?

Im Unterschied zu den 1990er Jahren gibt es heutzutage fast unbegrenzte Möglichkeiten, durch soziale Netzwerke und schnelle, sichere Kommunikation, jeden noch so kleinen Funken rassistischer Mobilisierung nach zu vollziehen. Andererseits ist eine extreme Rechte durch den technischen Fortschritt in der Lage schneller zu mobilisieren und ihre Aktionen virtuell aufzubauschen.

Tankstellen und Gewerbegebiete

Haben wir konkrete Befürchtungen, d.h. bahnen sich rassistische Ausschreitungen an, werden wir im Vorfeld Ortsbegehungen machen müssen. Diese geben uns auf der einen Seite einen Überblick über die lokalen infrastrukturellen Gegebenheiten, auf der anderen Seite ein Gefühl für die Stimmung vor Ort. Rechte Mobilisierungen können in sozialen Netzwerken ein hohes Maß an Organisation vermitteln, in der Realität können diese Zusammenschlüsse aber auch marginal sein. Andererseits können etwaige Mobilisierungen

in der Realität auch bedrohlicher sein, als sie im Netz erscheinen.

In der Vorrecherche müssen wir Schwerpunkte setzen und arbeitsteilig vorgehen. Es ist unmöglich knapp 70 rassistische oder neonazistische Aufmärsche und Kundgebungen — so viele fanden in der ersten Novemberwoche 2015 statt — ausführlich zu analysieren, doch dürften wir über die Jahre einen Blick dafür entwickelt haben, wo Brennpunkte entstehen könnten.

So sollten wir die Entwicklung rund um größere Erstaufnahmeeinrichtungen besonders im Blick haben, seien es umfunktionierte Baumärkte, Turnhallen oder ähnlich große Gebäude. Unserer Einschätzung nach fühlen sich die RassistInnen von diesen besonders bedroht, da die Aufnahmekapazitäten dort noch einmal höher sind als bei regulären Asylunterkünften. Außerdem ist das Terrain um diese oft weitläufig und schwer überschaubar: Sie liegen oft am Stadtrand bzw. in Gewerbegebieten. Einem rechten Mob wird es da einfacher gelingen, anzugreifen. Wir hingegen hätten dort die Herausforderung den Überblick zu wahren und Schutz zu realisieren.

Im Rahmen der Vorrecherche ist es ebenso wichtig, aktuelle Aktionsformen der Anstreifenden zu analysieren. In Heidenau wie auch jüngst an anderen bezugsfähigen Unterkünften zeichneten sich erste Proteste durch Versammlungen an populären Orten im Stadtgebiet ab. Vielfach waren es Tankstellen oder Parkplätze vor Supermärkten, die einem eher unorganisierten rassistischen Klientel Anlaufpunkte boten. Es folgten spontane Blockaden der Zufahrtswege, um ankommende Busse mit Flüchtlingen zu stoppen. Auch die Versuche in Freiberg, Zwickau oder Meerane, Flüchtlinge an sogenannten Drehkreuzen

an der Weiterfahrt zu hindern, sollten wir genauestens verfolgen, um bestehende Mobilisierungen begreifen zu können.

Die Ausschreitungen folgen einem ähnlichen Muster.

In Rostock-Lichtenhagen wie auch in Heidenau hat sich die Lage über Tage hinweg zugespitzt und ist dann aufgrund von „Erfolgen“ seitens des Mobs eskaliert. Diese „Erfolge“ dürfen wir nicht außer Acht lassen, denn auch wenn es anfangs nur 50 Rechte auf der Blockade waren, so standen wir einen Tag später mehreren Hundert gegenüber. Ein Meldesystem unsererseits ist daher unabdingbar und eine frühe Erkennung der Lage notwendig. Dass wir nicht jedes Wochenende vor ein und der selben Unterkunft stehen können, steht fest, doch sollten wir uns Richtlinien schaffen, nach denen wir eine Reise in Betracht ziehen. Dabei sollten Alarmismus vermieden und umlaufende Informationen verifiziert werden. Es ist besser, fünf mal präsent gewesen zu sein, als nur einmal eine Situation nicht erkannt oder ernst genommen zu haben, zumal wir durch jede Anreise an Erfahrung reicher und in Organisation und Auftreten sicherer werden.

Von der Erkenntnis zum Handeln

Für diejenigen, die sich entschließen, los zu fahren, sollte vorher klar sein, auf was sie sich einlassen. Wichtig ist es auch Kriterien zu entwickeln, die für die Entscheidung, zu fahren oder nicht zu fahren, bedeutend sind. In den vergangenen Monaten kam es des öfteren zu rechten Angriffen noch bevor die Heime bezogen waren. Der rechte Mob beschäftigte sich mit der Polizei, ohne dass Flüchtlinge in Gefahr gewesen sind. Wir sehen in solchen Situationen keinen

konkreten antifaschistischen Interventionsbedarf, da wir dort unsere Ressourcen und Kapazitäten verschwenden, ohne jedoch Flüchtlinge in einer bedrohlichen Lage geschützt zu haben. Solche Ereignisse sollten uns dennoch als *Indikator* dienen. Sie geben uns die Möglichkeit, eine eventuelle rechte Mobilisierung nach Einzug von Flüchtlingen abschätzen zu können. Auch hier ist zu fragen: Wer sind die ProtagonistInnen und wer schaut zu und klatscht Beifall? Solche Attacken sind Teil einer Eskalationsspirale und sollten bei uns höchste Alarmbereitschaft auslösen.

Falls wir uns entscheiden zu fahren, brauchen wir Selbsteinschätzungen und auch ein Gefühl dafür, auf was sich andere Gruppen einstellen und wie deren Konzepte sind. Notfallbündnisse müssen im Vorfeld geschmiedet und deren Entscheidungen sollten in den Bezugsgruppen diskutiert werden. Ein Notruf muss verifizier- und argumentierbar sein.

Gemeinsames Handeln nach gemeinsam beschlossenen Richtlinien kann uns allen ein sicheres Gefühl und Auftreten geben, sowie Sorgen und Ängste minimieren. Je mehr wir vor solchen Ereignissen miteinander reden und unsere Ängste thematisieren, desto weniger Worte müssen wir im Notfall auf einberufenen Treffen verlieren. Wir müssen eine Basis finden, auf der sich niemand ausgeschlossen, aber auch nicht ausgebremsst oder eingeschränkt fühlt. Offensive Intervention und passiver Schutz können sehr wohl gemeinsam funktionieren. Dies allerdings nur, wenn jede teilnehmende Person im Vorfeld mit sich und den Mitstreiter_innen klärt, wie man sich an einer Intervention beteiligt. Wir verweisen dabei grundlegend auf das Prinzip der Bezugsgruppe und sehen keinen Sinn, mit einem wahllos zusammengewür-

felten Haufen Entscheidungen zu treffen. In Situationen bevorstehender rassistischer Attacken sprechen wir uns dafür aus, mehr Risiken einzugehen. In der konkreten Situation eines Pogroms sind kaputte Autoscheiben oder andere Sachschäden wohl zu verkraften. Der materielle Schaden lässt sich gemeinsam tragen. Körperliche Auseinandersetzungen sind in diesen Momenten nicht immer unumgänglich, müssen aber in Relation stehen. Vielleicht riskieren wir unsere Unversehrtheit, in dem wir uns einem Mob offensiv entgegen stellen. Im besten Fall können wir dadurch jedoch schlimmeres verhindern. Wir haben den „Luxus“ es uns auszusuchen, Teil einer solchen Auseinandersetzung zu sein, die Betroffenen rassistischer Gewalt können das nicht.

Ängste vor konfrontativen Situationen im Sinne einer (Selbst)-Verteidigung lassen sich durch gemeinsames Durchsprechen — oder auch das Üben von koordiniertem *Agieren* — abbauen oder wenigstens rationalisieren.

Manchmal lieber weg von der Professionalität und hin zur Konsequenz.

Hinsichtlich zu erwartender Repression wünschen wir uns mehr Selbstvertrauen und Rationalität. Im Moment einer Auseinandersetzung, welche auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen kann, sollten wir uns fragen, in wie weit unser Handeln schlicht Notwehr bzw. Nothilfe ist. Die gilt insbesondere in Situationen, in den die wenigen bereitstehenden Polizist_innen überfordert sind. Wir haben Handlungsspielräume und die sollten wir auch nutzen. Heidenau hat einmal mehr gezeigt, dass man sich allein auf diejenigen, die für den Schutz der Unterkünfte zuständig sind,

nicht verlassen kann. Dafür sprechen auch die Erfahrungen aus den 1990er Jahren. Weder eine Sicherheitsfirma, deren Personal nicht selten aus den Reihen der extremen Rechten rekrutiert wird, noch die Polizei können verlässliche Partner sein. Durch die *Stigmatisierung* der Antifa durch den Staat und die Medien werden wir in rassistischen Ausschreitungen selbst zum Störfaktor, wenn wir den Mob an seinem Handeln aktiv hindern. wird.

Wir fassen zusammen. Um effektiv in eine pogromartige Auseinandersetzung intervenieren zu können, brauchen wir verifizierte Informationen über das Geschehen, nachhaltige Kontakte zu Strukturen in der Region, selbstkritische Einschätzungen über die Möglichkeiten unseres Handelns sowie eine gehörige Portion Selbstvertrauen.

Öffentlichkeit schaffen und Selbst-ermächtigung stärken

Es wäre naiv zu glauben, dass Heidenau eine einmalige Sache war. Die aktuelle rassistische Stimmung in der Gesellschaft wächst und schafft den Nährboden für weitere gewalttätige Ereignisse. Rassistische Aufmärsche finden an vielen Orten gleichzeitig statt, was zur Folge hat, das wir — als antifaschistische Bewegung — uns entweder auf eine Stadt konzentrieren oder uns aufteilen müssen.

Wenn wir zahlenmäßig schlecht aufgestellt sein sollten, bleibt uns die Möglichkeit, Öffentlichkeit zu schaffen, sei es durch Kundgebungen, Demonstrationen oder Willkommensfeste. Dadurch nötigen wir Polizei und Behörden zur Präsenz und schaffen Sensibilisierung. Darüber hinaus können wir so auch direkten Kontakt zu den Flüchtlingen aufnehmen, auch wenn dies schwer ist, sei es durch die hohe Fluk-

tuation oder durch Konflikte innerhalb der Unterkünfte.

Wir müssen ihre Selbsthilfe stärken, Selbstermächtigung und Austausch fördern. Viele der Flüchtlinge können Genoss_innen sein, mit denen wir gemeinsame Kämpfe führen können bezüglich eines Lebens in Würde. Der Hintergrund derer, die nun in diesen Sammelunterkünften leben müssen, sollte nicht außer Acht gelassen und ihr Blick auf die Geschehnisse um sie herum nicht vergessen werden. Oftmals bedarf es keiner großen Erläuterung, was für ein brauner Mob vor ihrer Unterkunft tobt oder welche Rolle die Polizei spielt. Faschistische Gewalt und Rassismus spielen auch in vielen Herkunftsländern der Flüchtlinge eine Rolle und das autoritäre Verhalten, bzw. der ambivalente Zweck einer Polizei ist weltweit bekannt. Dazu vereint beide eine fehlende Empathie gegenüber den Fluchtursachen, wobei die Konsequenz der RassistInnen Hass und Gewalt, die der Polizei unwürdige Behandlung und Abschiebung ist.

Gräben überwinden und Kämpfe vereinen

Wir müssen wieder lernen, (Zweck-) Bündnisse einzugehen und Diskussionen möglich zu machen, in denen wir uns nicht in Kleinigkeiten verlieren. Uns geht es in erster Linie darum, rassistische Ausschreitungen zu verhindern. Wir sind aber auch politische Individuen, mit eigenen Ideen und Vorstellungen. Antifaschistische Intervention sollte kein Selbstzweck werden, auch wenn oft von „Feuerwehrpolitik“ die Rede ist. Stattdessen sollte sie nachhaltig sein und uns auch außerhalb der konkreten Aktion vereinen. Uns schwebt ein dichtes Netzwerk antifaschistischer Bezüge vor, das im ländlichen Raum genauso erreich-

bar und handlungsfähig ist wie in Großstädten. Es braucht Plattformen, auf denen ein schneller Austausch nötiger Informationen möglich ist, so dass sich jeder Zusammenhang ermächtigt fühlt zu Handeln, mit dem Wissen um mögliche Mitstreiter_innen, deren Ansätze ähnlich ausgerichtet sind.

Liebe Mitstreiter_innen, wir befinden uns in einer sehr düsteren Zeit, deren Ende noch lange nicht absehbar ist. Rassistische Stimmungsmache auf den Straßen und in den Behörden, Übergriffe und Ausschreitungen werden uns auch zukünftig beschäftigen. Lasst uns aus den 1990er Jahren lernen und uns zügig und intensiv auf kommende Ausschreitungen vorbereiten. Zwischen den Pogromen in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen lag auch fast ein Jahr. Zeit, die nur ungenügend genutzt wurde um eine überzeugende Reaktion zu organisieren.

Deshalb: Raus aus der Wohlfühlzone, dem Szene-Kiez und dem vorgewärmten Nest, rein in den Austausch, die Diskussion, die reale Vorbereitung zum Losfahren und die konsequente Intervention in Kaltland!

1.7. Antifa: “Gib mir irgendwas, das bleibt.” - Überlegungen und Reflexionen über die Notwendigkeit, Pogrome zu verhindern

“Pogrome verhindern, bevor sie passieren!” – So oder so ähnlich waren Aufrufe und Texte noch vor wenigen Jahren überschrieben. Demonstrationen und Interventionen richteten sich richtigerweise gegen die “aktuelle Welle von rassistischer Hetze, Gewalt und Brandanschlägen”. Diese sollten bekämpft und eingegrenzt, Rassismus als Problem erkannt und benannt werden. Der Anspruch, “Gesellschaft so zu gestalten, dass alle Menschen hier ohne Angst und Ausgrenzung leben können”, wurde formuliert. Dabei wurde Heidenau nur als “weiterer dramatischer Höhepunkt” [1] erkannt, neben Schneeberg, Rackwitz, Wolgast, Freital, Clausnitz, Einsiedel, Dresden, Meißen, Bautzen und vielen weiteren Orten, die in den vergangenen Jahren Schlagzeilen machten. Wurzeln reißt sich spätestens seit Mitte Januar diesen Jahres in die Aufzählung ein.

Die Notwendigkeit des antifaschistischen Eingreifens war klar gegeben. Nach wiederholten Übergriffen auf Geflüchtete im Ort riefen lokale Neonazis für das Wochenende vom 19.-21. Januar 2018 zur Bildung eines Mobs auf. Unter der damaligen Informationslage musste dies als Bedrohung für alle im Ort befindlichen Geflüchteten ernstgenommen werden. Die Möglichkeit eines rassistischen Pogroms stand im Raum, gerade vor dem Hintergrund der rassistischen Mobbildung nach Pfingsten 2017. Letzter Zeitpunkt für Antifaschist*innen also, um gegenzusteuern.

Was gemeinhin als “Feuerwehr-Politik” beschrieben wird und das notwendige Einschreiten von Antifaschist*innen in solchen akuten Fällen benennt, galt in Debatten über Jahre hinweg zwar als zu wenig für eine erfolgreiche Antifa-Strategie, aber doch als logisch notwendige Mindestaktion. Dieser Mindeststandard und geteilter Konsens über Streitpunkte in der antifaschistischen Linken hinweg scheint hier im Nachhinein allerdings in Frage gestellt. Wenige Menschen aus der antifaschistischen Szene Leipzigs kamen zur gemeinsamen Anreise.

Die Möglichkeit einer Intervention im Ernstfall war dadurch kaum gegeben. Es muss auf die Dringlichkeit der Situation hingewiesen werden. Wenn es um den konkreten Schutz von Menschen geht, muss unnötigen Überlegungen zu Ausrichtung, Wirkung und Rezeption einer Aktion eine Absage erteilt werden. In einer solchen Situation sollte der Konsens gelten, den Fokus darauf zu richten, was notwendig ist, um Menschen nicht zu Opfern eines rassistischen und nationalistischen Mobs werden zu lassen.

Im Nachhinein gab es keine wirkliche Auseinandersetzung zum Geschehen (zumindest ist uns keine bekannt) oder auch nur Ansprache dieses Versäumnisses von antifaschistischer Seite. Anscheinend vollzog sich in den vergangenen Jahren in mehrererlei Hinsicht ein strategisches Umdenken. Verkürzt ließe sich dies als “Masse statt Kritik” sowie “Nachhaltigkeit statt Intervention” zusammenfassen. Da bisher kein Anstoß unternommen wurde, dieses Versäumnis aufzuklären oder überhaupt als solches zu erkennen, wollen wir die Debatte anstoßen, um in Zukunft mittels Zusammenarbeit innerhalb antifaschistischer Strukturen Betroffene von rechter

Gewalt zu bestmöglich unterstützen.

Inhalte überwinden - Masse statt Kritik?

Dabei sind theoretische Analysen und Textdiskussionen aus Plena und Gruppen heraus eine wichtige Basis für einen linken Diskurs. Eine sichtbare und nach außen hin wahrnehmbare Intervention kann nur in den Orten selbst erfolgen. Gerade in Sachsen haben die letzten Jahre bewiesen, dass es eine breite Zivilgesellschaft, die auch unabhängig von antifaschistischen Demonstrationen oder Kundgebungen in den Städten und Dörfern aktiv gegen rassistische Mobilisierungen intervenieren würde, kaum noch gibt. Vor allem ist dabei auch keinesfalls Verlass auf Kommunalverwaltungen oder Polizei. Ganz im Gegenteil: In vielen Fällen wurde die Polizeipräsenz vor Ort erst dann massiv erhöht, als linker Gegenprotest gegen rechte Aufmärsche zu erwarten war. Infolge rassistischer Übergriffe kommt es nicht selten durch Behörden zu Verharmlosungen oder einer Täter-Opfer-Umkehr. Andernfalls konnte der rassistische Mob in den meisten Fällen weitestgehend ungestört *agieren*. Dabei können sich die Täter*innen bei Angriffen auf Geflüchtete oder deren Unterkünfte auf (moralische) Unterstützung aus der Bevölkerung berufen. Ein vehementer Widerspruch blieb fast immer aus, sodass sich Rassist*innen in ihrem Handeln oft bestärkt fühlten. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass dies auch auf die lokale Verbundenheit zwischen den Täter*innen und der zustimmenden oder schweigenden Bevölkerung zurückzuführen ist. Seit jeher werden Antifaschist*innen als das größere Übel angesehen und die selben Argumentationen gegen "die Zecken / die Antifa aus den großen Städten" hervorgebracht. Neu

ist dies nicht. Umso erstaunlicher ist es dann, dass bei antifaschistisch organisierten Aktionen immer häufiger sichtbar wurde, dass Teilnehmer*innen vor Ort gänzlich unvorbereitet und anscheinend recht planlos waren. Das ist schlichtweg gefährlich!

Die Organisator*innen von Demonstrationen oder Kundgebungen können nicht auf alle Eventualitäten vorbereitet sein und tragen auch nicht die Verantwortung für alle Anwesenden. Zu beobachten war eine stärker werdende "Konsument*innenhaltung": einfach hinfahren, herumstehen bzw. mitlaufen und, falls möglich, zeitig wieder zurück sein. Aber eine Organisation in Bezugsgruppen, ein geschlossenes Auftreten von der Anreise im Zug bis zum Ende der Veranstaltung, das Mitbringen von Transparenten, Achtgeben auf den eigenen Schutz und den der Demonstration, das Anschauen einer Karte der Örtlichkeit im Vorfeld und vielleicht ein Plan B für die Rückreise – diese Vorbereitungen wurden oftmals nicht getroffen. Jene "Konsument*innenhaltung" kann als Folge eines schwindenden Organisationsgrads von Bezugsgruppen begriffen werden.

Hier bedarf es einer Reflexion der eigenen politischen Praxis, um die Handlungsfähigkeit und Sicherheit – gerade in provinziellen Gegenden – nicht zu gefährden. Die Neonazis kennen ihre Städte und Dörfer, kommen aus der Region und können gerade in Sachsen meist unbehelligt von der Öffentlichkeit, aber auch von der Polizei, *agieren*. Sichere Plätze und Rückzugsräume für Antifaschist*innen gibt es de facto nicht. Deswegen ist die Solidarität und gegenseitige Unterstützung aller anwesenden Antifaschist*innen sowie eine intensive Vor- und Nachbereitung unerlässlich. Wir alle können voneinander lernen,



KAMPF DEM FASCHISMUS IN JEDEM LAND!

Tipps und Tricks weitergeben, uns vernetzen. So ist es zwar erfreulich, wenn viele Menschen den Weg in einen der besagten Orte finden, aber wenn der Großteil davon dann gar nicht so richtig weiß, was dort zu erwarten ist, können Angst und Verunsicherungen die Folge sein. Das *Agieren* aller vor Ort wird schwieriger. Dies wiederum kann Menschen abschrecken, überhaupt (wieder) an derartigen Veranstaltungen teilzunehmen. Diese Negativ-Spirale führt dazu, dass beispielsweise

in Würzen bei einer antifaschistischen Kundgebung infolge mehrerer rassistischer Angriffe gerade einmal 250 Menschen zusammenkommen.

Ja, derartige Interventionen sind mit einem Risiko verbunden. Ja, es ist unbequem, stundenlang in der Kälte zu stehen. Ja, es besteht die Gefahr, in körperliche Auseinandersetzungen mit Neonazis zu geraten. Aber was sind die Alternativen? Die Neonazis einfach gewähren lassen und darauf hoffen, dass beim nächsten Mal nichts

Schlimmeres passiert? Wohl kaum. Wenn die Stimmung im Ort schon am Kochen ist und sich rassistische Angriffe aneinanderreihen, wird eine antirassistische oder antifaschistische Aktion niemals auf Akzeptanz oder Wohlwollen stoßen. Sie wird als weiterer Einfluss von außen auf die angeblich bedrohte Stadtgesellschaft wahrgenommen.

Eine Intervention unter diesen Bedingungen kann nur eine unversöhnliche sein. Wir sehen keinen Grund darin, diese Zustände hinzunehmen, wenn angeblich Nicht-Rechte lieber schweigen und zu Hause bleiben. Wir fahren trotzdem mit einigen hundert Menschen in diese Orte. Wir setzen eben nicht auf die Massenmobilisierung, sondern auf jene, die es mit ihrem Antifaschismus und Antirassismus ernst meinen und sich dabei eben auch dem Zorn des rechten Mobs aussetzen.

“Widersprüche öffentlich machen, wo es niemand macht” - Intervention und Nachhaltigkeit

Unversöhnlichen Interventionen wie in Wurzen wird regelmäßig fehlende Nachhaltigkeit vorgeworfen. Dass diesem Konzept ein autoritärer und ambivalenter Charakter innewohnt, hat das bundesweite Bündnis “Irgendwo in Deutschland” im Oktober 2017 in einem Debattenbeitrag ausführlich thematisiert. Dass Interventionen, heute wie gestern, dennoch notwendig sind, haben die jüngsten Gewaltausbrüche gegen Geflüchtete sowie die rassistische Mobilmachung in Wurzen in den vergangenen Monaten einmal mehr gezeigt.

Es ist richtig: Die unversöhnliche Intervention kann keine nachhaltige lokale Vorarbeit leisten, sie ist “Feuerwehrpolitik” und hat scheinbar in erster Instanz keinen

pädagogischen Auftrag an die ansässige Bevölkerung. Natürlich gilt es, lokale antifaschistische und zivilgesellschaftliche Akteur*innen – sofern vorhanden – mit einzubeziehen und bestmöglich in ihren Kämpfen zu unterstützen. Doch darf dabei nicht vergessen werden: Es ist kein Zufall, dass sich organisierte Neonazis in Orten wie Wurzen wie die sprichwörtlichen Fische im Wasser fühlen, als selbstverständlicher Teil der Stadtgesellschaft wahrgenommen werden und frei wirken können.

In Orten, in denen der *virulente* Rassismus den ideologischen Kitt zwischen militanten Neonazis und schweigender bis zustimmender Mehrheitsgesellschaft bildet und in denen als nicht-deutsch Markierte, Antifaschist*innen und Andersdenkende nichts zu lachen haben, findet sich oftmals schlicht kein handlungsfähiges zivilgesellschaftliches *Korrektiv*, mit dem es Bündnisse zu schmieden gäbe.

Die Frage, wie eine kontinuierliche Unterstützung aus den Städten in die aufgegebene Provinz aussehen könnte, treibt leider nur noch wenige Antifaschist*innen um. Fehlende Ansprechpartner*innen vor Ort, mangelnder Rückhalt aus der Bevölkerung sowie das Nichtstattfinden von Aktionen festigen die Komfortzonen von Neonazis, bestätigen die Stillhalte-Taktik der Stadt und lassen nicht zuletzt die (potenziellen) Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt allein zurück.

Diese Orte sich selbst zu überlassen, anstatt den Rassist*innen, Neonazis und Imagepfleger*innen den Spiegel vorzuhalten und sie öffentlich zu demaskieren, gleicht einer Kapitulation vor den (sächsischen) Verhältnissen. Was bleibt ist die Frage, wann eine politische Aktion als “nachhaltig

erfolgreich“ zu bewerten ist. Gerade angesichts einer antifaschistischen Szene, die bis heute fast ausschließlich eine Jugendbewegung ist und die immer wieder daran scheitert, dass gerade im ländlichen Raum junge Linke früher oder später in die Metropolen gehen.

Wie kann daher ein Zustand hergestellt und aufrecht erhalten werden, der langfristige und nachhaltige antifaschistische und linke Politik in der Fläche ermöglicht? Wie kann eine rechte *Hegemonie* gestoppt und zurückgedrängt werden?

Es fehlt unserer Einschätzung nach an Konzepten sowie Strategien eines Land-Stadt-Austausches, um nicht zu Hunderten wie ein Ufo aus den Großstädten in der Provinz zu landen. Solange diese Strategien nicht diskutiert und entsprechende Strukturen nicht etabliert sind und keine nachhaltige Einbindung älterwerdender Genoss*innen (vor Ort) vorhanden ist, bedarf es Interventionen von organisierten Menschen, um in akuten Situationen Betroffene rechter Gewalt zu schützen und sich in großer Zahl solidarisch an ihre Seite zu stellen.

Wo sind all die Antifaschist*innen hin?

“Am besten jeden Tag dem rassistischen Normalzustand entgegenstellen – in Orten wie Wurzen, Cottbus oder Plauen” – dieser Forderung können wir uns nur anschließen. Und dennoch scheint in Leipzig und Sachsen genau diese Notwendigkeit nicht als solche erkannt zu werden. Viele Genoss*innen sprechen sich zwar nicht grundsätzlich gegen ein *Agieren* in ländlichen Räumen aus, aber per se gegen die konkreten Aktionsformen, die als “Selbstbespaßung oder Gewissensberuhigung” ohne “langfristigen strategischen Nutzen”

angesehen werden.

Dabei erachten wir unversöhnliche Interventionen in Situationen, wo nachhaltige Strategien nicht vorhanden sind oder wirken, auf keinen Fall als Spaß, nicht für uns, nicht für irgendwen. Nur warum hat die Losung “Pogrome verhindern, bevor sie passieren!” für Antifaschist*innen keine sonderliche Relevanz mehr? Weil scheinbar kein langfristig strategischer Nutzen besteht? Warum haben strategische Kalküle Priorität gegenüber der Solidarität und dem operativen Schutz anderer? Diese Fragen sind keine rhetorischen!

Wir stellen sie, da wir sie nicht beantworten können, aber gerne einen Austausch über die Notwendigkeit und die Bedingungen für Interventionen anstoßen würden. Interventionen erachten wir – leider – als notwendig und quasi unumgänglich.

Wir sehen die Notwendigkeit, in ländlichen Regionen zu intervenieren, um Betroffene zu schützen und zu unterstützen. Wir glauben nicht, dass dadurch Neonazis und Rassist*innen nachhaltig ihr Bedrohungspotenzial genommen wird. Unversöhnliche Interventionen sind Ausdruck der Notwendigkeit antifaschistischen Handelns, wenn außerhalb unserer Kieze Menschen konkret gefährdet sind. Sie sollen sich mit Betroffenen von rechten Übergriffen solidarisieren oder zumindest den Fokus von ihnen nehmen. Sie sollen im Weiteren aber auch das Kennenlernen potenzieller Bündnispartner*innen ermöglichen, wie es gerade die antifaschistische Demonstration seinerzeit in Rackwitz tat. Wir laden hiermit alle antifaschistischen Gruppen ein, in die Debatte mit uns einzusteigen und gemeinsam Antworten zu finden.

1.8. Antifa im Zwiespalt

1. Vorstoß der Neuen Rechten

„Wir wollen keine Ausländerbabys hier“ – mit diesen Worten attackierten Ende Februar zwei Vermummte in Wurzen eine im siebten Monat schwangere Frau aus Eritrea. Die beiden Männer hatten auf die Frau im Hinterhof ihres Wohnhauses aufgelauert, um ihr dann bei ihrer abendlichen Rückkehr in Kniekehlen und Rücken zu schlagen. Der Frau gelang die Flucht ins Wohnhaus, wo sie ihren Betreuer alarmierte, während den Faschisten aus dem Hof unerkannt die Flucht gelingen konnte. Die wie stets unambitionierte Polizei nahm die Personenbeschreibung und den geschilderten Tathergang der Frau zwar auf, wollte jedoch auf Nachfrage nicht von einem „ausländerfeindlichen Motiv“ sprechen.

Über den Vorfall berichteten bundesweit die Zeitungen. Dort war er kaum eine große Meldung, doch wahrnehmbar für alle, die auch angesichts der erdrückenden Situation ihre Augen noch offenhalten. Die Reaktionen blieben verhalten, wenn einmal abgesehen wird von den Hinweisen und Kurzkomentaren zum Vorfall in den „sozialen“ Netzwerken. Kaum vorstellbar, dass das Geschehene damit abgegolten sei, doch wie nur sollte unsere Bewegung reagieren, angesichts der schierer Anzahl vergleichbarer Fälle. Nicht erst mit dem erneuten Überfall in Wurzen müssen wir feststellen, dass rechte und faschistische Übergriffe nicht nur deutsche Realität sind, sondern dass sie auch eine akzeptierte Realität geworden sind. Eine auch von uns akzeptierte Realität, weil wir es nicht mehr schaffen, uns gegen den gesellschaftlichen Trend zu stemmen.

Die Übergriffe auf der Straße stellen dabei nur einen Teil der faschistischen Offensive dar. Mit ihnen einher gehen regelmäßige Großdemonstrationen wie etwa in Cottbus, in Kandel um nur drei Städte zu nennen, bei denen tausende mit Regelmäßigkeit auf die Straße gehen. Zwar sind uns diese Mobilisierungen soweit bekannt, doch zeigt sich in deren jüngsten Entwicklungen auch eine neue Tendenz: Erst seit kurzem wird in der AFD offen positiver Bezug auf Pegida genommen und eine Zusammenarbeit als ein wünschenswertes Zukunftsprojekt gesehen. Dass die AFD seit Anfang 2018 mehr auf eine Straßenmobilisierung setzt, zeigte sich auch in dem mäßigen Versuch, eine Demonstration von Berlin-Kreuzberg zum Kanzleramt durchzuführen. Der Versuch wurde zwar soweit behindert, dass er nicht wie geplant durchgeführt werden konnte, doch beteiligten sich immerhin 500 Leute daran. Es zeigte sich ebenfalls bei der Demonstration in Kandel Anfang März, als mehrere Tausend Wutbürger_innen zusammen mit der AFD, dem III. Weg, den Identitären und sonstigen Nazis wegen des Mordes an einem Mädchen auf die Straße ging und erneut einen Tag später in Bottrop, wo 1200 Neurechte, Nazis, Wutbürger_innen demonstrierten, ohne das es hier einen konkreten Anlass gegeben hätte.

In diesen Demonstrationen wird Praxis, was Teile der AFD sich seit längerem wünschen: Das nicht nur mit Pegida, sondern auch mit den Identitären zusammengearbeitet wird. Diese Wünsche sind nicht ganz neu, sie wurden im vergangenen Jahr bereits von der Jungen Alternative geäußert, fanden jedoch weniger Zustimmung in den öffentlichen Stellungnahmen des prominenteren AFD-Personals. Doch

ist die Zusammenarbeit schon des Längeren eine sich entwickelnde Praxis. VertreterInnen der neuen Rechten kamen im Rahmen der Frankfurter Buchmesse zusammen, und ebenso bei der viel zu wenig beachteten Compact-Konferenz in Leipzig Ende 2017.

Überhaupt zeigt sich eine Stabilisierung neurechter Strukturen. Das Geld, welches die AFD aufgrund ihrer Wahlerfolge bekommt und bekommen hat, fließt in konkrete Projekte, wie etwa dem neuen Medienbüro, welches eingerichtet werden soll, um der „Systempresse“ eine eigene mediale Sicht entgegenzuhalten. Dass die neue Rechte das Internet als ein wichtiges Aktionsfeld hat, ist ebenfalls nicht neu. Es wird auch von jenen bespielt, die nicht über große Finanzmittel, dafür über eine ausreichend große Überzeugung besitzen. Mit „Reconquista Germania“ ist um die Bundestatswahl herum ein Forum bekannt geworden, in welchem Vorstöße in den „sozialen“ Netzwerken organisiert werden. Es ist nicht das einzige seiner Art. Gerade die „jüngeren“ Organisationen der neuen Rechten besitzen eine hohe Internetaffinität und präsentieren sich mit aufwendigen Webauftritten und Videos. Zwar wirken diese häufig besser gemacht, als das, was sich real dahinter verbirgt, doch kann damit nicht heruntergespielt werden, dass hinter den Veröffentlichungen Strategien und langfristige Planungen stecken, wie etwa bei der Kampagne der „1%-Bewegung“ zu den Betriebsratwahlen, wo mit aufwendigem Youtubebeitrag für eine rechte Beteiligung an den Betriebsratwahlen im März geworben wurde, wie auch für die neurechte Automobil-Gewerkschaft, die bereits zwei rechte Betriebsräte bei Daimler stellt, einer davon von der AFD.

Natürlich reicht weder know-how noch Organisationsgrad dieser rechten Gewerkschaft an die der traditionellen, linksorientierten und antifaschistisch eingestellten Gewerkschaften heran, doch haben die Werte der traditionellen Gewerkschaften nicht mehr den gleichen Stellenwert, wie sie ihn zu ihren Gründungszeiten hatten. Dieser war natürlich auch ohnehin schon zurückgegangen.

Doch zeigt sich derzeit ein neues Problem: Circa 20% der traditionellen Arbeiterschaft wählte AFD und längst sind auch im DGB nicht mehr alle Betriebsräte eindeutig links. Es wäre zwar zuviel gesagt, dass es Versuche gibt, den DGB von rechts zu unterwandern, doch ist ein Wandel der Einstellung zu den Ursachen gesellschaftlicher Probleme weg von einem linken Erklärungsmodell hin zu einem rechten für einen Teil der Arbeiterschaft nicht wegzureden.

Das hier angedeutete Bild der rechten Offensive findet seinen Ausdruck nicht zuletzt in den Ergebnissen der veröffentlichten Wahlumfragen: Um die 15% geben unumwunden zu, die AFD zu wählen. Welche Konsequenzen so etwas haben kann, sehen wir gerade in Österreich, wo mit der FPÖ eine faschistische Partei in der Regierungsverantwortung ist, wie auch in weiten Teilen Europas sich faschistische Organisationen in einer neuen Stärkephase befinden, wie sich zuletzt auch in den Wahlen in Italien zeigte.

2. Die Situation der Antifa

Die Situation der Antifa in Deutschland ist wohl kaum schönzureden. Ohne hier das Engagement der Genoss_innen zu schmälern, die unsere gemeinsame Fahne der Antifaschistischen Organisation hochhalten, kann sich keine Illusion darüber gemacht werden, dass es derzeit keine offensive und starke Stellung gegenüber der faschistischen Gesamtbewegung behaupten gibt. Genauer gesagt, befinden wir uns innerhalb einer antifaschistischen Organisation derzeit in einer Zwickmühle, die nicht nur aus der jetzigen Situation heraus zu erklären ist und durch einen Blick in die jüngere Geschichte erhellt werden kann.

Springen wir zurück in einen Holzschnitt der 90er Jahre. Die *antagonistische* und Bewegung hatte an kämpferischen Potential eingebüßt und erlitt durch den Siegeszug der „westlichen Welt“ gegen die Sowjetunion einen schweren Schlag und zugleich mit der Organisation gegen die Welle rassistischer Progrome, wenn auch einen negativen, Kristallisationspunkt. Nicht Wenige machten Antifa zu ihrem Hauptthemenschwerpunkt und entwickelten mit der Antifaschistischen Organisation/Bundesweiten Organisation(AA/BO) und dem Bundesweiten Antifatreffen (BAT) zwei bundesweite Strukturen, unter deren Einfluss es gelang, die faschistische Mobilisierung zurückzudrängen. Im Laufe der Zeit entwickelte sich ein ambivalentes Verhältnis zum Staat, der zwar keine grundsätzliche Opposition zu den Inhalten der Faschisten besaß, jedoch mit dessen Brutalität einen internationalen Imageverlust erlitt, der auf keinen Fall zusammengehen konnte mit dem Wunsch nach einer europäisch einflussreichen Bundesrepublik. Daraus resultierte ein instrumentelles

Verhältnis zu antifaschistischen und auch antirassistischen Aktivitäten, die soweit tolerierbar waren, wie sie dem genannten Imageverlust entgegenwirkten und sich in eine staatliche Haltung integrieren ließ und die insoweit bekämpft wurden, wie sie die gesellschaftliche Struktur infrage stellten.

Mit dem von der rot-grünen Bundesregierung unter Schröder ausgerufenen Antifasommer Anfang der 2000er wurde Antifaschismus zur Staatsräson, welche zu den häufiger Auftretenden Aufmärschen von NPD und freien Kameradschaften mehrere Zehntausend Menschen mobilisieren konnte. Gegen antifaschistische Organisationen wurde seitens der Repression verhalten vorgegangen, Bündnisse gegen Naziaufmärsche vereinten nehmen Autonomen Antifagruppen auch den DGB, die SPD und die Grünen. Hieraus entwickelte sich eine Stellung der Antifa, in welcher sie in einem Zwischenraum angesiedelt waren zwischen dem Staat auf der einen Seite, mit welchem Zweckbündnisse gegen Nazis eingegangen werden konnten, und der *antagonistischen* Restbewegung, welche Bündnissen skeptisch gegenüberstand und diese offen ablehnte. Diese Position war nie eine stabile, sie wurde untragbarer mit fortschreitender sozialfeindlicher Politik des Staates und verlor an Boden in der *antagonistischen* Bewegung mit deren sich erneuerndem Selbstbewusstsein. Zu beobachten ist dieses Auseinanderklaffen besonders deutlich. Mit dem zunehmenden Militanzbereitschaft in Teilen der deutschen Linken, der insbesondere Auftrieb bekam seit dem G8 in Heiligendamm, geriet auch die Bündnisoption zwischen Antifagruppen und staatlichen und staatstragenden Organisationen und Parteien wieder verstärkt auf

den Prüfstand. Die Forderung an antifaschistische Gruppen, oder an autonome oder vergleichbare Zentren, sich von Gewalt zu distanzieren, bekamen neuen Auftrieb, waren sie doch ohnehin nie ganz verschwunden. Vor allem heute stellt sich angesichts der neurechten Offensive die Frage, in welche Richtung sich antifaschistische Gruppen orientieren können und sollen.

Auf der einen Seite steht der Versuch, sich an der zerfallenden Zivilgesellschaft zu orientieren und in diese Richtung bündnisfähig zu bleiben, um den antifaschistischen Widerstand auf eine möglichst breite gesellschaftliche Basis zu stellen. Dies ist jedoch nicht ohne weiteres zu haben und wird von den Akteuren der Zivilgesellschaft und der staatstragenden Parteien und Organisationen nur insoweit toleriert, wie damit ein mehr oder weniger eindeutiges Bekenntnis gegen *antagonistische* militante Politik und zur demokratischen Grundordnung einhergeht. Auf der anderen Seite steht die Orientierung an der *antagonistischen* Bewegung, die zwar auf praktischer Ebene die potentiell größere Entschlusskraft, das größere Know-How und eine ganz praktische andere Option der Gegenwehr in sich trägt. Eine Orientierung in diese Richtung ist jedoch nicht zu vereinbaren mit einer Orientierung am gesellschaftlichen Konsens. Dabei scheint es selbstverständlich, dass ein Bündnis mit der Zivilgesellschaft und ihren Akteuren nie mehr als ein Zweckbündnis gegen den Faschismus sein kann, und dass es gute inhaltliche Gründe gibt, die dagegen sprechen. Auf der anderen Seite ist die Abkehr von der Zivilgesellschaft hin zu einer inhaltlich stärkeren Position nicht ohne weiteres möglich. Die von der Repression

getroffene und selbst nicht besonders stark aufgestellten *antagonistischen* Bewegung taucht praktisch nicht im nötigen Maße dort auf, wo antifaschistische Intervention nötig, sinnvoll und richtig ist.

3. Perspektive

Das Dilemma der Antifa ist nicht zu lösen, indem sich auf die Position zurückgezogen wird, dass aktuell der Staat gegenüber der faschistischen Bedrohung faktisch das größere Übel ist. Es nutzt auch nichts, die Annäherung von Teilen der Antifa an den Staat zu kritisieren, wenn wir selbst nicht mehr antifaschistisch tätig werden. Zugleich ist es aber auch nicht möglich, sich auf den Kampf gegen den Faschismus zu fokussieren. Zu vieles gibt es, was unseren Aktivismus und unsere Intervention herausfordert. Sicher jedoch ist, dass wir gerade wenn wir uns einen Antifaschismus als kämpferischen Teil der *antagonistischen* Bewegung wünschen, wir irgendwo zusammenkommen müssen. Die Frage bleibt, wie wir im Kampf gegen den Staat und die Gesellschaft, die den Faschismus gebiert, und im Kampf gegen den Faschismus, der dann wiederum selbst der Gesellschaft, die ihn hervorbrachte feindlich gegenübersteht, zusammenfinden. Die Befürchtung, dass wir keine nennenswerten Erfolge im Kampf gegen den Staat haben werden, bevor die Neue Rechte ihrerseits relevante Erfolge zu verbuchen hat, ist berechtigt, ebenso, wie die Angst, dass der Staat eine quasi faschistische Gestalt annimmt und seine gewalttätige Rolle in der Welt immer weiter im Interesse eigener Machterhaltung ausbaut, auch ohne dass die Neue Rechte an ihm zentral beteiligt ist. Eine mindestens gedankliche Lösung des Dilemmas steckt vielleicht im Besinnen auf unsere eigene Stärke, den Fokus

nicht auf die Stärke unserer Feinde, sondern auf uns selbst zu legen. Das fällt umso schwerer, je weniger sie für uns gesellschaftlich greifbar ist. Keinesfalls ist es eine Lösung, wenn sie nicht eine praktische Ausgestaltung findet, an der sowohl wir uns, als auch andere sich orientieren können.

1.9. Rassistische Mobilisierungen in Chemnitz - eine Einordnung

Um die 1000 Personen folgten am 26. August 2018 diversen Aufrufen aus den sozialen Netzwerken, sich in der Chemnitzer Innenstadt nahe des Karl-Marx-Monuments zu treffen. Grund dafür war eine Auseinandersetzung auf dem alljährlichen Stadtfest der drittgrößten Stadt Sachsens in der Nacht zuvor, die für einen 35-jährigen Chemnitzer tödlich endete. Schnell wurde sich auf einschlägigen rechten Webseiten auf einen möglichen Migrationshintergrund der Täter geeinigt und, die Tat in den Kontext anhaltender Auseinandersetzungen mit Geflüchteten in der Chemnitzer Innenstadt gesetzt.

Uns als Redaktionskollektiv haben die Vorfälle bestürzt. Nicht nur hinsichtlich des tragischen Todes von Daniel H., einem Familienvater der auch der linken Subkultur nahe stand, sondern auch in Bezug auf die Dynamik der rassistischen Mobilisierung. Die Instrumentalisierung des Todes, die darauf folgenden Hetzjagden auf Migrant_innen und Geflüchtete sowie die Bereitschaft Tausender, mit einer militanten Neonaziszene an Aufmärschen teilzunehmen waren Gründe, uns dem Thema zeitnah anzunehmen – ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

„Stadt der Moderne“

Chemnitz, eine Stadt mit geringem Bevölkerungszuwachs, hat wochentags wie am Wochenende wenig Großstadtfair zu bieten. Der historische Brühl-Boulevard unweit des Hauptbahnhofs wird erst seit ein paar Jahren wieder mit Leben gefüllt, vorrangig von Kreativen. Eine Einkaufsmeile im Zentrum gilt daher als beliebter und belebter. Besonders der Bereich zwischen Stadthallenpark und der Zentralen Umsteigestelle ist ein stark frequentierter Treffpunkt von Jugendlichen unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft. Die damit verbundenen Konflikte veranlassten die Behörden, diesen Ort als „gefährlich und verrufen“ einzuordnen – Kriminalitätsschwerpunkte, wie sie in jeder anderen Großstadt existieren, wenn viele Menschen aufeinander treffen. Die Gerüchte um die Gefahr an Orten wie der „Zenti“, wo selbst die Busfahrer Angst hätten auszusteigen, sind der Nährboden für *Ressentiments*, die vor allem gegenüber Geflüchteten bestehen.

Schon im August letzten Jahres heizten Vertreter der lokalen AfD die Gerüchteküche an, indem behauptet wurde, dass das Stadtfest vorzeitig beendet werden musste. Grund sei eine Massenschlägerei gewesen, an der sich nach Polizeiangaben 100 Personen beteiligt hätten. In den Auseinandersetzungen hätten sich zum Großteil Geflüchtete befunden und nur vereinzelt Deutsche, wie Augenzeugen später zu berichten wussten. Laut rechter Webseiten wäre die Stimmung aggressiv gewesen, es soll angeblich auch sexuelle Übergriffe gegeben haben. Die Polizei dementierte Letzteres. Gerüchte um eine Messerstecherei konnte sie eben-



falls nicht bestätigen.

Schließlich ist das Chemnitzer Stadtfest mit seinen rund 250 000 Besucher_innen alljährlich Schauplatz von Alkoholexzessen und Schlägereien – wie es auf jedem anderen Fest in der Provinz regelmäßig der Fall sein dürfte.

Hinzu kommt im Chemnitzer Alltag ein erheblicher Einfluss der Designerdroge Crystal Meth, denn die Stadt ist hinsichtlich der Verbreitung der Droge Spitzenreiter im sächsischen Vergleich. Beschaffungskriminalität, etwa Diebstähle und Raub, sind an der Tagesordnung. Zwar ist das vor Ort allseits bekannt, in der öffentlichen Meinung endet die Suche nach der Herkunft der Kriminalität jedoch bei denen, die in der Gesellschaftsstruktur oftmals ganz unten stehen: Geflüchtete, Menschen mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund oder sozial Benachteiligte. Ein Phänomen, das nicht nur in Chemnitz spürbar ist.

Die Aufmärsche der letzten Woche und die damit verbundenen Hetzjagden gegen Migrant_innen, Geflüchtete und Linke sind

vorläufig die Spitze des Eisbergs extrem rechter Mobilisierungen in Sachsen. Fest steht jedoch, dass das menschenverachtende, rassistische Potential in Sachsen seit Jahren wächst und durch PEGIDA und die AfD befeuert und kanalisiert wird. PEGIDA konnte in Dresden in Hochzeiten doppelt so viele Menschen mobilisieren, wie in Chemnitz im Zusammenhang mit dem tragischen Tod von Daniel H. Ein Bedrohungsszenario wie am 26. August 2018 und 1. September 2018 in Chemnitz, etwa durch marodierende organisierte Neonazis und rechte Hooligans, gab es schon 2015 und 2016 in Dresden. Der Schulterchluss von PEGIDA und der Neonaziszene ist nicht neu und war niemals gespalten.

In Zeiten eines Rechtsrucks innerhalb der Regierung, einer Omnipräsenz der Forderung eines repressiven Umgangs mit Geflüchteten, den wöchentlichen Skandalen um rechte Umtriebe in den Polizeibehörden und den enormen Wahlerfolgen der AfD, haben rechte Mobilisierungen wie in

Chemnitz nun erneut Oberwasser - gebettet auf der Saat von PEGIDA und Co.

Dazu kommt, dass der „Feind“ in Sachsen in nicht unerheblich großen Teilen der Gesellschaft ganz klar links steht. Aus Demonstrant_innen, die sich menschenverachtenden Ideologien entgegen stellen, werden „linksextreme Straftäter der Antifa“. Mit Hitlergruß salutierende TeilnehmerInnen in Chemnitz wurden im Umkehrschluss als einzelne Verwirrte in einer Demonstration „besorgte Bürger“ gedeutet. Und während die Polizei in Sachsen für eine angemeldete antifaschistische Demonstration mit 400 Teilnehmer_innen im letzten Jahr in Wurzen bewaffnete Spezialkräfte einzusetzen vermochte, mangelt es am Willen, einen rassistischen Mob mit mehreren Tausend Personen polizeilich in Schach zu halten.

Die Akteure

Als die lokale Presse am Sonntagmorgen über den tödlichen Vorfall auf dem diesjährigen Stadtfest berichtet, verbreitet die rechte Kleinstpartei "PRO Chemnitz", die mit drei Sitzen im Chemnitzer Stadtrat vertreten ist, die Meldung auf Facebook. Der Beitrag wird dort über 250 mal geteilt, womit bei einer Zahl von über 17 000 Abonnent_innen eine hohe Reichweite erzielt werden konnte. Gegen Mittag ruft die sächsische AfD zu einer Spontandemonstration am Tatort auf. Der Beitrag wird über 300 Mal geteilt, der Account hat über 24 000 Abonnent_innen. Kurz darauf folgt ein weiterer Aufruf aus der Ultraszene des Chemnitzer Fußballclubs. Mit den Worten „Lasst uns zusammen zeigen wer in der Stadt das sagen hat!“ wirbt sowohl „Kaotic Chemnitz“ als auch die Gruppe „New Society“ für einen gemeinsamen Treff am „Nischel“, wie das Karl-Marx-

Monument auch genannt wird.

Während sich zur angekündigten „Spontandemo“ der AfD nur 150 bis 200 Menschen einfanden, folgen dem Aufruf der Ultras zwischen 800 und 1000 Personen. Es ist dabei kein Zufall, dass der Großteil dieser Menge aus Neonazis und rechten Ultras und Hooligans besteht. „Kaotic Chemnitz“ wie auch „New Society“, die auch unter dem Namen „NS-Boys“ firmieren, sind bekannte, extrem rechte Gruppen mit einer hohen Schnittmenge in die organisierte Neonaziszene. So finden sich bei der Gruppe „Kaotic“ mit Personen wie Anton E. Anhänger der 2014 verbotenen Kameradschaft „Nationale Sozialisten Chemnitz“ (NSC). Auch Christoph Drewer aus Dortmund mischt bei der rund 20-köpfigen Gruppierung „Kaotic“ mit. Er war Führungsperson der 2012 verbotenen Vereinigung „Nationaler Widerstand Dortmund“, wurde Ende 2017 zum kommissarischen Bundesvorsitzenden der Neonazi-Partei „Die Rechte“ gewählt und stand schon für „Kaotic“ beim extrem rechten Turnier „Kampf der Nibelungen“ im Ring. Bei den „NS Boys“ sieht es nicht anders aus. Der Gruppe werden mehrere Aktivisten der „Nationalen Sozialisten Chemnitz“ sowie der konspirativ wirkenden Neonazi-Gruppe „Rechtes Plenum“ zugeordnet. Mit der Fanfreundschaft zur berüchtigten extrem rechten Ultragruppe „Inferno Cottbus 99“ besteht eine weitere Verbindung ins gewalttätige Neonazi-Milieu. Die „NS-Boys“ gelten als Zöglinge der 2007 aufgelösten Hooligangruppe „HooNaRa“ („Hooligans Nazis Rassisten“), die für ihre Brutalität seit Mitte der 1990er Jahre bekannt war. Dementsprechend verwundert es nicht, dass dem Aufruf der Ultraszene am 26. August 2018 auch der westsächsische

Neonazi Patrick Gentsch folgte. Wie Bilder vom Sonntag zeigen, hat er Teile des marodierenden Mob zwischenzeitlich angeführt. Gentsch hat eine lange Geschichte in der rechten Hooligan- und Neonazi-Szene Westsachsens. Bereits 1999 fiel sein Name im Zusammenhang mit dem Totschlag an dem 17-jährigen Punk Patrick T. in Hohenstein-Ernstthal (siehe AIB Nr. 89 „Eine Frage der Wahrnehmung“). Gentschs Kameraden aus dem „HooNaRa“-Spektrum zeichneten dafür verantwortlich (siehe AIB Nr. 111 "Das Netzwerk des NSU zwischen Chemnitz und Zwickau"). Der mehrfach vorbestrafte Gentsch sitzt seit 2014 erneut für die NPD in Meerane im Stadtrat. 2015 und 2016 war er in Meerane an den rassistischen Mobilisierungen beteiligt. Diese erlangten im November 2015 bundesweit Aufmerksamkeit, als rund hundert Neonazis und RassistInnen gewalttätig versuchten, Geflüchteten-Transporte zu blockieren.

Im Verlauf des Aufmarsches am 26. August kam es mehrfach zu rassistisch motivierten Jagdszenen. Im Fokus standen dabei Menschen, die als „Nicht-Deutsch“ ausgemacht wurden. Selbst Personen, die nur im nahen Imbiss saßen, wurden mit rassistischen Beleidigungen belegt, wie aus einem im Internet kursierenden Video hervor geht. Im Nachgang des Marsches sammelten sich die rechten Ultras und Hooligans abermals am Karl-Marx-Monument. In dieser Gruppe soll laut dem lokalen Journalisten Johannes Grunert auch der Betreiber des Chemnitzer Neonazi-Ladens „Backstreetnoise/Trendbewusst“, Hendrik Lasch, gewesen sein. Er ist zudem Eigentümer der Geschäftsräume des international bedeutenden Neonazi-Versands und Ladengeschäfts „PC Records“. „PC

Records“ befindet sich im selben würfelförmigen Bau im Fritz-Heckert-Gebiet wie das „Backstreetnoise“. Lasch zählte bis Ende der 1990er Jahre zur Führungsebene des sächsischen Ablegers von „Blood & Honour“ und war Bekannter der 1998 in Chemnitz abgetauchten rechts-terroristischen Gruppe „National-sozialistischer Untergrund“ (NSU). Sein damaliger "Kamerad" Lars Franke war ebenfalls am Sonntag um den „Nischel“ im Stadtzentrum unterwegs. Franke soll in den 1990er Jahren Mitglied der RechtsRock-Band „Störfaktor“ gewesen sein und unterhielt Kontakte zu Gruppen wie den „Skinheads Chemnitz“ - auch „88er“ genannt. Noch bis 2010 war er immer wieder auf Neonazi-Aufmärschen anzutreffen. Auf dem jährlich stattfindenden „Trauermarsch“ am 5. März 2010 in Chemnitz war er, neben Hendrik Lasch, als Ordner eingesetzt. Angemeldet wurden die Aufmärsche ab 2010 von der „IG Chemnitzer Stadtgeschichte“, einer Art Ableger der „Nationalen Sozialisten Chemnitz“. Heute ist Lars Franke Mitglied des Kreisverbandes der „Alternative für Deutschland“ (AfD) in Chemnitz und betreut dort die Koordination von Veranstaltungen.

Die Liste der am Sonntag im Stadtkern anwesenden Personen mit Bezügen zur organisierten Neonazi- und Hooliganszene könnte sicher um Längen fortgesetzt werden. Erwähnenswert ist im Zusammenhang mit den Geschehnissen jedoch die Anwesenheit der rechten Meißner AktivistInnen Madeleine Feige und Steffen Musolt. Beide waren schon Wochen und Monate vor den Ereignissen am 26. August 2018 maßgeblich an rechten Mobilisierungen in Chemnitz beteiligt. Während Musolt regelmäßig die Aufmärsche des

Chemnitzer PEGIDA-Ablegers „CEGIDA“ initiierte, trat Feige dort als Rednerin auf. Am 18. August 2018, nur eine Woche vor den Vorfällen auf dem Stadtfest, veranstaltete der „Zukunft für Bildung e.V.“ eine Kundgebung am Karl-Marx-Monument, bei der auch Madeleine Feige als Rednerin für den Verein angekündigt wurde. Motto der Kundgebung: „Deutsch und stolz drauf“. Feige wird auch der Online-Plattform „Heidenauer Wellenlänge“ zugerechnet, die mit Live-Streams über Veranstaltungen von PEGIDA und Co. berichtet. Solche zu dutzenden betriebenen Live-Streams tragen einen nicht unerheblichen Teil zur Mobilisierung bei und schaffen durch einen gegenseitigen Bezug eine eigene (rechte) Darstellung von Ereignissen wie in Chemnitz. Anhand der Beteiligung solcher MultiplikatorInnen der extrem rechten Szene am 26. August 2018 in Chemnitz, sowie der im Internet anlaufenden bundesweiten Mobilisierungen wäre eine Einschätzung für die von "PRO Chemnitz" angemeldete Kundgebung am Karl-Marx-Monument am Folgetag möglich gewesen sein – auch für die Behörden. Lokale Journalist_innen, wie etwa der „Zeit Online“-Autor Johannes Grunert, hatten bereits am 26. August ausführlich berichtet, welches Potential sich in Chemnitz zusammenbraut.

Die Zuspitzung

Zur anfänglich stationären Kundgebung am Montag erschienen ab 18:30 Uhr verschiedene extrem rechte Gruppierungen. Bewusst sichtbar gab sich die Neonazi-Kleinstpartei „Der III. Weg“ zu erkennen. Um die 30 Personen, mehrheitlich in Bekleidung der Partei und mit einheitlichen Schildern gegen „die Asylflut“ bestückt, skandierten sie Parolen wie

„Nationaler Sozialismus Jetzt“ und „Frei Sozial und National“ - Slogans, die sonst auf klassischen Aufmärschen der extremen Rechten zu finden sind.

Unter den Anwesenden befand sich neben Tony Gentsch – der offenbar den Aufmarsch audiovisuell aufzeichnete – auch Michel Fischer aus Thüringen. Fischer war vormals in der Neonazi-Partei „Die Rechte“ organisiert und ist als Gewalttäter bekannt.

Nicht im straff organisierten Block der Partei „Der III.Weg“ erkennbar, jedoch im T-Shirt der Partei, ist auch Lukas L. ausmachbar gewesen. Gemeinsam mit anderen sächsischen Neonazis war er Teil einer konfliktsuchenden Gruppe, die auf dem Aufmarsch auch eine Flagge mit dem Schriftzug „Defend Europe“ und einem stilisierten Gewehr präsentierte. Lukas L. nahm schon 2015 an Treffen der rechts-terroristischen Vereinigung „Oldschool Society“ (OSS) in Borna bei Leipzig teil.

Auch Maik Arnold befand sich auf dem Aufmarsch, jedoch nicht wie sonst mit den Neonazis vom „III. Weg“, sondern an vorderster Front, als die Stimmung das erste Mal zu eskalieren drohte.

Zahlreiche Neonazis hatten sich schon zum Zeitpunkt der Auftaktkundgebung in Richtung der antifaschistischen Gegenkundgebung bewegt, verummmt und versucht, die dünnen Polizeiketten zu durchbrechen. Arnold selbst ist ein Urgestein der Chemnitzer Kameradschaftsszene. Er gehörte zur Führungsriege der „Nationalen Sozialisten Chemnitz“ (NSC) und organisiert sich seit einigen Jahren in der Neonazi-Partei „Der III. Weg“ im Chemnitzer Umland. Am 1. Mai 2018 war er in Chemnitz an der Koordination des Aufmarsches beteiligt. Am vergangenen Montag repräsentierte er

jedoch den extrem rechten Verein „Unsere Heimat Unsere Zukunft“ (UH-UZ) aus dem Erzgebirge, in dessen Vorstand Arnold sitzt. Wie weit Maik Arnold in die militante Neonazi-Szene angebunden ist, macht ein Fundstück während der Razzia im Zuge des NSC-Verbots 2014 deutlich. So war er in Besitz eines Datenträgers, auf dem auch die sogenannte „NSU-CD“¹ gespeichert war. Eine gewisse Nähe zu der rechts-terroristischen Gruppe wird außerdem durch seine Verbindungen zu den NSU-Unterstützern Ralf Wohlleben und André Eminger ersichtlich.

Am Montag war auch Hendrik Lasch erneut zugegen, begleitet von Yves Rhamel, langjähriger Produzent der extrem rechten Musikszene und ehemals offizieller Betreiber des RechtsRock-Labels „PC Records“. Aus der Chemnitzer Neonazi-Szene erschien am Montag David H. Er nahm die letzten Jahre mit anderen Neonazis aus Sachsen nicht nur am extrem rechten „Leistungsmarsch“ in Ungarn teil, sondern fuhr auch regelmäßig zu RechtsRock-Konzerten. Pikant ist, dass H. für die „Distelkam Dienstleistungsgruppe“ arbeitet, die u.a. Leistungen im Sicherheitsdienst anbietet. Einen Auftrag als Wachdienst führte die Firma in einer Geflüchtetenunterkunft in Cottbus aus, wo es in der Neujahrsnacht 2017/2018 zu einem Angriff durch Neonazis kam. Das eingesetzte Sicherheitspersonal hatte die Täter in die Unterkunft gelassen und ihnen den Rückzug frei gehalten. Laut der Initiative „Cottbus schaut hin“ schilderten die Opfer des Angriffs, dass der Wachmann den Neonazis mitteilte „dass sie raus gehen müssen, weil jetzt die Polizei kommt.“

Desweiteren fand sich auch eine Gruppe um den Leipziger Kampfsportler und

rechten Hooligan Benjamin Brinsa ein (siehe AIB Nr. 97 „Rechter MMA-Kämpfer auf Erfolgskurs“). Dieses Milieu war schon für den fast militärisch geplanten Angriff auf den alternativ geltenden Leipziger Bezirk Connewitz im Januar 2016 verantwortlich. Eine Teilnahme der Leipziger Hooliganszene in Verbindung mit rechten, gewaltsuchenden Chemnitzer Ultra-Gruppen wie „Kaotic“ und New Society/NS-Boys“ machte Chemnitz am Montag zum Pulverfass.

Dass sich auch Dortmunder Neonazis um Führungspersonen der Neonazi-Partei „Die Rechte“, wie etwa Matthias Deyda, in Chemnitz blicken ließen, ist Kalkül. Die Szene in Dortmund ist bekannt für ihre Gewaltbereitschaft und ihre Verbindungen in die militante rechte Szene in ganz Europa. Auch Martin Wegerich, der als Grafikdesigner „Vlanze Graphics“ unzählige NS-verherrlichende und rassistische Grafiken für RechtsRock-Versände und Kameradschaften entwirft, war in der Personen-Gruppe aus Dortmund-Dorstfeld ausmachbar.

Die Liste der „Prominenz“ der bundesweiten Neonazi-Szene ließe sich sicher mit extrem rechten Multi-Funktionären wie Patrick Schröder, Tommy Frenck oder David Köckert erweitern. Auch könnte man über die Teilnahme von der „Identitären Bewegung“ nahestehenden Akteuren wie Chris Ares Seiten füllen. Informationen zu den offensichtlich bekannten Neonazis ersparen wir uns jedoch an dieser Stelle. Die ausführliche Betrachtung Einzelner im Text soll verdeutlichen, dass die Stimmung am 26. und 27. August unter dem Einfluss erfahrener Personen der extrem rechten Szene stand. Ein gewaltaffines Spektrum, welches seit Jahren

rassistische Hetze betreibt und an Angriffen gegenüber Geflüchteten und Migrant_innen beteiligt war.

Personengruppen, die vor allem für die aggressive Stimmung auf dem Aufmarsch und zahlreiche Angriffe auf am Rand stehende Protestierende verantwortlich waren, traten im Gegensatz zu den bekannten Kadern der Szene verdeckt auf. Gruppen zwischen 20 und 30 Personen konnten angesichts fehlender Einsatzkräfte immer wieder aus dem Aufmarsch ausscheren und Jagd auf Menschen machen. Parolen wie „Wir sind die Macht, wir sind die Fans, Adolf Hitler Hooligans“ oder „Haut den Roten die Schädeldecke ein“ hallten durch die Nacht, während Fahrradpoller heraus gerissen und Steine aufgenommen wurden. Das es nicht zu einem weitaus größeren Gewaltausbruch kam, könnte zum einen daran liegen, dass die gewaltaffinen Gruppen ihre Machtposition gegenüber der Polizei unterschätzten, als auch an dem Umstand, dass nahe Ziele wie Geflüchtetenunterkünfte fehlten.

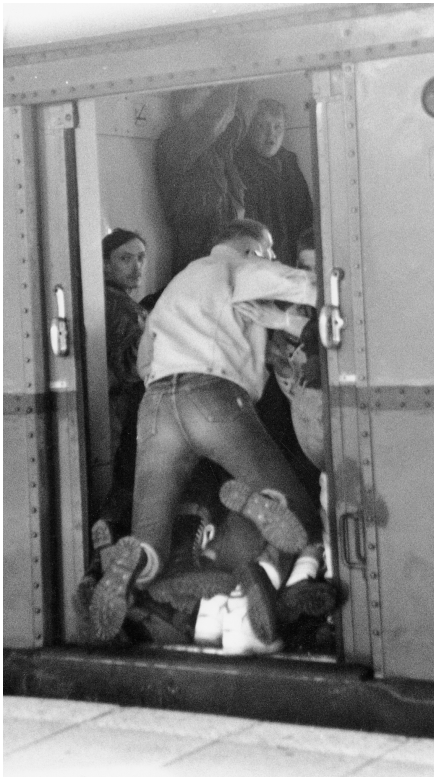
Das Kind beim Namen nennen

Die Bilder der dutzendfach gezeigten Hitlergrüße, der aggressiven Menge und auch die durch die Straßen schallenden, ultra-rechten Parolen geistern seit Tagen in den Medien herum. Nun, im Gegensatz zur Berichterstattung zum Sonntag, werden die Kundgebungen und Märsche als das benannt was sie waren: Neonazi-Aufmärsche. Für die organisierte Neonaziszene ist die Situation „die Chance“, bzw. „das Signal“, auf das sie seit Jahren warten. Frank Krämer, Gitarrist der RechtsRock-Band „Stahlgewitter“, beschrieb die Ereignisse im Nachgang des Todes von Daniel H. mit den Worten „Was in Chemnitz gerade passiert ist der Rassenkrieg, den die de-

mokratischen Gruppierungen eingeschleppt haben.“ Damit verklärt er, dass Neonazis diesen „Rassenkrieg“ seit Jahren herbei sehnen und sich aktiv auf ein solches Szenario vorbereiten. Der Großteil des bis zu 8000 Personen starken Aufmarsches nahm diese ideologische Steilvorlage an. Es dauerte am Montag keine halbe Stunde, bis die TeilnehmerInnen „Deutschland den Deutschen, Ausländer Raus“ riefen und in den extrem rechten Schlachtruf „Hier marschiert der nationale Widerstand“ einstimmten. Auf dem Podest am Fuße des Karl-Marx-Monument schürte unterdessen Martin Kohlmann die *Ressentiments* durch hetzerische Reden gegen Geflüchtete und Muslime. Kohlmanns Partei "PRO Chemnitz" ist nicht nur Schnittstelle zur PEGIDA-Bewegung und den „Nein zum Heim“-Initiativen, sondern auch für ihre Verbindungen zur extrem rechten Szene wie die „Nationalen Sozialisten Chemnitz“ (NSC) bekannt.

Die Chance, die sich für "PRO Chemnitz", wie auch für die AfD, durch solche rechten Mobilisierungen bietet ist immens. Standen dem ehemaligen sächsischen Landesvorsitzenden der extrem rechten Partei „Die Republikaner“ Martin Kohlmann und der Chemnitzer PEGIDA-Ableger „Cegida“ zuletzt nur mit wenig Publikum auf Kundgebungen in der Innenstadt, hören der Kleinstpartei plötzlich mehrere Tausend Personen zu. In seiner Rede bediente Kohlmann vollumfänglich das versammelte Spektrum. So verharmloste er die Aktivitäten der rechts-terroristischen „Gruppe Freital“- die er vor Gericht anwaltlich vertrat -, umschrieb Geflüchtete als Fuchs, der nicht „im Hühnerstall integrierbar ist“ und legitimierte die Hetzjagden am Vortag als

„Selbstverteidigung“. Er könne „mittlerweile persönlich jeden verstehen, der sich angesichts des offenen Rechtsbruchs der Bundesregierung, sich selber diese Zwangsjacke nicht mehr anziehen möchte.“ Damit bezog er sich auf das Recht auf „Selbstverteidigung“. Ein Aufruf zur Selbstjustiz, verpackt in schöne Floskeln, den sich auch die AfD im weiteren Verlauf zu eigen machte. So bezeichnete der AfD-Vorsitzende Alexander Gauland es in einem Interview mit der Zeitung WELT als „normal, dass Menschen ausrasten, wenn eine solche Tötungstat passiert“. Die Teilnehmenden in Chemnitz verstehen diese Nachrichten genau. Während der Rede von Kohlmann am Montag riefen diese immer wieder „Ausländer Raus“ und „Wer



Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen“.

Rechte Bündnisse

Für den 1. September 2018 warb "PRO Chemnitz" erneut für eine Kundgebung mit anschließendem Aufmarsch. Fast zeitgleich rief auch die sächsische AfD in Kooperation mit PEGIDA und dem neuerechten „EinProzent“-Netzwerk zu einem „Trauermarsch“ am 1. September 2018 in der Chemnitzer Innenstadt auf. Dabei initiieren sich Akteure wie die AfD im Vorfeld als Ordnungsmacht: Bilder von randalierenden, den Hitlergruß zeigenden Neonazis wolle man vermeiden. Das Narrativ der bedrohlichen „Ausländerkriminalität“ blieb jedoch bestehen. Sowohl Björn Höcke, als auch Lars Franke von der Chemnitzer AfD wünschten sich ein anderes Erscheinungsbild. Bei Höcke lasen sich die eigenen Vorstellungen des „Trauermarsches“ wie der Auflagenkatalog der jährlichen Aufmärsche im Februar in Dresden, während Franke versuchte zu beschwichtigen. In Richtung der Neonazi-Partei „Der III. Weg“ schreibt er in den sozialen Netzwerken: „Durch dieses martialische Auftreten mit gleicher Bekleidung, Plakaten, Gebrüll und Geschrei in erster Reihe verscheucht ihr den normalen Bürger (...)“. Nun, dass „Der III. Weg“ am 29. August 2018, also zwei Tage nach dem gewalttätigen Aufmarsch am Montag, im sächsischen Plauen in Partei-Kluft uniformiert und mit Schildern der Partei bestückt am AfD-Spaziergang teilnahm, dürfte wohl nicht in das Bild passen. Tatsächlich war die Kritik Frankes wohl eher konstruktiv gemeint. Andere Parteien, wie die NPD, hatten schließlich am 27. August 2018 auch Plakate dabei, schnitten aber ihr Parteilogo ab. - „muss man positiv bewer-

ten“, so Franke.

Das Bild, welches die AfD auf ihrem „Trauermarsch“ am 1. September 2018 tatsächlich abgab, entsprach den angekündigten Vorstellungen nur begrenzt. Schon ab 16 Uhr versammelten sich bis zu 2.000 Personen auf der Kundgebung von "PRO Chemnitz" um Martin Kohlmann. Die Mehrheit dieser Personengruppe kann dem Spektrum der (extremen) Rechten zugerechnet werden: Personen aus der organisierten Neonazi-Szene um NPD und „Der III. Weg“, extrem rechte Hooligans u.a. aus Berlin, Cottbus, Chemnitz und Dresden, sowie AktivistInnen der „Identitären Bewegung“. Nach Beendigung dieser Kundgebung rief einer der Redner die Teilnehmenden auf, „rüber zur AfD“ zu gehen. Ein Großteil der ZuhörerInnen folgte dem Aufruf.

So zog der Trauermarsch“ mit 8.000 Rechten einmal im Carrée durch die Innenstadt, angeführt von den AfD-Spitzenpolitikern Björn Höcke und Uwe Junge, sowie den PEGIDA-Wortführern Lutz Bachmann und Siegfried Däbritz. Nicht verwunderlich war dementsprechend die Teilnahme von exponierten AktivistInnen der „Identitären Bewegung“ wie Martin Sellner. Nur eine Woche zuvor, am 25. August 2018, hatte die extrem rechte Organisation das „Europa Nostra“-Fest in Dresden ausgerichtet. Siegfried Däbritz war dort ebenfalls zu Gast.

Die Stimmung während, wie auch im Nachgang des Aufmarsches am 1. September 2018 war erneut aggressiv und eskalativ. Wieder kam es zu Jagdszenen und Übergriffen auf Migrant_innen, Geflüchtete, linke Gegendemonstrant_innen und Journalist_innen. Wieder wurden Polizeiketten durch Teilnehmende der extrem

rechten Aufmärsche durchbrochen. Die 1.800 eingesetzten Polizeikräfte waren abermals deutlich mit der Situation überfordert. Mit Ausblick auf weitere rechte Mobilisierungen ist von Seiten der Polizei kein ausreichender Schutz von Geflüchteten oder Gegendemonstrant_innen zu erwarten. Das mehrfach erwähnte „Oberwasser“ der extremen Rechten wird sich nicht so schnell eindämmen lassen.

Das zeigt sich auch anhand des Aufmarsches der Neonazi-Partei „Der III. Weg“ in Plauen, der zeitgleich zu den Chemnitzer Mobilisierungen am 1. September 2018 stattfand. Bis zu 700 Neonazis konnte die Kleinstpartei in der großen Kreisstadt im sächsischen Vogtland auf die Straße bewegen. Im Vergleich: bei dem Monate im Voraus geplanten Aufmarsch von „Der III. Weg“ am 1. Mai 2018 in Chemnitz, nahmen zwischen 500 und 600 Neonazis teil.

Die Situation dieser Tage in Chemnitz hat somit auch einen Einfluss auf klassische Neonazi-Organisationen.

Antifaschistische Intervention

Für Antifaschist_innen stellt sich erneut die Frage, wie man innerhalb rassistischer Mobilisierungen effektiv intervenieren kann. Schon 2015, nach den pogromartigen Ausschreitungen im sächsischen Heidenau, formulierten wir unsere Gedanken dazu in dem Artikel „Antifaschistische Aktion – Für die konsequente Intervention“ (Siehe AIB Nr. 109).

Auch drei Jahre später sind wir der Meinung, dass eine Intervention auf vielen Ebenen stattfinden muss.

Zum einen haben wir als antifaschistische Medien die Aufgabe, schnellstmöglich verlässliche Informationen zu den ProtagonistInnen und dem Hintergrund dieser

Mobilisierungen zu sammeln und zu veröffentlichen. Klar sein sollte dabei, dass es nicht unsere Aufgabe ist, Abstufungen zwischen Mitläufer_innen, Alltagsrassist_innen, organisierten Neonazis, besorgten Bürger_innen oder sonstigen Teilnehmenden zu machen. Der ständigen Mär von jahrelang ungehörten und sozial Abgehängten die einen jeweiligen Anlass suchen, um sich Gehör zu verschaffen, verkennt den immanenten Rassismus derer, die sich an Aufmärschen wie nun in Chemnitz beteiligen. Dennoch wollen wir nicht nur Roß und Reiter benennen, sondern uns ebenso um eine lokale und gesellschaftliche Einordnung bemühen. Um Informationen authentisch vermitteln zu können ist eine Betrachtung an Ort und Stelle notwendig. Es nützt einer Berichterstattung nichts, wenn Informationen lediglich aus sozialen Netzwerken oder Nachrichtendiensten wie Twitter bezogen werden.

Um große Aufmärsche wie in Chemnitz überblicken zu können Bedarf es zudem einer großen Beteiligung bundesweit arbeitender Plattformen. Vor allem die Zusammenarbeit freier Fotograf_innen sowie eine gegenseitige Unterstützung ist dabei unabdingbar. In der „Provinz“ sind Netzwerke freier Journalist_innen nun mal nicht so breit aufgestellt wie in den Großstädten. Um kontinuierlich unabhängige Berichterstattung ermöglichen zu können, besonders wenn sich Ereignisse über Wochen entwickeln, ist eine Verteilung der journalistischen Verantwortung wichtig.

Zum anderen kann eine starke antifaschistische Intervention nur dann erfolgreich sein, wenn möglichst viele Bündnisse geschaffen werden. An Tagen wie am vergangenen Montag braucht es ein

Bündnis mit Minimal-Konsens. Es gilt, Übergriffe und Hetzjagden zu verhindern und den Menschen vor Ort Schutz und Unterstützung anzubieten. An solchen Tagen müssen nicht zwingend die großen linken Fragen gelöst werden. Solidarität und Entschlossenheit sind starke Signale, auch an die Menschen außerhalb der linken „Szene“.

Dazu zählen auch Demonstrationen außerhalb von Chemnitz oder finanzielle Spenden an linke Gruppen und Organisationen, die sich vor Ort engagieren, ebenso wie Solidarität in Form vom zahlreichem Erscheinen auf möglichen Gegenprotesten oder zum Schutz linker Projekte. Dafür müssen wir uns zwingend mit den aktiven Strukturen vor Ort vernetzen. In einen blanken Aktionismus zu verfallen und die Akteure vor Ort (die es in Chemnitz immerhin noch gibt) zu ignorieren oder ihnen vorschreiben zu wollen, was jetzt richtig wäre, ist der falsche Weg. Nach einer Auseinandersetzung wieder in die Großstädte zu fahren ist etwas anderes, als sich vor Ort in Organisations- und Unterstützungsprozesse zu begeben.

Innerhalb solidarischer Handlungen müssen aber auch Prioritäten gesetzt werden. Nämlich dann, wenn nicht wir der Hauptaugenmerk extrem rechter Gewalt sind, sondern Menschen, die nur aufgrund ihrer Hautfarbe und Herkunft zur Zielscheibe werden. Schutz dieser kann dabei so einfach sein. Die Hetzjagden in Chemnitz haben erneut bewiesen, dass der rechte Mob innerhalb von rassistischen Auseinandersetzungen nicht zwischen „Flüchtling“ und Migrant unterscheidet – egal ob Letzterer seit 20 Jahren den Imbiss betreibt und dadurch in der Logik als integriert gilt. Manchmal kann es reichen, Menschen mit offensichtlich nicht-

deutscher Herkunft anzusprechen, ihnen anzubieten, sie nach Hause zu begleiten oder sich in konkreten Bedrohungsszenarien einzumischen. Solche Angebote sollten nicht paternalistisch wirken, sondern müssen gemeinsam entwickelt werden.

Letztlich finden wir, dass die Losung „Hass hat Konsequenzen“ im Umgang mit rassistischen Äußerungen, Pogromen oder Hetzjagden mit Inhalt gefüllt werden sollte. Dafür müssen wir gemeinsam Ängste abbauen und uns diesem Hass konsequent entgegen stellen. Das meint nicht grundlegend, dominant und einschüchtern zu wirken, sondern bedeutet sich selbst nicht zu marginalisieren. Jenseits der Behörden, die erneut nicht fähig waren, rassistische Übergriffe zu unterbinden, sind wir durchaus in der Lage, RassistInnen Einhalt zu gebieten. Dieser Stärke dürfen wir uns bewusst sein.

1.10. German Angst

(Selbst-)Opfer und nationaler Wahn

„Die Pläne für einen Massenaustausch der Bevölkerung sind längst geschrieben“ verkündete Beatrix von Storch am 8. Mai 2016 auf Twitter. Mit der Vorstellung, es gäbe eine Verschwörung gegen das „deutsche Volk“, die das Ziel habe, dieses auszutauschen und somit zu vernichten, ist die AfD-Politikerin nicht alleine. Die Folgen sind drastisch. Denn in diesen Szenarien steht nicht einfach irgendetwas auf dem Spiel, sondern der Fortbestand des „deutschen Volkes“ mit „deutschen Familien“ und „deutschen Werten“. Die Konsequenzen einer solchen Wahrnehmung sind entsprechend weitreichend. Vor allem ist es dem Opfer einer unprovokierten Ag-

gression nach Gesetz und Moral gestattet, sich entsprechend zu wehren. Ein Angriff legitimiert die Anwendung von Mitteln der Selbstverteidigung, die sich an der Qualität der Aggression des Angreifenden orientieren.

Das „Selbst“, das es hier zu verteidigen gilt, ist in der vorliegenden Konstellation allerdings kein individuelles mehr, sondern ein kollektives. Das wehrhafte Individuum handelt nicht aus dem eigenen, unmittelbaren Selbsterhaltungstrieb heraus, sondern der Überlebenskampf wird aufs Völkisch-Ethnische projiziert. Strategien nationaler *Selbstviktimsierung* wirken sich durch die Identifizierung als Opferkollektiv, in dem alle „im selben Boot sitzen“, nicht nur stabilisierend nach innen, sondern auch nach außen aus. Die Grenzen zu den Feinden des „deutschen Volkes“, die das entsprechende Vernichtungsprogramm planen, könnten klarer nicht definiert sein.

Von Storch blieb in ihrem Tweet, den sie ausgerechnet am Tag der Befreiung veröffentlichte, zwar vage, dass sie gemeinsam mit ihrer Warnung einen Artikel der Vereinten Nationen postete, lässt allerdings auf eine Verschwörung auf höchster Ebene schließen. Doch auch ganz konkrete Antworten auf die Frage, wer hinter diesen Plänen stehe, existieren zuhauf und erfreuen sich größter Beliebtheit. Trotz Unterschieden im Detail haben sie gemein, dass nicht mehr und nicht weniger als die ganze Welt gegen das nationale „uns“ ist — oder zumindest jene als „globale Eliten“ gedachten Personenkreise, die im Hintergrund die Strippen ziehen. Dass die organisierte und konzertierte Feindseligkeit globale Ausmaße hat, ist nicht weiter verwunderlich. Bisher, so die Annahme, sei der lang gehegte Plan, die Deutschen auszurotten nämlich stets an deren Wider-

standswillen gescheitert. Jetzt werden schwerere Geschütze aufgeföhren und man versucht, dieses Vorhaben mit neuen Mitteln doch noch umzusetzen. Zahlreiche Namen kursieren, die alle für die geplante Vernichtung der Deutschen stehen. Als Reaktion auf den Tweet von Storchs diskutierte man in den AfD-Foren beispielsweise über ein Fortbestehen des Kaufman-Plans, aber auch über den Kalergi-Plan, Morgenthau-Plan und Soros-Plan. Dass es sich bei den Namensgebern um Juden handelt, ist dabei sicher kein Zufall. Das Phantasma des „volkszersetzenden Juden“, der schlau und gerissen die Umstände so steuert und lenkt, dass er die Kontrolle über die Deutschen behält, ohne sich dabei selbst die Hände schmutzig machen zu müssen, gehört zum Grundrepertoire des Antisemitismus, in dem das Jüdische einen Gegenpol zur deutschen Nation darstellt. Im Gerede über jüdische Pläne zur Vernichtung der Deutschen durch eine bewusst herbeigeföhrt und gesteuerte „Masseneinwanderung“ gehen Antisemitismus und Rassismus eine verschwörungsideologische *Melange* ein.

Wenn die Uhr stets 5 vor 12 zeigt

Die Rationalisierung von Aggressionen gegen Geflüchtete und Politiker_innen als „Widerstand“ hat Konjunktur. Der Staatsrechtler Thor von Waldstein erstellte für das „Institut für Staatspolitik“ ein Gutachten über das „Widerstandsrecht der Deutschen“², in dem er attestierte, die Bundesregierung nehme die „Beseitigung des Souveräns, des deutschen Volkes“ nicht nur fahrlässig hin, sondern strebe diese bewusst an. Insofern sei Widerstand nach Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes gerechtfertigt. Was dabei als verhältnis-

mäßig erachtet wird, ist unterschiedlich. Teile der AfD diskutieren über „Steuerhinterziehung als Notwehr“. Die "Identitäre Bewegung" (IB) hat eine Kampagne gestartet, in der sie zum „Generalstreik nach Artikel 20 Absatz 4 GG“ aufruft. Von Waldstein selbst argumentiert, die aktuelle Lage rechtfertige beispielsweise, die Strom- oder Wärmeversorgung einer Unterkunft für Geflüchtete zu unterbrechen, um die Belegung mit Hunderten „Illegalen“ zu verhindern.

Doch auch unmittelbare Gewalt gilt einigen als legitime Antwort. Für die terroristische „Oldschool Society“ (OSS), so lassen Äußerungen der Mitglieder vor Gericht erahnen, waren die geplanten Anschläge lediglich eine Reaktion auf die Bedrohung, die angeblich von den durch Merkel ins Land gebrachten Geflüchteten ausgeht. Der Reichsideologe Wolfgang Plan, der mutmaßlich im bayrischen Georgensgmünd einen Polizeibeamten erschoss, verlinkte auf seinen Social-Media-Präsenzen Artikel über einen „Geheimkrieg gegen die Deutschen“ und die „Macht der Rothschilds“ und kam zum Schluss: „Widerstand ist Pflicht!“.

Auch Frank Steffen, der im Herbst 2015 der damaligen Kölner OB-Kandidatin in Mordabsicht ein Messer in den Hals rampte, wirkte gehetzt — und gerade deshalb zu allem bereit. Vor Gericht äußerte er: „Diese Regierung will das eigene Volk austauschen“. Dagegen habe er sich mit allen Mitteln wehren müssen. Man müsse, wie er bereits vor dem Attentat in einer Mail mitteilte, „das tun was nötig ist, um noch schlimmeres zu vermeiden“. Wie sich Steffen radikalisierte, ließ sich nur deshalb rekonstruieren, weil es der Vereinigung Correctiv gelang, seine zerstörte Festplatte

wiederherzustellen.³ Doch in vielen Fällen ist dies gar nicht nötig, da die Protagonistinnen, ausgestattet mit dem missionarischen Sendungsbewusstsein eines Erwachten, ihre Gedankengänge völlig ungeniert in aller Öffentlichkeit präsentieren.

Ein genozidaler Druiden im „Widerstand“

Seit Jahren schon steht beispielsweise Burghard Bangert im Fokus verschiedener Watch-Gruppen, die ein Monitoring jener neurechten Querfrontbewegungen betreiben, deren Ausgangspunkt die sogenannten „Montagsmahnwachen für den Frieden“ gewesen sind. Bangert, der sich selbst „Burgos von Buchonia“ nennt und behauptet, ein 2.500 Jahre alter Druiden zu sein, erschien vielen vermutlich als exzentrischer aber harmloser Spinner. Mit seinen wallenden, weißen Haaren, dem Gehstock und seinen Gewändern aus beigefarbenen Leinen erinnert er an Miraculix, den Druiden aus den Asterix-Geschichten. In seiner Selbstbeschreibung bezeichnet sich Bangert als „Menschenrechtsaktivist“. Nun wird ihm vorgeworfen, Teil einer Terrorvereinigung gewesen zu sein und Anschläge geplant zu haben. Bei Razzien in sechs Bundesländern wurden im Januar zahlreiche Waffen aufgefunden. Die Verwunderung war einigermaßen groß, dabei hatte er aus seinen Ansichten und Plänen, zu denen auch gehörte, ein „Wehrdorf“ zu gründen, nie einen Hehl gemacht, sondern sie völlig unverhohlen und mit großem Nachdruck auf Facebook und dem russischen Pendant VKontakte dargelegt. Sein ausgeprägtes Mitteilungsbedürfnis erlaubt die Rekonstruktion einer interessanten Innenansicht in eine wahnhaftige Welt.

Mit zahlreichen, meist frei erfundenen oder grob aus dem Kontext gerissenen Zitaten

historischer Persönlichkeiten möchte er immer wieder belegen, die „zionistisch“ kontrollierte Welt habe sich gegen die Deutschen verschworen. Mit einem historischen Zeitungsausschnitt mit dem Titel „Judea Declares War on Germany“ vom 24. März 1933 möchte er zeigen, dass die Shoah lediglich ein historischer Akt der Notwehr gewesen ist. Der Artikel wird in geschichtsrevisionistischen Milieus gerne und häufig zu diesem Zwecke verbreitet, obwohl der eigentliche Text unter der reißerischen Überschrift lediglich berichtet, Londoner Geschäftsleute zögen als Antwort auf den Antisemitismus in Deutschland einen Boykott deutscher Waren in Erwägung.

An verschiedenen Stellen führt er aus, die „keltisch-germanische Kultur“ sei die einzige, die den "New World Order"-Plänen der Juden im Weg stehe, weshalb diese schon seit 130 Jahren versuchten, die Deutschen zu vernichten. Auch die beiden Weltkriege seien jüdische Kriege gegen das „deutsche Volk“ gewesen. Heute sorgen die „Zionisten“ weltweit für Konflikte, um die so verursachten Migrationsbewegungen als Waffe gegen Deutschland verwenden zu können: „Ohne die weltweit, jüdisch verursachten Unruhen gäbe es keine Flüchtlinge.“

Aufgrund angeblicher jüdischer Pläne zur Vernichtung der Deutschen fordert er Widerstand und plädiert auf Notwehr. Sein VK-Profil zierte zuletzt der Leitspruch „Mein Selbsterhaltungstrieb sagt mir, dass ich die Juden und Moslems vernichten muss, bevor diese meine Sippe oder meine Familie vernichten“.

Bangerts Version von Widerstand beinhaltet auch offenen Vernichtungsantisemitismus: „Wir dürfen und müssen uns bei der

Bekämpfung der Bedrohung gern der Methoden unserer Feinde bedienen.“ Für ihn gilt es, die jüdischen Verursacher_innen der Situation auszulöschen, bevor diese ihrerseits ihre Pläne umsetzen können. In der Facebook-Gruppe „Freundeskreis Montagsdemo Frankfurt“ kommentierte er einen holocaustleugnenden Beitrag eines anderen Gruppenmitglieds zustimmend und verurteilt seinerseits die „jüdischen Lügen“, um dann später im selben Thread darauf aufmerksam zu machen, nur „DER TOTALE GENOZID“ könne einen Ausweg aus der Misere darstellen. Dabei müsse absolut schonungslos vorgegangen werden. So schreibt er, vorgeblich Martin Luther zitierend: „Bevor nicht der letzte Jud den letzten Atemzug getan, egal ob Mann, ob Weib, ob Greis, ob Kind, wird es auf Erden kein Frieden werden.“ Hinter der Maske der Friedenssehnsucht trifft hier Holocaustleugnung auf Holocaustforderung. An anderer Stelle plädiert der gebürtige Schwetzingen gemeinsam mit dem Foto einer Mischung aus Pistole, Schlagring und Messer: „Bewaffnet Euch. Unsere Gegner taten es bereits.“

Verkehrte Welten

Bei Burghard Bangert erscheinen Politiker_innen, Geflüchtete, Jüdinnen und Juden als legitime Ziele, da sie allesamt zum Genozid an den Deutschen beitragen. Sowohl er als auch Frank Steffen bewegen sich in einer Parallelwelt, in der KOPP Verlag und das Compact Magazin als Verkünder der absoluten Wahrheit gelten und die „Mainstreammedien“ als „Lügenpresse“, der Mordversuch an einer Politikerin als legitime Reaktion auf die Anwesenheit von Geflüchteten erscheint und Genozidforderungen nicht im Wider-

spruch zu einer Selbstwahrnehmung als Menschenrechts- und Friedensaktivist stehen. Angriff sei eigentlich Verteidigung, der „Gutmensch“ der eigentliche Schlechtmensch und der Rassist der eigentliche Antirassist. Die Literaturwissenschaftlerin Sylvia Sasse bezeichnet solcherlei Verkehrungen ins Gegenteil in Anlehnung an Michail Bachtin als „Karnevalisierung der Politik“. Sie erläutert, die Verdrehung von Ideen wie Widerstand habe zweierlei Effekte. Zum einen verlache sie die „Erinnerung daran, was man historisch über Disidenz, Widerstand und Andersdenkende wissen kann und sollte“ und lösche diese aus, zum anderen würden „die positiven Vorstellungen, die mit Widerstand und Opposition verbunden sind“ usurpiert.

Auch im Umfeld von Götz Kubitschek, der häufig als Vordenker der "Neuen Rechten" in Deutschland bezeichnet wird, und unter anderem für das „Institut für Staatspolitik“ (IfS) und die Zeitschrift „Sezession“ verantwortlich ist, wähnt man sich an einem Wendepunkt der deutschen Geschichte, an welchem sich entscheide, ob es eine Zukunft für die Deutschen geben werde oder nicht.

Die Frage, wie ernst man die von ihm und anderen in diesem Kontext artikulierten politischen Forderungen nehmen solle, beantwortet Kubitschek in der Sezession: „Sehr ernst, sehr, sehr ernst, denn wir schlagen vor und fordern ja nichts weniger als die Legitimierung des Widerstands durch den Einsatz des bisher Aufgebauten [...]. Dies alles ist kein Spiel!“. Nein, er und andere meinen es todernst, daran lässt auch der Titel des Artikels „Wir werden handeln“ keinen Zweifel. Denn wie, wenn nicht äußerst drastisch, soll dieses Handeln in Anbetracht der Lage denn sonst ausse-

hen? Schließlich dürfe das „deutsche Volk [...] weder überfallartig noch schleichend ausgetauscht werden“, wie Kubitschek sich an anderer Stelle empört.

Fast könnte man meinen, er und andere sehnten sich insgeheim herbei, dass dieser Austausch endlich an Fahrt aufnehme. Damit auch jene, die jetzt noch zögerlich sind, den Ernst der Lage verstehen und der Endkampf endlich beginnen kann. Bei alledem versteht man sich selbst als Verteidiger der wahren Demokratie, die ganz selbstverständlich als Demokratie eines ethnisch definierten „deutschen Volkes“ gedacht wird.

Von der verfolgten zur verfolgenden Unschuld

Dass dieses angebliche Recht auf Widerstand für einige auch Gewalt mit einschließt, zeigen nicht nur die zahlreichen Angriffe auf Geflüchtete oder der Fall Frank Steffen, sondern es wird auf besonders perfide Weise auch in einem kurzen Interview mit dem rechten Aktivisten Veikko S. dokumentiert, das von der WELT am Rande einer PEGIDA-Demonstration in Dresden aufgezeichnet wurde. Veikko S. äußert dort, Brandstiftungen an Unterkünften für Geflüchtete hätten nichts mit „Nazis“ oder Ähnlichem zu tun, sondern seien ganz im Gegenteil eindeutig als Akt „direkter Demokratie“ zu verstehen. Wenn politische Akteur_innen anprangern, die „Völkverräter“ würden die Demokratie abschaffen, gleichzeitig aber selbst Gegenmaßnahmen fordern oder bereits umsetzen, die mit demokratischen Standards nichts zu tun haben, dann ist das einer jener Aspekte der Projektion, die in Adornos „Studien zum autoritären Charakter“ als Merkmal autoritärer und faschistischer Propaganda erörtert werden:

„Sie rufen zur Verteidigung der Demokratie gegen deren ‚Mißbrauch‘ auf und möchten, indem sie die ‚Mißstände‘ anprangern, letztlich die Demokratie selbst zu Fall bringen.“ Er beschreibt dieses Vorgehen zwar als bewussten Trick, es kann aber durchaus davon ausgegangen werden, dass es sich hier nicht immer um einen strategischen Kniff handelt, sondern einige tatsächlich glauben, sich gegen ein durch Feinde des „deutschen Volkes“ initiiertes Vernichtungsprogramm zur Wehr setzen zu müssen und nur so die Ordnung aufrechterhalten zu können. Eigene Aggression und Gewalt werden hier als verständliche Reaktionen auf die Angriffe von außen rationalisiert. So kann aus dem eingebildeten Verfolgten ein ganz realer Verfolger und aus der verfolgten die verfolgende Unschuld werden, wie es Karl Kraus nannte. Hier bildeten Schuld und Lüge eine Einheit und die Tat selbst wird zum Alibi.

Antifaschistische Politik tut sich häufig recht schwer damit, auf solch verkehrte Welten die passenden Antworten zu finden. Wie soll man auch auf ein Gegenüber reagieren, das allen Ernstes argumentiert, Geflüchtete in Deutschland seien Teil eines von langer Hand geplanten Holocaust an den Deutschen? Für den Rassismus des traditionelleren Neonazismus und der Neuen Rechten hat man erfolgreich Gegenkonzepte entwickeln können. Für immer beliebtere Narrative, Identitäts- und Rollenzuschreibungen, etwa wenn Rassismus und Antisemitismus in einer geschlossenen Verschwörungsideologie aufeinandertreffen und im konkreten Vernichtungswillen *kulminieren*, fehlen sie allerdings bisher.



1.11. Toxische Männlichkeit von Kandel bis Chemnitz

Feministische Interventionen in eine aktuelle Gefahrensituation

Bei den Vorfällen in Chemnitz handelt es sich derzeit vor allem um Ereignisse, die von Männern gemacht und von Männern analysiert, diskutiert, verurteilt und vorangetrieben werden. Je bedrohlicher und gewaltvoller Nazis *agieren*, desto mehr droht antifaschistische Politik wieder zur reinen Männersache zu werden. Ein Rückschritt, da feministische Analysen zur Relevanz von Geschlechterverhältnissen und –konstruktionen für die Dynamik und Stabilisierung der extremen Rechten in der Vergangenheit deutlich stärker in entsprechenden Diskussionen berücksichtigt wurden. Die Bedeutung, die ‚Frauenrechten‘ und der Notwendigkeit, Frauen* vor sexualisierter Gewalt zu schützen, mittlerweile in der Rechten zukommt, wird ebenfalls unsichtbar gemacht. Wir wollen im Folgenden den Kampf für ‚Frauenrechte‘ in extrem rechten Kreisen ana-

lysierten. Die mobilisierende Wirkung dieser Instrumentalisierung von sexualisierter Gewalt ist in Chemnitz wie auch anderswo völlig faktenresistent und spielt gleichzeitig in der medialen und antifaschistischen Wahrnehmung der Nazis kaum eine Rolle – was wir als Leerstelle bezüglich der Inszenierung dominanter, toxischer Männlichkeit benennen. Parallel zu diesem vermeintlichen Engagement wird Gewalt – auch sexualisierte – als Drohmittel gegen politisch missliebige Frauen* eingesetzt und kann die Bedrohung der von Rassismus oder Antisemitismus betroffenen Frauen* potenzieren. Auch wenn es uns ebenfalls an hilfreichen Lösungsansätzen für das Naziproblem in Sachsen oder woanders mangelt, halten wir die Auseinandersetzung mit dem Thema der Instrumentalisierung sexualisierter Gewalt in einer langfristigen antifaschistischen und feministischen Perspektive für unausweichlich.

Die Instrumentalisierung sexualisierter Gewalt

Offensichtlich sind an der *Causa* Chemnitz aktuell zwei Punkte: erstens die feste Verstrickung von Nazis, AfD und Sicherheits-

behörden in Sachsen, die die Situation dort, im Vergleich zu anderen Orten und Vorfällen, und antifaschistischen und feministischen Widerstand deutlich schwieriger macht. Und zweitens die Hilflosigkeit aller relevanten linken Organisationen, wie mit dem vielleicht sächsischen, vielleicht auch allgemeinen Problem umzugehen sei.

Es ist kein Zufall, dass kurz nach dem Mord an Daniel H. – der nach jetzigem Kenntnisstand sogar AfD-Gegner, Punk-Hörer und Person Of Colour war – das Gerücht verbreitet wurde, dem Vorfall sei eine sexuelle Belästigung einer oder dreier nicht genannter Frauen voraus gegangen, das Mordopfer und die beiden anderen Verletzten hätten diese schützen wollen. Dieses Gerücht, das u.a. die BILD-Zeitung mit *kolportiert* hatte, wollte die Polizei schon am Sonntag nicht bestätigen, es wurde offiziell am Dienstag dementiert.

Seit geraumer Zeit warnen feministische Zusammenhänge, dass rassistisch aufgeladener und instrumentalisierter Einsatz für Frauen(rechte) nicht nur das mobilisierende Element der extremen Rechten ist, sondern auch die beste und einfachste Anschlussstelle an weite Teile des bürgerlichen Lagers. Welche Frau* hat schließlich keine Angst vor sexualisierter Gewalt?

Mittlerweile geben sogar namhafte Nazis zu, die Auseinandersetzung habe sich nicht um sexuelle Belästigung gedreht. Doch werden die nicht existenten belästigten Frauen weiterhin zur Mobilisierung der empörten rassistischen Bürger*innen und Neonazis eingesetzt und dienen als Legitimation der Proteste. Zwar handelte es sich in Chemnitz um ein männliches Opfer, es soll dennoch in die bestehenden Narrative eingereiht werden: das derzeit wirkungs-

vollste ist das von den ‚wehlosen weißen deutschen‘ Frauen, die permanent von eingewanderten muslimischen und/oder afrikanischen Männern belästigt, vergewaltigt, verletzt und ermordet werden würden.

Die Einreihung des Falls in die erwähnten Narrative verdeutlicht sich auch unter dem Hashtag »Einzelfallkette«. Schon am 27. August gab es in Chemnitz eine »Installation im öffentlichen Raum«, bei der eine Kette aus weißen Ausdrucken von Polizeimeldungen und Zeitungsartikeln mit Fotos von (teilweise angeblichen) Opfern von Gewalt durch »Ausländer« gezeigt wurden, angeblich sei sie 80 Meter lang gewesen. Diese sich als »Kunst« verstehende »Leine des Grauens« wurde schon in verschiedenen Städten zu rechten Aufmärschen im Spektrum des »Frauenbündnis Kandel« bzw. »Merkel muss weg«-Demonstrationen aufgehängt.

Auf Twitter wurde das Foto der »Leine des Grauens« in Chemnitz durch Katie Hopkins aufgegriffen, einer bekannten britischen Journalistin, die in den letzten Jahren mehrfach durch rassistische Äußerungen und Falschbehauptungen auffiel. Über die Aktion gab Hopkins zum Besten: »What the lügenpresse won't show you. In #chemnitz #c2708 women quietly protested violence against them by Merckels migrants. Every white card is one stabbing, sexual assault or murder of a German girl by a migrant. An endless string of horror.« Die Einreihung von Daniel H. in das dominante Narrativ geschah dann auch plastisch beim AfD-Pegida-Aufmarsch am Samstag: Große Plakate mit einzelnen Fotos von ausgewählten Toten, vornehmlich weiblichen, wurden der eigenen Inszenierung als Trauermarsch dienend von Teilnehmenden getragen – so wenig die Toten

und ihre Todesumstände miteinander verbindet, so wenig interessieren sich die Teilnehmenden vermutlich für deren Persönlichkeiten und Geschichten.

Eine andere Falschbehauptung findet sich auf einem in Chemnitz gezeigten Transparent, das auch schon bei den rassistischen Demonstrationen in Kandel anlässlich der Ermordung einer jungen Frau zu sehen war. Unter dem Titel »Wir sind bunt bis das Blut spritzt« werden zwölf meist blutende, verletzte, vorwiegend weibliche Personen gezeigt und suggeriert, dass es sich um deutsche Gewaltopfer von Migranten handle – in Wirklichkeit handelte es sich um sehr unterschiedliche Delikte und auch diese Bilder wurden wahllos und international zusammengestellt.

Gleichzeitig ist es die extreme Rechte, die Fantasien von Vergewaltigung und anderen Formen von Gewalt gegen Frauen zum Dauerthema macht. Die vermeintlich migrantischen Täter, vor denen die deutschen Frauen* geschützt werden sollen, dienen auch als Drohpotential für politisch unliebsame Frauen* und solche, die sich für Geflüchtete engagieren und/oder mit ihnen arbeiten. Sexualisierte Gewalt wird dabei für diese weißen Frauen* zur verdienten Strafe, für nicht-weiße Männer* zum Teil ihrer Natur. Das rassistische Bild vom omnipotenten und nicht triebbeherrschten schwarzen Mann, der der Frau auf der Straße nicht nur hinterherruft, sondern sie notfalls mit Gewalt ins Bett bekommen will, ist Teil des Kolonialrassismus – auch des Antisemitismus – und wurde in seiner Aktualisierung als antimuslimischer Rassismus, flankiert vom Bild des muslimischen ‚Ehrenmörders‘, auch schon vor 2015 bei jeder ‚Nein zum Heim‘-Veranstaltung bemüht. *Paradigmatisch* nahm

dieses Narrativ auch die Zeitschrift ‚Emma‘ auf, indem sie im Rahmen einer langen Reportage mehrere Frauen* in Chemnitz zu Wort kommen ließ, die sich darüber ausließen, dass seit 2015 haufenweise junge Männer* mit migrantischem Hintergrund ihnen das Leben in der Stadt zur Hölle machten. Das Problem sei allgemein bekannt, könne aber nicht diskutiert und angegriffen werden, weil alle Angst hätten, als Rassist*innen zu gelten. Auch hier sind die Auslassungen und der Fokus bezeichnend. Es ist unbestritten eine elende Situation, wenn Leute aller Geschlechter sich im öffentlichen Raum unsicher fühlen. Dennoch hat nur die weibliche Angst einen Raum und eine Berechtigung.

Sexualisierte Gewalt von vermeintlichen Migranten gegen weiße Frauen* ist also omnipräsent: für die einen als Bedrohung von Außen, die anderen hätten sie gewissermaßen verdient. Hier treffen sich die üblichen Schuldzuweisungen an die Betroffenen sexualisierter Gewalt (»besoffen gewesen, zu kurzer Rock ...«) mit politischen Schuldzuweisungen (»die wollen es ja nicht anders, wenn sie die alle hier haben wollen«). Nicht-weiße Frauen*, die etwa in Geflüchtetenunterkünften oder im Rahmen der sogenannten Ehrenkultur am meisten von dieser Gewalt betroffen sind, kommen nicht vor.

Für (weiße) Männer* und Frauen* gleichermaßen dient diese rassistische Aufladung und gleichzeitige ständige Diskussion sexualisierter Gewalt dazu, reale Gefahren und Ängste, aber eben auch die eigene Verantwortung für die sexistischen Zustände innerhalb dieser Gesellschaft zu externalisieren. Dadurch wird das Bild gefestigt, es ginge um unbekannte Fremde,

nicht den eigenen Partner, den öffentlichen Raum, nicht die eigene Wohnung – und den ‚anderen‘ Mann*, nicht um einen selbst.

Von Kandel nach Chemnitz: weibliche Opfer, männliche Ängste

2017 wurde die 15-jährige Mia von ihrem Ex-Freund, einem damals minderjährigen Geflüchteten, in einem Supermarkt in Kandel getötet. Kandel liegt nicht in Sachsen, sondern in Rheinland-Pfalz. Dort ist die AfD seit 2016 mit 12,6 % und 14 Mandaten im Landtag. Die rechten Mobilisierungen in und um Kandel waren regelmäßig, spektrenübergreifend, teilweise mehrere Tausend umfassend, und von nur minimalen zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Protesten begleitet. Vor allem Teile der AfD versuchten mit »Kandel ist überall« eine bundesweit übergreifende Kampagne zu machen, während die ‚Identitären‘ Mias Tod in einer rassistischen Kampagne instrumentalisierten. Die rechte Mobilisierung erreichte bei Weitem nicht das selbe Gewaltpotential, wirkt aber inhaltlich bis heute nach – und wird vielleicht jetzt direkt nach dem Urteil gegen den Täter noch einmal aufflammen. Erstochen von ihrem Ex-Freund, vermutlich aus Eifersucht und Rache, ähnelt ihr Fall den tausenden Fällen, in denen Männer* ausflippen, wenn sie verlassen werden. Als Vergleich bietet sich u.a. ein aktuelles Beispiel aus Rostock an. Zeitgleich zu den Ereignissen in Chemnitz steht dort ein Mann vor Gericht, der seine Ex-Freundin in der Badewanne erstochen haben soll. Auch hier stehen Eifersucht und niedere Beweggründe des Verlassenen im Zentrum. Allerdings ist der Täter weiß und ein bis dato geachteter Unternehmer. Das

Interesse und die Empörung sind wenig überraschend mäßig. Der Grundmechanismus wird dadurch relativ offensichtlich: gibt es auch nur den fernen Verdacht, dass eine Gewalttat (mit sexueller Komponente) von einem nicht-deutschen Mann begangen wurde, wird sie für Rechte und besorgte Bürger*innen zum Anlass und zur Legitimation rassistischer Hetze, während sexualisierte Gewalt durch weiße deutsche Täter gänzlich ausgespart und damit tabuisiert bleibt. Interessant sind die Unterschiede, die sich zwischen Fällen wie Kandel (reales weibliches Opfer) bzw. Chemnitz (fiktive weibliche Opfer) und den zahlreichen Attacken mit terroristischem Hintergrund ergeben – wie etwa dem Jugendlichen, der Bahnreisende bei Würzburg mit einer Axt angriff und IS-Sympathien hatte. Keiner dieser Fälle hat bisher eine rechte Mobilisierungswelle in ähnlicher Größenordnung hervorgerufen, obwohl unzweifelhaft das Bedrohungspotential vorhanden ist. Nur bei sexualisierter Gewalt gegen Frauen* von migrantischen Tätern ist die Empörung so groß, dass auch fiktive Opfer ausreichen um selbige zu mobilisieren.

Denn es geht eben nicht nur um ‚Frauenrechte‘, sondern auch um die Aufrechterhaltung der patriarchalen Ordnung: Dieser zufolge müssen Männer* aus der potentiellen Präsenz von Attentäter*innen in öffentlichen Verkehrsmitteln keine Bedrohung ableiten, sie dürfen keine Angst vor Angriffen haben. Frauen* dagegen müssen Angst vor sexualisierter Gewalt haben, auch damit Männer* ihrer Rolle als Beschützer gerecht werden können. Frauen* sind es gewohnt, den öffentlichen Raum als bedrohlich zu erleben und im Narrativ vom migrantischen Täter bekommen sie die Möglichkeit, dafür einen konkreten Grund

festzumachen: seit 2015 sind »wir« draußen nicht mehr sicher. Für alle bleibt damit das Tabu bestehen, den privaten Raum als den wahren gefährlichen Ort sehen zu müssen, der er faktisch ist.

Mobilisierung der toxischen Männlichkeiten

In Chemnitz spielen die fiktiven weiblichen Opfer in der medialen Wahrnehmung keine Rolle mehr. Auch Teile der Nazi-Mobilisierung drehen sich eher um Rachefantasien in Richtung »für jeden getöteten Deutschen ein toter Ausländer«. Die Fantasie, Frauen* zu schützen, ist zur Fantasie, alle Deutschen zu rächen geworden. Jeder einzelne Fall von sexualisierter Gewalt durch Migranten hat das Potential, eine rechte Mobilisierungswelle auszulösen. Was fehlt, ist die antifaschistische und gesamtgesellschaftliche Einsicht, dass es nicht hilft, nonchalant über die einzelnen Fälle hinwegzugehen. Die belästigten Frauen in Chemnitz mögen ausgedacht sein, in der rechten Mobilisierung sind sie aber höchst real, und sie sind bei weitem nicht alleine. Solange wir nicht ernsthafter über sexualisierte Gewalt, die Beziehungen zwischen Tätern und Betroffenen und vor allem die Bedeutung einer bestimmten hegemonialen Männlichkeitskonstruktion, die diese Taten möglich macht, nachdenken, diskutieren und schreiben, solange haben wir dem rechten Narrativ nichts entgegen zu setzen.

Jede dieser Taten ist widerlich. Widerlich ist aber auch, dass dieselbe Sorte toxischer Männlichkeit, die sexualisierter Gewalt zugrunde liegt, in Chemnitz, Kandel und anderswo sich selbst als Beschützer wehrloser Frauen* feiert: Es sind dieselben Männer, die bei jeder Gelegenheit politischen Gegner*innen jede Form von sexu-

alisierter Gewalt wünschen und das immer wieder in Bildern, Kommentaren und Plakaten ausführen. Es sind oft auch jene Männer, deren angebliches Mitgefühl für vergewaltigte und ermordete Frauen* und deren Angehörigen oftmals dann in Hass, Häme und Gewaltfantasien umschwenken, wenn diese eine Instrumentalisierung erschweren, weil sie als Antirassist*innen den Kontakt mit Nicht-Weißen eben nicht mieden, wie es bei Sophia L. aus Leipzig und ihrem familiären wie politischen Umfeld der Fall war und ist. In Chemnitz wurden hauptsächlich Männer* mobilisiert – diverse rechte Facebook-Seiten zeigen allerdings Filmausschnitte und Fotos vor allem vom Sonntag, die beweisen sollen, dass »auch viele Frauen und Kinder« mit demonstriert haben. Dabei werden Frauen* erneut instrumentalisiert, um den Mobilisierungen einen harmloseren Anschein und den Anstrich der weiblichen Selbstermächtigung gegen die Bedrohung zu verleihen. Zahlen über das Geschlechterverhältnis gibt es nicht, auf den Fotos und Videos wird deutlich, dass Männer* überwiegen, aber bei weitem nicht unter sich sind.

Ohne die Größe der Hooligan-Gruppe Katotic Chemnitz, die zu der ersten Demonstration am Sonntag, der die Menschenjagden folgten, aufgerufen hatte, überzubewerten, haben sie das Bild der ‚wehrhaften Männlichkeit‘ geprägt. Weiße, kampferprobte Männer* ziehen in den Bürger*innenkrieg, holen sich »ihre Straßen« und damit auch »ihre Frauen« zurück. Und Männer* – Neonazis – aus ganz Deutschland fühlen sich von dem offen artikulierten Dominanzanspruch direkt angesprochen. Medien und antifaschistische Zusammenhänge kolportieren und stärken dieses Bild, um das Bedrohungspotential der rechten Zusammenrot-

tungen zu verdeutlichen: Dem muskulösen, dicken Nazi möchte eins auch nicht alleine und unbewaffnet begegnen.

Durch den Fokus auf männliche Nazis und deren Gewaltpotential wird auch antifaschistischer Widerstand vor allem zu einer männlich konnotierten Aufgabe. Kommentatoren und linke Analytiker übernehmen im Grunde das rechte Narrativ der wehrhaften Männlichkeit auf allen Seiten, ohne darin die Aufrechterhaltung einer Geschlechterordnung, die auf dieser Männlichkeit sowie einer imaginierten schutzbedürftigen Weiblichkeit beruht, zu sehen.

Ein ratloses Fazit

Auch extrem rechte Frauen* appellieren an die beschützende Männlichkeit. Dass in den sozialen Medien so oft betont wird, dass auch Frauen* in Chemnitz mit demonstriert haben, weist darauf hin, dass ihnen die rechtsextreme Szene selbst mehr Bedeutung einräumt als die Gegenseite. Seit der Silvesternacht in Köln hat es unzählige rechte Mobilisierungen unterschiedlicher Größe gegeben, in denen es um ‚Frauenrechte‘, Schutz vor sexuellen Übergriffen und Sicherheit im öffentlichen Raum ging. Sicher immer mit einer hart rassistischen Ausrichtung, dennoch: eine derart konsequente Thematisierung und Mobilisierung um diese Themen hat kein anderes politisches Spektrum in der letzten Zeit gebracht. Die Frage, inwieweit die Thematisierung von ‚Frauenrechten‘ durch die extreme Rechte tatsächlich extrem rechten Frauen* eine politische Identität anbietet und von ihnen als Selbstermächtigung empfunden wird, sollte noch weiter analysiert werden. Gänzlich unwahrscheinlich ist es nicht und sicher auch für verschiedene Frauen* unterschiedlich zu beantworten. In der antifaschistischen Ana-

lyse herrscht allerdings die Meinung vor, dass die ‚Frauenthemen‘ reine Instrumentalisierung seien, oder man kichert darüber, dass hauptsächlich Männer* auf die ‚Frauendemos‘ gehen. Hinter dem Lächerlichmachen der Präsenz von sexualisierter Gewalt und der Forderung nach Schutz davor innerhalb der extremen Rechten steht ebenso ein Prozess der Verdrängung, wie bei den Rechten selbst. Die einen meinen, wenn sie ihr Umfeld nur so weiß wie möglich halten könnten, seien sie sicher vor Übergriffen – eine einfache, rassistische Lösung für ein komplexes Problem. Die anderen meinen, solange die Nazis keine komplett feministische Mobilisierung bekommen, müsse man sich nicht weiter um deren neue komische Masche mit sexualisierter Gewalt kümmern. Dazu kommen eigene Unsicherheiten, wie das Thema angegangen werden könnte, wie die Angst von Frauen* ernst genommen werden kann ohne in das Narrativ zu verfallen, der öffentliche Raum sei erst seit 2015 unsicher. Die einzige stichhaltige Argumentation gegen die *monokausal*-rassistische Erklärung sexualisierter Gewalt und das daraus resultierende Mobilisierungspotential ist der immer wieder zu führende Beweis, dass das Problem nicht die Ethnizität oder die Migrationsgeschichte von Tätern und Betroffenen ist, sondern eine bestimmte Form von Männlichkeit. Ein Identitätsangebot, für das sich Typen aus Tunesien, Afghanistan und Sachsen gemeinsam entscheiden, über alle politischen Grenzen hinweg. Und solange der gesamte Rest der Gesellschaft sexualisierte Gewalt als Resultat dieser Männlichkeit nicht ernst nimmt, werden die faktischen und ausgedachten Betroffenen von ausschließlich als migrantisch gedachter Männergewalt immense mobilisierende Wirkung haben.

1.12. „Der Weg der Männer“

Männlichkeit und die extreme Rechte

Männlichkeit spielt in der extremen Rechten eine große Rolle. Kameradschaft, Mut und Ehre gehören zu den meist beschworenen Tugenden — ganz im Gegensatz zur Realität in der Szene. Doch auch in der Gesamtgesellschaft wünscht man(n)cher sich zurück in die „gute alte Zeit“. Männlichkeit ist für die extreme Rechte eine Ressource, mit der Widersprüche in der eigenen Szene verdeckt und Brücken weit über diese hinaus geschlagen werden können.

„Was ist das nächste große Ding?“ fragte die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung Ende 2017 Christopher Heinemann, zum Zeitpunkt des Interviews noch Geschäftsführer des Manufactum-Versands aus Waltrop (Kreis Recklinghausen/NRW). Heinemann antwortete: „Die Re-Emanzipation des Mannes ist ein grundsätzliches Thema. Männer schaffen sich wieder eigene Räume. Man sieht es zum Beispiel an den zahlreichen Barbier-Shops, die eröffnen, zu denen Frauen gar keinen Zutritt haben. Ich glaube, die *Autarkie* des Mannes kommt gerade zurück.“ Der Manufactum-Versand entstand 1987 aus der links-alternativen Szene heraus, gegründet wurde er von dem ehemaligen Landesgeschäftsführer der Die Grünen, Thomas Hoof. Hoof betreibt heute nur noch den Verlag Manuscriptum, der unter anderem Bücher von Alexander Gauland und Akif Pirinçci veröffentlicht. Sein vormaliges Versandunternehmen gilt heute als einer der führenden Lifestyle-Versände und gehört seit 2008 zur Otto-Gruppe.

Die Rückkehr des „echten Mannes“ in

einer modernen Welt und einer Zeit, in der eben jene Eigenschaften, die als charakteristisch für Männer empfunden werden, kaum noch benötigt werden, wird von vielen Männern, aber auch von Frauen, herbeigesehnt. Die Zielgruppe besteht aus den Männern, deren Geschlechtsperformance die australische Soziologin Reawyn Connell als „komplizenhafte Männlichkeiten“ bezeichnet. Männlichkeit, so Connell, steht nicht nur mit der Weiblichkeit als Gegenüber im Verhältnis, sie setzt vor allem die Männer untereinander in Beziehung. Diejenigen Männer, die selbst nicht dem hegemonialen, sprich dem leitenden Bild von Männlichkeit entsprechen, müssen enorm viel Energie darauf verwenden, dem Idealbild des „echten Mannes“ hinterher zu jagen. Damit schaffen sie das Ideal immer wieder neu und erhalten somit das System aufrecht, das sie dazu antreibt. Auf den einzelnen Mann wirkt dabei ein enormer Druck. Connell analysiert, dass in den meisten westlichen Gesellschaften der Managertyp das ideale Bild von Männlichkeit darstellt. Mit zunehmenden Krisenerscheinungen des Neoliberalismus ist jedoch wieder eine Art Rückbesinnung auf vermeintlich antiquierte Werte zu beobachten, die sich zugleich sehr gut warenförmig umsetzen lassen, wie ein Blick auf Lifestyle-Magazine und Ratgeber beweist, in denen der Konsum unterschiedlichster Produkte mit „wahrer Männlichkeit“ assoziiert wird. Diese Art der Verwertung popularisiert Männlichkeit milieuübergreifend, wovon die extreme Rechte profitiert. Themen, die dort schon lange verhandelt werden, gelangen aktuell in den gesellschaftlichen Mainstream.

In der extremen Rechten herrschte seit jeher das Bild des „soldatischen“ und

„kriegerischer“ Mannes vor, das eng mit der Weltsicht des Daseins als Kampf verknüpft ist. Die sogenannte Hypermaskulinität, also die totale Übersteigerung des vermeintlich Männlichen, spielt hier eine große Rolle. Für den aktuellen „Shootingstar“ unter den extrem rechten Ideologen der Männlichkeit, den US-Amerikaner Jack Donovan, bedeutet Männlichkeit einen „lebenslangen Kampf, einen Spießbrutenlauf gegen die Natur und andere Männer, um Manneskraft zu beweisen und daß man es wert ist, in den Augen anderer Männer als Mann zu gelten“. Wer den Kampf ablehne, verwirke seinen „Anspruch auf Männlichkeit“.

Verteidigung der Dominanz

Dass Männer sich auf eine vermeintlich eigene „männliche“ Identität berufen und sich zusammenschließen, hat unterschiedliche Gründe. Nicht zuletzt wollen sie die Machtposition in unser patriarchalen Gesellschaft entweder halten oder zurückgewinnen. Zwar verändert sich unsere Gesellschaft dank der Emanzipationskämpfe von Frauen und LGTBIQ*, trotzdem gilt weiterhin, dass dort, wo Macht und Geld konzentriert sind, immer noch Männer dominieren. Männerbund und Misogynie allerdings allein an den Aspekt des Machterhalts zu koppeln, wäre verkürzt, handelt es sich beim Patriarchat doch um ein Jahrtausende altes Herrschaftssystem, dessen Existenz erst seit wenigen hundert Jahren infrage gestellt wird.

Es fällt auf, dass eine Reihe von Propagandisten des Männerbundes bekennende Homosexuelle sind, für die Hypermaskulinität von enormer Bedeutung ist. Als Beispiele seien hier der bekannte Neonazi-Anführer Michael Kühnen (1955-1991) oder der bereits erwähnte Jack

Donovan genannt. Ein historisch wichtiges und aussagekräftiges Beispiel ist Hans Blüher (1888-1955). Der Chronist und Akteur der „Jugendbewegung“ betonte die Bedeutung des Männerbundes und der Homoerotik für diese Bewegung. Blüher behauptete, der Staat sei Ausdruck eines männlichen Geistes. Über Frauen schrieb er: „Hörigkeit ist die Form a priori des weiblichen *Eros*. ‚Vergewaltigung‘ ist demnach nur ein extremer Ausdruck für Hörigkeit. Diese tiefste Intimität des Weibes — ich meine das Verlangen, vergewaltigt zu werden — wird natürlich von der Ethik verdrängt, aber dadurch wird der Tatbestand nicht aufgehoben.“ Seine misogynen Positionen veröffentlichte er 1915 in seiner Schrift „Was ist Antifeminismus?“. 1916 verband er in seinem Werk „Der bürgerliche und der geistige Antifeminismus“ antifeministische und antisemitische Positionen, als er eine Verbindung zwischen Weiblichkeit und Judentum behauptete.

Sowohl Blüher als auch Donovan sind Beispiele dafür, dass die Abwertung von Frauen oftmals einher geht mit einem allgemeinen Anti-Egalitarismus und Sozialdarwinismus. Über die Zuschreibung von Kampf und Durchsetzungskraft als „männlich“, Diskussion und Kompromiss als „weiblich“ leiten sich auch antidemokratische Positionen ab. Innerhalb der extremen Rechten entsteht so ein Kitt, mit dem sich Klassen- oder Strömungsunterschiede überbrücken lassen. Der selbsternannte Prolet Donovan kann problemlos von den elitären Burschenschaftern auf der „Winterakademie“ des Instituts für Staatspolitik gefeiert werden, wo er im Februar 2017 auftrat.

Neuheidnische Banden als Männerbünde der „Neuen Rechten“

Auch das vom Leverkusener AfD-Funktionär Yannik Noé herausgegebene Magazin Arcadi befasst sich in seiner aktuellen Ausgabe 1/2018 mit den maskulinistischen Vorstellungen Jack Donovans. Donovan propagiert in seinem 2016 im Verlag Antaios erschienenen Buch „Der Weg der Männer“ eine „natürliche“, triebgesteuerte Männlichkeit, die durch Kampf, Revier, Antiintellektualität und Frauenhass geprägt ist. Dabei wird der Mann immer nur im Kontext seiner „Bande“ beschrieben, denn die „Bande“ sei „der Kern der männlichen Identität“. Donovan beklagt: „Männer und Frauen werden heute gezielt gemischt, um die Bildung von Männerbünden zu sabotieren und damit die Interessen derjenigen zu schützen, die unsere zivilisierte, durchregulierte Welt beherrschen — denn Banden von Männern mit eigenen Identitäten und Interessen sind immer eine Gefahr für das Establishment. Feministinnen, Pazifisten und Vertreter der privilegierten Klassen haben das klar erkannt, vergessen dabei jedoch, daß es ohne Männer, die das Männlichsein meistern, keine Ordnung geben kann.“

Donovans Vorstellungen sind nicht nur extrem misogyn, sondern sie haben einen antiegalitären und antidemokratischen Kern. Männlichkeit ist für ihn gleichbedeutend mit Kampf und Durchsetzung der eigenen Interessen. Diskussion und Intellektualität sind für ihn weiblich, Zeichen der Dekadenz und des Niedergangs. Wahlen oder Parlamente, die auf Ausgleich oder Vermittlung zielen, sieht er als Zeichen des Verfalls. Interessant ist, dass in Donovans angeblich ursprünglichen

Vorstellungen die „Sippe“, die Familie, kaum eine Rolle spielt.

Donovans jüngstes, ebenfalls bei Antaios erschienenes Buch „Nur Barbaren können sich verteidigen“ ist offen rassistisch. Unter der Überschrift „Kein Mitleid mit Fremden“ schreibt er: „die Liebe eines Mannes, der bereit ist, zu diskriminieren und »uns« von »den Anderen« zu trennen, hat viel größeren Wert als die billige Sentimentalität eines Mannes, der behauptet, die ganze Menschheit zu lieben“. Donovan schafft die Blaupause für einen erbarungslosen Kampf gegen die „Fremden“, welchen die Männer in neuheidnischen Banden führen sollen. Dass er auch den Odinskult preist, ist kein Zufall, gilt das Christentum in dieser Szene doch als Religion der Schwäche und der Weiblichkeit.

Donovan selbst ist Mitglied der Gruppe Wolves of Vinland, deren deutscher Ableger, die Wölfe Nordland, Sebastian Pella in seinem Arcadi-Beitrag vorstellt. Pella musste 2011 die hessische CDU verlassen, als bekannt wurde, dass er für extrem rechte Publikationen wie Die Aula schrieb und im Vorstand der Gesellschaft für freie Publizistik saß. 2016 war er Mitglied des Kreisvorstands der AfD in Plön, trat von seinem Amt jedoch nach kurzer Zeit zurück. Pellas Arcadi-Artikel mit dem Titel „Ohne Schmerz keine Freude“ befasst sich nur auf den ersten Blick mit „Nordic Tattoo“, tatsächlich versucht er sich an einer praktischen Auslegung von Donovans „Weg der Männer“. Tattoos sind für ihn mit Schmerz und somit mit Männlichkeit verbunden. Natürlich dürfen es auch nicht irgendwelche Tattoos sein, sondern nur solche mit „artgerechten“, „nordischen“ Motiven. Das passend dazu in Arcadi ein Buch aus dem Arun Verlag von Stefan Björn Ulbrich empfohlen wird, ver-

wundert nicht. Handelt es sich bei diesem doch um einen Männerbündler der ersten „neurechten“ Stunde.

Bewegte Männer von rechts

„Der uralte Archetyp des Wilden Mannes steht für das Ursprüngliche, Ungezähmte, Naturverbundene — eben das Wilde — in uns Männern. Vielen ist das heute fremd, oder macht sogar Angst“: So steht es auf der Website des Blogs Männerzeit von Ulbrich. Unter Stichworten wie „Visionssuche“, „Outdoor-Genuss-Reise“, „Zeremonieller Messerbau“ oder eben auch „Der wilde Mann“ werden Seminare, Workshops, Rituale und Vorträge angeboten. Die Bilder zum „Wilder Mann“-Seminar zeigen Männer zwischen 30 und 50 Jahren. Glatzen oder Muskelberge sind nicht zu sehen. Glaubt man den Rückmeldungen auf dem Blog, so sind es „ganz normale Männer“. Ein Beamter, ein Feinmechaniker, ein Programmierer und ein Karate-Lehrer, aber auch ein „Schamanischer Heiler und Musiker“ sollen dabei gewesen sein. Die Fotos zeigen die Männer beim Gespräch am Lagerfeuer, beim Kochen am offenen Feuer und in der Schwitzhütte. Was harmlos aussieht, ist jedoch die rechtsintellektuelle Variante der neonazistischen Bruderschaft, des Männerbunds. Stefan Björn Ulbrich startete seine Aktivitäten in der Wiking-Jugend, später war er Redakteur der Jungen Freiheit. Sein eigentliches Projekt ist jedoch der 1989 gegründete Arun Verlag. Es war das 1991 in seinem Verlag erschienene antisemitische Werk „Die schwarze Sonne von Tashi Lhunpo“, welches das Bodenmosaik der SS-Versammlungsstätte Wewelsburg als „Schwarze Sonne“ popularisierte. Ansonsten erschienen Reprints des „Urfaschisten“ Julius Evola oder Bücher über



WHEN NO MEANS NO

den SS-Brigadeführer Karl-Maria Wiligit. Auch wenn die Angebote von Ulbrich mit seinen Schriften zu weiblichen Göttinnen, zu nordischen Tattoos, zu Hexen, Heiden oder eben „wilden Männern“ heute harmloser erscheinen, so geht es ihm immer noch darum, die Errungenschaften von Moderne und Aufklärung zurückzudrehen. Gleichheit kommt in seinen Schriften nicht vor. Frauen wird eine hohe Spiritualität und Erdverbundenheit zugesprochen, was aber nur Ausdruck von Ulbrichs bipolarem Denken und einer klaren Rollenzuschreibung ist.

Zwischen „Hatefuck“ und „Geschlechtsspezifisch“

Spätestens seit ihrem Einzug in den Bundestag ist die AfD einer der wichtigsten Akteure bei der Restauration von Geschlechterbildern. Dabei vertreten die Aktivist_innen der AfD keine einheitliche Position, sondern decken ein breites Feld zwischen aggressivem Frauenhass und tra-

ditionellen Familienbildern und Geschlechterrollen ab. Die AfD ist nicht nur eine Partei mit einem außergewöhnlich hohen Männeranteil — nur 13 Prozent der Mitglieder sind Frauen, nur 10 von 82 Bundestagsmandaten sind mit Frauen besetzt — auch in der AfD-Wähler_innenschaft sind Männer überpräsentiert. Die Partei wurde bei der Bundestagswahl von 16 Prozent der Männer, aber nur von 9 Prozent der Frauen gewählt.

„Die Gender-Ideologie marginalisiert naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern und wirkt damit traditionellen Wertvorstellungen und spezifischen Geschlechterrollen in den Familien entgegen“, heißt es im Grundsatzprogramm der AfD. Propagiert wird das traditionell-bürgerliche Familienbild, das Männer in der Öffentlichkeit und Frauen in der Reproduktionsphäre verortet. Währenddessen äußern sich einzelne Funktionsträger unverblümt: Dr. Florian Willet schreibt in seinem 2011 erschienenen Buch mit dem programmatischen Titel „Deutschlands Frauen schaffen ihre Männer ab“: „Vergewaltigung ist brutal, aber sie ist ein erfolgreiches evolutionäres Konzept. Sehr viele schauerhafte Verhaltensrelikte des Menschen, vom Fleischkonsum bis Faschismus, waren evolutionär erfolgreiche Konzepte.“ Heute ist Willet Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten und parlamentarischen Geschäftsführers der AfD-Fraktion, Dr. Michael Ependiller aus Aachen. Ein weiteres Beispiel für offene Misogynie in der AfD ist der ehemalige stellvertretende Vorsitzende der Jungen Alternative NRW: Maximilian Kneller drohte 2015 einer AfD-kritischen Aktivistin der Jungen Liberalen einen „übelsten hatefuck“ an: „Meine fresse, insgeheim will die kleine schlampe doch ein mal in ihrem

drecksleben nicht von einem blümchensexgutmenschen, der danach 15 mal fragt, wie er war, gefickt werden, sondern von einem rechten, manchesterliberalen wie mir.“ Nach seinen Äußerungen trat er von seinem Posten zurück, inzwischen gehört Kneller zum Presse-Team der AfD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag. Zum Thema „Der Signature Drink“ schrieb er für das selbsternannte „neue junge Kulturmagazin“ Arcadi über die Frage, welchen Drink ein „echter“ Mann in einer Bar bestellen sollte, um nicht aus Versehen etwas „weibisches“ oder gar „schwules“ zu trinken und um seiner Begleiterin gegenüber Dominanz zu zeigen.

Gender als Scharnier für die extreme Rechte

Welche Männer- und Frauenbilder in einem Milieu vorherrschen, sagt auch viel über die dort verbreiteten Vorstellungen von Gesellschaft aus. In der extremen Rechten gilt die Volksgemeinschaft als gesellschaftliche Utopie. Sie besteht aus „echten“ Männern und Frauen, die in ihrer kleinsten Einheit, der Familie, für den Fortbestand des „Volkes“ sorgen sollen. Der „Volkkörper“ muss dabei nach Innen und Außen verteidigt werden. Die Verteidigung nach Innen ist Aufgabe der Frau, die sie vor allem dadurch wahrnehmen soll, dass sie aufpasst, mit wem sie schläft. Die Verteidigung nach Außen ist Aufgabe des Mannes. Der Diskurs um die „Rassenschande“ — oder den „Großen Austausch“, wie es im Sprech der „Identitären“ heißt — ist heute aktueller denn je.

Mit dem völkischen Rechtsruck, der zur Zeit vor allem durch die AfD mittels eines rassistischen Diskurses um Sexismus weiter vorangetrieben wird, werden männliche Attribute wieder aktualisiert und

radikalisiert. Diese Anknüpfungsmöglichkeiten macht sich die extreme Rechte sehr strategisch zu Nutze. Hierbei helfen rechte Frauen aktiv mit, indem sie die Männer auffordern, ihrer Aufgabe nachzukommen — sei es im Rahmen der Kampagne 120db, durch Ellen Kositzas Buch „Gender ohne Ende oder Was vom Manne übrigblieb“ oder bei HoGeSa-Demonstrationen, die von Ester Seitz und Heidi Mund angeführt wurden. Was diese Frauen dabei ausblenden, ist, dass die zur Tat aufgeforderten „deutschen Männer“ genau diejenigen sind, die ihnen potenziell Gewalt antun. Denn egal, wie sehr in den Videos der „identitären“ Frauen vor dem „importierten Sexismus“ gewarnt wird, der gefährlichste Ort für Frauen in Deutschland bleibt, statistisch gesehen, die eigene Wohnung.

1.13. Unterm Bruchstrich

Unteilbarkeit, Massenmobilisierung, Antifaschismus

Einleitung

Als am 13.10.2018 zwischen 150.000 und 242.000 Menschen auf die Straße gingen, um ein Zeichen der Unteilbarkeit zu setzen gegenüber dem erstarkenden Faschismus in Deutschland, wie auch gegen das Ertrinkenlassen der Flüchtenden im Mittelmeer, da sagte Heiko Maas zur Funke Mediengruppe bezüglich der Demonstration: „Wir lassen uns nicht spalten – von rechten Populisten schon gar nicht.“

Das klingt doch erstmal gar nicht schlecht. Sich gegenüber den Rechtspopulisten nicht spalten zu lassen, ist ein wichtiges Anliegen, mal allgemein gesagt für jedwede Menschen, die mit diesen Ärger haben, sich von ihnen bedroht fühlen und so weiter.

Und genauso schön ist es, wenn die Leute „viel Power von hier mitnehmen“, wie es Anna Spangenberg, eine der Anmeldere_innen der Unteilbardemonstration, ausdrückte.

Das Neue Deutschland schrieb dann in einem Onlineartikel von einem „Aufstand gegen Rechts“. Wieso auch nicht, wissen wir doch spätestens seit dem „Aufstand der Anständigen“ unter der Regie der Rot-Grünen Schröderregierung Anfang der Nullerjahre, dass der Begriff „Aufstand“ doch einen sagen wir mal recht breiten Begriffsumfang hat.

In den Kommentaren und kleinen Interviews war dann auch etwas zu hören bezüglich der Motive der Demonstrant_innen, wobei hier selbstverständlich nicht alle über einen Kamm geschoren werden können, und auch kaum etwas für alle Demonstrant_innen repräsentativ wiedergegeben werden kann. Sei es drum: Es gäbe es keine Ausrede mehr, nicht an der Demonstration in Berlin teilzunehmen, das positive Gefühl auf der Demonstration mache eine Gänsehaut, ein starkes Zeichen sei nun gesetzt, ganz in Verbindung mit den anderen starken Zeichen in München bei der Demonstration gegen Rassismus und Seehofer und der antirassistischen Parade in Hamburg und dem Die Toten Hosen Konzert in Chemnitz, ecetera. Es klingt alles ganz gut, auch wenn dann wohl doch, wie Grönemeyer es neben ein paar kruden Ansichten über Deutschland sagte, „noch viel zu tun“ sei.

Trotz aller anstehenden Arbeit, das gute Gefühl bleibt, so zum Beispiel auch bei den linksliberalen Jungakademiker_innen mit den als unschlagbar im Style angepriesenen bunten Ganzgesichtsmützen, also der IL Berlin: „Unteilbar macht uns Hoffnung! Hoffnung dass wir den Rechts-

ruck stoppen können, Hoffnung aber auch auf eine ganz andere Gesellschaft. Eine Gesellschaft, in der unsere Solidarität bestimmt und nicht der Rassismus von Rechts.“, wobei hier auch eine Entschuldigung fällig ist, weil dieses Statement von Twitter aufgegriffen wurde und es ja ein wirklicher politischer Irrtum dieser Zeit ist, sich auf das Niveau dieses Schrottmediums herabzulassen. Aber die Ansichten mancher Gruppen und Leute finden sich halt nur dort und vielleicht gehören sie dort auch hin.

Hilflosigkeit

„Die fast unlösbare Aufgabe besteht darin, sich weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen“, schrieb einmal Adorno in der „*Minima Moralia*“. Dass es daneben auch im Allgemeinen gut ist, sich nicht dumm machen zu lassen, dass es allerdings so ist, dass wir im Allgemeinen leider doch schon ziemlich dumm gemacht wurden, auch weiterhin dumm gehalten werden und unsere Versuche, uns nicht noch dümmer machen zu lassen, um mal gar nicht vom klüger werden zu reden, recht verhalten sind, sei einmal dahingestellt. Wenn wir uns die Demonstration in Berlin und das, was die Leute dazu sagen, denken und fühlen, wie auch zu den ganzen anderen Demonstrationen dieser Art, so müssen wir leider feststellen, dass die Macht der anderen, gemischt mit der eigenen Ohnmacht hat die Menschen dumm gemacht hat.

Das sei nun nicht gesagt, um sich selber irgendwie besser darzustellen oder die Leute, die dort demonstrierten irgendwie schlecht zu machen. Es geht hier nicht um besser oder schlechter, sondern um den Versuch, sich zu erklären, wieso ein sol-

cher Mumpitz aus den Leuten herauskleckert, wieso sie nicht in der Lage sind, den Ernst ihrer Lage zu erfassen und darüber hinaus eine Art des Bündnisses wählen, dass in keiner Weise dazu geeignet ist, ihre Lage in irgendeiner Weise zu verbessern. Es ist nicht nur die eigene Ohnmacht und die Macht der anderen, die einen dumm machen kann, sondern es ist auch die Hilflosigkeit der anderen, die einen ohnmächtig werden lassen kann. Um das zu verhindern, wollen wir uns das Fragmentarische der Unteilbarkeit mal ansehen.

SPD vs. MLPD

Schauen wir zuerst einmal auf den Mann der gut geschnittenen Anzüge, Heiko Maas. Maas hat ja schon seit er auf die politische Bühne geschlichen kam, immer ein wenig den *progressiven* Mitvierzigermann gemiebt. Zu allerlei Themen vertrat er eine relativ liberale Haltung, die zudem in der Regel noch modern verfasst wird. Es überrascht also ganz und gar nicht, dass er sich auch positiv auf die Unteilbardemo in Berlin bezieht und zu dieser sagt: „Wir lassen uns nicht spalten.“ Was aber meint er damit? Denn wie wir alle wissen, IST die Gesellschaft ja bereits tief gespalten. Und das ja nicht erst seit dem Auftauchen der „rechten Populisten“. Ein Beitrag zur gesellschaftlichen Spaltung beispielsweise war die von der SPD und den Grünen umgesetzte Agenda 2010, die das ökonomische Auseinanderdriften der Gesellschaft stark befördert hat. Und das weiß auch Heiko Maas. Trotzdem ist er ganz frei heraus ehrlich: Mit dem „Wir“ meint er einfach gar nicht alle Menschen in Deutschland, sondern er meint einfach einen bestimmten Teil der Menschen. Und zwar einen, der sich nicht spalten lassen will, weil er merkt, dass es doch irgendwie

um seine Haut geht: Der linksliberale Teil der Gesellschaft, der gerne mit gutem Gewissen einkaufen gehen will, aus Rücksicht auf den Klimawandel den Erwerb eines Elektroautos erwägt, gerne Umsonstkisten mit schlechten Büchern und Einhornstickern auf die Straße stellt, überlegt, sich auch mal vegan zu ernähren, Sport macht, nicht raucht, andere ausreden lässt und leise spricht und so weiter. Kurz gesagt: Leute, denen es eigentlich soweit ganz gut geht und einen winzigen Rest menschlichen Anstands besitzen, dessen Betäubung sie sich dann einiges kosten lassen können.

Und diese Leute, die Freund_innen der hippen Kaffees und Programmkinos, die verspüren eine drohende Gefahr, ausgehend von der AFD und dem Rechtsruck.

Dabei darf man nicht glauben, dass diese Leute tatsächlich etwas von der Gefahr des Rechtsrucks oder der AFD verstehen. Das Verspüren ist eher subtil, weil bei Rechtsruck und AFD auch das Uncoole, Unhippe, die deutsche Hausmannskost, das Schmutzauto, ecetera mitschwingt und sich die linksliberalen Leute damit nicht mehr wohlfühlen. In ihre schöne Welt aus „wenn ich es mir leisten kann, darf ich auch ein bisschen frei sein? Ja ich darf, wenn ich dabei nett bin!“-Ansichten drängt alles zurück, was sie schon für überwunden hielten.

Es ist dieses „wir“, was Heiko Maas meint, wenn er sagt „wir lassen uns nicht spalten“. Ein wir, das keinerlei Bezug hat zu denen, die tatsächlich bereits von Nazis, Polizei, Frontex, Soldaten und dergleichen bedroht, verfolgt, gequält und ermordet wurden und werden. Es ist ein „wir“ aus Menschen, die so schnell wie möglich zurückwollen in ihre kleine Traumwelt, in der es keine Ge-

walt mehr gibt, weil sie sich so gut, lässig und schön benehmen und kleiden. Es sind Menschen, die ihren Status Quo verteidigen und sich wohlfühlen wollen und keinen Deut mehr. Sie brauchen einen Machtapparat, der sie behütet und beschützt und der Grund für sie, zu einer Demonstration zu gehen ist der, den Staat daran zu erinnern.

Es waren auch noch andere Leute da. Zum Beispiel die MLPD und so, die nun sicherlich nicht für ihr Hipsterleben bekannt sind. Ihnen wurde auch vorgeworfen, in ihrem Redebeitrag „herumgeätzt“ zu haben. Ihnen fehlt sozusagen das gute Benehmen der linksliberalen Hipp-People, doch waren sie und mit ihnen die ganzen anderen konservativen Linken aus dem gleichen Grund da, auch sie wollen den Status quo verteidigen, in dem sie seit Jahrzehnten sich eingerichtet haben: Nämlich gegen den Staat zu ätzen, ohne richtig sich gegen ihn zu wenden und sich zugleich der Illusion/Hoffnung hingeben zu können, dass die Volksmassen schon bald aufstehen und sich hinter der MLPD versammeln. So lange dies nicht so ist, soll aber bitte auch niemand anderes kommen, um die Massen zu versammeln, wie es nun der Rechtspopulismus tut.

Bevor hier etwas missverstanden wird: Das ist sicherlich nicht der einzige Grund, für die MLPD und Co sich gegen die Rechtspopulisten zu wenden. Ihren Antifaschismus meinen sie ernst und sie weichen der faschistischen Bedrohung sicherlich nicht so ohne Weiteres aus, wie das die Linksliberalen tun. Es ist aber der Grund, wieso die MLPD auf eine Demonstration unter dem Titel „unteilbar“ geht und dort Seite an Seite mit den Arbeiterverrättern der SPD demonstriert.

Die MLPD demonstriert nicht gegen jemanden, der ihr Leben wieder uncool machen kann, wie Maaß, die Grünen und Co, sondern gegen einen politischen Konkurrenten. Denn der AFD und anderen neurechten Banden gelingt, was seit Jahren der politische Wunsch der MLPD und ähnlicher Gruppierungen ist: Der subtilen Wut gegen die da oben Ausdruck zu verleihen. Dabei geht die Analyse, warum die Menschen wütend sind, selbstredend weiter als die „Analysen“ der AFD. Und ganz ihren Prinzipien folgend, war die MLPD vermutlich auch nicht wirklich aus Gründen der Unteilbarkeit da. Denn dass sie und die SPD/die Grünen/usw. nicht in einer politisch unteilbaren Front gegen den Faschismus stehen, so verwirrt sind weder SPD und Grüne und so weiter, noch die MLPD. Vermutlich war sie vielmehr da, um das zu machen, was sie immer machen wollen: Die Massen agitieren, oder um genauer zu sein: Die Arbeitermassen. Sie war sozusagen gezwungen dort aufzulaufen, weil die Arbeiterverräter auch dort waren und sich an einem Steckenpferd der MLPD versuchten, dem Antifaschismus (ganz egal, ob SPD und Co sich trauen, dieses Wort in den Mund zu nehmen oder nicht).

An diesen beiden Akteurinnen können wir etwas wichtiges erkennen: Dass die verschiedenen Gruppen selbstverständlich nicht bloß aus einem gemeinsamen Interesse an der Demonstration teilnahmen, sondern aus ganz individuell-politischen Interessen. So ist es denn auch so, dass in der eigenen politischen Wahrnehmung, die 240.000 Leute jeder politischer Akteur sich selbst und seinen Anliegen zurechnen kann, wobei das Vehikel hierfür der gemeinsame Aufruf des Bündnisses war, dass

eine solch große Spannweite aufwies, dass es nicht mal möglich war, sich auf eine reichlich beliebige und schwammige Formulierung wie „offene Grenzen für alle“ zu einigen. Das, worauf sich geeinigt werden konnte, war abstrahiert eher das Folgende: Wir tragen unsere Konflikte die zwischen uns bestehen lieber weiter unter uns aus auf die bisher bestehende Weise, aber wir sind alle gegen AFD und Co, die sollen nicht mitspielen. Das Interesse ist also ebenso allgemein und abstrakt formuliert ein konservatives. Alles möge doch bleiben, wie es ist, wir wollen dahin zurück, wo es keinen starken Rechtspopulismus gab und eine echte gesellschaftliche Veränderung wie auch Bedrohung nicht zu sehen gewesen ist (wobei sie, wenn wir ehrlich sind, tatsächlich doch schon zu sehen war). Wieso aber ist denn dies nun so hilflos? Wieso können wir es nicht einfach positiv sehen, dass die Parole „Alle zusammen gegen den Faschismus“ hier einmal praktisch wird?

Die Antwort ist einfach: Weil es ein völlig inadäquates Mittel ist, um sich tatsächlich gegen den Faschismus zu wehren. Und zwar nicht von der praktischen Seite, Massenmobilisierungen sind eines der wenigen gesellschaftlichen Kampfmittel. Sondern weil es eine Zusammenkunft von Gruppierungen organisiert war, die zum einen selbst Teil des Staates sind, der durch Art der politischen und ökonomischen Organisation die Bedingungen für das Aufkeimen des Faschismus überhaupt erst schafft, wie auch von Gruppen, die einfach bloß einen anderen Staat wollen und meinen, durch diesen dann die Probleme lösen zu können, auch wenn sich historisch bisher nur gezeigt hat, dass hierzu kein Staat in der Lage war. Die konservative

Haltung der Unteilbardemonstration drückt sich eben genau darin aus, dass sie den Faschismus als Ursache für Probleme sehen und nicht erkennen, woher er überhaupt kommt.

Der faschistische Feind

Woher aber kommt der Faschismus? Um die Antwort hierauf nur kurz zu umreißen: Der Faschismus kommt aus der Gesellschaft heraus und zwar dann, wenn sie durch den Staat gepeinigt wird. Er ist eine Art fehlgeleitete Abwehrreaktion der Gesellschaft gegen den Staat. Er zielt jedoch nicht auf die Abschaffung des Staates, sondern nur auf die Abschaffung der aktuellen Regierung. Er ist als fehlgeleitete Abwehrreaktion der Gesellschaft dabei eher wie ein Krebs, der sich gegen das schlechte Leben wendet, indem er die Grundlage für das Leben überhaupt zerstört. Der Faschismus keimt auf in der Gesellschaft nicht gegen den Staat, sondern für den Staat, mit dem Ziel, diesen zu übernehmen, autoritär zu transformieren und die Gesellschaft in einen noch schlimmeren Zustand als zuvor zu stürzen. Dabei setzt die Transformation hin zum autoritären Staat ein, bevor die Regierung tatsächlich von einer faschistischen Partei übernommen wird. Die staatliche Struktur ist dafür so anfällig, dass die Themen der rechten autoritären Transformation auch so in die aktuelle Regierung einziehen, wie wir ja beispielsweise an der Position von diversen Grünenpolitiker_innen sehen können (Palmer und Kretschmann lassen grüßen). Der Staat als Struktur ist daher nicht nur Quelle für den Faschismus, sondern zugleich auch sein eigenes, späteres Instrument.

Der Kampf gegen den Faschismus braucht immer zwei Ebenen: Zum einen muss

konkret gegen den Faschismus gekämpft werden, um seine Ausbreitung zu verhindern und seine Angriffe sofern möglich zu stoppen, zum anderen müssen die Selbsterhaltungskräfte und Selbstverteidigungskräfte der Gesellschaft gestärkt werden, damit eine sinnvolle Verteidigung und ein sinnvoller Kampf gegen die Ursache der Probleme geführt werden kann: Den Staat.

Jedwede Mobilisierung, die sich zwar gegen den Faschismus wendet, aber nicht gegen seinen Grund, sondern sogar den Grund gegen den Faschismus verteidigen will, wird ihr Ziel zwangsläufig verfehlen. Es ist ein absoluter Fehlschluss zu versuchen, diesen Staat gegen den Faschismus zu verteidigen. Wer ihn verteidigt, verteidigt die Wurzeln des Faschismus, verteidigt die Fähigkeiten des Staates die Menschen dumm zu halten und ungebremst ausbeuten und manipulieren zu können, was notwendige Voraussetzungen für den Faschismus sind.

Der Kampf gegen den Faschismus wurde also in Berlin gar nicht geführt, weil keine der beiden relevanten Ebenen berührt wurde. Es war eher eine Bestandsaufnahme, ein Test, wie weit der gesellschaftliche Verfall schon fortgeschritten ist, eine Selbstvergewisserung von Teilen aus Gesellschaft und Staat, die am Erhalt des Status Quo irgendwie ein Interesse haben, ob es noch einen ausreichenden Konsens über das „weiter so“ gibt. Daher war es auch notwendig, dass Teile des Staates und Teile der Gesellschaft zusammenkamen, um sich des Bundes zwischen Ausbeuter_innen und Ausgebeuteten zu vergewissern. Was den Menschen vor Ort das Gänsehautgefühl machte, war diese Vergewisserung. Dies war auch der Grund für die Freude der IL, wenn sie sagte, dass

sie nun glauben, dass der Rechtsruck aufzuhalten sei. Zentral wird dabei verkannt, dass der Faschismus in diesem Grund eine seiner Hauptenergiequellen hat. Gerade die tatsächlich und faktisch schädliche Verbundenheit von Teilen des Staates und Teilen der Gesellschaft befeuert sein Wachstum. Es ist ihm Beleg für die Notwendigkeit des Kampfes dergestalt, dass zum einen die Verlogenheit der Linken in den Fokus genommen wird: Sie wettet gegen den Staat, aber sie lebt von ihm. Und andersherum die Verlogenheit des Staates: Er schimpft auf den Linksextremismus, aber er finanziert ihn. Tatsächlich fließt in den „Nachweis“ dieses Aspektes einige Arbeit: Worüber sich noch viele lustig machen, der Vorstellung des Antifa e.V. als Fantasie der rechten Idiotie, hat schon viel weitere Kreise gezogen und wird auch fortlaufend durch Recherchen und Analysen durch rechte *Think-Tanks* und dergleichen weiterentwickelt. Ganze Schautafeln werden hierzu entworfen, bei denen dann über einen recht langen Umweg der Nachweis geführt wird, dass das Innenministerium eine Antifagruppe oder irgendein Autonomes Zentrum finanziert. Was daherkommt als faschistische Verblödung, hat einen realen Hintergrund. Tatsächlich stimmt es ja, dass nicht wenige linke Kräfte die Zusammenarbeit mit dem Staat anstreben, einführen und aufrechterhalten. Die Frontlinie zwischen einer linken Bewegung und dem Staat existiert nicht. Diese Frontlinie wird tatsächlich nur von ganz wenigen und häufig auch als schwärmerische Pseudorevolutionäre beschimpften Linksradikalen gezogen. Der Rest beschränkt sich auf eine „So tun als ob“ Frontstellung durch schlichten Verbalradikalismus und manchmal nicht mal mehr das. Diese Pseudofrontstellung

hat als Grundlage, dass Staat und linke Bewegung in bestimmten Situationen voneinander profitieren und im Sinne dieses Profits bestimmte Verbindungslinien aufrechterhalten werden.

Aktuelle Praxis beispielsweise der AFD in Deutschland ist es, diese vermeintlichen (in Bezug auf die wenigen linksradikalen Staatsfeinde) oder faktischen (staatliche, also durch die politischen Parteien, Städte, Länder, Bund, sowie die Wirtschaft geförderte linke Vereine und dergleichen) Verbindungslinien zu kappen, worin wiederum ein Grund zu finden ist, warum sich die konservativ-liberale Haltung der Unteilbar-Demonstration sich gerne als unteilbare Gesamtmasse darstellen will, ganz im Interesse des Schutzes dieser faktischen Verbindungslinien.

Alle zusammen gegen den Faschismus?

Ist denn nun die Parole „Alle zusammen gegen den Faschismus“ wertlos? Das ist sie sicher nicht. Es ist eine kräftige Parole, die eine kräftige Haltung suggeriert. Sie muss jedoch auch einen kräftigen Unterbau bekommen. Dieser kräftige Unterbau kommt dadurch zustande, dass sich tatsächlich ein Bund innerhalb der Gesellschaft entwickelt, der die gesellschaftliche Position der Freiheit aufbaut, die Verbindungslinien zum Staat veröden und ihn damit austrocknen lässt, sowie die lebendigen Verbindungslinien zwischen den Menschen wiederentdeckt. Überhaupt ist es sehr wichtig, die Art der Verbindung zwischen Staat und Gesellschaft stärker zu untersuchen und zu verstehen, sowie das gewonnene Verständnis innerhalb der Gesellschaft zu verbreiten. Dass sich diese Praxis innerhalb der gesamten Linken verbreiten wird, ist allerdings erst einmal nicht

zu erwarten. Dazu befinden sich die Linke in einem zu schlechten Zustand. Um ein Beispiel zu benennen: Damit sich die Gesellschaft wieder zum Besseren entwickelt, ist es notwendig, dass die lebendigen Verbindungen zwischen den Menschen wiederentdeckt werden. Diese Verbindungslinien sind weitestgehend verödet, wir können das im alltäglichen Umgang der Menschen untereinander beobachten (und auch an unserem eigenen Verhalten und wie sich Leute uns gegenüber verhalten). Diese Verbindungslinien wurden im staatlichen Interesse verschüttet und schwer beschädigt, sowie, und jetzt kommt die Neuerung: Durch technische Verbindungslinien ersetzt. Das bedeutet, dass die Menschen nicht mehr tatsächlich in einen Austausch miteinander treten, sondern sich der Kontakt immer weiter ins digitale Netz verlagert, wo er auf bisher ungeahnte Weise gesteuert und überwacht werden kann. Die natürliche Art des Kontakts zwischen den Menschen wurde digitalisiert. Um sich für die Belange der Menschen innerhalb der Gesellschaft einzusetzen, also damit auch für seine eigenen Belange, muss dieser Umstand untersucht werden, sowie die notwendigen Verteidigungsmaßnahmen ergriffen werden, um überhaupt die Möglichkeit des lebendigen und echten Kontakts der Menschen untereinander zu erhalten und wieder zu verbessern, aufrechtzuerhalten. Weite Teile der Linken jedoch tun genau das Gegenteil: Durch ihr Verhalten tragen sie mit dazu bei, die Digitalisierung des menschlichen Lebens voranzubringen, indem sie massiv dazu beitragen, politische Auseinandersetzungen zu digitalisieren. Dies ist besonders schlimm, weil sich die Linke explizit daran beteiligt, den faktischen Widerstand ins Digitale zu überführen. Eine solche Linke



kann gar nicht dabei helfen, die Probleme zu lösen, sie verschlimmert vielmehr das Problem. Sie versucht, die Herrschaft des Menschen über den Menschen zu brechen, obwohl sie keinerlei ausreichende Kenntnis besitzt, was die aktuelle Gestalt dieser Herrschaft überhaupt ist, gepaart mit einem viel zu geringen Wissen darüber, was denn überhaupt diese Herrschaft ausmacht.

Ein weiteres Beispiel hierfür ist das Wesen des Patriarchats. Zwar wird in der Linken selbiges kritisiert, und doch greifen im Verhältnis der Geschlechter sämtliche Strukturen, wie sie im unkritischen Teil der Gesellschaft greifen. Alle Beschäftigung mit diesem Thema hat nicht zur Folge, dass sich daran etwas geändert hat. Im Wesent-

lichen ist das Ergebnis nicht mehr als das Hochhalten bestimmter Verhaltensweisen, als sei nicht die Haltung hinter dem Verhalten entscheidend für das Verhalten, sondern bloß das Verhalten. Patriarchal-dominante Charaktere spielen in zahllosen politischen Zusammenhängen immer noch die zentrale Rolle und werden in ihrem Umfeld in dieser Rolle bestärkt und unterstützt. Die Aufspaltung in Rationalität einerseits und Emotionalität andererseits dauert ungebrochen fort und dergleichen mehr. Die Linke hat es hier nicht weit gebracht, auch wenn sie sich durchaus gerne etwas anderes vormachen will und so die dahinter liegende Problematik durch den schönen Schein weiter verschleiert wird. Antipatriarchal eingestellt zu sein, oder feministisch zu sein ist viel zu häufig reduziert auf eine moralische bloße Ansicht, die do's and dont's definiert, wobei die Verstümmelung des eigenen Selbst durch die patriarchale Prägung kaum jenseits des Abstrakten erkannt wird und überhaupt vielerlei inhaltliche Auseinandersetzung abstrakt geführt werden, auch wenn vornherum immer das Gegenteil behauptet wird.

Der Kampf gegen den Faschismus muss neben dem faktischen Kampf gegen faktische FaschistInnen, der absolut notwendig ist, einhergehen mit dem Kampf gegen die Wurzeln des Faschismus. Es ist wichtig zu erkennen und zu begreifen, dass das keine verschiedenen Themen sind, dass also die Stärkung der Selbstverteidigungskräfte der Gesellschaft und damit die Stärkung der Gesellschaft gegenüber dem Staat, vom Grundsatz her das Gleiche sind, wie der Kampf gegen den Faschismus. Selbstverteidigungskraft kommt aber nicht aus Parolen jedweder Art, sondern aus der inneren Kraft, sich selbst zu verteidigen. Dazu muss das Wissen um das Wesen von

Mensch, Staat, Gesellschaft, Technologie, Maschine, Natur und Freiheit vergrößert werden. Es reicht in seiner aktuellen Gestalt nicht aus, um den Kampf im Sinne der Menschen zu gewinnen.

Die abgeteilte autonome Linke

Es ist also kein Schaden, dass die revolutionär eingestellte Linke in den bisherigen Massenmobilisierungen keine Rolle gespielt hat, selbst nicht dorthin mobilisierte und auch von niemandem eingeladen wurde. Dies ist bloß folgerichtig, weil sich die Autonomen in den letzten Jahren wieder weiter von dem Bund zwischen Staat und Gesellschaft emanzipiert haben, auch wenn sie da sicher schonmal weiter gewesen sind als es heute der Fall ist, auch wenn sowas immer schwierig zu beurteilen ist. Das war zwar gar nicht immer nur ein Produkt der eigenen Ansichten. Zum Teil wurden die Autonomen unter dem Label „Linksautonome“ und „Black Block Randalierer“ so stark vom Staat denunziert, dass diese Emanzipation mehr ein Abfallprodukt hiervon denn ein eigenes Ergebnis war.

Doch das Vorantreiben dieser Isolation ist zugleich auch das Ergebnis einer anhaltenden und sich weiterentwickelnden Unversöhnlichkeit gegenüber dem Staat, die eine Einbindung der Autonomen im Interesse des Bundes zwischen Staat und Gesellschaft sinnlos macht. Allerdings nicht sinnlos macht dies die Verbindung zwischen dem autonomen Teil der Gesellschaft und der Gesellschaft freizulegen und zu verstärken. Denn es ist ja tatsächlich so, dass diese Verbindung zwischen Staat und Gesellschaft zum Schaden der Menschen ist. Doch während der Faschismus den Staat übernehmen will, ist es unsere Aufgabe, die gesellschaftliche Position zu

stärken, da es auch unsere eigene ist. Praktischerweise lässt sich dadurch die gesellschaftliche Position stärken, indem wir unsere eigene Position stärken, allerdings eben nicht in möglichst großer Abgrenzung zu dieser (das ist, was der Staat vorantreiben will), sondern im Bewusstsein, Ausdruck der Gesellschaft im Interesse ihrer Emanzipation vom Staat zu sein. Das bedeutet, dass wir unsere eigene Position stärker als zuvor in die Öffentlichkeit tragen müssen, mit eben den Mitteln, die gerade zur Verfügung stehen und uns möglich sind. Und zwar nicht voller Scham für diese Position, möge sie auch noch unfertig sein, sondern wie immer schamlos, oder sagen wir besser: Unverschämt.

1.14. Misogynie Gewalt und rechter Frauen*hass

Die Vorstellung einer patriarchalen Ordnung und eine aus dieser begründeten Frauen*feindlichkeit sind wesentliche Elemente einer extrem rechten Ideologie. Dennoch wird bei Gewalt an Frauen* häufig die politische Dimension außer Acht gelassen. Und umgekehrt: Bei rechter Gewalt gegen Frauen* verschwindet die misogynie Dimension der Tat, obwohl es viele Beispiele für Femizide und sexualisierte Gewalt durch extrem rechte TäterInnen gibt.

In Österreich hat Frauen*feindlichkeit (Misogynie) im noch so jungen Jahr 2019 zu mindestens sechs ermordeten Frauen* geführt, in fünf Fällen waren die Täter (Ex-)Partner, beim sechsten ist der Täter, vermutlich aus dem Nahumfeld, noch unbekannt. Österreich erzielte schon im Jahr 2017 den »Europarekord« an Frauen*morden im Verhältnis zur Einwohner*innenzahl und im Verhältnis zur Gesamtzahl der Tötungsdelikte. Im Jahr

2018 waren dann sogar 41 von 70 Toten in Österreich Frauen*. Strafbare Handlungen gegen Leib und Leben begehen Männer dort zehnmal, solche gegen sexuelle Integrität und Selbstbestimmung fast 60-mal häufiger als Frauen*.

In der extremen Rechten werden diese erschreckenden Fakten ausgeblendet. Das Geschrei der Rassist*innen ist dagegen nur dann groß, wenn die Täter nicht christlich-weiß-österreichischer bzw. -deutscher Herkunft sind. Verschleiert wird dadurch Vieles: zunächst, dass das Risiko für Frauen* (und Männer gleichermaßen) steigt, Opfer einer Gewalttat zu werden, wenn sie nicht weiß sind. Es verschleiert, dass bei diesen Delikten die Mehrheit der Täter immer noch Österreicher oder Deutsche sind. Während aufgrund des öffentlichen rassistischen Diskurses die angenommene oder tatsächliche Herkunft der Täter Raum bekommt, verschwindet die Herkunft der betroffenen Frauen* und dadurch ihr Verhältnis zu dem Täter, somit die Motivlage. Verschleiert wird die übergreifende Gemeinsamkeit: Es geht hier um Männer, die vernichtende Gewalt oft als ein letztes Mittel anwenden gegen jene Frauen*, auf die sie meinen ein naturgegebenes Recht zu haben und von denen sie nun abgelehnt würden: Ihre Frauen*, ihre Ex-Partner*innen, Frauen*, die sie »wollen« – in den selteneren Fällen auch ihnen unbekannte Frauen* als Repräsentant*innen ihres Geschlechts. Es sind Männer, die in einer patriarchalen Gesellschaft sozialisiert wurden, diese ihrerseits exerzieren und womöglich erst recht durchdrehen, wenn sie ihr vermeintliches Recht auf Frauen* in Gefahr sehen.

Das Politische ist nicht privat

Misogynie und patriarchale Gewalt findet im überwiegenden Maße in Beziehung und Familie statt, aber nicht nur dort: Um die Jahreswende herum griff ein (weißer, österreichischer) Mann in Wien mindestens zwei Frauen* mit einer Eisenstange bzw. einem Hammer an und verletzte sie lebensbedrohlich. Teile der Presse bezeichneten die Gewalttaten als »gescheiterten Flirtversuch« und erklärten: Der geständige Mann habe seit rund einem Monat mehrere Frauen* mit einem Fahrrad verfolgt und wollte sie laut Polizei ansprechen. Der Täter glaubte offensichtlich, selbst über ihm fremde Frauen* verfügen zu können. Ein ähnlicher Fall ereignete sich im Dezember 2018 in Nürnberg: Ein 38-jähriger Mann hatte drei ihm unbekannte Frauen* im Alter von 26, 34 und 56 Jahren versucht zu töten. In den Medien wurde zurecht über das Motiv Frauen*hass gesprochen. Kurze Zeit später berichtete der antifaschistische Journalist Robert Andreasch auf Twitter über das rechte Weltbild des Täters: »Daniel G., der in Nürnberg auf drei Frauen eingestochen hat, postete viele sexistische Sharepics, likte und veröffentlichte Hetze gegen Geflüchtete und präsentierte ein White-Power-Logo (für den Fall, dass von toxischer Männlichkeit und rechtem Hintergrund nicht die Rede ist).« Der Täter hatte also gezielt auf Frauen* eingestochen. Dass es vielleicht kein Zufall ist, dass er Rechter ist, fand, über diesen Tweet hinaus, aber keine Erwähnung in der Presse. Auch beim Fall Nick N. aus Chemnitz, der Mitte Januar seine Ex-Freundin entführt und vergewaltigt und mit ihr quer durch die Republik gefahren sein soll, wurde durch antifaschistische Recherche bekannt, dass er in der extrem rechten

Szene aktiv ist. Er gilt als einer der Agitatoren der rassistischen Proteste in Ein-siedel.

Während bei nicht-weißen Tätern oft ausschweifend spekuliert wird, ob sie Muslime seien oder gar dem IS nahe stünden, fragt sich bei weißen Tätern die Öffentlichkeit meist nicht, ob und welche politische Gesinnung und/oder Religion-zugehörigkeit sie haben könnten. Das ist fatal, denn die politische Ideologie der Täter kann sowohl zu jenen antifeministischen Taten gegen Frauen* als Repräsentant*innen ihres Geschlechts motivieren, als auch Beziehungsgewalt gegen (Ex-)Partnerinnen begünstigen und vor allem die Verletzung oder Entwürdigung der Opfer und Betroffenen von anti-linker, rassistischer, antisemitischer und rechter Gewalt potenzieren. Hier besteht eine Lücke in der Erfassung und auch in der antifaschistischen Recherche und Analyse.

Misogynie Gewalt - ein Erfassungsproblem

Wie viel misogynie Gewalt sich auf eine rechte Ideologie der TäterInnen begründet, wissen wir nicht. Es ist naheliegend, dass die heteronormativen und patriarchalen Vorstellungen als wesentlicher Bestandteil extrem rechter Ideologie sich auf diese Taten auswirken. Dabei gibt es inzwischen eine wachsende wissenschaftliche, journalistische und aktivistische Auseinandersetzung mit Antifeminismus und Genderdiskursen der extremen Rechten. Dass hier dennoch eine Leerstelle aufscheint, überrascht nicht: Eine einheitliche Begriffsbestimmung dessen, was die extreme Rechte bzw. »Rechtsextremismus« ausmacht, gibt es weder in der Forschung noch in den Medien. Häufig wird sich auf Definitionen bezogen, die den »Rechtsex-

tremismus« in Dimensionen der Ideologie erfasst. Misogynie oder Sexismus wird jedoch nur in wenigen Fälle explizit genannt, häufig taucht die Dimension nur am Rande oder gar nicht auf.

Auch in der Definition, was rechte Gewalt ausmacht, fehlt Misogynie. Der Bundesverband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) bezieht sich auf die polizeiliche Definition der Politisch motivierten Kriminalität (PMK), wonach die Ungleichheit/ Ungleichwertigkeit eines Menschen den Kerngedanken einer rechten Ideologie bildet. Gewertet werden Gewalttaten, wenn sie »gegen eine Person gerichtet sind, wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkzugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht, bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution/Sache oder ein Objekt richtet.« Demzufolge können Menschen nach den Kriterien des VBRG aufgrund der sexuellen Orientierung oder Identität von rechter Gewalt betroffen sein. Gemeint sind damit jedoch allein die von der Heteronorm abweichenden Personen, d.h. Homo- und Bisexuelle, Trans-, Inter- und queere Menschen. Als Tatmotiv wird Frauen*feindlichkeit dagegen nicht erfasst.

Rechte Femizide

Sichtbar wird das Fehlen des Motivs Misogynie in den Recherchen zu den Todesopfern rechter Gewalt des Tagesspiegel, die mit Unterstützung der Beratungsstellen regelmäßig aktualisiert werden:

Beim Neonazi Thomas Lemke , der Mitte

der 1990er Jahre in Bergisch-Gladbach zwei Frauen ermordete, wurde seine Verachtung von Frauen* nur spärlich beleuchtet. Sein erstes Opfer Dagmar Kohlmann – so heißt es später – habe er mit seiner damaligen Freundin zusammen ermordet, um diese »in der Hand zu haben«. Die zweite Frau Patricia Wright habe er als Linke ausgemacht und wollte sie »bekehren«, vergewaltigte sie und tötete sie auf brutalste Weise. Auch wenn beide Fälle völlig unterschiedlich in ihren Abläufen, Motiven und Hintergründen sind, verbindet sie die Vorstellung von Macht und Kontrolle über Frauen. Als Motiv wird diese jedoch nicht gesehen. In der Auflistung des Tagesspiegel wird stattdessen von »anderes Motiv« oder »Hass auf politische Gegner« gesprochen. Dabei muss das eine Motiv das andere nicht ausschließen. Androhung oder Umsetzung sexualisierter Gewalt kann sogar eine Strategie der Einschüchterung von politischen Gegner*innen sein.

Auch in anderen Fällen, bei denen rechte Täter Frauen* ermordeten, wird darüber diskutiert, ob es sich um Machtdemonstration, Beziehungstaten oder Zufallsopfer handelte, selten wird Frauen*hass erkannt oder benannt. Beim Mord an der 32-jährigen Beate Fischer aus Berlin-Weißensee im Jahr 1994 stellte der Richter in der mündlichen Urteilsbegründung fest, die Neonazis hätten »nach ihrer Wolfsmoral Sex als die Bühne ihrer Macht benutzt«. Es wird also offensichtlich eine Verbindung von extrem rechter Ideologie und Hass auf Frauen*, im Falle von Fischer auf Sexarbeiter*innen, erkannt, dennoch benannte der Tagesspiegel in seiner umfangreichen Recherche als Motiv lediglich »Machtdemonstration«.

Um sich der Komplexität zu stellen, wäre

es beispielsweise ein Anfang, Misogynie als Teil extrem rechter Ideologie und Tatmotivation explizit aufzuführen.

So erschreckend und verstörend diese Taten sind, dürften sie aus Sicht antifaschistischer Recherche keine Überraschung sein. Frauen*feindliche Äußerungen, ob in Postings in den sozialen Medien, auf Demonstrationen, im Parlament oder in rechten Songtexten gibt es zu genüge. Sei es der Regionalleiter der Identitären Bewegung Berlin-Brandenburg, Robert Timm, der in der Pick-Up-Szene aktiv war und lernte, wie man »Frauen zur Beute macht«. Oder sei es die Junge Alternative NRW, die ihre Aussage »Man sagt, wir wollen Frauen an den Herd ketten...Blödsinn!« bebildert mit zwei fast nackten, sich in einem Bett räkelnden Frauen*, von denen eine Handschellen trägt. Oder seien es die unendlich vielen Beispiele von ekelhaftestem Sexismus und Homo- und Trans*feindlichkeit, die sich in dem und durch von Hypermaskulinität dominierten Rechtsrock finden. Abwertende Darstellungen von Frauen als Objekte, »Matratzen« oder »Schlampen« durchziehen die neonazistische Musik und Internetforen. Gewalt gegen Frauen, die den Mann enttäuscht haben, ist legitimiert. »Volksverräterinnen«, die »Rassenschande« begehen, wird die Existenzberechtigung abgesprochen, »Emanzen«, die auf »dem Grabe unsres Volkes« tanzen, wird mit dem Tod gedroht.

Fazit

Sicherlich treffen neonazistischer und rechter Hass und ihre Vernichtungsfantasien marginalisierte Gruppen oftmals noch stärker und in anderer Weise als weiße cis-Frauen*. Die sexualisierte und sexistische Komponente in extrem rechter Ideologie,

in Subkultur und Männerbünden droht aber in ihrer Spiegelung im patriarchalen Alltag unterzugehen: warum sollte man skandalisieren, wie sexistisch Neonazis sind, wenn es Hans und Franz doch auch sind? Die dann drohende Gefahr der Externalisierung des Sexismus auf extreme Rechte ist ein attraktives Entlastungsangebot für nicht-rechte, also auch den antifaschistischen Macker. Es ist der gleiche Fehler, den Antifaschist*innen bei der Analyse von Kandel und anderen rassistischen Mobilisierungen zu »Frauenrechten« machen, nämlich die Gleichzeitigkeit und Widersprüchlichkeit von Diskriminierungen und Betroffenheiten nicht anzuerkennen. Ein Dilemma, vor dem auch wir stehen, dem aber alle Antifaschist*innen und Feminist*innen ins Auge sehen müssen.

Um sich der Komplexität zu stellen, wäre es beispielsweise ein Anfang, Misogynie als Teil extrem rechter Ideologie und Tatmotivation explizit aufzuführen. Dann stünden die Statistiken zu Gewalt gegen Frauen* auf der einen und die Statistiken zu rechter Gewalt auf der anderen Seite nicht mehr unverknüpft nebeneinander. Bei Femiziden müssen Antifaschist*innen fragen, ob die Täter Rechte waren. Misogyne Gewalt muss als strukturelle Gefahr erkannt werden, und: Mit dem Erstarren des Antifeminismus werden wir uns dem Phänomen gegenüber sehen, dass Femizide die häusliche Sphäre weiter verlassen und Frauen* als Repräsentant*innen ihres Geschlechts angegriffen werden wie in Nürnberg oder Wien geschehen.

Geschichtliches



2.1. Die Ereignisse von Rostock- eine knappe Chronologie

Vorbemerkung:

Zwei Monate nach den Ereignissen in Mannheim-Schönau gelang den Nazis in Rostock ihr bis dahin furchtbarster Auftritt: mit Unterstützung Tausender Anwohner setzten diesmal nicht 100 bis 150, sondern 400 bis 500 Nazis ganze Wohnblöcke in Brand. Auch in diesem Fall dauerte das Pogrom mehrere Tage an, ohne dass es die Polizei unterbunden hätte.

Ebenso bemerkenswert ist, dass den Nazis dieser Auftritt ermöglicht wurde durch einen Aufruf einer bürgerlichen Zeitung, die die Anwohner dazu aufforderte, sie sollten doch bitte „das Asylproblem selber in die Hand nehmen“ - und die Folge war: Brandstiftung mit einkalkuliertem Mord. Vermutlich ist es nur der Anwesenheit eines ZDF-Kamerateams im Haus zu verdanken, dass die 115 Menschen im Haus gerettet werden konnten. Ein weiteres neues Kennzeichen gegenüber dem bisherigen Nazi-Terror war, dass nunmehr von allen Seiten eine antiziganistische Hetze gegen Roma einsetzte, die beispielsweise die „Bild“-Zeitung mit einer ganzen Artikelserie betrieb.

Sonntag, den 22.08.92

Seit etwa zwei bis drei Wochen werden die Flüchtlinge von der Stadt Rostock aus nicht weiterverteilt, das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern schickt aber täglich neue. Somit blieb den Flüchtlingen, sie kommen größtenteils aus Rumänien, nur die Möglichkeit, vor dem überfüllten Heim zu campieren, was in kürzester Zeit zu katastrophalen hygienischen Zuständen geführt hat.

Ende letzter Woche dann wurde über die lokale „Ostseezeitung“ (OSZ) von der Bürgerinitiative dazu aufgerufen das „Asylproblem ... selber in die Hand zu nehmen“. Erste Angriffe auf das Heim gab es bereits um den 20.08. herum. Für Samstag wurde über die OSZ zu einer Demonstration „Gegen das deutsche Ausländergesetz/Asylgesetz“ aufgerufen. Es beteiligten sich an die 500 Personen, von denen im Anschluss an die Demonstration ca. 100 versuchten das Heim zu stürmen. Dies wurde zunächst jedoch durch militante Gegenwehr der Flüchtlinge und Heimbewohnerinnen erfolgreich verhindert. Die Polizei, laut eigenen Angaben mit 100 Beamten vor Ort, hielt sich zurück und ließ Augenzeugen zufolge die Situation gezielt eskalieren. Bis zum Samstagabend versammelten sich dann 1500 bis 2000 Bürgerinnen und Bürger, unter ihnen wurden etliche Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer DVU-Veranstaltung vor ca. 8 Wochen wiedererkannt, und feuerten einen Mob von 400 bis 500 Skinheads, Hooligans und Nazis an. Jeder geworfene Molotowcocktail, jede eingeworfene Fensterscheibe, jeder verprügelte Polizist wurde mit frenetischen Beifall bedacht.

Sonntag, den 23.08.92

Am Sonntag herrschte eine fast identische Situation. Trotz der in der Nacht herbeigebrachten Verstärkung für die Rostocker Polizei begannen bereits in den Mittagstunden an die 100 Jugendliche mit erneuten Angriffen auf das Heim. Bis zum Abend entwickelte sich das Ganze zu einem volksfestähnlichen Spektakel, an dem nur noch ein Karussell, eine Pommes Bude und ein Zuckerwattestand fehlten. Im Alter zwischen 10 und 70 Jahren war fast ganz Lichtenhagen auf den Beinen, um zu

gaffen oder um die Angreifer zu unterstützen. Da wurden in unmittelbarer Nähe vor den Polizeiketten kistenweise Molotowcocktails abgefüllt oder aus Pkws herbeigeholt.

Sonntagnacht

Rostocker Antifaschistinnen und Antifaschisten mobilisierten im Laufe des Sonntagmittag in allen norddeutschen Städte, Hamburg, Lübeck, Bremen und Kiel.

Im Laufe des Sonntagabend gab es dann mehrere Versuche gegen den Bürgerinnen- und Bürger- sowie Faschistenmob anzugehen, welche aber scheiterten, da es den Leuten unmöglich schien, mit 150 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen 2000 aufgeputschte Bürgerinnen und Bürger einzugreifen. Gegen 1.00 Uhr ist dann erneut ein Konvoi von ca. 200 Personen aus der Rostocker Innenstadt nach Rostock-Lichtenhagen gefahren, ein Teil der Leute hat eine Kundgebung abgehalten, ein anderer Teil hat auf andere Art und Weise versucht zu intervenieren.

Zwischenzeitlich wurde per Hubschrauber Bundesgrenzschutz aus Hamburg und Niedersachsen nach Rostock-Lichtenhagen geflogen. Diese Verstärkung hatte dann nichts besseres zu tun, als 120 Antifaschistinnen und Antifaschisten festzunehmen. Sie wurden bei der Kundgebung verhaftet, zum Teil an den geparkten Autos erwartet oder auf dem Rückweg in die Innenstadt aus den Autos geholt. Alle sind laut Rostocker Ermittlungsausschuss „erkennungsdienstlich“ behandelt worden. Es wird ihnen u.a. Landfriedensbruch und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz vorgeworfen. Die Zahl von 150 festgenommenen „Krawallmachern“ ergibt sich aus 30 festgenommenen Nazis und 120 (!) Antifaschistinnen und Antifaschisten.

Montag, den 24.08.92

Vom Innenminister Mecklenburg-Vorpommerns, Lothar Kupfer, war zu den Vorfällen am Wochenende zu hören, dass das Heim zum 01.09.92 geschlossen wird. Dann machte er sich die Meinung des Pöbels zu eigen, indem er es ebenfalls „unmöglich“ fand, „dass deutsche Polizisten gegen Deutsche eingesetzt werden, um Ausländer zu schützen“. Im Laufe des Montag wurde „das Heim geräumt“, soll heißen: die Flüchtlinge wurden „in Sicherheit“ gebracht und auf vier bis fünf andere Lager in Mecklenburg-Vorpommern verteilt. Von halboffizieller Seite, dem Wachschutz des Heimes, hieß es, das Heim sei leer. Dies erwies sich im Laufe des Montagabends als falsch. Gegen 21.00 Uhr griffen einige hundert Nazis, angestachelt durch ältere Anwohnerinnen, erneut das Haus an und setzten vier Wohnungen im Erdgeschoss in Brand. Die Polizei zog sich daraufhin zurück und überließ das Haus den Flammen bzw. dem nazistischen Pöbel. Die Feuerwehr ließ sich nicht blicken. Ein TV-Team vom ZDF konnte in das Haus gelangen und musste feststellen, dass sich noch 115 Menschen aus Vietnam im Haus befanden. Als sie über Funktelefon versuchten die Polizei und Feuerwehr in Rostock zu erreichen, war nur „Kein Anschluss unter dieser Nummer“ zu hören. Eine Verbindung war nur über Hamburg und Bremen herzustellen. Sie flüchteten mit den Vietnamesinnen und Vietnamesen auf das Dach des Hauses und wurden erst in den Morgenstunden gerettet.

Ein erster Sieg der Nazis:

Lichtenhagen wird unter der Begleitung der deutschen Polizei „flüchtlingsfrei“ gemacht. Die Politiker beeilten sich, dem – zum großen Teil von ihnen selbst initiierten

– Druck des nazistischen Gesindels schon nach wenigen Tagen nachzugeben und die Flüchtlinge zu evakuieren. Die Polizei überlässt den Brandstiftern das Feld. Kurz bevor Montagnacht (gegen 22.00 Uhr) der erste Brandsatz auf das Flüchtlingsheim in Rostock fliegt, zieht sich die Polizei zum „Schichtwechsel“ zurück. Fast zwei Stunden lang kann das Nazi-Pack ungehindert das Wohnheim angreifen und verwüsten, in dem sich noch über 100 vietnamesische Arbeiter befanden.

Flüchtlingsunterkunft und das benachbarte

Wohnheim der vietnamesischen Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter, rief eine Menge mehrerer Hundert zum Teil verummter Menschen Parolen wie „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“ oder „Sieg Heil!“. Bürgermeister Wolfgang Zölllick, zu dem Zeitpunkt als Stellvertreter von Klaus Kilimann Oberbürgermeister, versuchte erfolglos, die aufgebrauchten Einwohnerinnen und Einwohner zu beruhigen: „Zölllik: ‚Aber es



2.2. Eskalation

Mehrere tausend Menschen fanden sich dann am Sonnabend, dem 22. August, vor dem Sonnenblumenhaus in der Mecklenburger Allee ein und „diktierten aufgeregt Medienvertretern die Situation rund um die ZAst in die Notizblöcke“. Ab dem frühen Abend flogen Steine, Flaschen, Leuchtraketen und Brandsätze gegen die

sind doch Menschen, die hier sind.’ ‚Menschen? Das sind keine Menschen mehr!’ ‚Hör auf mit deinem Scheiß!’ Zölllik: ‚Wie sie sich auch immer verhalten, aber Menschen bleiben sie trotzdem.’ ‚Das sind doch keine Menschen!’“ Als etwa 20 Polizisten in Sommeruniform eintrafen, wurden sie sofort angegriffen, verprügelt und mit Stiefeltritten in Gesicht und Bauch

traktiert. In der Nacht wurden sie von einigen Beamten aus Schwerin verstärkt, waren jedoch trotzdem heillos überfordert und mussten sich wiederholt vor den Angreiferinnen und Angreifern zurückziehen. Als gegen 2 Uhr zwei Wasserwerfer aus Schwerin eintrafen, stellten sie sich in dem weitläufigen Gelände, das von einer Hauptstraße und einem Bahndamm gesäumt wurde, als sinnlos heraus. Gegen 3.20 Uhr wurde die Rostocker Polizei in Alarmbereitschaft versetzt. Die Angriffe flauten jedoch erst gegen 5.30 Uhr ab, als weniger die Polizei als die Müdigkeit über die Randaliererinnen und Randalierer siegte. Nur wenige von ihnen waren festgenommen worden, sollten jedoch am folgenden Tag wieder freigelassen werden. Dreizehn Beamte waren verletzt, davon einer schwer. Zwei Funkstreifenwagen waren ausgebrannt. Am nächsten Tag, dem 23. August, setzten sich die Ereignisse fort. Tausende Anwohnerinnen und Anwohner klatschten Beifall, boten Schutz und Unterstützung, und Imbissstände sorgten für Verpflegung, während Hunderte die ZAST, das vietnamesische Wohnheim und die Polizei attackierten.

Die Staatsmacht hatte die Situation nicht unter Kontrolle, obwohl das Polizeiaufgebot nicht zuletzt wegen des in der Nacht ausgelösten Alarmes für alle Direktionen im Land auf etwa 800 Beamte angestiegen war, von denen wegen Ablösungen etwa 350 beständig vor Ort eingesetzt werden konnten. Erstmals stürmten die Rechten an diesem Sonntag bereits das vietnamesische Wohnheim und drangen bis in den sechsten Stock vor, ehe die Sicherheitskräfte sie herausholten. Gegen 22 Uhr meldeten antifaschistische Protestierende bei der Polizei vor Ort spontan eine Demonstration an. Als

die Gruppe von 200 Menschen loszog, zerstreuten sich die Angreiferinnen und Angreifer. Kurz darauf jedoch löste die Polizei entschlossen die Versammlung auf und nahm 60 dieser Demonstrierenden wegen „Gefahr im Verzug“ in Gewahrsam. Insgesamt bilanzierte die Einsatzleitung für diese Nacht 130 Festnahmen. Zwei Polizeifahrzeuge waren ausgebrannt, 74 Beamte verletzt. Am Montagnachmittag, dem 24. August, wurden die Asylsuchenden auf Heime in anderen Städten und Kreisen des Landes verteilt. Nachdem die Einwohnerinnen und Einwohner von Rostock-Lichtenhagen zwei Tage lang Flüchtlinge, Polizei und den Rechtsstaat angegriffen hatten, wurde die ZAST geräumt. Siegfried Kordus, für Rostock als Einsatzleiter verantwortlicher Polizeidirektor, hielt das zwar für falsch, weil damit nicht nur den Angreifenden ein Erfolgserlebnis beschert wurde, das sie zu weiteren Aggressionen ermutigen würde. Gleichzeitig wären auch die Beamten im Einsatz entmutigt worden, die nun ein leeres Gebäude zu schützen hatten. Die Menschen im vietnamesischen Wohnheim sah man in der Einsatzleitung trotz der Angriffe der vergangenen Tage nicht als gefährdet an. Vor Ort unterdessen spitzte sich die Lage wieder zu. Während zwei anwesende Hundertschaften der Polizei aus Hamburg Stimmungsbilder fortdauernder Ausschreitungen einfingen, wurde ihnen keine Verstärkung zugeteilt. Der Einsatzleiter vor Ort, Jürgen Deckert, musste mitteilen, dass ihm keine weiteren Kräfte zur Verfügung stehen. Nachdem sich am Abend wieder tausende Menschen zusammengerottet hatten, geriet die Polizei in enorme Bedrängnis. Während sich die nur drei Hundertschaften, von denen die zwei Hamburger bereits seit mehr als 22 Stun-

den im Einsatz waren, zurückzogen, blieb das vietnamesische Wohnheim ungeschützt. Rechte legten Feuer in den unteren Stockwerken und drangen bewaffnet nach oben vor, wo mehr als 120 Vietnamesinnen und Vietnamesen, eine Handvoll deutscher Unterstützerinnen und Unterstützer, Wachmänner wie auch ein Kamerateam um ihr Leben bangten. Mangels Schutz durch die Polizei vor der Menge konnte die Feuerwehr erst gegen 23 Uhr, eineinhalb Stunden nach dem Eintreffen in Lichtenhagen, mit den Löscharbeiten beginnen. Die Eingeschlossenen retteten sich in dieser Zeit durch einen Durchgang in die ebenfalls brennende ZAST und von dort aus über das Dach in ein Nachbarhaus vor dem Feuertod. Von draußen schallte immer wieder „Deutschland den Deutschen“ und „Wir kriegen euch alle“. Das Fernsichteam des ZDF nahm im Haus auf: „Das ist eine Situation, von der man uns vor einer Viertelstunde nur erzählt hat. Und plötzlich sind wir mittendrin. Und die Angst, die wir im Moment spüren, weil Leute unten Feuer legen, weil sie diese Menschen bedrohen, weil Menschen weglaufen, das ist die Angst, die diese Ausländer hier zwei Nächte lang gespürt haben. Und es ist die nackte Angst.“

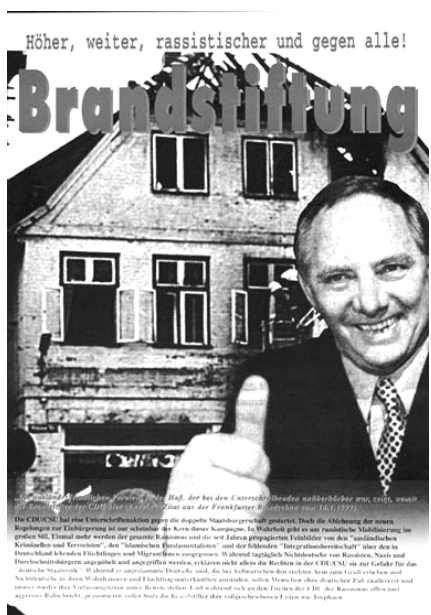
Nachdem die Feuerwehr mit dem Löschen beginnen konnte, wurden die Vietnamesen in Busse geleitet und aus dem Stadtteil eskortiert. Während die Menge noch tobte, war Lichtenhagen „ausländerfrei“. Nun gab es dort nur noch Deutsche.

Nachspiel

Noch bis zum Ende der Woche wüteten Neonazis in Lichtenhagen, demonstrierten Parolen skandierend durch die Straßen, errichteten Barrikaden und griffen die Polizei an. Die Unterstützung der Bevölkerung

schwand jedoch allmählich, als statt der Flüchtlingsunterkunft die eigenen Trabant brannten: „Jetzt reicht es langsam. Nun geht es schon gegen die eigene Bevölkerung“, klagte eine 47-Jährige in der Lokalpresse. Die Lokalpresse bewies nicht nur mit dieser neuen Kritik an der Gewalt ihre Verbundenheit mit der Bevölkerung. Seit Beginn der Ausschreitungen hatte sie neben Meldungen über die Empörung aus der Politik jene Stimmungsberichte aus der Bevölkerung gesetzt, in denen die Ereignisse in Lichtenhagen gutgeheißen und als notwendig befunden wurden. „Wenn die Politiker nicht imstande sind, in Lichtenhagen für Ordnung zu sorgen, muß sich der gemeine Bürger eben selber zur Wehr setzen“, war am Montag nach Beginn des Pogroms zu lesen, oder neben einer Chronologie der Gewalt, die sich wie der Bericht eines abenteuerlichen Spiels liest: „Wann ziehen die Politiker endlich Konsequenzen? Müssen wir uns selbst wehren?“ Zwischen der Reproduktion bekannter *Ressentiments* verschwamm in der Berichterstattung die Grenze der Legitimation von Gewalt. Schuld an den Ausschreitungen seien die Ausländer gewesen, die sich nicht angepasst, und besonders die Politiker, die sie ins Land gelassen hätten. So hieß es in einem Kommentar: „In der Asylpolitik hat sich seit einem Jahr nichts getan. Nur Geschwätz. Dafür wählt und bezahlt der Steuerzahler die Politiker jedoch nicht. Sie sollen Gesetze veränderten Situationen anpassen. Und da ist es dem Bürger egal, wer für die mißlungene Asylpolitik verantwortlich ist. [...] Wenn man jedoch in Schwerin seine Häuptlinge in Bonn nicht zur Änderung des Asylrechts bewegen kann, dann muß man entweder Politik unter diesen Umständen ablehnen oder man muß für eventuelle Begleitum-

stände dieser Politik gewappnet sein.“ Nachdem verummte Jugendliche gegen diese Art der Berichterstattung protestiert und Müll und blutrote Farbe über den Schreibtischen der Redaktion der Norddeutschen Neuesten Nachrichten in Rostock entleert hatten, spekulierte diese über die Urheberschaft von „Ausländern“ und lobte die eigene „faire und kritische Berichterstattung“: „Derartige Vergeltung – diesmal von linksextremer Seite – traf nun die NNN, weil wir uns des ‚Verbrechens‘ schuldig gemacht haben, über die Asylproblematik umfassend zu berichten, das heißt, alle beteiligten Seiten gebührend zu Wort kommen ließen.“ So ließ die Presse dann auch Anfang September Einwohnerinnen und Einwohner Hinrichshagens zu Wort kommen, wohin die ZAST verlegt worden war. Sie berichteten von kriminellen Roma, die Hühner stehlen und nachts lärmten würden; die Polizei oder die Beschuldigten wurden nicht befragt. Stattdessen konnten die Einheimischen des Ortes etwa mit einer Bürgerinitiative indirekt damit drohen, dass sich Lichtenhagen wiederholen könnte. Schließlich wurde der Plan gefasst, die Zentrale Aufnahmestelle in Horst bei Boizenburg zum 1. April 1993 einzurichten, wo sie sich bis heute befindet. Bis dahin sollte Mecklenburg-Vorpommern jedoch nicht nur eine anhaltende Welle rechter Gewalt erleben, bei der fast wöchentlich Menschen aufgrund ihrer Herkunft angegriffen wurden, sondern auch Proteste gegen Rassismus wie am Wochenende nach Lichtenhagen von 20.000 Menschen. Und zugleich den Beginn eines lebhaften Streites in Rostock und Schwerin, bei dem die Verantwortung für die Gewalt vom August 1992 verhandelt wurde.



2.3. „Hoffnungsschimmer: Die SPD schwenkt ein“ - Die Einigung auf die Einschränkung des Grundrechts auf Asyl

Noch bevor es zu den schlimmsten Angriffen am Montagabend kam, wurden die Krawalle bereits als Druckmittel für die seit Jahren diskutierte Änderung des Grundrechts auf Asyl genutzt.

„Multikulturelle Utopien verstellen den Blick auf die Realität“, war in den Norddeutschen Neuesten Nachrichten zu lesen. „Hoffnungsschimmer: In Bonn scheint eine Einigung über die längst überfällige Asylrechtsänderung nunmehr in Sicht zu sein. Die SPD schwenkt auf Kurs Grundgesetzänderung ein.“

In einer Pressekonferenz am Montag in Rostock sprach Bundesinnenminister Rudolf Seiters nicht über die Sicherheit der Angegriffenen in Lichtenhagen, sondern

über den „Mißbrauch des Asylrechts, der dazu geführt hat, daß wir einen unkontrollierten Zustrom in unser Land bekommen haben von Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen, und nicht, weil sie politisch verfolgt sind“. Ministerpräsident Berndt Seite kritisierte anschließend, das „Grundproblem muß ja gelöst werden“; die Politik, besonders die SPD, hätte sich mit dem Problem zu lange aufgehalten. „Daß das natürlich teilweise umschwappt, wenn man in der Menge ist, dafür habe ich auch Verständnis.“

In den nächsten Tagen und Wochen setzte damit eine Diskussion ein, in der von Seiten der Befürworter einer Grundgesetzänderung und einiger Massenmedien die zunehmenden rechten Gewalttaten auf Versäumnisse der Politik zurückgeführt wurden: Ursache und Auslöser nicht nur der Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen seien der hohe Zustrom von Flüchtlingen in die Bundesrepublik und die angebliche Weigerung, durch eine Einschränkung des Asylrechts ihre Zahl zu verringern. Am Wochenende des 21. und 22. August 1992 hatte der Parteivorstand der SPD in Petersberg einen „Ersten Entwurf eines Sofortprogramms“ beschlossen, der die Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung nach Deutschland befürwortete. Erstmals signalisierte man auch Bereitschaft zur Änderung des Grundgesetzartikels, indem Flüchtlinge aus Nicht-Verfolgerstaaten, die keine persönliche Verfolgung glaubhaft machen könnten, abgewiesen würden. Das individuelle Recht auf Asyl jedoch sollte erhalten bleiben.

Dieser Richtungswechsel traf in der SPD aufgrund seiner Plötzlichkeit selbst bei jenen auf heftigen Widerspruch, die eine Änderung des Grundgesetzes forderten.

Man kritisierte, die Parteiführung lasse sich von den Unionsparteien nötigen und vergesse die eigenen Prinzipien angesichts aufgeregter Stimmungsmache.

CDU und CSU verschärfte unterdessen ihren Druck auf die Sozialdemokratie. Mitte Oktober 1992 legten die Unionsparteien und die FDP einen Entschließungsantrag vor, der eine Einschränkung des Grundrechtes auf Asyl durch die Einführung einer Drittstaatenregelung vorsah. Flüchtlinge, die aus einem solchen Land ohne politische Verfolgung in die Bundesrepublik einreisen würden, hätten wie auch straffällig gewordene Bewerberinnen und Bewerber oder jene, die sich nicht kooperativ verhielten, ein verkürztes Verfahren zu erwarten. Gleichzeitig warnte Bundeskanzler Helmut Kohl bei einer fortdauernden Verweigerungshaltung der SPD vor einem „Staatsnotstand“. Diese Notsituation würde die Regierung dazu berechtigen, das Grundgesetz auch mit einer einfachen Mehrheit zu ändern – selbst, wenn sie damit gegen die Verfassung verstoßen würde. Darüber hinaus wandte sich die CDU in einer breit angelegten Anzeigenkampagne im November an die Mitglieder der SPD und warb um ihre Zustimmung zu einer Änderung des Grundgesetzes, um das Asyl für politisch Verfolgte zu „retten“. Vor dem Sonderparteitag zum Thema Mitte November erklärten sieben Landesverbände der SPD ihre Ablehnung einer entsprechenden Gesetzesänderung. Letztendlich jedoch kam ein Kompromisspapier zustande, das unter dem Eindruck der sozialen Spannungen in Deutschland Entscheidungen forderte, die den demokratischen Rechtsstaat vor Feindschaft gegenüber Einwanderinnen und Einwanderern schützen sollten. Neben Forderungen nach einem europäischen

Einwanderungsgesetz und der Fluchtursachenbekämpfung sollten Asylentscheidungen anderer Länder akzeptiert werden, wenn diese die Genfer Flüchtlingskonvention und die Menschenrechtskonvention anwendeten. Dort anerkannten Flüchtlingen sollte an den Grenzen der Bundesrepublik die Einreise verweigert werden. Die von der Koalition vorgesehene Zurückweisung aller Asylsuchenden, die überhaupt aus diesen Ländern einzureisen versuchten, lehnte die SPD allerdings ab. Bei einem Spitzentreffen der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP am 6. und 7. Dezember 1992 rückten die Sozialdemokraten allerdings vom Festhalten an diesem Beschluss ab. Im so genannten Asylkompromiss einigten sich die Parteien auf eine Ergänzung des Artikels 16 GG, der die Drittstaatenregelung einführt. Fortan war die Bundesrepublik von verfolgungsfreien Staaten umgeben, aus denen keine Einreise von Flüchtlingen gestattet wurde. Weiterhin wurde die Möglichkeit der Definition sicherer Herkunftsstaaten geschaffen, in denen politische Verfolgung schwer erscheinen würde und von denen aus kein Asylrecht bestünde. Zugleich kam man in der Einführung von Kontingentregelungen für Flüchtlinge vor Kriegen und Bürgerkriegen überein, traf Absprachen über Asylsuchende mit langer Aufenthaltsdauer, den Status von Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern und Fragen der Einbürgerung. Weiterhin nahmen die Beteiligten sich vor, einen gesetzlichen Rahmen für die Steuerung von legaler Zuwanderung zu schaffen. Ende Mai 1993 wurde das Gesetzespaket unter Protesten der Öffentlichkeit in Bonn beschlossen und trat zum 1. Juli des Jahres in Kraft. Auf Seiten der SPD hielt man sich zugute, dass das individuelle

Recht auf Asyl gerettet worden wäre. Der Asylkompromiss als faktische Abschaffung des Grundrechtes wurde in vielen Kommentaren kritisiert: „Das Ergebnis dieser Operation ist blanke Heuchelei“, hieß es in der Zeit. „Was da in Bonn ausgehandelt wurde, ist also kein Kompromiss, sondern eine *Kompromittierung* des politischen Anstands.“

Zusammenfassung

Wenige Monate nach dem Pogrom in Lichtenhagen hatten scheinbar jene, die auf die Straße gegangen waren und Steine geworfen oder fliegende Brandsätze beklatscht hatten, ihr Ziel erreicht. Nicht nur war die Unterkunft von Asylsuchenden in dem Rostocker Stadtteil geschlossen. Zugleich war der Flüchtlingsbewegung in die Bundesrepublik ein deutliches Ende gesetzt worden. Die Zahl jener, die überhaupt um Asyl ersuchen konnten, fiel schon 1994 massiv zurück, als mit 127.210 Anträgen 200.000 weniger als im vorherigen Jahr gestellt wurden.

Doch die Ereignisse in Rostock waren nicht Auslöser der Debatte um das Grundrecht auf Asyl. Schon vor der Wiedervereinigung war in der alten Bundesrepublik über Zuwanderung im Rahmen der Gastarbeitsabkommen diskutiert und zuweilen die Zahl der Nicht-Deutschen im Land kritisiert worden. Extrem rechte Parteien konnten mit rassistischer Propaganda gegen eine angebliche „Überfremdung“ erste Wahlerfolge verbuchen. Sorgen vor einer hohen Zuwanderung und Forderungen nach ihrer Einschränkung erreichten eine neue Qualität, als nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und den erheblichen gesellschaftlichen Umwälzungen in den früheren realsozialistischen Staaten Wanderungsbewe-

gungen einsetzen, die man in diesem Umfang bisher nicht gekannt hatte. Wurden 1989 noch 121.315 Asylanträge in der Bundesrepublik gestellt, hatte sich diese Zahl 1992 auf 438.191 mehr als vervierfacht. Kommunen standen vor ernsthaften Problemen, diese große Zahl von Flüchtlingen aufzunehmen und unter Einhaltung sozialer Standards unterzubringen. In Rostock-Lichtenhagen waren diese Schwierigkeiten umso sichtbarer, als man die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber inmitten eines Wohngebietes errichtet hatte. Als immer mehr Direktbewerberinnen und -bewerber dort eintrafen, wo alle Flüchtlinge des Landes vor ihrer Verteilung in die Kreise durchgeschleust werden mussten, konnte die Unterbringung nicht mehr gewährleistet werden. Menschen mussten tagelang im Freien vor der ZAST campieren, bis ihre Anträge bearbeitet und sie weiter gewiesen wurden. Die Überbelegung kann nicht nur mit Unerfahrenheit gegenüber den bundesrepublikanischen gesetzlichen Bestimmungen erklärt werden, in die man sich in Rostock und Mecklenburg-Vorpommern erst hatte einarbeiten müssen. Der Unwille einiger Verantwortlicher ist nicht zu verkennen:

Beschwerden aus der Nachbarschaft über die katastrophale Situation der Flüchtlinge wurden im Rathaus ignoriert, der Innensenator Peter Magdanz verweigerte sich der Aufstellung von Toiletten oder der Unterbringung in anderen Einrichtungen in dem Glauben, dass dann noch mehr Menschen kommen würden. Stattdessen müsse ihr Fortdauern der Zustrom gestoppt werden. Hier versuchten Akteure aus der Lokalpolitik offensichtlich, auf dem Rücken der betroffenen Asylsuchenden Einfluss auf die Bundespolitik zu nehmen. Unterdessen

dauerte die Debatte um das Asylrecht fort. Flüchtlinge wurden in der öffentlichen Wahrnehmung nicht mehr als Menschen begriffen, die vor Bedrohungen aus ihrer Heimat geflohen waren, sondern als Problemfälle, die nur am bundesdeutschen Reichtum teilhaben wollten. Auch in den Zeitungen von Mecklenburg-Vorpommern wurden gerade Roma als kriminelle Wohlstandsflüchtlinge stigmatisiert, die sich nicht den Gesetzen und Regeln Deutschlands anpassen würden. Das Interesse an ihrer Verfolgungssituation in Ost- und Südosteuropa war äußerst gering. In Rostock wurde diese Wahrnehmung von Asylsuchenden mit den Bildern vermengt, die die Untätigkeit der Behörden in Lichtenhagen produzierte. Irrational wurden die Ursachen, aufgrund derer die Flüchtlinge unter erniedrigenden Umständen hausen mussten, ignoriert und auf ihre Lebensweise als kollektive Gruppe der „Zigeuner“ projiziert. Abstruse Gerüchte, die den eigenen Befindlichkeiten und *Resentiments* entsprachen, fanden sich sogar in der Lokalpresse wieder. Eine Hinterfragung dieser Bilder oder gar eine Diskussion mit den betroffenen Flüchtlingen fand nicht statt, rassistische Meinungsäußerungen, Gerüchte und sogar Aufrufe zur Gewalt wurden in den Zeitungen abgedruckt. Ob diese deutlichen Defizite einer verantwortungsvollen journalistischen Arbeit, die als umfassende Berichterstattung und Wiedergabe der „berechtigten Beschwerden der Bürger von Lichtenhagen“ gerechtfertigt wurden, noch 1992 durch den politischen Umbruchprozess von 1989 und seine Folgen für die ostdeutsche Medienlandschaft und das Selbstverständnis von Medienschaffenden erklärt werden können oder ob sie Folge von Identifikation mit oder zumindest Verständnis der Lokal-

journalistinnen und -journalisten für die *Ideologeme* bestimmter Bevölkerungsteile sind, ist diskussions-würdig.

Dass Ablehnung und Ressentiment irgendwann in Gewalt umschlagen, hätte angesichts andauernder rechter Straftaten auch in Mecklenburg-Vorpommern oder den über mehrere Tage andauernden rassistischen Angriffen im sächsischen Hoyerswerda nicht verwundern dürfen. Trotz der Ankündigungen in der Presse waren Politik und Polizei jedoch nicht nur überrascht, als sie im August 1992 einsetzte, sondern auch vollends überfordert. Der Unwille lokaler Verantwortungsträger, die Situation zu entschärfen, und die Unfähigkeit höherer Polizeibeamter, zur Abwehr der Angriffe ausreichende Einsatzkräfte zur Verfügung zu stellen, führten zur mehrtägigen Eskalation der Ereignisse. Ob die Gewalt von einigen Verantwortlichen politisch gewollt war, wie dies etwa Jochen Schmidt andeutet, ist nicht zu klären. Außer Frage steht jedoch, dass sie einen großen Teil der Verantwortung für die Geschehnisse tragen. Weder Rostocks Innensenator Peter Magdanz noch Landesinnenminister Lothar Kupfer strengten im Vorfeld eine unmittelbare Verbesserung der Situation in Lichtenhagen an; Einsatzleiter Siegfried Kordus, der auf dem Höhepunkt der Ausschreitungen die Stadt verließ, sorgte für Lücken in der Befehlsstruktur; Landespolizeichef Hans-Heinrich Hansen unterließ es, rechtzeitig Verstärkungen nach Rostock zu schicken. Nicht mehr als Zufall war es, dass die über 120 Menschen im Wohnheim der vietnamesischen Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter die Nacht zum 25. August überlebten. Der Blick auf die Verantwortlichen darf nicht die tausenden Bürgerinnen und

Bürger außer Acht lassen, die den Rechten Beifall, Deckung und Unterstützung boten. Sie machten das Pogrom zu einem tagelangen Spektakel, in dem die Angreiferinnen und Angreifer sich der Unterstützung einer scheinbaren Bevölkerungsmehrheit sicher sein konnten. Sie alle einte die Ablehnung jener Menschen im Sonnenblumenhaus und Desinteresse an oder sogar Zustimmung zu der Gewalt.

Die Grenzen zwischen Täter- und Zuschauerschaft verschwammen. Erst, als die Opfer vertrieben und es gegen die parkenden Autos im Stadtteil und damit den eigenen Besitz ging, kam es zu ersten öffentlichen Distanzierungen der Einwohnerschaft Lichtenhagens.

Dem Pogromwochenende in Rostock folgten Monate der Gewalt in ganz Deutschland. Nahezu täglich wurden bis zum Ende des Jahres Wohnheime von Flüchtlingen oder Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeitern, jüdische Gedenkstätten oder Treffpunkte nicht-rechter Jugendlicher attackiert. Ihren Höhepunkt fanden die Angriffe im Mordanschlag in Solingen, bei dem fünf Menschen sterben mussten. Diese andauernde Gewalt fand Eingang in die Debatte um das Grundrecht auf Asyl, die seit Beginn der 1990er Jahre von den Unionsparteien intensiviert worden war. In der öffentlichen Auseinandersetzung wurde der SPD, deren Zustimmung für eine Änderung der Grundrechte nötig gewesen war, eine Verweigerungshaltung vorgeworfen, die für einen weiteren Zustrom von Flüchtlingen sorgen und damit rechte Gewalttaten erst hervorbringen würde. Andererseits wurde der Wunsch nach einer Gesetzesänderung als Forderung einer breiten und lautstarken Bevölkerungsmehrheit gedeutet, die sich in den Medien

und, wenn sie nicht Gehör fände, auf der Straße artikulieren würde. Kritische Stimmen wurden in der zuweilen hysterischen Debatte an den Rand gedrängt. Letztendlich stimmte unter dem Druck die SPD nach innerparteilichem Streit einer Änderung des Grundrechts auf Asyl zu. Mit der Drittstaatenregelung und der Einführung sicherer Herkunftsländer wurde das Asylrecht so erheblich eingeschränkt, dass es in den Worten der Kritik faktisch abgeschafft wurde. Die Ereignisse in Lichtenhagen sind als Teil dieser jahrelangen Debatte um Einwanderung nach

Situation in den neuen Bundesländern und die weitreichenden Versäumnisse von Stadt, Politik und Polizei vor Ort zu erklären. Zugleich machen die Ereignisse die verheerende Wirkung jener rassistischen *Ressentiments* deutlich, die durch die Asyldebatte in der Bevölkerung gestreut oder verstärkt wurden - einmal losgelassen, bringen sie nicht weniger als enthemmte Gewalt- bis zur Mordbereitschaft hervor. Rostock-Lichtenhagen im Sommer 1992: Tausende jubeln, als Menschen um ihr Leben bangen.



Deutschland zu verstehen. Sie waren nicht ausschlaggebend für die Änderung des Asylrechts, aber speisten sich aus der Diskussion um die Begrenzung von Migration, heizten sie weiter an und wirkten als Fanal für weitere Gewalttaten. Dass es ausgerechnet in Rostock zu der Eskalation kam, ist nicht ohne die spezifische soziale

2.4. Fünf Jahre nach Rostock:

Ein Blick zurück im Zorn

Nach den Ereignissen von Heidenau in den letzten Tagen, haben wir uns dazu entschieden einen im Antifaschistischen

Infoblatt geschriebenen persönlichen Rückblick von 1997 zu dokumentieren, der fünf Jahre nach den Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen geschrieben wurde. Das Wesentliche war zu dem Zeitpunkt bereits gesagt: Das Ausmaß dieses inszenierten Pogroms, dieses politisch gewollten Angriffs auf eine wehrlose Minderheit, ist längst beschrieben, der Skandal war nicht zuletzt im AIB 20a (November/ Dezember 1992) und dem Film "The trues lies in Rostock" ausführlich dokumentiert worden. Eines ließen die hektischen Wochen seinerzeit nicht zu: kritisch zu betrachten, wie die radikale Linke sich verhielt, den eigenen Anteil und das eigene Versagen völlig zu begreifen. Denn sofern man von einzelnen Ereignissen spricht, war das Pogrom sicherlich eine der bedeutendsten Niederlagen der deutschen Linken nach 1945.

Unmittelbar nachdem am Sonntag, dem 23.8.1992, die ersten Übergriffe vom Vorabend bekannt geworden waren, machten sich in verschiedenen Städten Norddeutschlands und in Berlin dutzende von Leuten auf den Weg nach Rostock. Ihre Absicht war, nach den Erfahrungen des vergangenen Jahres – den Angriffen in Hoyerswerda, Mannheim und anderswo – weitere Pogrome zu verhindern. Am Nachmittag hatten sich sechzig oder mehr Personen zusammengefunden und berieten, was zu tun sei. Damit keine Missverständnisse auftauchen: Hier standen Leute, die seit Jahren mit militanten Auseinandersetzungen vertraut waren, die in anderen politischen Bereichen und z.T. für weit unwichtigere Fragen lange Gefängnisstrafen oder ihre Gesundheit riskiert hatten, und die nicht prinzipiell Gewalt ablehnten. Aus Lichtenhagen erreichten Augenzeu-

genberichte das Plenum. Während die Antifas zum Teil noch anreisten, hatten sich bereits wieder erste Gruppen jugendlichen Mobs zusammengefunden, waren aber noch wenig entschlossen. Aus dem Haus, in dem die VietnamesInnen lebten, kamen Anrufe, die von neuen Angriffen berichteten. Für das jämmerlich unentschlossene Plenum stellte sich die Frage, was nun zu tun sei. Einzelne, gerade diejenigen, die schon vor Ort gewesen waren, plädierten dafür, vor das Haus zu ziehen und weitere Angriffe durch Präsenz zu verhindern, nötigenfalls auch mit Gewalt zurückzuschlagen. Es war eine realistische Einschätzung, dass zumindest die Chance bestand, hiermit die Situation grundlegend zu ändern. Es bestand tatsächlich die Möglichkeit, eine Eskalation der Übergriffe zu verhindern, was unabsehbare Folgen für die weiteren Ereignisse hätte haben können.

Damit bestand aber in diesen zwei oder drei Stunden die reale Chance, die kommende Pogromwelle bereits zu ihrem Auftakt zu unterbinden. Von der Mehrheit des Plenums wurde allerdings die Angst geäußert, dass man gegen den tobenden Mob keine Aussicht habe und die Gefahr bestehe, gelyncht zu werden. Diese Angst war sicher verständlich und wohl nicht ganz unbegründet. Doch die wenigen, die offen für ein sofortiges, direktes Eingreifen stimmten – und ich bekenne, dass ich selbst nicht zu ihnen gehörte — erklärten, dass es Situationen gebe, in denen man dann im Zweifelsfall bereit sein müsse, die entsprechenden Konsequenzen in Kauf zu nehmen. Als Weiße und als geschlossene Gruppe sei unsere Situation allemal sicherer als die der eingeschlossenen Flüchtlinge und Vertragsarbeiterinnen. Seit

Jahren hatte man mit moralischen Argumenten Zivilcourage eingefordert, den schweigenden AugenzeugInnen etwa des 9. November 1938 zurecht vorgeworfen, durch ihr Zusehen mitschuldig zu sein. Nun, selbst in eine vergleichbare Situation geraten, war die Angst um den eigenen weißen Hintern offenbar größer. Den moralischen Ansprüchen entsprach kein Bewusstsein darüber, wie man sich in der konkreten Situation selbst zu verhalten habe. Weder hatten wir uns selbst als Faktor der Geschichte ernst genommen, noch hatten wir uns ernsthaft klargemacht, dass in solchen Situationen im Zweifel auch Gefahr für unser eigenes Wohlergehen bestehen kann. Angst als dumpfes Gefühl unterscheidet sich von Furcht – einer rationalen, sachlich begründeten Risikoeinschätzung. Angst entsteht dort, wo eine Situation unvertraut ist; seit den Erfahrungen von Hoyerswerda hätten wir uns aber zumindest theoretisch mit den Notwendigkeiten und Gefahren angesichts eines Pogromes vertraut machen können. Ich schreibe dies, weil ich – mehr als in anderen Situationen – hier ein großes konkretes Versagen der Linken angesichts einer echten historischen Verantwortung sehe, das ich außerdem für ein ganz persönliches Versagen halte. Denn obwohl ich die Forderung, sofort in Lichtenhagen einzugreifen, für das einzig Richtige hielt, hatte ich nicht den Mut, dies auch offen zu sagen. Ich bin auch nach wie vor der Überzeugung, dass wir echte Chancen hatten, den Mob zu verscheuchen. Wenn Gefahr drohte, dann sicher – wie der weitere Verlauf des Abends zeigte – durch die Polizei, die offenbar den Auftrag hatte, das Pogrom in jedem Falle stattfinden zu lassen. Übrigens nahmen Menschen mit weit weniger entwickeltem antir-

assistischen »Bewusstsein« als unserem, die Gefahren in Kauf. Ständig waren Deutsche im Haus, die durchaus Gelegenheiten zu individueller Flucht hätten nutzen können. Das Plenum entschied sich für eine Geste der Hilflosigkeit, für eine Demonstration im sicheren Hinterland des Pogroms. Explizit wurde erklärt, dass dieser Schritt weniger gefährlich sei...

Reaktionen

Natürlich war es richtig, zunächst die Verantwortlichen an dem Pogrom, die durch ihre Aktivitäten und ihre Hetze Schuldigen zu benennen, und so schnell wie möglich vor Ort eine zweite und größere Demo zu organisieren. Wir vergaßen darüber, dass man auch durch Unterlassung mitschuldig werden kann. Dem Mob, vor dem wir aus Angst versagten, hat die radikale Linke denn auch nie verziehen. Die Reaktion war mehr als verblüffend. Wie kaum ein anderes Ereignis zeigte doch gerade das Pogrom von Rostock, dass der rassistische Mob für sich selbst genommen nichts ist, zur Gefahr erst dann wird, wenn seine Taten geduldet werden.

Das Pogrom entstand – nachweislich! – genau an dem Tag und Ort, wo die politisch Verantwortlichen es wollten; wo eine Bürokratie, welche Menschen verwaltet wie Dinge, die Situation aus Berechnung eskalieren ließ; wo eine zynische, selbstgefällige und unverantwortliche – hier passt das hässliche Wort – Journaille die Hetze aufgegriffen und verbreitet hatte. Sobald Politik und Bürokratie ihr Ziel – die faktische Abschaffung des Asylrechtes – erreicht hatten, als die Angriffe auf andere Immigrantinnen begannen, den vermeintlichen »sozialen Frieden« zu stören, und als das Ansehen Deutschlands im Ausland litt, gelang es den drei Gruppen Politik,

Bürokratie und Presse, den Mob der Pogromhelden wieder zur Ruhe zu bringen. Der Mob ist immer eine diffuse Masse von individuellen Feiglingen, die die Gelegenheit und den Mangel an Widerstand ausnutzen. Wer dies nicht glaubt, muß sich nur noch einmal die Filmaufnahmen in »The trues lies in Rostock« (dt.: »Die Wahrheit liegt/lügt in Rostock«) ansehen. Sie sind in den selben Minuten entstanden, als wir einige Kilometer entfernt unsere Ängste besprachen. Man kann sie als Lehrbeispiel für die Entstehung von Pogromen und die Zusammensetzung des Mob betrachten. Hier bekommen die z.T. sehr jungen Schaulustigen, die jeweils sehr unentschlossenen Grüppchen die Pflastersteine von einigen einzelnen Aufheizern regelrecht in die Hand gedrückt. Dann freilich, und weil niemand sie an ihren Taten hindert, putschen sie sich immer mehr auf, die Meute wächst an, um sich ein paar Tage nach den Übergriffen vollständig aufzulösen, als ob es sie nie gegeben hätte. Schuld an den Übergriffen trägt nicht nur der Mob, sondern eine ganze Gesellschaft. Aber ob wir mögen oder nicht – dazu gehören nicht nur diejenigen, die jubeln oder unbeteiligt zuschauen, sondern auch diejenigen, die aus Angst gelähmt sind, also auch wir. Indes, die antirassistische Bewegung flüchtete sich in Theoreme vom prinzipiellen Rassismus der Deutschen, in undifferenzierte Beschuldigungen, bei denen die unterschiedlichen Verantwortlichkeiten von aktiven Brandstiftern, jubelnden Zuschauern, journalistischen Stichwortgebern und bürokratischen Schreibtischtätern zu einem einzigen »nationalen Konsens« verwischt wurden, während die eigene Unterlassungsschuld nie und nirgends offen thematisiert wurde. Sehr bequem. Für die Zukunft müssen wir

die Lehre ziehen. Statt stets und überall verbal mit radikalen Parolen um uns zu werfen, statt in jedem Einzelereignis die Nagelprobe zu wittern, müssen wir lernen zu erkennen und zu unterscheiden, wann eine echte historische Verantwortung besteht, wann der Lauf der Dinge von unserem Handeln und Unterlassen tatsächlich mit beeinflusst wird. Dann müssen wir aber auch in der Lage sein, im entscheidenden Moment das richtige zu tun. Zu dieser Fähigkeit gehört es, sich in seinem eigenen Bewusstsein darauf einzustellen. Dass wir selbst dabei Schaden nehmen können, sollten wir uns deutlich vor Augen halten. Wir sollten aber auch lernen, dass es Situationen gibt, in denen wir uns nicht mehr aussuchen können, was wir wie machen. Dann heißt es eben: Hier ist die Rose, hier tanz!

2.5. „Antifa zu sein war kein Hobby sondern Lebensrealität“

Vor 30 Jahren gründete sich die erste Antifagruppe in der noch bestehenden DDR. Ausgangspunkt waren Angriffe von Neonazis auf ein Punkkonzert in der Ostberliner Zionskirche im Oktober 1987. Über Antifa im Osten sprachen wir mit den Herausgeber_innen des jüngst erschienenen Sammelbandes "30 Jahre Antifa in Ostdeutschland".

AIB: Wie kamt ihr auf die Idee, ein solches Buchprojekt zu beginnen und wie gestaltete sich die Spurensuche?

Herausgeber_innen: In den letzten Jahren sind so einige Bücher und Artikel erschienen, die ganz unterschiedlich auf die Antifa-Bewegung schauen und teilweise versuchen, ihre Geschichte niederzuschreiben. Dabei ist Antifa jedoch sehr fa-

cettenreich und bringt verschiedenste Ansätze und Strömungen zusammen. So etwas wie eine Geschichtsschreibung der Bewegung kann es kaum geben. Wir, die wir in der ausgehenden DDR geboren und im post-sozialistischen Osten aufgewachsen sind, fanden uns in den Darstellungen kaum wieder. Unsere Sozialisation, der politische Umbruch und die allgegenwärtige Präsenz von Neonazis passten nicht so recht zu den K-Gruppen, Spaltungslinien und Strategiedebatten der westdeutschen Antifa. Umgekehrt scheint für diese die Geschichte und der Eigencharakter der ostdeutschen Aktivist_innen nur wenig anschlussfähig gewesen zu sein. Bis auf Lagerfeuergeschichten, wie Anfang der Neunzigerjahre die besetzten Häuser gegen Neonaziangriffe verteidigt wurden und ein paar wenigen Artikeln, gab es zudem weder eine ostspezifische Bewegungsnach noch eine Wissenschaftsperspektive darauf. Als wir mit dem Buch begannen, schien es, als würden wir nur über Vergangenes schreiben, aber die Explosion rassistischer Gewalt und der Aufschwung der extremen Rechten in den letzten Jahren, machte schnell deutlich, dass der Blick zurück auch für die Gegenwart relevant wird. Mit dem Projekt können wir Erfahrungen und Wissen für die politische Praxis und Debatte weitergeben. Schon der NSU und die Aufarbeitung von militanten Neonazistrukturen seit den frühen Neunzigerjahren zeigte, wie wenig über die damalige politische Situation heute bekannt ist. Die Gespräche mit den damaligen und noch heutigen Aktivist_innen, die Sichtung alter Dokumente und Literaturrecherchen — im Archiv des apabiz, im AIB, Antifa-Infoblatt Ost, telegraph oder auf www.nazis-antifa-ddr.de — haben zahlreiche Informationen geliefert und uns

im Vorhaben bestärkt. Für uns ist der Sammelband eine Verbindung von Politik und Wissenschaft. So sind darin engagierte Aktivist_innen, Journalist_innen und kritischen Wissenschaftler_innen vertreten, die genau die Vielschichtigkeit der Bewegung und der Analysen von ihr selbst und über sie, deutlich machen. Sie alle haben ihre eigenen Zugänge zum Thema eingebracht und bilden ein Potpourri an Perspektiven.

AIB: Welche Spektren werden abgebildet und wie waren diese organisiert?

Herausgeber_innen: Vor 30 Jahren gründete sich die erste Antifagruppe in der noch bestehenden DDR. Ausgangspunkt waren die Angriffe von Neonazis auf ein Punkkonzert in der Ostberliner Zionskirche im Oktober 1987. Ihr folgten weitere Gruppen im ganzen Land, anfangs vor allem im damaligen Freiraum der Kirche, die auf die zunehmende neonazistische und rassistische Gewalt aufmerksam machten. Das Spektrum reicht(e) von Punks, Hausbesetzer_innen und militanten Antifas zu eher bündnis- und zivilgesellschaftsorientierten, und später auch explizit anti-deutschen Aktivist_innen. In Kleinstädten und ländlichen Regionen waren und sind sie oftmals „Allroundaktivist_innen“: Hausprojekt und Anti-Nazi-Arbeit gehen einher mit Gedenk-, Kultur- und Bildungsarbeit sowie kommunalpolitischem Engagement.

Zu Beginn der Neunzigerjahre hatte die Abwehr von Neonaziangriffen und die Verteidigung der eigenen Person höchste Priorität und drängte somit andere politische Debatten in den Hintergrund. Dabei verstanden sich die unterschiedlichen Aktivist_innen nicht immer als Antifa. Als kleinster gemeinsamer Nenner verbanden die Aktionen gegen Neonazis sowohl Punks, Bürger_innen und Hausbesetzer-

_innen. Antifa reichte vom alltäglichen Leben, über lose Zusammenhänge bis zu festen Gruppen. Organisation als leitendes *Paradigma*, das damals von der „Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation“ verfolgt wurde, weicht hier stärker einem notwendigem Pragmatismus, loser Vernetzung und gegenseitiger Unterstützung.

AIB: Wie gestaltete sich das Verhältnis der Aktivist_innen zum „antifaschistischen Staat“ DDR?

Herausgeber_innen: Die unabhängigen Antifa-Aktivist_innen verstanden sich als oppositionelle Kraft und kritisierten die Ignoranz der DDR-Obrigkeit und der Gesellschaft gegenüber dem seit Anfang der Achtzigerjahre stärker werdenden Neonazismus. Sie wollten durch öffentliche Aktionen auf das Problem aufmerksam machen. Als Teil einer demokratischen Oppositionsbewegung forderten sie politische Veränderungen des autoritären SED-Staates. Der Beitrag von Dietmar Wolf in unserem Sammelband zeigt dabei deutlich, wie dieser darauf reagierte: Von Abwiegeln über Einschüchterungsversuche, bis hin zu Überwachung und Unterwanderung von Antifa-Gruppen durch das Ministerium für Staatssicherheit (Stasi). Anhand von Akten wird deutlich, wie die Stasi in Dresden, Potsdam und Berlin die Antifa als Störende wahrgenommen und bekämpft hat. Mit dem Ende der DDR 1989/1990 suchte die Staatsführung zwar plötzlich die Zusammenarbeit, doch die Aktivist_innen lehnten ab.

Besonders überrascht hat uns am Verhältnis von Antifa und DDR vor allem der Blick aus dem Westen: Kaum Interesse, unzutreffende Analysen und eine unkritische Bezugnahme auf die DDR-Regierung. Der Sammelband beleuchtet aber vor

allem die Anfänge der Neunzigerjahre, es gibt also noch einiges Potenzial für weitere Analysen über die Zeit davor und danach.

AIB: Welche Einblicke konnten ihr in die theoretische und praktische Antifa-Politik in Ostdeutschland gewinnen?

Herausgeber_innen: Das Buch wirft Schlaglichter auf verschiedene Themen. In den Anfängen spielen das eben schon erwähnte Verhältnis zur DDR, das Erkämpfen von politischen Freiräumen durch Hausbesetzungen, und das Verhältnis zwischen Ost- und West-Antifa eine Rolle. Die verschiedenen Ansätze unserer Autor_innen ermöglichen Einblicke in Politisierungspfade, das Erleben von rechter Gewalt und die Herausbildung militanter Selbstverständnisse sowie die damit verbundene Auseinandersetzung um Handlungsräume. Bildungsarbeit, Gedenkpolitik, aber auch Debatten um die Rolle von Feminismus, die antideutsche Szene sowie Dissens und Chancen von Kooperationen zwischen Antifa und Zivilgesellschaft werden thematisiert.

Schwierig und wohl symptomatisch für die Bewegung war es, Autor_innen zum Thema Feminismus zu gewinnen. In Gesprächen sagten die Aktivist_innen, dass sie sich als gleichberechtigt fühlten und kaum Notwendigkeit sahen, Sexismus in den eigenen Reihen zu thematisieren. Mit dem Blick von heute fällt das hohe Maß an politischem Engagement und lebensweltlicher Bezüge auf: Antifa zu sein war kein Hobby sondern Lebensrealität. Verteidigung stand vor Theoriedebatte und der Konsens gegen Neonazis vor Grabenkämpfen. Nachdem die rechte *Hegemonie* Mitte der Neunzigerjahre zeitweise zurückgedrängt werden konnte, setzte eine Ausdifferenzierung ein: Auf der einen Seite Erschöpfung und Resignation, die

dazu führte, dass Aktivist_innen aufhörten, politisch aktiv zu sein. Auf der anderen Seite eine Verstetigung und Entfaltung von politischen Initiativen, wie Haus- und Kulturprojekten, Vereinen und der Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen, die bis heute bestehen.

AIB: Lassen sich eurer Meinung nach Erfahrungen für aktuelle Antifa-Organisation nutzbar machen?

Herausgeber_innen: Die derzeitige rassistische Stimmung wird oftmals mit den Neunzigerjahren verglichen, sodass es sich durchaus lohnt, den Blick zurückzuwerfen. Die Antworten auf die Frage, wie Aktivist_innen damals gehandelt haben, kann zwar nicht eins zu eins übernommen werden, weil die gesellschaftlichen Verhältnisse andere sind und insbesondere Repressionen des Staates heute stärker sind, aber sie können helfen, neue Strategien zu entwickeln und auch mutiger zu sein. Eins ist klar: Generationsbrüche in der Antifa sind ein Problem, Wissen wird nicht weitergeben und Debatten werden stets aufs Neue geführt. Dabei können wir viel aus den Erzählungen und Analysen lernen. Ein kritischer und zugleich konstruktiver Umgang mit den Erfahrungen kann helfen, auch die Organisation der Antifa weiterzudenken, mit historischen Verbindungslinien und zugleich als facettenreiches ‚Projekt‘ der Gegenwart. In diesem Sinne will unsere Verbindung von Bewegung und Wissenschaft auch einen Dialog ermöglichen, um gegenseitig und miteinander Perspektiven zu entwickeln. Ob das gelingt, bleibt abzuwarten.

Staatlicher Rassismus



3.1. Chronologie des deutschen Asylrechts

1949

Nach dem Schrecken des Nationalsozialismus wurden die Grundsätze des Asylrechts 1949 in Grundgesetz verankert: „politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ (GG). Das Asylrecht war somit eine Antwort auf die Folgen des Zweiten Weltkriegs, in Folge dessen über 50 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht waren. Die Auswirkungen des Krieges, insbesondere die Zerstörung der Infrastruktur, führten auch noch Jahre später dazu, dass Menschen in großer Zahl ihre Heimat verlassen mussten.

28. Juli 1951

Das Abkommen über die Rechtsstellung von Geflüchteten, heute bekannt als Genfer Flüchtlingskonvention, wurde auf einer Sonderkonferenz der UN verabschiedet. Die Idee bestand darin, Geflüchteten international Schutz zu bieten, weil erkannt wurde, dass zwischenstaatliche Abkommen nicht ausreichen.

1953

In den ersten Jahren des Asylrechts blieb die Zahl der Asylgesuche gering. Lediglich Asylsuchende aus Ungarn und Polen, nicht zuletzt auch aufgrund des Prager Aufstands, wurden aufgenommen, dienten sie doch als menschliche Beweise für die angebliche Überlegenheit des Kapitalismus.

1967

Um Asyl beantragen zu können, musste man sich auf örtlich und zeitlich (vor 1951) beschränkte Fluchtgründe berufen, da das bisherige Asylrecht lediglich dazu diente, den Folgen des Zweiten Weltkriegs entgegenzuwirken. Dies wurde durch das Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1967 geändert. Die Möglichkeit, nur europäischen Geflüchteten Asylrecht einzuräumen, wurde aufgehoben. Die Genfer Flüchtlingskonvention galt nun für die Staaten, die sowohl die Konvention als auch das Protokoll ratifiziert hatten, und uneingeschränkt gegenüber allen Schutzsuchenden.

1970er

Die Zahl der Asylgesuche stieg von 4.792 (1973) auf 92.918 (1980). Die Bundesregierung machte keine Hehl daraus, dass die Erhöhung der Flüchtlingszahlen als Grund dazu diente, das Asylrecht einzuschränken. Daran hat sich bis heute nichts geändert, da die Einstufung solcher Länder wie Marokko, Tunesien und Algerien als „sichere Herkunftsstaaten“ hauptsächlich auf die erhöhte Zahl der Geflüchteten zurückzuführen ist, die aus diesen Ländern kommen. Ende der 1970er Jahre stammte der Hauptteil der Asylsuchenden nicht mehr aus den „Ostblockstaaten“ sondern aus Ländern der sogenannten „Drit-Welt“.

1990er

Die Erwerbslosenzahl in Deutschland stieg stetig an. Der sich etablierende Neoliberalismus führte in der Bevölkerung zu verstärkten Abstiegs- und Konkurrenzängsten, welche rassistische Reaktionen zur Folge hatten. So wurde unter dem Vorwurf, Geflüchtete würden „Deutschen“ die Jobs klauen, Hetze gegen Migrant*innen verbreitet. Dass Geflüchtete einem 5-jährigen Arbeitsverbot unterlagen, wurde erfolgreich ausgeblendet. Auch nach der Aufhebung des Arbeitsverbots 1991 blieb das sogenannte „Inländerprimat“ weiter bestehen, wonach „Inländer*innen“ gegenüber arbeitssuchenden Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft bevorzugt wurden. Die CDU/CSU versuchte schon seit 1986 Druck auf die SPD auszuüben, um die nötige Zwei-Drittel-Mehrheit für eine Asylrechtsverschärfung zu erhalten und so wurde die Asylpolitik ein zentrales Thema bei den Bundestagswahlen 1986 und 1990. Bis heute bekannt sind die rassistischen Kampagnen der BILD, der WELT AM SONNTAG und des SPIEGELS. Geflüchtete wurden immer häufiger als „Asylbetrüger“ und „Schmarotzer“ bezeichnet. All dies zusammen genommen führte zu einer gesellschaftlich weit verbreiteten Ablehnung gegenüber Asylsuchenden und mündete in Mölln, Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Solingen und vielen anderen Pogromen und rassistischen Morden.

26. Mai 1993

10.000 Aktivist*innen blockierten den Bundestag, um die Abgeordneten daran zu hindern, an der Abstimmung über das Asylrecht teilzunehmen. 250 Abgeordnete erreichten ihr Ziel über den Landweg, 260 Parlamentarier*innen wurden per Schiff über den Rhein gebracht und 130 wurden per Hubschrauber eingeflogen. Der sogenannte „Asylkompromiss“ wurde unter Zuarbeit der Sozialdemokrat*innen mit der notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit beschlossen. Dieser Kompromiss bedeutete nichts weniger als die faktische Aushebelung des Asylrechts in Deutschland. „in der Neufassung des Grundgesetzartikels 16 bleibt das Asylrecht für politisch Verfolgte zwar erhalten. Asyl erhält jedoch nicht, wer aus einem als verfolgungsfrei eingestuften Herkunftsland stammt oder über einen so genannten „sicheren Drittstaat“ in die Bundesrepublik einreist. Als „sichere Drittstaaten“ gelten alle Nachbarländer Deutschlands. Ein Asylbewerber, der aus diesen Staaten einreist, kann nach einem verkürzten Verfahren abgeschoben werden. Zu den Neuerungen gehört auch die „Flughafenregelung“: der Transitbereich eines Flughafens gilt als exterritoriales Gebiet. Hier kann das Asylverfahren schon vor der Einreise durchgeführt werden.“ Die neuen Regelungen führten dazu, dass Länder wie Griechenland, Spanien und Italien besonders stark in Anspruch genommen wurden. Gleichzeitig waren und sind diese Länder sehr stark von wirtschaftlichen Krisen betroffen. Hier zeigte sich deutlich, dass eine „Asylkrise“ erst dann von der Bundesregierung als eine solche erkannt wird, wenn die Ergebnisse des eigenen Handelns in Form von Geflüchteten an die eigenen Landesgrenzen stoßen, bzw. mit einem Durchlassen der Geflüchteten nach Deutschland gedroht wird.

01.11.1993

Das Asylbewerberleistungsgesetz wurde beschlossen. Demnach erhielten Asylsuchende im ersten Jahr des Asylverfahrens abgesenkte Sach- und Barleistungen, erst danach wurden die Bezüge in Höhe der ungekürzten Sozialhilfe ausgezahlt.

01.06.1997

Das Asylbewerberleistungsgesetz wurde verschärft. Fortan erhielten Kriegsflüchtlinge mit Aufenthaltserlaubnis und alle anderen Leistungsberechtigten für drei Jahre abgesenkte Sachleistungen, unter dem Sozialhilfeniveau.

01.09.1997

Das Dubliner Übereinkommen trat in Kraft. Der von den damals 12 EG-Mitgliedsstaaten unterzeichnete völkerrechtliche Vertrag regelt die Zuständigkeit über die Bestimmung eines in der europäischen Gemeinschaft gestellten Asylantrags. Demnach ist dasjenige Land für die Prüfung des Asylantrags zuständig, welches der*die Asylsuchende als erstes betreten hat. Vorangetrieben von der deutschen Bundesregierung wurde damit eine weitere Möglichkeit eingeführt, Schutzsuchende wieder abzuschieben. Um die Verwaltungsbelastung an den EG-Außenstaaten möglichst gering zu halten, wurden die Grenzkontrollen verschärft und die Wege für die Geflüchteten immer gefährlicher. Zudem führte das Dublin-Verfahren dazu, dass die Grenzstaaten, welche am meisten von diesen Regelungen belastet wurden, versuchten, die Attraktivität für Asylsuchende zu schwächen, indem sie beispielsweise die sozialen Standards bis auf das menschenwürdige Minimum zurückschraubten.

01.09.1998

März 2003

Das Dublin-II-Abkommen trat in Kraft. Das Dubliner Übereinkommen wurde fast vollständig übernommen. Verbesserungen fanden sich zum Schutz der Familie in den Kriterien, die festlegen, welcher Staat für die Prüfung des Asylverfahrens zuständig ist. Besteht eine „familiäre Bindung“ einer*s Asylsuchenden zu einer*m anerkannten Geflüchteten in einem anderen Staat, so kann dieser Staat auch die Zuständigkeit über die Entscheidung des Asylsuchenden übernehmen. Mehrere Überstellungen von Asylsuchenden in andere EU-Staaten wurden bereits aufgrund der zu erwartenden „unmenschlichen und erniedrigenden Behandlungen“ (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) in Ungarn, Griechenland und Italien gerichtlich untersagt.

Für Geduldete und Ausreisepflichtige bestand die Gefahr, dass ihnen die Leistungen nochmals gekürzt werden auf „unabweisbare Leistungen“, wenn eine Einreise angeblich lediglich zur Inanspruchnahme von Sozialleistungen festgestellt wurde oder das Abschiebehindernis (z.B. durch verweigerte Mitwirkung) selbst zu vertreten war.

01.01.2005

Das Zuwanderungsgesetz wurde beschlossen und beinhaltete mehrere Veränderungen. Kettenduldungen (über einen längeren Zeitraum lediglich kurzfristige Bescheide über die Duldung) sollten abgeschafft werden. Entsprechende Aufenthaltserlaubnisse wurden jedoch nur erteilt, wenn der*die Betroffene „unverschuldet“ an einer Ausreise gehindert wird, was zumeist von behördlicher Seite verneint wurde. Der Integrationskurs diente nun als zentrales Mittel der Integration von Geflüchteten und übte dadurch Legitimationsdruck auf andere wichtige Angebote, wie der Sozialberatung, aus. Leistungen konnten in enormen Ausmaß gekürzt werden, wenn Geflüchtete nicht an Sprach- oder Integrationskursen teilnahmen.

28.08.2007

Erst nach vier Jahren konnten Leistungen in Höhe der Sozialhilfe in Anspruch genommen werden. Eine Folge dieser Änderung war auch eine 12-monatige Kürzung der Leistungen für alle Berechtigten, unabhängig von der Aufenthaltsdauer.

18.07.2012

Bundesverfassungsgericht Urteil
Seit 1993 wurden die Leistungen nicht angepasst, was dazu führte, dass die Sachleistungen zuzüglich eines Barbetrages bei 224,97 € im Monat lagen. Die Beträge lagen damit um ca. 40% unter dem Niveau der Regelsätze der Sozialhilfe bzw. des ALGII. Das Bundesverfassungsgericht stellte fest, dass die Höhe der Bezüge nicht dem Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum entsprachen, das neben der physischen Existenz auch ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben, sowie die Sicherung der Möglichkeit zur Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen umfasse. Die in Artikel 1 des Grundgesetzes garantierte Menschenwürde sei migrationspolitisch nicht zu relativieren.

19.07.2013

Dublin III trat in Kraft. Die Verordnung umfasst von nun an auch die Anträge auf subsidiären Schutz. Neu festgelegt wurde, dass Asylsuchende ein Recht auf Informationen haben, wonach sie über das Verfahren und dessen Kriterien informiert werden müssen. Persönliche Gespräche, die z.B. zu einer anderen Zuständigkeit aus humanitären Gründen führen könnten, sind ab jetzt garantiert. In Deutschland wurde die Entscheidung über die Zuständigkeit den Asylsuchenden häufig erst am Tag der Rückschiebung mitgeteilt. Dies wurde nun geändert, sodass eine frühere Informierung und damit die Einlegung von Rechtsmitteln ermöglicht wird. Neu ist auch die Garantie für einen einstweiligen Rechtsschutz. Den Mitgliedsstaaten wurden hierbei drei verschiedene Rechtsschutzmöglichkeiten zur Auswahl gestellt. Die schwarz-gelbe Koalition entschied sich bereits vorher für die schwächste der drei Varianten, wonach die Asylsuchenden innerhalb einer Woche nach Zustellung des Dublin-Bescheides einen Eilantrag beim Verwaltungsgericht stellen können. Ziel des Antrags kann eine Aussetzung der Rückschiebung sein.

3.2. Zwischen grenzenloser Solidarität und mörderischem Rassismus

Tausende von Geflüchteten, die von vielen Menschen an Bahnhöfen in Städten in Ost- und Westdeutschland mit „Refugees Welcome“-Schildern und Essensspenden begrüßt werden und ausgebrannte und zerstörte Unterkünfte von Geflüchteten: Grenzenlose und grenzüberschreitende Solidarität und mörderischer und gut organisierter Rassismus bestimmten in diesem Sommer 2015 nicht alleine das mediale Bild der deutschen Gesellschaft, sondern ganz konkret das Leben von zehntausenden Menschen: von tausenden Kindern, Frauen und Männern vor allem aus Syrien, Afghanistan, Irak und Eritrea, von Antifaschist_innen und Antirassist_innen, von tausenden ehrenamtlichen Flüchtlingsunterstützer_innen, von Medienmacher_innen, Politiker_innen und von einer entschlossenen Neonazibewegung mitsamt zehntausenden unorganisierten überzeugten Rassist_innen unterschiedlichster sozialer Herkunft.

Auch wenn dieser Sommer zwischen Willkommensfesten, Gegendemos zu Aufmärschen von Neonazis und ihren „Nein-zum-Heim“-Initiativen, zwischen nächtelangem Ausharren an Bahnhöfen und menschenunwürdigen Massenunterkünften für Geflüchtete, zwischen Zimmer suche für Geflüchtete und Recherchen zu organisierten Neonazistrukturen noch nicht vorbei ist: Ein kritischer Vergleich zwischen der aktuellen Situation und den frühen 1990er Jahren ist auch deshalb notwendig, weil mit dem Vergleich seit Beginn der PEGIDA-Bewegung im Sommer 2014 immer öfter auch die Frage nach den

Konsequenzen aus den Fehlern und Analysen der unabhängigen Antifa-Bewegung der 1990er Jahre gestellt wird.

Fluchtursachen und Antiziganismus — offensichtliche Parallelen

Die Parallelen bei den Fluchtursachen von heute und damals sind unstrittig: Die Auflösung ganzer Staaten und Machtblöcke — sei es der Zerfall des staatskommunistischen Blocks ab 1989 und der Republik Jugoslawien, der Zerfall des Irak und Afghanistans, die „Arab Rebellion“ mit dem damit einhergehenden Zerfall von Libyen und Syrien und dem Aufstieg der mörderischen Bewegung des „Islamischen Staats“.

413.000 Geflüchtete hat das Bundesamt für Migration in den ersten acht Monaten des Jahres 2015 registriert — und damit mehr als doppelt so viele wie im gleichen Zeitraum in 2014. Die mit Abstand meisten Geflüchteten — über 110.000 Menschen — kommen inzwischen aus Syrien, die zweitgrößte Gruppe sind 75.000 Menschen aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawien (Kosovo, Serbien, Mazedonien) und aus Albanien. Dazu kamen viele Geflüchtete aus den Herkunftsländern Irak, Afghanistan sowie Pakistan und Eritrea.¹ Mit der Zahl der Geflüchteten ist auch die Quote der anerkannten Asylberechtigten auf rund 33 Prozent „gestiegen“ — während 2/3 aller Anträge abgewiesen wurden.² Insbesondere geflüchtete Roma aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawien haben keinerlei Chance, als Verfolgte in Deutschland anerkannt zu werden.³ Die Parallelen zwischen den Zahlen von 1992 sind offensichtlich: Vor 23 Jahren lag die Zahl der Asylanträge bei rund 440.000. Damals kamen 26,3 Prozent

der Antragsteller_innen aus der im Zerfall begriffenen Republik Jugoslawien 23,7 Prozent kamen aus Rumänien, 7,2 Prozent aus Bulgarien, 6,5 Prozent aus der Türkei und ein weiteres Viertel der Anträge aus „sonstigen Ländern“.⁴

Der Vergleich macht vor allem deutlich, dass sich an der Verfolgungs- und katastrophalen Lebens- und Diskriminierungssituation insbesondere von Roma aus mittel- und südosteuropäischen Staaten in den vergangenen 23 Jahren nichts geändert hat. Ob in den in Auflösung begriffenen staatskommunistischen Ländern oder in den nunmehr neoliberalen post-Kriegsgesellschaften: An den Fluchtursachen — antiziganistische Gewalt, Pogrome, strukturelle Diskriminierung, auswegslose Armut und verweigerte Teilhabe — hat sich bis heute nichts geändert. Ebenso wenig wie am Antiziganismus der bundesdeutschen Politik und Gesellschaft: Zuletzt wurde dies durch die weitere Einschränkung des Asylrechts deutlich, seit September 2014 gelten Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien als „sichere Herkunftsländer“. Der asylpolitische Antiziganismus korrespondiert mit dem gesellschaftlichen Hass gegen Roma: Im Jahr 2014 lehnte mehr als die Hälfte der Befragten in der „Mitte-Studie“ der Universität Leipzig Sinti und Roma als Nachbarn ab.⁵ Auch die medialen Bilder, mit denen Antiziganismus geschürt wird, haben sich seit den 1990er Jahren nicht verändert: Fotos bettelnder Menschen in deutschen Innenstädten mit den dazu passenden Schlagzeilen von „rumänischen Bettler- und Diebesbanden“ (1992) oder „Einwanderern ins deutsche Sozialhilfesystem“ (2013) bestätigen und schüren Vorurteile und Ablehnung.

Wie schnell Antiziganismus in Deutsch-

land sieben Jahrzehnte nach dem Ende des NS-Völkermords an west- und osteuropäischen Sinti und Roma wieder in mörderische Gewalt umschlägt, zeigte schon das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen im August 1992: Ohne die bundesweit verbreiteten Bilder von geflüchteten Roma aus Rumänien, die vor der überfüllten Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung (ZAST) des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Rostock-Lichtenhagen unter freiem Himmel schlafen, essen und ihre Notdurft tatsächlich in den Hecken der Plattenbausiedlung verrichten mussten, wäre der Beginn des Pogroms am 22. August 1992 nicht denkbar gewesen. Weil die ZAST evakuiert und die Roma in ländlichere Heime gebracht wurden, griffen hunderte von Neonazis unter dem Beifall zahlreicher ZuschauerInnen dann das „Sonnenblumenhaus“ an, ein Wohnheim für ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter_innen. Politischer und medialer Antiziganismus ist auch einer der Ausgangspunkte für die Pegida-Bewegung gewesen, der sich auf den September 2012 fixieren lässt, als der damalige Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) begann, Roma-Flüchtlinge aus Serbien und Montenegro verbal zu attackieren. Friedrich bediente sich der klassischen Instrumente rassistischer Mobilisierungen: Aus einer kleinen Gruppe von knapp 7.000 Flüchtlingen im Jahr 2012 wurde eine „Flut von offensichtlich unbegründeten Anträgen“, natürlich durfte auch der Verweis auf die knappen Ressourcen nicht fehlen; entsprechend hieß es in einem Brief Friedrichs an die EU Kommission, die Flüchtlinge würden „unsere ohnehin schon angespannten Aufnahmesysteme belasten“. Unverhohlen drohte der Bundesinnenminister schon

damals mit Sanktionen und Rechtsbrüchen, wünschte sich ein 48-Stunden Asylschnellverfahren und kündigte gekürzte Bargeldleistungen für die Betroffenen im Asylverfahren an. Wenig später folgten rassistische Mobilisierungen gegen Flüchtlingsunterkünfte in Mecklenburg-Vorpommern und in Schneeberg (Sachsen) und die bekannte Berichterstattung über „Elendshäuser“ in Duisburg und anderswo. Inzwischen ist absehbar, dass die Unterscheidung der Bundesregierung zwischen erwünschten Geflüchteten aus Syrien und dem Irak einerseits und unerwünschten Roma andererseits, dazu führen wird, dass die Zahl der Abschiebungen von Roma noch weiter steigen wird — auch mit dem Verweis auf knappe Ressourcen. Umso notwendiger ist es, dass unabhängige Antifas und Antirassist_innen deutlich machen, dass antifaschistische Solidarität unteilbar ist und nicht von kapitalistischen Verwertungslogiken bestimmt sein darf.

Parallelen und Unterschiede: Politik und Medien

Untrennbar mit der ersten Welle rassistischer Gewalt seit 1990 verbunden ist die Mobilisierung der politisch Verantwortlichen gegen Flüchtlinge: Zwischen dem ersten Pogrom im wiedervereinigten Deutschland im August 1991 in Hoyerswerda (Sachsen), dem Pogrom im August 1992 in Rostock-Lichtenhagen und der de facto Abschaffung von Artikel 16 des Grundgesetzes im Mai 1993 lag ein sich quasi selbst befeuernder und aufputschender politischer und medialer Dauerdiskurs, der sich nicht allein gegen Flüchtlinge richtete, sondern die deutsche Wiedervereinigung als Ausgrenzungsprozess inszenierte: „Kerndeutsche“ gegen Migrant_innen und Geflüchtete. Schon

wenige Wochen nach dem Pogrom in Hoyerswerda hatte der damalige CDU-Generalsekretär Volker Rühle in einem Brief alle Kreisverbände dazu aufgefordert, „in den Gemeinde- und Stadträten, den Kreistagen und in den Länderparlamenten die Asylpolitik zum Thema zu machen“. Und parallel dazu drängte die CDU die damals oppositionelle SPD zur Zustimmung für eine Änderung des Artikels 16 GG.: „Wenn sich die SPD beim Kanzlergespräch am 27. Dezember verweigert, ist jeder Asylant nach diesem Tag ein SPD-Asylant“ hatte Volker Rühle in der Süddeutschen Zeitung im September 1991 erklärt.⁶

Wenige Wochen später schreibt die tageszeitung (taz) über eine Bundestagsdebatte zum Thema: Es hätte „um die hierzulande bedrohten Ausländer gehen sollen. Es ging um die Deutschen. Darum, wie man sie vor allzu vielen Fremden im eigenen Land bewahrt. Darum, wie man Verhalten Verständnis dafür zeigt, daß ein Teil dieser Deutschen die Ausländer vertreiben will. So bezeichnete Innenminister Wolfgang Schäuble den Anlaß der Parlamentssitzung gleich zu Beginn als ‚doppelt unerfreulich‘. Unerfreulich sei die Gewalt gegen Ausländer, die er knapp mit wenigen Urteilen wie ‚Schande für unser Land‘ verurteilte. Ebenfalls ‚unerfreulich‘ nannte er es, womit er sich dann bis zum Schluß seiner Rede beschäftigte: Daß viele Ausländer versuchten, mittels des Asylrechts hier ein Bleiberecht zu bekommen und daß sie die geltenden Zuwanderungsbeschränkungen unterliefen. Wie gewöhnlich forderte Schäuble, den Asylartikel 16 des Grundgesetzes zu ändern. Selbst für ihn ungewöhnlich war die Schärfe, in der er dies einklagte. Er zog ‚bürgerkriegsähnliche Zustände‘ in Ausländerwohnheimen heran. Er drohte versteckt mit noch

schlimmeren Zuständen: Nur wenn die Sozialdemokraten sich ‚gesprächsbereit‘ für eine Änderung des Asylartikels zeigten, ‚bleibt die Bundesrepublik ein ausländerfreundliches Land‘. Mittelbar machte der Innenminister das geltende Asylrecht für die Übergriffe verantwortlich: Diese hätten, so Schäuble, nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun. Er habe seit Jahren davor gewarnt, daß sich wegen der Asylrechtslage das Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern verschlechtere.“⁷ Auf dem Höhepunkt der medial-politischen Allianz titelte die BILD-Zeitung am 23. Januar 1993: „Fast jede Minute ein neuer Asylant. Die Flut steigt — wann sinkt das Boot?“ Bürgerliche Magazine wie „Der Spiegel“ hatten schon am 9. September 1991 mit einem Bild eines schwarz-rot-gold angemalten Kahns voller Menschen unter dem Titel „Flüchtlinge, Aussiedler, Asylanten: Ansturm der Armen“ den rassistischen Schlägern *sekundiert*. In der Woche nach dem Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Hünxe (NRW), den zwei libanesische Mädchen am 3. Oktober 1991 nur knapp überlebten, beschrieb ein „Spiegel“-Reporter den vierjährigen Bruder der beiden schwerverletzten Mädchen als „Monster mit den glühenden Augen“ und „Nachwuchs-Asylanten“.⁸ Andererseits kommentierten zumeist westdeutsche Journalist_innen den nackten rassistischen Hass in Ostdeutschland als Zivilisationsbruch.

Proteste der Geflüchteten verändern Medien und Gesellschaft

Tatsächlich liegen die zentralen Unterschiede zwischen den frühen 1990er Jahren und heute in der medialen Berichterstat-

tung, einer veränderten Gesellschaft und einer veränderten CDU: Angela Merkel ist nicht Helmut Kohl und die CDU/CSU von heute nicht die CDU/CSU der 1990er Jahre. Schon mit der Entscheidung zum Atomausstieg nach dem GAU in Fukushima hat Angela Merkel gezeigt, dass sie scheinbar mühelos bei entscheidender gesellschaftlicher und medialer Mehrheitslage die Forderungen, für die soziale Bewegungen Jahrzehnte gekämpft haben, von einem Tag auf den nächsten umsetzen kann — und dass der Teufel dann im Detail steckt. Das hat die Bundeskanzlerin mit dem staatlichen Trauerakt für die Opfer des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) ebenso gezeigt wie auch mit ihrem Besuch bei den Geflüchteten in Heidenau und der Entscheidung, Dublin II vorübergehend für Syrien-Flüchtlinge auszusetzen und zehntausende in Ungarn festgesetzte Geflüchtete in Deutschland aufzunehmen. Und wenn die Bild-Zeitung „refugees welcome“ twittert und mit dem Bild des ertrunkenen kurdischen Jungen Alan Kurdi aufmacht, dann ist das einerseits heuchlerisch und andererseits hat es eben auch eine wichtige Signalwirkung: an Neonazis und rassistische Gelegenheitsstär_innen, dass sie sich — zumindest für ein paar Wochen — nicht als Vollstrecker eines breiten gesellschaftlichen rassistischen Konsenses sehen können, an die Geflüchteten, ihre vor Ort allzu oft heftig angefeindeten und isolierten Unterstützer_innen und an die politisch Verantwortlichen in der Bundesregierung und den Ländern. In der aktuellen medialen Berichterstattung spiegelt sich aber auch wieder, dass es den Protesten der Geflüchteten in den vergangenen drei Jahren — sei es der Marsch und die Hunger-

streikaktionen der Geflüchteten gegen Residenzpflicht, das Sammellager-System und das herrschende Asylregime als Ganzes beispielsweise am Oranienplatz und an der Gerhart-Hauptmann-Schule in Berlin und in München — gelungen ist, mit ihren Forderungen zumindest Teile der Gesellschaft und der medialen Öffentlichkeit zu erreichen. Hinzu kommt sicherlich auch, dass eine Reihe von Medienmacher_innen in verantwortlichen Positionen von heute mehrheitlich die Pogrome der 1990er Jahre bewusst miterlebt haben und dass die mediale Deutungshoheit schwindet, wenn sich jede und jeder selbst über Facebook, Twitter und das Internet über den Krieg in Syrien oder im Irak — und damit über die Fluchtursachen — informieren kann.

Dennoch: Gerade vor dem Hintergrund der Erfahrungen der 1990er Jahre wissen wir alle, wie schnell die CDU/CSU und SPD die rassistische Karte zücken werden — unterstützt und befeuert von Boulevard- und anderen Medien —, wenn der Widerstand gegen die Aufnahme von Geflüchteten in den Kommunen weiter wächst und der Kampf um die Ressourcen sich verschärft: Der Widerstand innerhalb der CDU/CSU gegen die Entscheidung Merkels für die Aufnahme der „Ungarn-Flüchtlinge“ und die Aussetzung des Dublin II-Abkommens für syrische Geflüchtete ist ebenso wie die angekündigte erneute Grundgesetzänderung und der rassistische Schulterschluss der sächsischen CDU — unter stillschweigendem Einverständnis weiter Teile der sächsischen SPD, Linkspartei und Grünen — mit den organisierten Rassist*innen von PEGIDA — nur ein Vorgeschmack auf einen möglicherweise heißen Herbst 2015. Entscheidend wird dann sein, ob die gesellschaftliche Mitte — deren praktische Solidarität mit Geflüchteten derzeit eine

ganz reale Veränderung bedeutet — die konkreten Erfahrungen mit der mörderischen Asylpolitik und den Begegnungen mit den Geflüchteten Teil einer linken Protest- und Bürgerbewegung für eine offene Gesellschaft und gegen das herrschende Asylregime werden wird. Oder ob die rassistische und nationalistische Karte am Ende doch wieder sticht.

Neonazistische Gewalt und antifaschistische Reaktion: Den Widerstand gemeinsam mit den Geflüchteten organisieren

Ende des Jahres 1991 registrierte das Bundeskriminalamt 1.483 rechter Gewalttaten, 1992 stieg die Zahl auf 2.584. Angesichts der massiven Dunkelfelder bei rechten Gewalttaten in den frühen 1990er Jahren muss man davon ausgehen, dass diese Zahlen nur einen winzigen Ausschnitt der Realität widerspiegeln. Die aktuelle Welle neonazistischer Gewalt — täglich mehr als vier bis fünf rassistische Gewalttaten, 300 Angriffe und Dutzende Brandanschläge gegen geplante und bewohnte Flüchtlingsunterkünfte seit Jahresbeginn — sind auch das Ergebnis der jahrzehntelangen Verharmlosung neonazistischer Gewalt und Strukturen durch Strafverfolgungsbehörden und Politik. Die Kultur der Straflosigkeit der 1990er Jahre für die TäterInnen und den applaudierenden Mob von Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Eisenhüttenstadt oder Magdeburg ist eine der zentralen Ursachen für das Selbstbewusstsein, mit dem die „Generation Terror“ der 1990er Jahre Netzwerke wie den „Nationalsozialistischen Untergrund“ aufbaute und rechtsextreme Parallelwelten vor Ort verankern konnte. In der Sächsischen Schweiz, in Heidenau, Freital oder Meißen zeigt sich,

was passiert, wenn diese Parallelwelten über ein Vierteljahrhundert unangetastet bleiben. Und noch etwas eint die TäterInnen der „Generation Terror“, des NSU-Netzwerks und die BrandstifterInnen und rassistischen GelegenheitstäterInnen von heute: Ein mörderischer Rassismus und die Vorstellung, die Idee der „*White Supremacy*“ mit aller Entschlossenheit durchzuset-

zen.

Dass Heidenau nicht zum Rostock-Lichtenhagen wurde, liegt auch daran, dass Antifaschist_innen vor Ort präsenter waren und den Hass der RassistInnen — und der Polizei — auf sich zogen. Ohne Antifa und die (passive) Polizei wäre ein Pogrom wie Rostock-Lichtenhagen hier möglich gewesen. Aber eine Wiederholung von



Rostock-Lichtenhagen ist noch nicht vom Tisch. Denn trotz Facebook und Twitter, die eine virtuelle Präsenz einer antirassistischen und antifaschistischen Zivilgesellschaft simulieren, die aber oft in der realen Welt nicht aufrecht erhalten werden kann, muss das Arbeitsmotto der kommenden Monate immer noch heißen: Nur wenn wir vor Ort sind, nur wenn wir den Widerstand gegen Neonazis ganz real organisieren, nur wenn wir — und notfalls auch alleine und ganze Nächte lang — uns vor die Unterkünfte, die Turnhallen und die einzelnen angegriffenen Flüchtlinge stellen — können wir Schlimmeres verhindern. Dazu gehört — auch als reale Erfahrung aus den 1990er Jahren: Mit den Ansprüchen, dass wir alle unsere Autos sicher parken können, kein Risiko auf Verletzungen besteht und eine Abfahrt ohne Festnahme gesichert ist, wird kein Pogrom zu verhindern sein. Und auch wenn Anfang der 1990er Jahre rechtsfreie Räume vor allem in der ehemaligen DDR völlig normal als Ausgangslage für antifaschistische „Feuerwehreinsätze“ mitgedacht wurden, müssen die zwei Nächte rassistischer Krawalle in Heidenau OHNE einen effektiven Polizeieinsatz ein Weckruf und eine Erinnerung für alle sein, die Rostock-Lichtenhagen vergessen oder nicht miterlebt haben: Ein Vertrauen darin, dass die Polizei die Flüchtlinge schützen wird ist unangebracht — deren Einsatz oder Abzug wird letztendlich politisch entschieden. Und nur wenn wir weiter beobachten und recherchieren und unsere Rechercheergebnisse öffentlich machen, wird deutlich, wie und wo die Neonazistrukturen, wie z.B. der „III. Weg“ die Angriffe, Brandanschläge und rassistischen Mobilisierungen steuern und beeinflussen, wo Neonazis — was eigentlich niemanden überraschen sollte —

als Security die Unterkünfte schützen oder als Bauarbeiter die Unterkünfte sanieren, die die Kameraden dann anzünden oder anderweitig unbrauchbar machen — oder sogar als Feuerwehrmann das Feuer legen und später selber löschen.

Und eines ist auch klar: Das „wir“ der unabhängigen Antifastrukturen von heute unterscheidet sich natürlich sehr deutlich vom „wir“ der autonomen Antifabewegung der 1990er Jahre, die als Teil einer viel größeren, selbstverständlich militanten autonomen Bewegung ganz andere Spielräume und Aktionsmöglichkeiten hatte — und dennoch ab 1990 nur noch Abwehrkämpfe führte. Apropos Militanz: Nur dort, wo durch militante Antifa-Aktionen den Neonazis klare Grenzen gezeigt wurden und werden, wird es auch in Zukunft Freiräume geben — für alle, die anders sind und anders sein wollen.

Dazu gehört aber auch, dass wir die Geflüchteten als politische Subjekte ernst nehmen: Ihre Entschlossenheit und ihre Strukturen haben in diesem Sommer das europäische Grenzregime und die Festung Europa zum Wanken gebracht. Wenn tausende Geflüchtete jetzt über Monate unter menschenunwürdigen Bedingungen in Baumärkten, Turnhallen und Zeltstädten leben müssen, wird es auch an uns liegen, ob ihre zu erwartenden neuerlichen Proteste erfolgreich sein werden. Und erst wenn die Fluchtursachen angegangen und das europäische Asylregime komplett aus den Angeln gehoben wird, kann es hier für Geflüchtete menschenwürdige Bedingungen und gleichberechtigte Teilhabe geben.

3.3. Wie Donauwörth ein furchterregender Ort wurde

Lagersystem Eine Chronologie der Ereignisse in der Erstaufnahmeeinrichtung

Im Erstaufnahmelager Donauwörth leben Menschen aus der Türkei, Georgien, Pakistan, Somalia und anderen Nationen. Zwischen November 2017 und März 2018 stellten Geflüchtete aus Gambia die Mehrheit der Bewohner_innen. Die meisten von uns Gambier_innen lernten sich erst im Lager kennen. Obwohl wir Asylsuchende mit vielen Schwierigkeiten konfrontiert waren, wussten wir, dass wir uns organisieren müssen, wenn wir in die deutsche Gesellschaft integriert werden wollen. Dafür mussten wir uns zunächst untereinander kennenlernen. Wir veranstalteten Tanzabende und Gesang, Hallensport und Fußball. Dann begannen wir, einmal im Monat, später einmal pro Woche eine Versammlung zu organisieren. Dies war die Geburtsstunde des gambischen Integrationskomitees in Donauwörth.

Auch der Gemeinde wollten wir uns vorstellen: durch ehrenamtliche gemeinnützige Arbeit, zum Beispiel Reinigung öffentlicher Plätze; durch einen Tag der Begegnung mit den Jugendlichen in der Berufsschule. Wir wollten zwei Kindergärten in der Stadt besuchen und einen öffentlichen Vortrag im Rathaus Donauwörth halten. Das alles, um die Einheimischen über uns zu informieren und uns mit der Zeit in die Gesellschaft zu integrieren.

Entrechtung, Gewalt, Schikane

All diese Vorhaben wurden jedoch zunichte gemacht durch Probleme, mit denen wir täglich konfrontiert waren. So blockierte das Sozialbüro unser Taschengeld, sobald

jemand eine negative Antwort auf sein Asylgesuch erhielt. Das Gesundheitszentrum weigerte sich, unsere Kollegen mit Hepatitis B+ zu behandeln. Und wenn jemand Magen- oder Kopfschmerzen hatte, schrieb der Arzt ein Rezept, mit dem man Medikamente außerhalb des Lagers kaufen konnte. Wir haben aber nur ein Taschengeld von 90 Euro im Monat zur Verfügung, und wenn auch das gestrichen wird, wovon soll man dann die Medikamente bezahlen? Die Security behandelte uns brutal: Wenn es ein Missverständnis mit einem Wachmann gab, kamen im Nu Sicherheitskräfte aus allen Winkeln des Lagers angelaufen und warfen den Flüchtling ohne weitere Fragen zu Boden, fixierten ihn, knieten sich auf seinen Kopf, seinen Körper, seine Beine. Auch die Polizei belästigte unsere Kolleg_innen auf dem Schulweg. Sie kontrollierte sie täglich, auch wenn andere Schüler_innen dabeistanden. Oft mussten sich unsere Schüler_innen demütigende Fragen anhören: »Was machst du in meinem Land?« Oder: »Warum gehst du nicht nach Hause?«

Am 23. Januar 2018 schrieb das gambische Integrationskomitee den ersten Brief an die Lagerleitung mit der Bitte um Gleichbehandlung aller Flüchtlinge unabhängig von ihrer Nationalität, um Freigabe unseres Taschengeldes und um Arbeitserlaubnis. Am 29. Januar 2018 schrieben wir einen Folgebrief.

Da die Lagerleitung keinen der Briefe beantwortete, stellten wir am 12. Februar die 80-Cent-Jobs ein. An diesem Tag suchten Vertreter_innen des Integrationskomitees auch das Gespräch mit der Lagerleitung. Ohne uns anzuhören, gab uns Frau Glass von der Lagerleitung ein Ultimatum von zwölf Minuten, um alle arbeitenden gambischen Flüchtlinge

wieder an die Arbeit zu bringen, sonst würden sie überhaupt keine Arbeit mehr erhalten. Als wir am Nachmittag in der Kantine aßen, kam eine Küchenmitarbeiterin mit ihrem Smartphone heraus und begann, uns zu filmen. Wir forderten sie auf, das Video zu löschen, aber sie weigerte sich und rannte in die Küche.

Stell dir vor, am Ort, an dem du leben musst, verweigert man dir medizinische Behandlung, man behält dein Geld ein, die Security schlägt dich, die Polizei lauert dir auf. Wo bist du noch sicher? Wütend und traurig über die Situation im Lager beschlossen wir, zu Fuß nach Italien zurückzukehren. Am Bahnhof Donauwörth wurden wir von der Polizei gestoppt. Zum ersten Mal erfuhren wir, dass das Lager einen Direktor hat, der in Augsburg lebt. Wir erklärten ihm die Schwierigkeiten, mit denen wir im Lager konfrontiert waren, und er versprach, sich für eine Lösung einzusetzen, wenn wir ins Lager zurückkehrten. Am Folgetag fand ein Treffen statt, um über die Probleme zu sprechen, doch von den Versprechungen, die er am Vortag gemacht hatte, wollte der Lagerleiter nun nichts mehr wissen.

Nach diesem Ereignis wurde die Situation im Lager noch unfreundlicher. Es gab Verhandlungen mit den Behörden, bei denen auch der Direktor und die Polizei immer anwesend waren. Am 27. Februar 2018 formulierte das gambische Integrationskomitee acht Forderungen für ein geplantes Treffen am 1. März 2018, das vom Direktor des Lagers organisiert wurde. Alle acht Forderungen wurden bei jenem Treffen abgelehnt - mit Ausnahme einer, die eine Markierung auf den Ausweisen betraf. Doch als ein Mitglied des Integrationskomitees seinen Ausweis in Haus 47 ändern lassen wollte, wurde dies abgelehnt. Auch

diese Vereinbarung war also wertlos.

Eine zufriedenstellende Erklärung gab es nicht. Am 7. März beschlossen wir daher, die Arbeiten im Camp einzustellen, die Schulbesuche ebenso. Dies sollte unsere Unzufriedenheit über die Missachtung unserer Vereinbarung zum Ausdruck bringen. So blieb die Situation zunächst: keine Arbeit, kein Schulbesuch.

Der Großeinsatz vom 14. März

Am 14. März erhielt die Polizei die Information, dass einer unserer Kollegen, der nach Italien abgeschoben werden sollte, in dieser Nacht im Lager sei. Gegen drei Uhr morgens kamen Polizist_innen, um den Mann zu verhaften, fanden ihn aber nicht vor. Sie klopfen an Zimmertüren in Haus 11 und weckten andere Bewohner_innen im Erdgeschoss. Irgendwann ging der Feueralarm los, und Menschen aller Nationalitäten liefen ins Freie, auf der Suche nach einem sicheren Ort, so wie es uns die Lageverwaltung bei unserer Ankunft eingebläut hatte. Als die Polizei-beamt_innen die vielen Menschen sahen, fuhren sie weg.

Später behauptete die Polizei, die gambischen Flüchtlinge hätten die Abschiebung verhindert. Doch das ist falsch. Niemand hatte die Polizei daran gehindert, ins Lager zu fahren. Die meisten wussten nicht einmal, dass die Polizei in jener Nacht kommen würde, um einen Kollegen zu verhaften. Die Polizei fand den gesuchten Mann nicht, wahrscheinlich war er nicht im Lager. Es gab also keine Abschiebung, die jemand hätte verhindern können.

Der Rest des Tages verlief normal bis ca. 14 Uhr. Um 14 Uhr sahen wir etwa 60 Polizeiwagen sich dem Lager nähern. 200 Polizeibeamte liefen aufs Gelände, sicherten den Zaun rund ums Lager; jede Eingang-

stür in Haus 10 und Haus 11 wurde von jeweils mehreren Polizist_innen besetzt. Die Polizei war schwer bewaffnet mit Schusswaffen, Schlagstöcken, Tränengas, Pfefferspray, Handschellen und Kabelbindern, Hunden, Seilen und Schutzausrüstung (Helm, Handschuhe usw.) und trat sehr aggressiv auf.

Wir gambischen Flüchtlinge fragten, was los sei, als Antwort erhielten wir Pfefferspray ins Gesicht. Einer unserer Kollegen brach zusammen und musste ins Krankenhaus eingeliefert werden. Als Flüchtlinge wegen des Pfeffersprays in den Fluren keine Luft mehr bekamen, gingen zwei Fenster und eine Glastür zu Bruch. Wir bezeichnen die Aktion als Polizeigewalt, weil es absolut keinen Grund für den harten und gefährlichen Einsatz gab.

Die Polizeiaktion dauerte insgesamt vier Stunden. Der wegen Abschiebung Gesuchte war nirgends zu finden. Am Ende des Tages wurden 32 unserer Kollegen verhaftet; zwei von ihnen wurden am Abend freigelassen und in andere Heime gebracht. Am selben Abend veröffentlichte die Polizei eine Pressemitteilung darüber, wie gambische Flüchtlinge eine Abschiebung verhindert hätten und wie aggressiv sie gewesen wären. Sie erklärten die Verhafteten öffentlich zu »Randalierern« und »Rädelsführern«.

An dieser Stelle möchte ich klarstellen: Es kommt äußerst selten vor, dass Schutzsuchende die Gesetze der Gesellschaft, von der sie sich Schutz erhoffen, infrage stellen. Vor diesem Hintergrund sind Aussagen, Flüchtlinge seien »aggressiv« oder »gefährlich«, unbegründet. Es sind politische Hilfsargumente, um Geflüchtete zu isolieren.

»Randalierer« und »Rädelsführer«

Am nächsten Tag kündigte der bayerische Innenminister Joachim Hermann (CSU) einen Besuch im Lager an. Wir dachten, wir hätten nun endlich die Möglichkeit, ihm unsere Version der Geschichte zu erzählen. Doch dann hörten wir, dass der Minister nicht mit Schwarzen sprechen wolle. Aus Respekt vor seinem Amt und den Menschen, die ihn gewählt haben, entschieden wir also, während seines Besuchs im Gebäude zu bleiben. Er kam ins Lager, hielt sein Treffen ab und fuhr wieder. Anschließend erfuhren wir, dass wegen unserer »Aggressivität« das Sicherheitspersonal verstärkt werden sollte.

Nach dem Besuch des Innenministers am 16. März beschloss das Integrationskomitee, eine Kampagne zu starten. Am 22. März hielten wir eine Pressekonferenz, auf der wir die Situation ausführlich schilderten. Am 26. März demonstrierten die gambischen Flüchtlinge in München für die Freilassung unserer Kollegen und für eine Begründung des Polizeieinsatzes vom 14. März. Am 29. März demonstrierten wir erneut, diesmal in Donauwörth. Wir wiederholten unsere Forderungen und baten die deutsche Regierung, uns Hoffnung zu geben, statt uns zu Unrecht hinter Gitter zu bringen. Wir gaben Interviews für Radio, Fernsehen und Onlinemedien. Leider gaben die Medien unsere Aussagen falsch wieder, so dass wir schließlich entschieden, keine weiteren Interviews zu geben.

Wir schrieben Briefe, damit Mitglieder des Integrationskomitees die Möglichkeit erhielten, unsere Kollegen im Gefängnis zu besuchen. Alle Anträge wurden abgelehnt. Mitte Mai ließ die Polizei unsere Kollegen nach und nach frei. Einige wurden direkt

aus der Untersuchungshaft nach Italien abgeschoben, andere in andere Heime verlegt. Die Freigelassenen erhielten jeweils einen Strafbefehl wegen Landfriedensbruchs, einige zusätzlich wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte. Sieben Betroffene legten Einspruch gegen die Strafbefehle ein. Bis Mitte August sind bereits drei von ihnen nach Italien abgeschoben worden, die übrigen vier sind aufgrund des Dublin-Verfahrens ernsthaft bedroht.

Der Polizeiangriff in Donauwörth ließ die gambische Gemeinde in Angst und Schrecken versinken. Die Abschiebungen wurden seither immer häufiger und aggressiver, fast jede Nacht wurde um zwei oder drei Uhr morgens jemand zur Abschiebung abgeholt. Manche haben Deutschland inzwischen freiwillig verlassen, einfach, weil sie Angst hatten. Im Frühjahr lebten etwa 360 Menschen aus Gambia im Erstaufnahmelager in Donauwörth. Inzwischen sind es vielleicht noch 50 Menschen.

3.4. Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen (1993 bis 2016)

24 Jahre Recherche und Dokumentation des staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus

Die dreibändige Dokumentation umfaßt Einzelgeschehnisse, bei denen geflüchtete Menschen körperlich zu Schaden kamen. Dokumentiert sind unter anderem Todesfälle und Verletzungen vor, während und nach Abschiebungen und auch durch Angriffe aus der Bevölkerung. Im 24. Jahr ihrer Fortsetzung und Aktualisierung spiegelt die Dokumentation mit ihren über

9000 Geschehnissen die Lebensbedingungen wider, unter denen die schutzsuchenden Menschen in der Bundesrepublik leiden. Sowohl in den Flüchtlingslagern und Massenunterkünften als auch auf der Straße sind Schutzsuchende besonderen Gewaltverhältnissen ausgesetzt. Es gelingt bestimmten Teilen der Bevölkerung mit rassistischen Beleidigungen oder blankem Haß und direkten tätlichen Angriffen, den Menschen das Leben in Deutschland permanent streitig zu machen und sie weiter zu traumatisieren.

Gewalt auf der Straße vervielfacht

Besonders gravierende Auswirkungen auf die psychische Entwicklung und die körperliche Gesundheit sind die rassistisch motivierten Angriffe auf minderjährige Geflüchtete im öffentlichen Raum. Die Zahl der Angriffe und der Körperverletzungen hat sich im Jahre 2016 mit 134 verletzten Minderjährigen im Verhältnis zum Jahr 2015 (23 Körperverletzungen) fast versechsfacht.

Unabhängig vom Alter der Betroffenen sind die Zahlen der von RassistInnen verletzten Geflüchteten auf der Straße weiterhin deutlich angestiegen: von 2014 (72) auf 2015 (242) um mehr als das Dreifache und von 2015 auf 2016 (505) auf das Doppelte.

Verzweiflungstaten

Durch fehlenden Schutz der Privatsphäre in den Flüchtlingsunterkünften, durch Aggressionen und Übergriffe des Bewachungspersonals oder von Mitbewohnern einerseits und andererseits durch Angriffe von außen durch Brandstiftung, Werfen von Gegenständen, durch Schüsse oder Eindringen ins Gebäude finden viele geflüchtete Menschen gerade hier keine Sicherheit. Menschen, die ohnehin durch

die restriktiven Asylgesetze, durch Familientrennung und nicht erlaubten Familien-Nachzug, durch die Fluchtgründe (Verfolgung, Krieg, Hunger) und durch die Flucht selbst oft psychisch schwer angeschlagen sind, werden weiter destabilisiert.

So ist die Anzahl der Suizidversuche bzw. Selbstverletzungen von geflüchteten Menschen im Jahre 2016 die höchste, die seit 1993 von uns dokumentiert ist: mit 239 Geschehnissen 70 % höher als im Vorjahr (152 Selbstverletzungen). Daß dies nur ein Schatten der tatsächlichen Zahl von Verzweiflungstaten sein kann, zeigt die Antwort des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen auf eine Anfrage der Fraktion PIRATEN: in den ersten elf Monaten des Jahres 2016 war es zu 111 versuchten und 6 vollendeten Suiziden in Gemeinschafts- und Notunterkünften gekommen. Auch aus dem Innenministerium von Niedersachsen wurde vor kurzem bekannt gegeben, daß die Anzahl der Selbstverletzungen deutlich angestiegen ist. Da offizielle Statistiken in vielen Bundesländern gar nicht erst geführt oder nicht veröffentlicht werden, ist von einer Vervielfachung der bekannt werdenden Zahlen auszugehen. Die Dokumentation umfaßt den Zeitraum vom 1.1.1993 bis 31.12.2016.

Durch staatliche Maßnahmen der BRD kamen seit 1993 mindestens

507 geflüchtete Menschen ums Leben – durch rassistische Angriffe und die Unterbringung in Lagern (u.a. Anschläge, Brände) starben **107** Menschen.

217 geflüchtete Menschen töteten sich angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen, davon **73** Menschen in Abschiebehaft.

1875 geflüchtete Menschen verletzten sich

aus Angst vor der Abschiebung oder aus Protest gegen die drohende Abschiebung (Risiko-Hunger- und Durststreiks) oder versuchten, sich umzubringen, davon befanden sich **701** Menschen in Abschiebehaft.

5 geflüchtete Menschen starben während der Abschiebung

526 geflüchtete Menschen wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Mißhandlungen während der Abschiebung verletzt.

35 geflüchtete Menschen kamen nach der Abschiebung in ihrem Herkunftsland zu Tode, und

605 geflüchtete Menschen wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär mißhandelt und gefoltert oder kamen aufgrund ihrer schweren Erkrankungen in Lebensgefahr.

74 geflüchtete Menschen verschwanden nach der Abschiebung spurlos.

205 geflüchtete Menschen starben auf dem Wege in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen, davon allein

131 an den deutschen Ost-Grenzen,

3 Personen trieben in der Neißة ab und sind seither vermißt.

681 geflüchtete Menschen erlitten beim Grenzübertritt Verletzungen, davon **345** an den deutschen Ost-Grenzen.

22 geflüchtete Menschen starben durch direkte Gewalteinwirkung von Polizei oder Bewachungspersonal entweder in Haft, in Gewahrsam, bei Festnahmen, bei Abschiebungen, auf der Straße, in Behörden oder in Heimen – mindestens

1074 wurden verletzt.

23 geflüchtete Menschen starben durch unterlassene Hilfeleistung.

83 geflüchtete Menschen starben bei Bränden, Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte und Wohnungen oder durch sonstige Gefahren und

1421 Flüchtlinge wurden dabei z.T. erheblich verletzt.

24 geflüchtete Menschen starben durch rassistische Angriffe im öffentlichen Bereich und

1683 geflüchtete Menschen wurden bei Angriffen auf der Straße verletzt.

3.5. Offensiv gegen unerwünschte Migration

Der rechte Terror von Heidenau kam nicht ohne propagandistische Flankierung. „Wir erleben eine neuzeitliche Völkerwanderung“, tönte der CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer vier Tage vor den Attacken in der sächsischen Kleinstadt. Es sei „inakzeptabel“ und eine „Schande für Europa“, dass rund 40 Prozent der Asylbewerber in Deutschland aus Staaten des Westbalkans kommen, befand kurz davor der Bundesinnenminister. „Das Wichtigste ist, deren Anzahl drastisch zu reduzieren“, sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) im Interview. Er verwies auf einen Aktionsplan zur Beschleunigung der Asylverfahren und eine konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber. „Hätten wir das heute schon alles umgesetzt, würden wir im ersten Halbjahr über 80.000 weniger Asylbewerber sprechen und hätten auch eine ganz andere Stimmung im Land.“ Die Pogromstimmung in manchen Gegenden des Landes hat für den Minister also vor allem eine Ursache: zu wenige Abschiebungen.

Wenige Wochen zuvor hatte die schwarzrote Regierung in Berlin die Aufenthaltsbedingungen tausender in Deutschland lebender Flüchtlinge und Migranten verschärft. Eine Reform des Bleibe- und Abschieberechts sieht zwar Erleichterungen im Bleiberecht für gut integrierte Migranten vor, das neue Gesetz erleichtert es

den Behörden jedoch auch, gegen jene Migranten vorgehen, die keinen gültigen Aufenthaltstitel haben. De Maizière begründete die Reform mit einem „erheblichen Vollzugsdefizit“ bei der Aufenthaltsbeendigung. Die Behörden schoben ihm also nicht fleißig genug ab. Es sei rechtsstaatlich unbefriedigend, dass im Moment nur „bei einem sehr kleinen Teil der vollziehbar Ausreisepflichtigen die Ausreisepflicht auch tatsächlich durchgesetzt wird“.

Im Juni 2014 hatte der Bundesgerichtshof weite Teile der in Deutschland praktizierten Abschiebehaft für rechtswidrig erklärt. Seitdem sind die Abschiebegefängnisse wesentlich leerer. Die Bundesregierung behauptet nun, die damals entstandene Lücke jetzt schließen zu wollen. Ausländerbehörden sollen deshalb künftig mit einem neu geschaffenen „Ausreisegewahrsam“ Flüchtlinge zu deren einfacherer Abschiebung bis zu vier Tage lang festnehmen können. In der Vergangenheit durften Migranten zwar im Rahmen der Abschiebehaft auch schon eingesperrt werden, allerdings mussten dafür weitere Gründe vorliegen. Hierbei wurde zumeist das Argument der Fluchtgefahr herangezogen. Nun aber ist es möglich, einen Flüchtling beim ersten Betreten Deutschlands in Abschiebehaft zu stecken. Es könne „nicht sein, dass die Ausreisepflichtigen dem Staat auf der Nase herumtanzen“, so de Maizière.

Flüchtlinge können nun schon deshalb in Haft genommen werden, weil sie aus einem anderen EU-Staat eingereist sind, ohne dort den Abschluss ihres Asylverfahrens abzuwarten. Am heftigsten umstritten ist an dem Gesetz die neue Definition von Fluchtgefahr, die als Grund für eine

Inhaftierung herangezogen wird. Demnach besteht Fluchtgefahr beispielsweise, wenn ein Flüchtling, der illegal eingereist ist, über seine Identität täuscht oder hohe Beträge für Schleuser aufgewandt hat.

Das neue Abschieberecht ist nicht die einzige aktuelle Offensive gegen unerwünschte Migration. Vor allem Roma aus Südosteuropa geraten ins Visier. Vorreiter ist Bayern. Am 20. Juli 2015 beschloss die Landesregierung in München „zwei, möglichst grenznahe, Aufnahme-Einrichtungen nur für Asylbewerber mit geringer Bleibewahrscheinlichkeit aus südosteuropäischen Ländern“ zu schaffen. Dort sollen „alle für eine schnelle Verfahrensabwicklung erforderlichen Behörden“ präsent sein — von der Ausländerbehörde bis zum Verwaltungsgericht. Die Flüchtlinge bleiben bis zur Abschiebung dort und werden nicht mehr in die Kommunen weiterverteilt. Anfang September eröffnete ein erstes „Aufnahmezentrum für Balkanflüchtlinge“ bei Ingolstadt.

Bayern will dort das Sachleistungsprinzip wieder einführen. Die BewohnerInnen der Lager sollen nur noch ein Taschengeld bekommen und ansonsten per Kantine versorgt werden. Diese Praxis war in Bayern erst im Februar durch das neue (Bundes-) Asylbewerberleistungsgesetz beendet worden. Finanzminister Markus Söder (CSU) will aber auch das Taschengeld streichen. Bayern hat dazu eine Bundesratsinitiative gestartet, die vorsieht, dass allen südosteuropäischen Flüchtlingen unterstellt werden darf, nur zum Zweck des Sozialleistungsbezugs eingereist zu sein. Dann könnte auch das Taschengeld gestrichen werden.

Schon am 31. März 2015 hat das bayerische Innenministerium angeordnet,

Asylsuchenden aus Südosteuropa „ab sofort grundsätzlich keine Beschäftigungserlaubnisse“ mehr zu erteilen. Schon erteilte Erlaubnisse können aus „grundsätzlichen migrationspolitischen Erwägungen“ entzogen werden, selbst für laufende Ausbildungen. So wolle es „deutlich machen, dass mit dem Stellen aussichtsloser Asylanträge nicht das Ziel einer Beschäftigung in Deutschland verfolgt werden kann“, so das Innenministerium.

In den Lagern sollen die Flüchtlinge aus Südosteuropa „innerhalb der drei ersten Tage“ ihren Asylantrag stellen. Gleichzeitig werden sie sofort über die „freiwillige Ausreise“ beraten und „zu jedem Zeitpunkt“ dabei unterstützt, so hat es die Landesregierung am 20. Juli 2015 beschlossen. Anhörung, Entscheidung und Zustellung der Entscheidung durch das Asyl-Bundesamt erfolgen „binnen zwei Wochen“. Gerichtliche Widersprüche werden ebenfalls innerhalb von zwei Wochen entschieden.

Laut Beschluss des bayerischen Kabinetts sollen Abschiebungen nach der endgültigen Ablehnung der Asylanträge durch das Asyl-Bundesamt oder ein Verwaltungsgericht „unmittelbar und kontinuierlich“ direkt aus der Einrichtung erfolgen. Ob in den Lagern für die südosteuropäischen Flüchtlinge auch Abschiebehafplätze entstehen sollen, ist offen. Bereits im Mai hatte de Maizière angekündigt, dass die Abschiebungen aus den Sonderlagern in die Balkanstaaten von der Bundespolizei zentral gesteuert und durchgeführt werden.

Auch auf EU-Ebene kommt die Anti-Flüchtlings-Maschinerie in Gang. Im Juli beschlossen die EU-Außenminister den europäischen Militäreinsatz gegen Schlepperbanden. Die Operation „Eunavfor

Med“, die über militärische Aufklärung genauere Informationen über die Netzwerke der Schleuser bringen soll, ging in die erste Phase. Dabei werden Radar-, Luft- und Satellitenbilder sowie Geheimdienstinformationen ausgewertet. Neben Schiffen sollen auch Flugzeuge, Hubschrauber, Drohnen und U-Boote zum Einsatz kommen.

Die Bundeswehr hat bereits vier Soldaten zur Planung des Einsatzes in das Missionshauptquartier in Rom entsandt. Die genaue weitere Beteiligung steht noch nicht fest. Deutschland hat aber schon zur Seenotrettung vor Libyen zwei Schiffe im Einsatz. Sie könnten sich im Prinzip auch an der ersten Phase der „Anti-Schlepper-Mission“ beteiligen. Die EU-Staaten hatten im April beschlossen, militärisch gegen Schleuser aus Libyen vorzugehen und auch deren Boote zu vernichten. Für einen Einsatz in libyschen Hoheitsgewässern bräuchte die EU aber ein Mandat des UN-Sicherheitsrats. Dies scheiterte bisher an Vorbehalten der UN-Vetomacht Russland.

Von 2013 bis 2014 verdoppelte sich die Zahl der Angriffe auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte jedes Jahr. In den ersten Monaten dieses Jahres stiegen die Zahlen weiter an: abgefeuerte Gewehrketten, gelegte Brandsätze, Körperverletzungen. Im Juli und August explodierte die Gewalt förmlich. „Wir kommen mit dem Aktualisieren der Karte nicht hinterher“, sagte der Mitarbeiter der Online-Redaktion einer Berliner Zeitung an dem Tag, an dem Angela Merkel das neue Flüchtlingsheim in Heidenau besuchte. In Sichtweite der skandierenden Rassist_Innen versprach sie dort, es gebe „keine Toleranz gegenüber denen, die die Würde anderer Menschen in Frage stellen.“

Ihren Willen bekommen sie aber trotzdem. Während Merkel in Heidenau sprach, verschickte de Maizière ein vierseitiges Papier mit elf Vorschlägen zur „Eindämmung der Asylnmigration“ an die übrigen Bundesministerien. So sollten Bargeldzahlungen an Asylsuchende weiter eingeschränkt werden. Zudem sollen Flüchtlinge künftig sechs statt drei Monate in einem Erstaufnahmelager bleiben, um sie bei Ablehnung eines Antrags schneller abschieben zu können. Zugleich soll die Residenzpflicht wieder von drei auf sechs Monate verlängert werden, um die „Verfügbarkeit des Antragstellers“ für das Verfahren und gegebenenfalls die Abschiebung sicherzustellen. Die räumliche Beschränkung für Flüchtlinge war erst im vergangenen Jahr aufgehoben worden. Die Maximaldauer für die Aussetzung von Abschiebungen soll von sechs auf drei Monate verkürzt werden. Montenegro, Albanien und das Kosovo sollen als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden.

3.6. Security-Gewalt in Unterkünften für Geflüchtete

Die Meldungen über rassistische Übergriffe durch Sicherheitsdienste in Asylunterkünften häufen sich – besonders im Kontext der neuen bayerischen AnKER-Zentren (Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen). Für die Opfer ist es nahezu unmöglich, gegen die Aggressoren rechtlich vorzugehen. Denn sie werden oft selbst kriminalisiert oder ihnen wird meistens der Zugang zu Rechtsmitteln verweigert. Die Leitungen der Unterkünfte zeigen mitunter ebenso wenig Interesse an der Aufklärung wie Polizei, Justiz oder die Bayerische Staatsregierung, die – wie auch die Bundesregierung – kein Problem

erkennen möchten.

In der Nacht zum 15. November 2017 stirbt in der Aufnahmeeinrichtung in Oberfranken (AEO) – einem heutigen AnKER-Zentrum – ein Eritreer bei einem Brand in seinem Zimmer. Laut Ermittlungen soll das Opfer für das Feuer „selbst verantwortlich gewesen sein“ und es gebe „keine Anhaltspunkte“ dafür, dass es bei der Rettung zu Verzögerungen gekommen sei. Nach Aussagen von Bewohner*innen hätte es jedoch 40 Minuten bis zum Eintreffen der Feuerwehr gedauert, da die Sicherheitsmitarbeiter zuerst nicht auf den Alarm reagierten hätten. Schon im Sommer 2017 hatten westafrikanische Geflüchtete u.a. wegen Übergriffen von Sicherheitsmitarbeitern ein Krisentreffen mit der Leitung der AEO organisiert. Diese unternahm danach jedoch nichts.

Ende September 2017 eskalierte die Gewalt in der AEO, als Sicherheitsmitarbeiter mehrere Geflüchtete schwer verprügelt haben sollen. Im Oktober 2017 wurden dann in einem Fall Ermittlungen wegen versuchten Totschlags und gefährlicher Körperverletzung eingeleitet. Diese Ermittlungen dauern noch an, aber schon im Frühjahr 2018 äußerte die Staatsanwaltschaft Bamberg, dass Widersprüche aufgetreten seien, die erhebliche Zweifel daran bestehen lassen, dass strafrechtliche Tatbestände verwirklicht worden seien. Der Vertrag der Regierung Oberfranken mit der Security-Firma „Fair Guards Security“ läuft weiter, lediglich die von den Ermittlungen betroffenen Mitarbeiter wurden temporär vom Dienst suspendiert.

Security „Sonderteam“?

Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch die AEO-Leitung leugnen bisher das Gewaltproblem in der AEO, obwohl ihnen

bekannt ist, dass sich im Sommer 2017 innerhalb der Firma "Fair Guards" und deren Subunternehmen ein sogenanntes „Sonderteam“ gebildet hatte. Laut Berichten ehemaliger Sicherheitsmitarbeiter soll dieses Team durch rassistische Äußerungen und durch Gewalt besonders gegen Schwarze Asylsuchende aufgefallen sein. Damalige Kollegen berichteten, dass die Gruppe mehrfach Übergriffe gegen Geflüchtete begangen und gezielt Konfliktsituationen eskaliert habe, anstatt sie zu beruhigen. Besonders brutal waren demnach die Übergriffe gegen drei Senegalesen Ende September 2017 in der AEO-Kantine und am AEO-Eingang.

Brutaler Alltag

Nach Aussagen von Bewohner*innen und ehemaligen Sicherheitsleuten soll es immer wieder Übergriffe und Provokationen durch das Wachpersonal gegeben haben. Bis zu einer Razzia im Wachbüro Ende Oktober 2017 wurden zwar zahlreiche Geflüchtete von der Polizei festgenommen, vom Wachdienst jedoch wurde kein Fall bekannt. Die Polizei schien kaum an den Aussagen der Geflüchteten interessiert zu sein, denn muttersprachliche Dolmetscher*innen wurden nicht hinzugezogen. Weil Sicherheitsmitarbeiter Strafanzeigen erstatteten, folgten häufig sogar strafrechtliche Ermittlungen gegen die Opfer. Wenn diese Strafbefehle erhielten, sollen die Sozialarbeiter*innen der AEO ihnen davon abgeraten haben, Rechtsmittel einzulegen. Sie sollen den Betroffenen somit kaum bei der Wahrnehmung ihrer Rechte geholfen haben.

Aarona K. und Ndiame D. waren unter den wenigen, die gegen ihre Kriminalisierung rechtzeitig Einspruch einlegten. Aarona K.

hatte ohne Gewaltanwendung versucht, einem anderen westafrikanischen Asylsuchenden zu helfen, der Anfang September 2017 in der AEO-Kantine von den Wachen misshandelt wurde. Diese setzten Pfefferspray gegen Aarona K. ein und fesselten ihn. Später wurde er mit weiteren Geflüchteten zur Polizeiwache gebracht. Ein größerer Polizeieinsatz folgte, um die Ordnung gegenüber der „aggressiven“ Gruppe von „Schwarzafrikanern“ wieder herzustellen und um „weitere Straftaten“ zu verhindern. Gegen Aarona K. und Ndiame D. wurden Strafbefehle zu 120 Tagessätzen wegen gefährlicher Körperverletzung erlassen. Zwar gründete sich eine Unterstützungskampagne, der Prozess vom Amtsgericht Bamberg wurde jedoch solange ausgesetzt, bis Ndiame D. abgeschoben wurde und Aarona K. aus Verzweiflung das Land verlassen hatte. Im September 2018 hat das Amtsgericht sogar noch Haftbefehl gegen Aarona K. erlassen. Viele Bewohner der AEO waren nicht so entschlossen wie Ndiame D. und Aarona K. und hatten auch nicht das Glück, solidarische Anwälte zu finden. Deren Strafbefehle wurden daher rechtskräftig und stehen somit einem Urteil gleich.

Die gewalttätigen Übergriffe in der AEO gehen laut Berichten von vor Ort weiter. Sie sind zwar inzwischen etwas zurückgegangen, aber Übergriffe nach dem Muster „Sonderteam“ ereigneten sich u.a. Ende Januar, Anfang Mai und im Sommer 2018. Auch in der Nacht zum 11. Dezember 2018 kam es zu einem groß angelegten Polizeieinsatz. Dass die Geflüchteten angeben, die Security habe sie angegriffen, interessierte die Polizei wieder kaum. Mehrere Geflüchtete wurden festgenommen.

Ausreise als Ziel

Viele der Betroffenen flüchteten – wenn sie nicht abgeschoben wurden – in andere europäische Länder. Bamberg ist kein Einzelfall. Die sogenannten AnkER-Zentren und Dependancen in Manching/Ingolstadt, Fürstenfeldbruck und Donauwörth gelten unter Geflüchteten als berüchtigt für gewalttätige Übergriffe von Securitymitarbeitern. Es gab auch Fälle in Deggendorf und Regensburg. Ziel dieser bayerischen Lager ist es anscheinend, die Zustände für Menschen mit angeblich „geringer Bleibeperspektive“ so unerträglich wie möglich zu gestalten, um sie so zur Ausreise zu bewegen. Abschiebungen wären sonst schwer durchzuführen, weil Reisedokumente fehlen oder in „Dublin-Fällen“ beispielsweise durch Zimmertausch verhindert werden könnten.

Ob nun gewollt oder ungewollt: Security-Gewalt funktioniert also als eine Art weiteres Mittel, um Asylsuchende zur Ausreise zu bewegen. Diese waren – neben Arbeits- und Studienverboten, Sach- statt Geldleistungen, Verweigerung der medizinischen Versorgung, rassistischen Polizeikontrollen und anderen Kriminalisierungen der Geflüchteten – Gegenstand vieler Proteste, die es seit 2017 in bayerischen Lagern gab.

Parallelen

Die vielen Berichte von Security-Gewalt in bayerischen Lagern haben nicht nur strukturelle Ähnlichkeiten mit dem Fall Oury Jalloh, der 2005 in einer Dessauer Polizeizelle unter ungeklärten Umständen verbrannte, sondern auch mit dem NSU-Komplex: Hinweise zu rassistischen Tatmotiven und Täter*innen werden in polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen häufig ignoriert, falls es überhaupt zu solchen kommt. Im Gegen-

teil: Die Betroffenen werden oft selbst verdächtigt oder sogar beschuldigt, die Angreifer gewesen zu sein. Es besteht mitunter eine Art Zusammenspiel zwischen Security-Firmen, Lagerleitung, Polizei, Justiz und Medien mit dem Ziel, Geflüchtete zu kriminalisieren. Bei der Gewalt von Security in Abschiebelagern handelt es sich nicht um wenige isolierte Einzelfälle, sondern sie kann auch als ein Bestandteil des staatlichen Gewalt-Komplexes analysiert werden. Ziel dieser Einrichtungen ist es demnach, durch verschiedene Formen staatlicher und struktureller Gewalt die Bewohner*innen zur Ausreise zu treiben. In diesem Zusammenhang bekommt die Äußerung eines Angestellten der Security in der AEO Bamberg mehr als eine bloß anekdotische Bedeutung: Im Sommer 2017 soll dieser gegenüber einer senegalesischen Bewohnerin behauptet haben, dass er ein staatliches Mandat habe, ausreisepflichtige AEO-Bewohner*innen anzugreifen.

Staatsfaschisierung



4.1. Nazis, Rassist*innen und die bürgerliche Mitte

[...] Die Große Koalition reagierte mit Asylrechtsverschärfungen auf eine wachsende Unzufriedenheit eines lautstarken Teils der Bevölkerung, welcher in der Aufnahme schutzsuchender Menschen eine Gefahr für die, wie auch immer geartete, eigene Kultur erkennen will. Damit reagierte sie aber auch auf das Unvermögen einer bürgerlichen Mitte, die sich hin und hergerissen sieht, zwischen ihrem eigenen moralischen und humanistischen Selbstbild, gutes tun zu wollen, und den scheinbaren, rein ökonomisch motivierten Sachzwängen, „aber man kann ja nicht allen helfen“. Eine Verlogenheit und Heuchelei, die nur dann entstehen kann, wenn man sich über die wahren Ursachen von Krieg, Armut und Hunger keine Gedanken machen möchte. Bereits eine Woche nach der Öffnung der Grenze für Geflüchtete aus Ungarn wurde auf Druck der CSU die Grenze wieder geschlossen und Grenzkontrollen eingeführt. Die Bundesregierung, vor allem Angela Merkel, propagierte öffentlich immer wider die „deutsche Willkommenskultur“. Ihre real durchgesetzte Politik entsprach jedoch den Forderungen der politisch Rechten, die das Kabinett der Bundesregierung vor sich hertrieb. Abgesehen davon, dass die Bundesregierung ohnehin an einer anderen Politik gar kein Interesse hatte oder hat, wurde der Aufstieg rechter Gruppierungen, wie der AfD und Pegida, flankiert von einer rassistischen Politik, die im Grunde diesen Ansprüchen nachkam. Das führte dazu, dass sich diese genüsslich zurücklehnten, um zu betonen, sie hätten das alles schon vor einem Jahr gesagt. Bür-

gerliche Politiker*innen und Kommentator*innen hatten dem auch inhaltlich wenig entgegenzusetzen und schwangen reflexhaft die Nazikeule. Während die AfD 2014 noch von dem eher gemäßigten liberal-konservativen Flügel dominiert wurde, setzten sich 2015 innerhalb der AfD klar die national-konservativen Strömungen durch. Mit der *Erfurter Resolution* und der Abspaltung des liberal-konservativen Flügels wurde die AfD im Juli 2015 komplett von den national-konservativen Kräften, mit Tendenz zum völkisch-nationalen, übernommen. Mit ihrer islam- und flüchtlingsfeindlichen Propaganda konnte die AfD immer mehr Zustimmung innerhalb der Bevölkerung gewinnen. Flankiert von den zahlreichen Pegida-Demonstrationen, die sich 2015 über das ganze Land ausbreiteten und zahlreiche Ableger in mehreren Städten gründeten, wurden auch in den Mainstream-medien wieder rassistische Forderungen nach einer noch stärkeren Abschottung Deutschlands laut. Während die merkelischen Anhänger der „Willkommenskultur“ eher auf eine europäische Lösung der sogenannten „Flüchtlingskrise“ setzten, also eine Abschottung der europäischen Außengrenzen und eine „faire“ Verteilung der Geflüchteten innerhalb Europas, forderten die rassistischen Teile der Bevölkerung, in der Bundesregierung repräsentiert durch die CSU und Horst Seehofer, eine nationale Abschottung Deutschlands. Die Grenzen sollten komplett geschlossen, eine Obergrenze zur Aufnahme geflüchteter eingeführt werden. Die rassistische Gesetzgebung, die rassistische Rhetorik, die rassistische Debatte um Abgrenzung und Ausgrenzung befeuerte einen sich immer mehr radikalisierenden Teil der Bevölkerung. Täglich kam es zu Angriffen

und Übergriffen auf Geflüchtete, Migrant*innen oder alle, die welche sein könnten. Nach einer gemeinsamen Chronik von Pro Asyl und der Amadeu Antonio Stiftung kam es 2015 zu 1066 Angriffen auf Unterkünfte, davon 136 Brandanschläge. In ihrer Meinung bestärkt durch die Politik der Bundesregierung radikalisierte sich ein Teil des bürgerlich-rassistischen Milieus und scheute auch nicht mehr vor Gewalt gegen Menschen zurück. Höhepunkt dieser Entwicklung und endgültiger Wendepunkt innerhalb der öffentlichen Debatte um das Merkel-Wort vom „wir schaffen das“ waren die Ereignisse der Kölner Silvesternacht 2015/16. In dieser kam es in ganz Deutschland, aber hauptsächlich auf der Kölner Domplatte zu einer Vielzahl an sexuellen Belästigungen, sexuellen Übergriffen und teilweise auch zu Vergewaltigungen. In den meisten Fällen identifizierten die Opfer die Täter als „Zuwanderer“, „Migranten“, „Nordafrikaner“. Obwohl es sich bei den Tätern nur zu einem sehr geringen Teil um Geflüchtete handelte, kam es in der Folge bundesweit zu rassistisch aufgeladener Hetze gegen Migrant*innen und Geflüchtete aus den arabischen Raum. So wurde die angebliche oder reale Herkunft der Täter herangezogen und rassistisch allen augenscheinlich aus dem gleichen Raum kommenden Menschen Sexismus unterstellt, ohne sich mit dem eigenen Sexismus auseinanderzusetzen. Dies zeigte sich exemplarisch an der Reaktion von extremen Rechten in Köln, die Jagd auf angebliche Ausländer*innen machten, um die "deutschen" Frauen zu schützen. Dies zeigte sich aber auch in der Diskussion auf dem politischen Parkett, wo sehr schnell die Forderung nach einer schnelleren Abschiebung krimineller Ausländer

auftauchte. So wollte Bundeskanzlerin Angela Merkel eine striktere Abschiebep Praxis überprüfen, während der CDU_Vorstand eine Gesetzesverschärfung forderte und Bundesjustizminister Heiko Maas von Ausweisungen straffällig gewordener geflüchteter sprach. Auch der SPD-Vorsitzende und Vizekanzler Sigmar Gabriel äußerte sich zu den Übergriffen von Köln und forderte ein hartes Vorgehen gegen die Täter:“ ich sage: null Toleranz gegenüber Kriminalität und sexuellen Übergriffen“ zitierte die „Bild“-Zeitung Gabriel und weiter: „es geht jetzt darum, kriminelle Asylbewerber in ihre Heimat zurückzuschicken.“ Dabei vergaß er auch nicht, zu betonen, wie sich die Bundesregierung in Zukunft eine Zusammenarbeit mit all jenen Ländern vorstelle, die nicht die nötige Kooperationsbereitschaft in Sachen „deutscher Flüchtlingspolitik“ zeigen. Eine Strategie, die in Zukunft wahrscheinlich noch verstärkt an Bedeutung gewinnen wird. „wenn Staaten etwa aus Afrika sich weigerten, ‚abgeurteilte und abgelehnte Asylbewerber‘ zurückzunehmen“, so Gabriel, „dann müssen sie vor die Wahl gestellt werden. - entweder ihr stellt euch der Verantwortung für eure Bürger oder wir kürzen euch die Entwicklungshilfe.“ Die ansonsten vor allem von Rechten benutzte Forderung nach einer Abschiebung krimineller Ausländer war nun endgültig im Mainstream angekommen.

Schießbefehl - oder die Abschiebung in den Tod

die Bundesregierung reagierte auf die Übergriffe von Köln mit einem Hauruckverfahren und verabschiedete innerhalb von wenigen Wochen das Asylpaket II. Diese Paket, welches nach Angaben der

Regierung die Asylverfahren noch weiter beschleunigen soll, dient vor allem der einfacheren Abschiebung Schutzsuchender und stieß auf heftigen Widerstand. Aus Protest gegen das Gesetz trat sogar der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Christoph Sstrasser (SPD), zurück. Neu geschaffen wurden sogenannte „besondere Aufnahmezentren“, in denen Asylsuchende aus angeblich „sicheren Herkunftsländern“, Menschen, die einen Folgeantrag stellen und Asylsuchende ohne Identitätsdokumente, bei denen die absichtliche Vernichtung der Dokumente vermutet wird, untergebracht werden. In diesen besonderen Aufnahmezentren soll innerhalb einer Woche über ein Asylverfahren entschieden und bei einer Ablehnung innerhalb von drei Wochen abgeschoben werden. Dass dabei weder genug Zeit für eine ausreichende Einzelfallprüfung, noch für rechtliche Schritte gegen die Entscheidung bleibt, scheint beabsichtigt. Zudem dürfen Asylsuchende, welche in einem solchen besonderen Aufnahmezentrum untergebracht sind, den Bezirk, in dem sie untergebracht sind, nicht verlassen. Zu den Regelungen bezüglich der besonderen Aufnahmezentren befindet sich pro Asyl: „den Umstand, dass Asylsuchende ohne Reisedokumente hier ankommen, als Ausschlussgrund vom regulären Asylverfahren zu werten, ist völlig unverantwortlich. Denn der überwiegende Teil der Asylsuchenden ist gezwungen, ohne Pässe nach Deutschland zu kommen, weil sie von Staaten, die sie verfolgt haben, gar keine Dokumente erhalten können. Die geplante Regelung ermöglicht es daher, das ‚beschleunigte Asylverfahren‘ zum Standardverfahren zu machen.“ Ebenfalls großen Unmut bei Kirchen und Verbänden riefen die neuen Regelungen zu den Ab-

schiebungen hervor. Durch das Asylpaket II darf eine Abschiebung nur noch bei lebensgefährlicher oder schwerwiegender Erkrankung ausgesetzt werden. Ist eine Behandlung in einem Teil des Landes, in das abgeschoben werden soll, möglich, kann auch bei Erkrankung abgeschoben werden – selbst dann, wenn dadurch medizinische Komplikationen auftreten. Außerdem wird eine posttraumatische Belastungsstörung als schwerwiegende Krankheit ausgeschlossen, auch wenn sie im schlimmsten Fall zum Suizid führen könnte. Zudem wird der Familiennachzug bei *subsidiär* *Schutzberechtigten* für zwei Jahre aufgehoben und Geflüchtete müssen Integrationskurse mitfinanzieren, auch wenn sie oftmals davon ausgeschlossen sind. Zwei Wochen nach der Verabschiedung des Asylpakets II legte die Bundesregierung noch einmal nach und beschloss das Gesetz zur erleichterten Ausweisung von straffälligen Ausländern und zum erweiterten Ausschluss der Flüchtlingserkennung bei straffälligen Asylbewerber*innen. Es trat schon am 17. März in Kraft und schrieb vor, dass straffällig gewordene Ausländer bereits bei einer Freiheitsstrafe oder Jugendstrafe von mindestens einem Jahr ausgewiesen werden können, auch wenn ihnen dadurch Verfolgung in den Ländern droht, in die sie abgeschoben werden. In der Zwischenzeit eskalierte die öffentliche Debatte über die Abschottung der deutschen Grenzen. In einem Interview gefragt, wie sie denn verhindern würde, dass Geflüchtete über die Grenze laufen, forderte Frauke Petry, Bundesvorsitzende der AfD, als „ultima ratio“ den Gebrauch der Schusswaffe gegen unbewaffnete Schutzsuchende. Ihre Stellvertreterin Beatrix von Storch beantwortete auf Facebook die Frage, ob dies

auch für Frauen und Kinder gelte, mit einem klaren Ja. Doch im politischen Kampf zwischen europäischer Abschottung und nationaler Abschottung hat Angela Merkel vorerst gewonnen. Im März 2016 beschloss die EU mit der Türkei ein umfassendes Abkommen zur Rückführung „illegal“ eingereister Asylsuchender, was dazu führte, dass die einreise über die Türkei stark abgenommen hat. Seitdem versuchen wieder vermehrt Menschen über das Mittelmeer in die EU zu kommen. Eine katastrophale folge davon ist, dass dieses Jahr (juli 2016) bereits über 3000 Menschen im Mittelmeer ertrunken sind – 1000 mehr als im gleichen Zeitraum letztes Jahr (nach Angaben der IOM vom 28. Juli.)

4.2. Die wahre Krise

Deutschland darf wieder hassen

Das „Sommermärchen“ der „Willkommenskultur“ ist vorbei. Nun zeigen die vermeintlich guten Deutschen wieder ihre von Angst verzerrte, hässliche Fratze. Noch lange bevor vom „Sexmob“ die Rede war, brannten schon haufenweise Heime, angezündet von deutschen Rassist*innen. Rassist*innen, denen die deutsche Öffentlichkeit „zuhören müsse“, mit denen sie in Dialog treten müsse, die man „zurück ins Boot holen“ müsse, während im Mittelmeer die Menschen ersaufen.

Mit den Opfern indes redet kein Schwein.

Die Empörung deutscher Medien und Politiker*innen über die Peguidos, die sich jeden Montag aus ihrer spießbürgerlichen Wohnstube aufraffen und ihren Hass zur Schau stellen, wurde unlängst ausgetauscht für den Hass gegen „die“; gegen den „Sexmob“; gegen die ganzen „Schwarzköpfe“;

die ja eh alle gleich sind. Wenn ein paar hundert besoffene Vollidioten blonde Frauen betatschen und ausrauben, zeigt das ja wohl, wie diese ganzen „Südländer“, „Araber“, „Muslime“ drauf sind. Die hassen uns und unsere Gesellschaftsform – unsere Kultur.

Das wird man ja noch sagen dürfen.

Wenn allerdings jemand die Sachsen als rassistischen Bodensatz bezeichnet, wird das empört zurückgewiesen. Das seien ja nur ein paar besoffene Idioten, die sind gar nichts rechts. Verwirrte Suffköpfe. Harmlose Dorftrottel. Wen wundert es, wenn Politik, Justiz und Polizei bei solch „Fehlgeleiteten“ das rechte Auge zudrücken? Sind doch im Grunde gute deutsche Jungs und Mädels. Das Ironische an der Sippenhaft aller Flüchtlinge für die Verbrechen einer Gruppe krimineller Idioten in Köln wird besonders sichtbar, wenn auf der anderen Seite minutiös zwischen echten Nazis und „verirrten Brandstiftern“ unterschieden wird. Dies fällt weder dem FAZ-Feuilleton auf noch rechtsaußen *Apologeten* á la Fleischhauer, Sloterdijk oder von Altenbockum.

Stattdessen wurde die „völlig unvorhersehbare“ Ankunft Tausender Flüchtender mit martialischen Weltuntergangsvokabeln betitelt. Auf beinahe allen Titelseiten sprach man von „Asylflut“, „Flüchtlingsströmen“ oder „-wellen“ - kurz, der apokalyptischen „Flüchtlingskrise“. Wurden anfangs noch die „Wirtschaftsflüchtlinge“ als das wahre Übel ausgemacht, zeigte sich besonders nach Köln, wie tief die rassistischen Vorurteile und Ängste der „deutschen Elite“ sitzen. Ich rede hier nicht von Hetzmedien wie BILD, Junge Freiheit oder Focus. Redakteur*innen und Politiker aller

Couleur waren sich einig, dass die Krise von den Flüchtenden ausgeht und nicht von der deutschen Politik und Verwaltung, die jahrelang stellen gestrichen hatte und völlig blauäugig diese Krise in Kauf nahm. Denn das ist der richtige Begriff für das, was in Deutschland seit 2015 geschah. Eine Verwaltungskrise. Nicht die Flüchtenden sind schuld daran, dass in ihrem Land Krieg herrscht, sondern die Deutschen haben versagt, ihre Politik, ihre Medien, ihre Verwaltung und ein erheblicher Teil der Gesellschaft. Zur Bankenrettung gab es schnell Milliarden. Für Tote im Mittelmeer nicht einmal Mitleid. Ohne die freiwilligen Helfer*innen wären die Flüchtenden sich selbst überlassen und dem Hass des braunen Mobs, nicht nur in Clausnitz.

Anstatt die Gesellschaftskrise anzuprangern und die Forderung aufzustellen, „mit aller Härte des Rechtsstaats“ gegen den rechten Mob vorzugehen, geht die Debatte, besonders nach Köln, in eine andere Richtung. Rufe nach einem erneuten Asylpaket (das erste trat am 1.1.2016 in Kraft) wurde laut, bevor überhaupt genau klar war, wer eigentlich was getan hatte.

Als die ersten Heime brannten, wurde es auf „Einzeltäter“ abgeschoben.

Die Debatte um die Fliehenden war schon lange vor Köln vergiftet; nicht nur bei den „harmlosen“ Biedermännern und Brandstiftern am Stammtisch, sondern auch und gerade bei Polizei, Politik und Medien. Dank der Panikmache der Medien in trauter Eintracht mit den Nazis von AfD und den unzähligen Gida-Arschlöchern haben wir Deutsche endlich wieder eine Judenfrage zu klären. Wohin mit dem ganzen „Pack“? Wie verhindern wir, dass die Eindringlinge unsere Kultur zerstören, auf unseren Werten rumtrampeln? Uns

Deutschen das Geld wegnehmen und unsere Gesellschaft von innen aushöhlen? Unsere blonden Frauen entehren und betatschen? Da kommt es – wie damals – gelegen, dass Rechtsextreme Asylbewerberheime anstecken und auf „südländisch Aussehende“ einprügeln und schießen, während Polizei und Justiz das rechte Auge zudrücken oder selbst sympathisieren mit den Elsässern und Petrys. Die Nähe von Teilen der Polizei zu rechtsradikalen oder rechtem Gedankengut ist unübersehbar, doch die Untätigkeit der Polizei und des Verfassungsschutzes ist den Medien keinen Skandal wert.

Es gibt höchstens Platz für eine kleine Meldung, wenn ein BKA-Beamter in Wiesbaden für die AfD kandidiert, oder ein Chef des VS Burschenschaftler ist oder rechte Sticker und Magazine in Polizeiautos gefunden werden oder ein Maulwurf in der sächsischen Polizei Ermittlungsakten an Nazis weitergibt. Ein Leitartikel darüber findet sich nirgendwo.

Nicht nur die Verstrickungen von Polizeibeamten ins rechte Milieu sind ein Problem, sondern auch die Verharmlosung rechter Gewalt von oben. Ein Beispiel aus Sachsen-Anhalt: Als drei Staatsschützer sich weigerten, „ihre Berichte langsamer zu schreiben“, wurden sie strafversetzt. Die gnadenlose Recherche und Aufklärung rechter Strukturen trieb die Statistik in die Höhe und warf ein schlechtes Licht auf das Land, in dem die AfD jüngst absahnte. Die Priorität der Ordnungsmacht ist nicht nur in Sachsen-Anhalt klar. Die Kölner Soko „Neujahr“ ermittelt mit 120 Beamten, um den schwarzhäufigen „Sexmob“ aufzuspüren. Die Soko „Bosporus“ zu den „Dönermorden“ fasste 50 Beamte. Es wird klar, dass es nicht in erster Linie um die Opfer geht, sondern darum, ein Zeichen zu setzen

gegenüber Peguidos und AfD-Wähler*innen, dass Deutschland sich so etwas nicht gefallen lasse. Jedenfalls nicht, wenn es von „anderen“ begangen wird.

Das eigentliche Problem sexueller Übergriffe in Deutschland ist die, gelinde gesagt, erbärmliche Gesetzgebung zum Thema Vergewaltigung und deren Auslegung durch die Justiz. Und das nicht erst seit Köln, sondern seit Anbeginn der BRD. Doch das passt nicht ins Weltbild. Und es ist auch scheißegal, dass Chauvinisten wie Seehofer, der damals gegen die Strafbarkeit von Vergewaltigung in der Ehe stimmte, ganz plötzlich für die Ehre der deutschen Frau eintreten. Nur ein deutscher Mann darf eine deutsche Frau belästigen.

Mal ein Auge zudrücken

Die Diskrepanz von „volle Härte gegen die Ausländer“ und „mal ein Auge zudrücken“ bei rechtsextremen deutschen Tätern hat nicht zuletzt mit den Ordnungshütern selbst zu tun.

Wenn Rainer Wendt von der deutschen Polizeigewerkschaft auf Mitgliederfang geht, indem er der Jungen Freiheit und dem Compact Magazin Interviews gibt und eine rassistische These nach der anderen ins Land hinausposaunt, liegt eigentlich auf der Hand, wo das Problem liegt: bei der Polizei. Die Falschmeldungen, die von Polizeibeamt*innen ausgehen, werden von den Medien geifernd aufgegriffen und unhinterfragt übernommen. So z.B. die Mär vom „Flüchtling“ in Köln, der einem Polizisten angeblich in perfektem Deutsch sagte: „Frau Merkel hat uns eingeladen, sie können mir gar nichts“. Oder wenn die Polizei von einem 30-köpfigen „Flüchtlingsmob“ spricht, der drei Mädchen „massiv belästigt“ habe, anwesende Zeu-

gen die Situation aber als ungefährlich und aufgebauscht enttarnen. Oder als die Meldung umging, ein „Flüchtlingsmob“ habe einen Heimleiter in Karlshorst angegriffen und schwer verletzt. Dieser wurde jedoch, entgegen der Polizeimeldung, von den Security-Mitarbeitern attackiert. Oder die „Fernsehpolizistin“, die ihren Scheiß über Muslime in fast jeder Talkshow palavern durfte.

Vieles klingt eher nach AfD-Verschwörungsgesinnung, als nach anständiger Polizeiarbeit. Wenn nicht endlich eingesehen wird, dass Polizeibeamt*innen nicht unfehlbar sind, sondern sich genauso vor Recht und Gesetz zu verantworten haben wie jeder andere Mensch, dann werden weiter Menschen in Gewahrsamszellen und Heime brennen.

Das Reichskristalljahr 2015 ist eigentlich allen scheißegal. Die massive Zunahme an Angriffen auf Asylbewerberheime und ihre Bewohner*innen wird auch nicht zum Anlass genommen, irgendein Gesetz zu verschärfen – außer dem Asylgesetz. Streitschlichtung im deutschen Stil. Diese Diskrepanz wird in den Medien so gut wie überhaupt nicht erwähnt. Wenn Deutsche Ausländer jagen, verteidigen sie deutsche Werte. Wenn „südländisch aussehende Männer“ deutsche Frauen jagen, dann, Ja Dann! müssen wir Gesetze verschärfen. So etwas gab es ja noch nie; das ist eine ganz neue Dimension.

Angst gesättigter Hass

Recht haben sie ja. Das Abfackeln und Verfolgen einer Minderheit ist den Deutschen nicht unbekannt und es hat auch noch keine unbekannt Dimension erreicht. Aber dass dagegen nichts unternommen wird, weder in den Medien noch von Seiten der Politik oder Polizei, setzt ein Zeichen für

die noch still gebliebenen Wohnzimmernazis und die selbstbewussten AfD- und Gida-Idioten: Euer Rassismus ist wieder salonfähig; Hetze ist wieder in.

Denn die Rassist*innen tun ja den guten Deutschen nichts. Wer die wahren Feinde sind, das hat Innensenator Henkel in der Berliner Rigaer Straße gezeigt; Zecken und Schwarzköpfe sind das gemeinsame Hasobjekt der Bullen, der Peugidos, und der mordenden und zündelnden Rassist*innen. Diese Überschneidung von Feindbildern zwischen Polizisten und Rechtsextremen, die Personalunion von Nazi und Ordnungshüter muss aufgedeckt und verfolgt werden. Und zwar ohne dabei an das Image in der Öffentlichkeit zu denken und alles herunterzuspielen, sondern durch „brutalstmögliche Aufklärung“ - von außen.

Was die Rassist*innen in unserer Mitte antreibt, ist von Angst gesättigter Hass gegen alles „andere“, gegen alles „unnormale“ und „nichtdeutsche“. Also gegen alles, was dem traditionellen Denken entgegenläuft: Schwule, andere Kulturen, andere Lebensmodelle, andere Hautfarben. Das ist alles „undeutsch“.

Und was ist gefährlicher für unsere sogenannte „Leitkultur“ als Einflüsse von außen? Dass die Faschisten wieder salonfähig sind? Wenn die deutschen Werte angegriffen werden, verlieren auch die sonst ach so liberalen Kommentatoren und Redakteure ihre sorgsam erlogene, *progressive* Maske, und die alte Pickelhaube wird vom Staub befreit. Die Naziattentäter sind egal, die Aufklärungsquote der Polizei bei Verbrechen gegen Asylbewerber ist egal, dass Flüchtlinge vorm LaGeSo verprügelt werden, ist egal, dass Rassisten und Nazis beim VS sowie bei der Polizei aktiv sind, ist egal – alles was zählt, ist der Schutz unserer reinen, deutschen Kultur.

Das Schöne daran ist das Gute darin

Das Schöne daran ist, dass endlich nicht nur Wohnzimmernazis vom Dorf sich trauen, ihr faschistisches Maul aufzureißen und den jahrzehntelang bedeckten Rassismus an die Öffentlichkeit zu tragen. Mit diesem letzten Schritt wird der nicht wiedererstarkte, sondern allzeit dagewesene, lediglich versteckte Rassismus eines Großteils der Deutschen an die Oberfläche gespült und die wahre Welle, vor der es sich lohnt, Angst zu haben, beginnt sich zu formen: Deutschland erwacht – geschützt und geduldet von deutschen Beamten, Politikern und Medien.

De Maiziére wird bejubelt, wenn er das gute alte „kriminelle Ausländer raus“ in die Öffentlichkeit posaut. Wenn man die Peugidos „zurück ins Boot holen“ will und gleichzeitig den Ausländern „das Boot ist voll“ entgegenkeift und alle applaudieren, dann, allerspätestens dann müssen einem die Alarmglocken schrillen. In der Debatte um Pegida und Flüchtlinge haben „unsere“ Boote nur für Rassisten Platz.

Wenn sich kein breiter Widerstand aus Politik, Medien und Gesellschaft gegen die Nazis bildet; wenn postuliert wird, eine demokratische Gesellschaft muss mit AfD-Nazis debattieren; wenn nicht endlich die wahre Krise des Rassismus und seiner Verniedlichung in Deutschland angesprochen wird, wird es immer schlimmer werden.

Doch wer schneidet sich schon gern ins eigene Fleisch? Die klickgeilen deutschen Medien nicht, die AfD-wählende Polizei sicher nicht und die stimmengeile deutsche Politik sicherlich auch nicht. Deshalb muss es eine starke, sich den Nazis in den weg stellende alternative Linke geben. Auch wenn das bedeutet, dass Henkel mal auf

die Kacke haut und mit einem ganzen Bataillon in Friedrichshain einmarschiert oder Zecken die Arbeit der Bullen machen müssen, weil diese nicht gegen ihre Freunde ermitteln wollen.

Eines dürfen wir in keinem Fall tun: die Faschisten küssen, wo wir sie treffen.

4.3. Der kommende Faschismus?

Was wir erleben, ist ein enormer Rechtsruck. Nicht allein, was die Rechte und deren Einfluss angeht, nicht allein, was den deutschen Staat betrifft, nicht allein bezüglich der europäischen Staaten.

Die Rechte macht gerade anscheinend alles richtig. In Deutschland ist sie massenfähig geworden. Sowohl mit der AfD als Partei, die bei Landtagswahlen bis zu 24% absahnt, als auch mit Pegida als Massenbewegung. Militante Rassist_innen greifen im Durchschnitt jede Nacht drei Unterkünfte von Geflüchteten an und die Nazi-aufmärsche sind so zahlreich, dass Antifaschist_innen nicht mehr hinterher kommen oder erst gar nicht damit anfangen. Linke Projekte werden angegriffen, an einigen Orten ohne nennenswerte Antwort. Im Gegensatz zu den 1990ern sieht sich die Rechte nicht als Ausführende herrschender Politik, sondern in fundamentaler Opposition zu ihr. Sie haben das, was wir so oft unter dem Stichwort Vermittelbarkeit diskutieren, längst aufgegeben. Von Storch und Petry reden öffentlich davon, Geflüchtete an den Grenzen zu erschießen, auf Pegida-Demonstrationen fordern Kubitschek&Co den völkischen Staat während die Masse zum Widerstand aufruft und danach Linke und Migrant_innen jagen geht. Und das geht auf. Die bürgerliche Presse ist längst umgeschwenkt. Von FAZ bis TAZ disku-

tiert man die Abschaffung des Asylrechts. Im Sommer noch glaubten einige, gute Entwicklungen würden einsetzen. Dublin wurde kurzzeitig aufgehoben, die Festung Europa schien nicht zu halten. Hunderttausende schafften es, die europäischen Außengrenzen zu überwinden. Und selbst in Deutschland gab es jenseits der massiv einsetzenden rassistischen Brandanschläge und Übergriffe solche, die ankommende Menschen begrüßten.

Der *Backlash* wenn man denn von einem solchen sprechen kann kam schnell: Aslypaket 1, Aslypaket 2. Ohne nennenswerte Widerstände. Etliche Länder wurden zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt. mit der Türkei, die gerade wiederum Krieg gegen die kurdische Bevölkerung führt und nichts sehnlicher wünscht als endlich in Rojava einzumarschieren, wird und wurde migrationspolitisch gedealt.

Sich erinnern heißt Partei ergreifen!



**Deutsche Täter
sind keine Opfer**

Parteiopaker von der AfD, Steinhilber, organisiert in der AKTION

Merkel inszenierte sich in einer strategisch glanzvollen Gleichzeitigkeit als Flüchtlingskanzlerin und schaffte es so die bürgerliche Linke auf sich zu vereidigen in scheinbarer Opposition zu Seehofer&Co. Wer Seehofer und seine rassistische Rhetorik Scheiße fand, verteidigte Merkel gegen ihn, ganz als ob die konservative Kanzlerin nicht verantwortlich war für die Verweigerung sicherer Fluchtrouten, für die verstärkt einsetzenden Abschiebungen, für Rücknahmeabkommen, für Gesetzesverschärfungen, für die Inszenierung des Notstands durch Zeltstädte, medizinische Unterversorgung usw. usf.

Seehofers Abschreckungsrhetorik und Merkels Migrationsmanagement passten prima zusammen. So konnte ausgesiebt werden zwischen nützlichen und unnützen Flüchtlingen. Die deutsche Wirtschaft jubelte und sie jubelt noch immer. Tatsächlich sind die bürgerlich-konservativen und neoliberalen Konzepte andere als die völkisch-nationalistischen. Aber die erstarkende völkisch-nationalistische Bewegung half und hilft den Regierenden zur Durchsetzung und Absicherung ihrer Interessen. Die Referenz, gleich was gesagt wurde, lag immer auf der Rechten: Man schaffe das, weil man sich dem rassistischen Mob nicht beugen wolle, man schaffe das nicht, weil zu viel Migration Rassismus bedinge. Letzteres war wohl das beliebteste Argument der Fluchtdebatte so beliebt wie falsch. Diese *Polarisierung* der Debatte auf die extreme Rechte auf der einen Seite und die bürgerliche Rechte auf der anderen Seite, markiert den Rechtsruck, den wir erleben. Eine linke Perspektive fern ab von Nützlichkeitsdiskursen und Verwertbarkeitsparadigmen, geschweige denn eine linksradikale, sozialrevolutionäre

Perspektive ist nicht sichtbar, sie scheint nicht sprechbar zu sein. Wir sprechen sie nicht und schenken damit der Legende der Ohnmacht Glauben.

Zeitgleich inszeniert sich Deutschland als geläuterte Nation, als humanistisches Vorbild in Europa. Das fällt recht leicht. In etlichen europäischen Ländern gewinnen rechte und extrem rechte Parteien und Bewegungen an Zulauf. Ungarn, Polen, Österreich, Finnland, Dänemark, Norwegen, Niederlande, die Liste ist lang.

Die Mehrheiten verschieben sich noch weiter nach rechts, als sie es schon waren. Das macht sich bemerkbar. Auf den Straßen, in den Parlamenten, im Europaparlament. Konservative Mehrheiten werden von rechts bedroht. In Griechenland sprach man im letzten Sommer von einem möglichen Militärputsch, und in ganz Europa hat die Präsenz von schwer bewaffneter Polizei und dem Militär so rasant zugenommen, dass wir uns fragen müssen, worin das mündet. In Frankreich braucht man nicht einmal den Front National, um Notstandsgesetze durchzupeitschen und mit ihnen auf Dauer zu regieren. Das besorgen dort die regierenden Sozialisten unter Hollande. Ob das vor dem Wahlerfolg des FN bewahren wird, ist allerdings fraglich. Wer weiß, vielleicht wird Frankreich 2017 bereits von einer waschechten faschistischen Partei regiert. Und was dann? Wir müssen, nehmen wir diese Entwicklungen ernst, auch die Debatte führen, was passiert, wenn wir unsere Kämpfe verlieren und nicht nur Straßennazis gegenüberstehen sondern faschistischen Regierungen. Was ist, wenn bürgerliche Mehrheiten in der EU Orbán&Co nicht mehr regulieren, weil es keine bürgerlichen Mehrheiten mehr gibt?

Und wollen wir uns bis dahin auf die bürgerlichen Mehrheiten verlassen? In den 1990ern führten Linksradikale in Deutschland nach der Welle der faschistischen Morde und Pogrome eine Debatte. Diese Debatte wurde die 4.Reich-Debatte genannt. Sie sahen den Faschismus vor der Tür stehen. *Retrospektiv* wird diese Debatte heute von vielen als unsinnig empfunden und so, wie sie geführt wurde, war sie das vielleicht auch. Es fanden sich keine faschistischen Mehrheiten, der Naziterror spielte sich weiterhin jenseits der Regierungsgewalten ab, auch wenn er keinesfalls abebbte. Im Gegenteil.

Die frühen 90er waren ja erst der Auftakt für etliche neonazistische Organisationen. Hoffen wir mal, dass das, was wir heute erleben, nicht erst der Auftakt ist. Klar, wir wissen, Geschichte wiederholt sich nicht einfach, es ist nicht wie in den 1920ern. Nichts wird so laufen, wie es mal gelaufen ist. Aber die Gefahr eines europäischen Faschismus sollten wir dennoch ernst nehmen. Und in dieser Gefahr die Machtpolitiken der bürgerlich-kapitalistischen Regierungen nicht vergessen. Und für eine solche Debatte und eine Einschätzung der Lage macht es Sinn, verschiedene Entwicklungen gemeinsam zu betrachten: Den Umgang mit den Fluchtbewegungen, die polizeistaatlichen Maßnahmen, ausgegeben als Terrorabwehr, die Militarisierung des inneren und äußeren, die *sukzessiven* Ausweitungen von polizeilichen und geheimdienstlichen Kompetenzen bis hin zum neuen Polizeigesetz in Spanien, die Erfolge der extremen Rechten in ganz Europa, die Debatten um die Abschaffung des Bargeldes und andere Überwachungs- und Kontrolltechnologien, die rasant entwickelt und installiert werden

und im Gewand der Komfortsteigerung daherkommen, die internationalen neokolonialen Konstellationen usw.. Auch wenn nichts von all dem ist, wie es mal war, so waren wir nie einem europäischen Faschismus näher, als in den 1920er Jahren. Aber vielleicht ist das alles auch nur apokalyptischer Alarmismus und wir werden irgendwann *retrospektiv* sagen, dass solche Überlegungen sinnlos waren. Angesichts der europäischen Entwicklungen jedenfalls, lässt sich aus der deutschen Regierungs-Position, inszeniert als das letzte Bollwerk der Menschenrechte in Europa, beinahe alles formulieren. Krieg als Bekämpfung der Fluchtursachen, Sonderzentren für Roma, der Einsatz der NATO gegen Flüchtende, die erneute Ausweitung des europäischen Migrationsregimes vor die Grenzen Europas, der Pakt mit der Türkei. Und international schaut eben auch niemand mehr so genau hin, was im Landesinneren passiert: Während Rassist_innen jüngst in einer sächsischen Kleinstadt einen Bus mit Flüchtlingen blockierten, misshandelten die Bullen die Insassen. Und sowas ist halt keine Ausnahme und wars auch noch nie.

Die Frage, wie Linksradikale mit all dem umgehen können, stellen sich momentan einige Strategiepapiere, wobei sie meist allein die extreme Rechte als Gegner fokussieren. Damit aber laufen wir Gefahr, den Staat und seine Interessen gegen die extreme Rechte zu verteidigen. Und die Grenzregimes hat sich eben nicht die extreme Rechte einfallen lassen, die Grenzregimes, die das ungezählte Ertrinken im Mittelmeer bedingen. Klar stecken wir als radikale Linke in einem doppelten Dilemma. Einerseits füllen wir mit der konkreten Unterstützung der Geflüchteten

auf ihren Routen und in den Städten, in denen sie ankommen die Lücken, die der Staat sozialpolitisch hinterlässt, andererseits füllen wir mit der Verteidigung von Unterkünften die Lücke, die er sicherheitspolitisch hinterlässt.

Beides ist nicht falsch oder schlecht, aber es bewegt uns allzuoft dazu, sozialpolitische oder sicherheitspolitische Forderungen an einen Staat zu stellen, mit dem es doch eigentlich rein gar nichts zu verhandeln gibt: Polizeiliche Sicherung der Unterkünfte, dezentrale Unterbringung, bessere Versorgung der Geflüchteten, juristische Verfolgung rassistischer Brandstifter_innen usw. Und es ist ja auch nicht falsch, dass Menschen die Möglichkeit haben sollten, in Wohnungen statt Zelten oder Containern zu leben, alles andere wäre schlicht Zynismus. Nur ist eben die Frage, ob wir da stehenbleiben. Wenn wir das tun, füllen wir maximal die Lücke, die der Wegfall der Sozialdemokratie hinterlassen hat. Und wir werden darin unsichtbar, wir werden in das Staatshandeln integriert. Der Staat aber, die Staaten mit ihren bürgerlichen Mehrheiten sind zentrale Akteure dessen, was gerade geschieht.

Das andere Dilemma ist die Frage nach dem kleineren Übel. Die europäischen Staaten gegen faschistische Entwicklungen zu verteidigen, und sie so selbst aus dem Fokus zu nehmen, besiegelt das Ende einer staatsfeindlichen, antikapitalistischen und antipatriarchalen Perspektive. Und das wäre unser eigener Rechtsruck.

4.4. Progressiver und regressiver Neoliberalismus und die völkischen Rechten

In der liberalen Wochenzeitung „Zeit“ debattierte man unlängst, ob es nicht vielleicht irgendwie besser sei, die private Seenotrettung einzustellen. Mariam Lau beklagte da ein universelles und kompromissloses Verständnis von Menschenrechten und plädierte dafür, es einfach zu lassen. In der ebenso bürgerlichen Zeitung „Süddeutsche“ und andernorts war man schockiert und wertete diesen Vorschlag und überhaupt diese ganze Debatte als unerträglich. Ist sie ja auch. Der einzige Lichtblick war eine Online-Umfrage aus dem Dunstkreis der „titanic“, in der abgestimmt werden konnte, ob man Zeit-Journalist*innen öffentlich erschießen sollte. Kann man ja auch mal diskutieren. Wie die Seenotrettung eben. Das war dann aber „hate-speech“. Also die Debatte ums Erschießen, nicht die ums Ertränken.

Diese ganze Diskussion machte aber tatsächlich zumindest die Verlogenheit der bürgerlich-liberalen Debatten deutlich. Es sterben jeden Tag Menschen im Mittelmeer, dieses Jahr bereits 1500 offiziell (Oktober 2018) – eine direkte Folge der neokolonialen Wirtschafts- und EU-Flüchtlingspolitik, samt der Abkommen, die mit anderen Staaten getroffen wurden, vor allem mit der Türkei. Angriffe auf die, die versuchen, ein paar Menschen vor dem Ertrinken zu retten, gibt es seit langem, verbal als auch institutionell. Malta engagiert sich gerade außergewöhnlich in der Verhinderung der Seenotrettung. Von Italien ganz zu schweigen. Und klar hat das was mit der von Deutschland immer verteidigten Dublin-4-Verordnung zu tun. Die

Statements von Mariam Lau in der „Zeit“ sind so menschenverachtend wie auch die europäische Politik es ist. Common sense scheint es aber unter Liberalen zu sein, das Sterben im Mittelmeer zwar institutionell durchzusetzen, aber es doch lieber nicht offen gutzuheißen. Diese Politik offen zu verteidigen, sei dann eben Ausdruck der Missachtung der Menschenrechte. Deutsche und europäische Flüchtlingspolitik wird verteidigt, die Folgen deutscher und europäischer Flüchtlingspolitik sollen aber bitte bedauert werden. Eine der drastischsten Ausdrücke dieser Heuchelei waren die SPD-Fahnen auf den Seebrücken-Demonstrationen in etlichen Städten. Und auch die letzten Debatten um Schiffe mit Geflüchteten, die in Italien anlegen wollten, sprach Bände. Salvini, Innenminister der faschistischen Lega, verweigerte das von-Bord-gehen der Geflüchteten, solange sich nicht Länder in Europa finden, die diese „übernehmen“. An vorderster Front Deutschland und Frankreich verurteilten diese Vorgehen als nicht menschenrechtskonform. Keines dieser Länder mit ihren bürgerlich-liberalen Regierungen erklärte sich indes aber bereit, die Geflüchteten aufzunehmen. Salvini's Kritik, die Liberalen würden zwar andere maßregeln, sich menschenrechtskonform zu verhalten, dies für sich selbst aber nicht umsetzen, seine Kritik, die liberalen Regierungen Europas seien Heuchler – so bitter es ist – stimmt. Aber Merkel und Macron legen eben dieses freundliche Gesicht auf. Und eine Rhetorik des Zivilen, eine Rhetorik der Menschenrechte. und Diversität. Und genau in dieser Rhetorik werden sie zivilgesellschaftlich gestützt, von vielen, die Salvini zu recht scheiße finden. Diese Kooperation zeigt sich dann eben auch im gemeinsamen

Demonstrieren zum Thema Seebrücke.

Progressiver Neoliberalismus

Das ist es wohl, was man (seit Nancy Fraser) *progressiven* Neoliberalismus nennt. Das Bündnis der Neoliberalen mit einem v.a. auf Diversität und Antidiskriminierung setzenden Teil der Linken. Fraser hat diesen Begriff v.a. entlang des Wahlkampfes in den USA entwickelt. Hillary Clinton galt ihr als drastischer Ausdruck dieses *progressiven* Neoliberalismus, der v.a. das *kognitive Kapital*, die linksliberale Kulturindustrie und eine auf Anerkennungskämpfe setzende Linke umfasst. Gegenspieler Trump galt ihr als personifizierter Ausdruck des „reaktionären Populismus“. Das seien die beiden großen Erzählungen dieser Zeiten, so meint es Fraser und plädiert für eine „Neue Klassenpolitik“, also dafür, sich als Linke nicht auf eine der beiden Seiten zu schlagen, sich von Identitätspolitiken abzuwenden und der Klassenpolitik zu. Diese Modell lässt sich bedingt auf europäische Kontexte anwenden. Klar, den *progressiven* Neoliberalismus gibt's auch hier, mit all seiner Integrationskraft bis weit in die radikale Linke hinein. Und er regiert. Neoliberale Wirtschaftspolitik und autoritäre Sicherheitspolitik koalieren mit *progressiver* Kulturpolitik und kämpfen um gesellschaftliche Anerkennung. Und so nett sich das anhört mit dem "*Progressiven*", so bleibt es doch strikt auf den kulturpolitischen Bereich beschränkt. In anderen Bereichen siehts ganz anders aus: Die autoritären Entwicklungen in Europa gehen ja nicht nur von den Ländern aus, die eine faschistische Regierungsbeteiligung haben, sondern eben gleichermaßen von denen, die von bürgerlich-liberalen Parteien regiert werden. Zunehmende

Überwachung und soziale Kontrolle durch Digitalisierung, eine fortschreitende Rücknahme sozialer Errungenschaften, Notstandsgesetze, Militarisierung, Abschottung, Abbau „demokratischer Standards“, teils Übergänge zu Präsidialsystemen. Zeitgleich aber eben auch Liberalisierungen der Geschlechterpolitiken und Einführungen von Antidiskriminierungsstandards.

Wir erinnern uns gut an Merkels Ausspruch, dies sei nicht ihr Land, wenn man eine Wettbewerb führe, wer das unfreundlichste Gesicht aufsetze im Angesicht von schutzsuchenden Menschen – kurz bevor sie mit ihrer großen Koalition ein paar Asylpakete verabschiedete – freilich mit freundlichem Gesicht. Dieser *progressive* Neoliberalismus von Grünen über die Sozialdemokratie bis zum Merkel-Flügel der Unionsparteien hielt immer eine gestreckte Hand nach links aus. Nicht in die Richtung derer, die umfassend soziale Gerechtigkeit oder einen *antagonistischen* Bruch fordern aber durchaus in die Richtung beispielsweise feministischer und antirassistischer Kämpfe, und diese Hand konnte genommen werden zum Preis des Aufgebens der sozialen Gerechtigkeit. Anerkennung ist drin in dieser Politikform, die gleichgeschlechtliche Ehe genauso wie Antidiskriminierungsgesetze und die Anerkennung eines dritten Geschlechts. Niemand soll diskriminiert werden, das heißt aber noch lange kein Ende sozialer Segregation. Arme sollen nicht plump stigmatisiert werden, das heißt aber eben nicht, Armut zu bekämpfen. Ganz im Gegenteil...

Nun gut, soweit sehen wir auch einen europäischen *progressiven* Neoliberalis-

mus. Vor allem im „Kampf gegen rechts“ erkennen wir eine ganze Bandbreite an Integrationskräften, mit der SPD gegen die AfD, mit Unternehmern gegen Nazis und mit den Grünen gegen die CSU.

Schauen wir uns an, was die extreme Rechte selbst von sich gibt, so müssen wir feststellen – so unangenehm das ist – dass ihre Analysen nicht einfach immer falsch sind, ganz im Gegensatz zu ihren Schlussfolgerungen. Wenn die extreme Rechte von einer linken *Hegemonie* spricht, meint sie genau das, die Verbindung neoliberaler Akteur*innen mit einem linksliberalen Kulturbetrieb bis hin zu Teilen der radikalen Linken. Einfach zu sagen, es gibt sie nicht, diese linksliberale *Hegemonie*, stimmt halt irgendwie auch nicht, zumindest auf kulturpolitischer Ebene sind solche Tendenzen schwer von der Hand zu weisen. Seit Jahrzehnten ist es kein Manko, sich beispielsweise im Literaturbetrieb öffentlich als „links“ zu positionieren. Sich öffentlich als „rechts“ zu positionieren ist da schon schwieriger. Es ist gesellschaftlich weitgehend *konsensual*, Rassismus oder das Patriarchat abzulehnen, es in diesen Begriffen zu verteidigen, ist da schon schwieriger. Es ist leicht zu sagen: „Ich bin Antirassistin“ aber wann haben wir zuletzt jemanden gehört, der sagt: „Ich bin Rassist“ ohne ein Raunen der Umstehenden. Der Trick dabei ist, dass es um Benennungskämpfe geht. Denn die Strukturen, die zu rassistischer oder sexistischer Segregation bzw. Benachteiligung führen, werden gleichzeitig institutionell bestärkt. Das *Progressive* im *progressiven* Neoliberalismus bezieht sich auf die kulturpolitische Ebene, nicht auf die Sozialpolitiken, nicht auf die Sicherheitspolitiken, nicht auf die Strukturen sozialer Ungleichheit. Diese kul-

turelle linke *Hegemonie* bröckelt seit einiger Zeit. Auseinandersetzungen auf Buchmessen mit rechten Verlagen und Schriftsteller*innen sind ein Indiz hierfür. Die Strategie der neuen Rechten, die „kulturelle *Hegemonie*“ erobern zu wollen, fruchtet.

Die Gegenspieler: regressiver Neoliberalismus und völkische Sozialpolitik

Auf der anderen Seite, so meinte es Fraser, gebe es einen „reaktionären Populismus“. Das hört sich ein wenig schwammig an und ist es wohl auch. Vielleicht macht es mehr Sinn von verschiedenen Gegenspielern des *progressiven* Neoliberalismus zu sprechen. Die Differenzen sind schließlich gar nicht so klein zwischen den unterschiedlichen Opponenten. Die „extreme Rechte“ differenziert sich aus:

Ein Ende der Austerität! Das war nicht etwa irgendein linker Wahlkampfslogan, der da durch die Medien ging, sondern eine Ankündigung der regierenden Faschist*innen in Italien. Ein „Gesetz der Würde“ verabschiedeten sie, das Arbeitnehmer*innenrechte stärkt, Zeitarbeit erschwert, den Kündigungsschutz untermauert und dazu drängt, befristete Verträge in unbefristete umzuwandeln. Die Unternehmer*innenverbände liefen Sturm, die Sozialdemokratie ebenso, dies sei, so meinten diese Neoliberalen ein Gesetz zur Verordnung von Erwerbslosigkeit.

Ganz anders in Österreich. Die ÖVP/FPÖ-Regierung kündigte vor einiger Zeit quasi als erste Amtshandlung an, den 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche einzuführen.

Die AfD hängt gerade irgendwie dazwischen. Die Vorbereitungen auf den Rentenipfel der Partei machen das ziemlich

deutlich. Meuthen schlug vor, diese ganzen komischen sozialen Sicherungen ganz abzuschaffen und „den Bürger“ an der Hand in die Mündigkeit zu entlassen. Muss ein Traum für Neoliberale sein. Von Storch und Weidel, der deutsche Adel und die *Hayek-Gesellschaft* werden da wohl tendenziell mitgehen, halten sich aber noch zurück. Ganz anders Pohl und Höcke mit ihrem „Thüringer Rentenkonzept“. Weg von der privaten Vorsorge und Betriebsrenten, hin zu Staatszuschüssen. Deutsche Geringverdiener*innen sollen eine „Staatsrente“ bekommen. Also soziale Umverteilung unter rassistischen Gesichtspunkten. Dieser Richtungsstreit steht in der AfD seit langem an. Es ist ein Richtungsstreit zwischen *regressiven* Neoliberalismus und völkischem Sozialstaat. Was beide Flügel eint, ist das kulturpolitisch *Regressive*, das Feindbild, der nationalistische Ausschluss, die Ethnisierung sozialer Widersprüche.

Die CSU hat das erkannt und strebt danach, den Ort des *regressiven* Neoliberalismus für sich zu beanspruchen. Mit der Meuthen-Weidel-Fraktion gibt es da tatsächlich mehr Übereinstimmungen als mit Merkel, Maas und von der Leyen. Der Zwist zwischen Merkel und Seehofer war und ist so nicht einfach nur eine gute Show. Klar regieren die zusammen, verabschieden gemeinsam Gesetze, sozialpolitisch und sicherheitspolitisch ticken die bestimmt auch ähnlich. Der Zwist ist einer um die Frage der *progressiven* oder *regressiven* Ausrichtung neoliberaler Politik. Und er spielt sich hauptsächlich auf kulturpolitischer Ebene ab – ebenso wie die Angriffe der Weidels und Meuthens auf Merkel und Co. Hier geht es ja nicht um Differenzen um Sicherheitspolitik oder Wirtschaftspolitik, sondern in der Regel

um Feindbildkonstruktionen, um Integrationsfragen, um Erinnerungspolitik, um Geschlechterfragen und Bündnisfragen. Eine der größten rechten Mobilisierungen gegen regierende Politik der letzten Jahre war die zum Thema neuer geschlechtergerechter Bildungspläne in BaWü.

Wir müssen also nicht von einem großen Gegenspieler reden, der den *progressiven* Neoliberalismus von rechts bekämpft, sondern von (mindestens) zwei: dem *progressiven* Neoliberalismus steht so auf der einen Seite eine *regressiv* neoliberal orientierte Rechte entgegen: die CSU, der Meuthen-Flügel der AfD, die FPÖ, um nur einige zu nennen. Zum anderen opponiert da die völkisch sozialpolitisch orientierte Rechte, die Lega, der Höcke-Flügel und der Front national um nur einige zu nennen. Letztere setzen wirtschaftspolitisch auf exklusive Solidarität, sind nicht neoliberal, aber sicherheitspolitisch ebenso autoritär wie der ganze neoliberale Klüngel, kulturpolitisch ebenso *regressiv* wie die Vertreter*innen des *regressiven* Neo-liberalismus. Diese ideologische Formation ist die, die seit Jahren äußerst erfolgreich ist mit ihrer laut verkündeten System-opposition.

Sollte sich dieser Flügel in der AfD durchsetzen und damit die AfD die Partei sein, die in Deutschland die neoliberalen „Reformen“ der Sozialdemokratie „zurückdrehen“ will, die Partei, die Hartz4 abschaffen will zugunsten eines (exklusiven) Sozialsystems, die Partei, die ein auf gesellschaftliche Umverteilung setzendes Rentenkonzept erarbeitet, wer fragt da dann schon danach, ob diese Konzepte exklusiv, also völkisch sind oder inklusiv. Und wer fragt sich, ob faschistische Politik in ihrer Bewegungsphase, die sich auch historisch als sozialpolitisch generiert hat,

in ihrer Machtphase nicht doch mit dem Kapital klüngelt. Die FAZ titelte, dass die AfD zur Arbeiter*innenpartei wird und ja, diese Gefahr besteht. Übrigens ist das sicherlich ein Grund, warum es diese neue „linke“ Sammlungsbewegung unter der Führung von Wagenknecht gibt. Wie die CSU versucht, den Platz der Meuthens und Weidels zu besetzen, so versucht Wagenknecht, den Platz der exklusiven sozialpolitischen Solidarität zu besetzen, frei von den antirassistischen und feministischen Einwänden der „Kulturlinken“ der Partei.

Der liberale Umgang mit den rechten Erfolgsgeschichten

Noch vor drei Jahren konnten wir in den bürgerlichen Zeitungen lesen, dass in Deutschland keine Partei rechts der Union eine Chance hätte. Dies wurde auch in Abgrenzung zu anderen europäischen Staaten formuliert, in denen extreme Rechte beachtliche Wahlerfolge erzielen konnten. Dann gings irgendwie ziemlich schnell und jetzt sitzt die AfD im Bundestag. Mit zweistelligen Ergebnis, in Sachsen wurde sie sogar stärkste Partei. Der Einzug der AfD in den Bundestag macht einen Unterschied. „die AfD zerlegt sich schon selbst“, so tönte es kurz nach der Bundestagswahl nicht nur durch die bürgerlichen Medien. Sie tat es nicht. Es gab einen strategischen (nicht inhaltlichen) Richtungsstreit der verschiedenen Fraktionen der AfD. Petry stand für einen „realpolitischen Kurs“, sie wollte die AfD kurzfristig anschlussfähig für bürgerliche Parteien machen. Gauland, Höcke und Co. hingegen setzen auch scheinbare Fundamentalopposition, eine Koalition wollen sie sich nur vorstellen als stärkster Koalitionspartner. Der neoliberale Block schien in ganz Europa panisch das zu machen, was seine Macht auf Dauer

nicht sichern wird: er griff und greift der extremen Rechten voraus: in Frankreich mit den Notstandsgesetzen, in Österreich mit der Abschottung, in Deutschland mit den Asyl- und Integrationsgesetzen, in Schweden mit der Schließung der Grenzen usw. All das geschah auch mit dem Verweis darauf, man wolle die extreme Rechte nicht weiter stärken. Das ist vollkommener Quatsch. Die extreme Rechte wird nicht dadurch geschwächt, dass man selbst ihre politischen Forderungen umsetzt. Aber dieses Argument klang selbst in *progressiven* Ohren gut. *Autoritarismus* gegen rechts.

Gleichzeitig fuhr die Integrationsmaschine hoch. Neonazistische Pogrome wurden unterteilt in „besorgte Bürger“, mit denen man reden müsse und organisierte Neonazis, von denen sich man distanzierte. Das Teile und Herrschen kennen wir ja auch ganz gut. Die liberale Integrationsmaschine funktioniert jedenfalls nicht nur nach links. Zeitgleich zum Aufstieg der AfD fand eine Normalisierung der AfD als legitimer Gesprächspartner statt. Es dauerte nach der Wahl keine Woche, bis wir lesen konnten, dass sich bürgerliche Politiker*innen dafür aussprachen, bloß nicht auf Ausgrenzung im Bundestag zu setzen, statt dessen sie zu einer ganz normalen Partei zu machen und sich auf von ihnen gesetzte Debatten einzulassen und sie in die geweihte Mitte aufzunehmen. Statt über die AfD zu sprechen, unterhielt sich der bürgerliche Liberalismus freudig mit ihnen. Es war eine rasante Entwicklung dahin, dass völkisches Denken zu den besten Sendezeiten vertretbar wurde. Wir sollten nicht davon ausgehen, dass eine Atempause ansteht. Die AfD fährt ihren Kurs weiter: sie nutzt die Bühne, die ihnen geboten wird und versagt sich der Integration. Wenn wir

uns anschauen, wie die Erfolgsgeschichte der Faschist*innen in den letzten Jahren aussah, müssen wir feststellen, dass gerade der Fakt, dass sie sich nicht der Macht angedient haben, dass gerade der Fakt, dass sie sich als Radikalopposition generierten, dass der Fakt, dass sie sich als Alternative zum „Establishment“, zu den bürgerlichen Eliten aufbauten, als „Systemalternative“, ihnen ziemlich viele Sympathien zugespielt hat. Die extreme Rechte hat gerade in den letzten Jahren auf „Vermittelbarkeit“ geschissen und das war wohl ein Grund für ihren Erfolg, sie haben sich damit wenig integrierbar gemacht, trotz aller Versuche. Den *antagonistischen* Bruch mit dem *progressiven* Neoliberalismus vollzieht die extreme Rechte öffentlichkeitsschwirksam. Genau deswegen waren all die angeblichen „Ausfälle“ der AfD-Oberen Kalkül. Flüchtende an der Grenze zu erschießen, die erinnerungspolitische Wende, das Lob der Wehrmacht, all das kennzeichnet ihren Bruch mit liberalen Traditionen und dem, was gesellschaftlicher Konsens genannt wird.

Bündnisse und Konkurrenzen

Systemalternativ bietet die extreme Rechte ihre Option an. Wie genau diese aussehen wird, wissen wir nicht. Was ein nicht nur erstarken faschistischer und anderer nationalistischer Kräfte bedeutet, sondern ihre realistische Chance auf Regierung, können wir nicht ganz absehen. Wir haben hauptsächlich historische Beispiele und diese zeigen uns, dass der bürgerliche Block dem Faschismus stets zur Macht verhalf. Andererseits, es waren andere Regierungsformen. Heute ergeben sich im Kontext neoliberalen Regierens unterschiedliche Konkurrenzen und Bündnisoptionen. Was deutlich wurde, ist allerdings,

dass die AfD nur bereit ist, zu ihren eigenen Bedingungen als Bündnispartner des reaktionären Bürgertums zu wirken. Ganz gleich, wer sich in der AfD durchsetzt, die Neoliberalen oder die völkischen Sozialpolitiker*innen, für die *regressiv* neoliberalen Kräfte v.a. in den Unionsparteien bietet die AfD auf Dauer eine Koalitionsoption, v.a. auf der Ebene der Sicherheitspolitik und der Kulturpolitik und am Ende natürlich in der gemeinsamen Feindbildkonstruktion.

Für die *progressiv* Neoliberalen aber bietet die Höcke-AfD vor allem eine Begrenzungsfläche nach rechts, um die eigene Politik, die oftmals nicht viel besser ist, besser aussehen zu lassen. Setzt sich ein *regressiv* neoliberaler Kurs der AfD durch, sind wohl auch hier Koalitionen denkbar.

Spannend bleibt ob, schlägt die AfD einen völkisch sozialpolitischen Kurs ein, sich auf dieser Ebene noch andere Bündnisse denken lassen. Mal schauen, vielleicht gibt sich ja auch Wagenknecht her, um mit Höcke Hartz4 abzuschaffen.

What shall we do...?

Nun, was bringt uns das, verstehen zu wollen, was da los ist? Wir denken, dass es gerade in Zusammenhang mit den Fragen nach einer „Faschisierung europäischer Politiken“ Sinn macht, die verschiedenen ideologischen Blöcke zu umreißen, dass es in diesem Zusammenhang sinnvoll ist, zu verstehen, wo die hegemonialen Konfliktlinien verlaufen, wer da mit wem kämpft. Nicht um selbst die Zuschauer*innenrolle einnehmen zu wollen, sondern um einschätzen zu können, was da gerade passiert. Es geht eben nicht darum, da mitzumischen, ganz im Gegenteil.

Okay, wir stehen also vor einer gesellschaftspolitischen Situation, in der in den

„westlichen“ Ländern sich drei ziemlich unangenehme politische Optionen anbieten und gegeneinander um *Hegemonie* ringen. Auf der einen Seite die liberalen Eliten, neoliberal, EU-orientiert, höchst repressiv in Sozial-, Sicherheits- und Außenpolitiken, aber in ihren verlockend *progressiven* Anleihen in Kulturpolitiken mit einer offenen Hand nach links. Auf der anderen Seite die traditionellen Eliten, neoliberal, EU-kritisch, höchst repressiv in Sozial-, Sicherheits- und Außenpolitiken und in ihren offenen rassistischen und antifeministischen Feindbildkonstruktionen und *regressiven* Kulturpolitiken mit einer offenen Hand nach rechts. Zum dritten sozialstaatlich- völkisch Orientierte, EU-ablehnend, offen rassistisch, antifeministisch, faschistisch. Diese Blöcke, die eigentlich gar keine Blöcke sind und sich durch sämtliche bürgerliche Parteien ziehen, bilden nicht nur in Deutschland die momentan sichtbaren Systemalternativen.

Wir sehen, dass sich in europäischen Ländern Regierungskoalitionen gebildet haben, die wir vor 10 Jahren nicht für möglich gehalten hätten. Wir sehen einen rasanten Aufstieg einer extrem rechten Partei in Deutschland, wir erleben Debatten, die wir so nicht für möglich gehalten hätten, wir sind mit Pogromstimmungen in der Bevölkerung konfrontiert, während Liberale diskutieren, die Seenotrettung auszusetzen. Die Zahl rassistischer Übergriffe nimmt nicht ab, sie wird aber inzwischen wieder weitgehend beschwiegen. Wir sehen in allen hegemonialen politischen Lagern eine massive autoritäre Entwicklung. Wir beschäftigen uns mit neuen Polizeigesetzen und mit einem auf allen Ebenen expandierten „Sicherheitsstaat“. Die Ausmaße der Digitalisierung können wir noch gar nicht absehen. So unan-

genehm das ist, wir müssen der Faschisierung in Europa ins Auge schauen. Wir müssen uns darüber unterhalten, was ein digitalisierter Faschismus bedeuten könnte. Wir müssen uns darüber unterhalten, wie wir mit den Integrationsangeboten des *progressiven* Neoliberalismus umgehen, also mit denen, die Geflüchtete zwar nicht durch die Straßen jagen, sie aber ertrinken lassen und die global die Bedingungen durchsetzen, die es notwendig machen, zu flüchten.

Unsere Frage müsste es doch sein, wie wir die extreme Rechte bekämpfen können, ohne damit den *progressiven* Neoliberalismus zu stärken. Und umgekehrt: wie wir unsere Feindschaft gegenüber dem bürgerlichen Staat samt seiner Ideologie, ob *progressiv* oder *regressiv* zur Geltung bringen können, ohne der faschistischen Option Spielräume zu eröffnen.

4.5. Und was ist, wenn das hier erst der Anfang ist?

Im letzten Blättchen lasen wir einen Text über den „kommenden Faschismus“. Uns motivierte er, etwas zu schreiben zu der Gefahr einer solchen europäischen Entwicklung. Dabei wollen wir uns vor allem auf die Option des Durchsetzens einer völkischen-nationalistischen Bewegung konzentrieren. Die Option der Weiterentwicklung einer totalitärer werdenden neoliberalen, bürgerlichen, postdemokratischen europäischen Herrschaft bedarf unseres Erachtens andere Antworten und Diskussionen. Möglicherweise ist die AFD nur ein temporäres Problem. Möglicherweise wird es für sie, jetzt, wo die Bundesregierung „Erfolge“ im Kampf gegen die Flüchtlinge für sich verbuchen kann, in den kommenden Wahlen wieder bergab gehen.

Vielleicht ist es auch so, dass es irgendwann stimmt, was die Zeitungen schreiben, und PEGIDA tatsächlich mit schwindenden Teilnehmer_innen zu kämpfen hat und sich quasi von selbst erledigt. Möglicherweise verlieren Nazis und rassistische Anwohner_innen irgendwann die Lust am aufgebracht Protestieren und dem Anstecken von Heimen. Oder die Ermittlungsbehörden schlagen irgendwann doch mal „richtig“ zu und bekämpfen die völkische-nationale Bewegungen mit allen Mitteln. Vielleicht haben wir auch einfach mal Glück, und der Staat macht eine Kehrtwende im totalitären Ausbau des Überwachungsstaates. Vielleicht gibt es überraschende Erfolge für eine linke Bewegung, und wir werden Zeug_innen und Akteur_innen eines revolutionären Aufbruchs und die Menschen wenden sich massenhaft gegen den europäischen Rechtstrend. Möglicherweise.

Aber ehrlich, es sieht gerade nicht so aus. Wir schauen nach Deutschland, nach Ungarn, nach Polen, nach Österreich, nach Frankreich, nach Finnland usw. und sehen überall dort, wie extrem rechte Parteien absahnen, mehrheitsfähig werden, koalitionsfähig, wir sehen den Zuwachs faschistischer Bewegungen, wir sehen die Bereitschaft der bürgerlichen Parteien, ihre Macht mit Faschist_innen zu teilen, wir sehen ihre Willigkeit, sich politisch anzubiedern, in der absurden Hoffnung, so die Wahlerfolge der extremen Rechten zu minimieren. Und wir sehen das Tempo, in dem dies geschieht. Wer hätte vor fünf Jahren gedacht, dass bei einer Bundespräsident_innenwahl in Österreich 50% an die FPÖ gehen, und wer hätte zu der Zeit gedacht, dass der Front National in Frankreich auf bestem Wege ist bei der

nächsten Wahl stärkste Partei zu werden. Wer hätte gedacht, dass eine Politikerin in Deutschland den Schusswaffengebrauch gegen Geflüchtete vorschlägt, ohne größere Konsequenzen. Und was heißt das für die nächsten fünf Jahre?

Wir sind keine Träumer_innen. Wir glauben nicht an einen zufälligen Wandel, noch haben wir Vertrauen auf bisher noch verborgene Kräfte, die sich den Entwicklungen dieser Zeit plötzlich aus dem Nichts entgegen stellen. Zwar geben wir die Hoffnung hierfür nicht auf, aber es ist uns zu wenig, nur auf eine solche

noch kleinere Verschlechterungen geben wird, die uns zwar moralisch empören, aber uns in unserem Leben und politischen Arbeiten nicht wirklich einschränken und uns weiter die Möglichkeiten der bürgerlichen Freiheitsrechte lassen. Wir meinen damit den endgültigen Verfall dessen, was derzeit noch in Resten erhalten ist. Wir reden von einem echten Faschismus als eine mögliche Option und einem echten totalitären Neoliberalismus als andere Option.

Wieso das mit solchem Nachdruck zu betonen ist? Weil auch unter uns, und damit meinen wir uns alle, die sich einer



Hoffnung zu setzen. Stattdessen denken wir, dass es längst Zeit ist, sich mit denjenigen Möglichkeiten zu beschäftigen, deren Eintritt viel wahrscheinlicher wirkt, als ein *progressiver* revolutionärer Umschwung. Und viel Wahrscheinlicher ist Folgendes: Eine Machtübernahme durch völkisch-nationale Kräfte und das Aufkommen eines neuen Faschismus in Europa oder aber die Zuspitzung des totalitären Umbaus der neoliberalen Gesellschaften, wie sie derzeit existieren. Und wir meinen damit nicht, dass es eventuell hier und da

linksradikalen Bewegung im weitesten Sinne zugehörig fühlen, noch eine ziemliche Sicherheit besteht in Bezug auf die kommenden Entwicklungen. Eine falsche Sicherheit, die zu einem falschen Vertrauen führt, dass es so schlimm noch nicht ist, dass es so schlimm schon nicht kommen wird, und dass die Demokratie der letzten 70 Jahre am Ende immer noch der Rahmen ist, in dem wir uns bewegen, in dem wir handeln, in dem wir streiten. Wir sagen es noch einmal: Ja, das kann so sein. Es gibt dafür zwar wenig Anzeichen, aber die

grundsätzliche Möglichkeit besteht natürlich. Wenn dies so ist, dann kann jede_r für sich weiterhin den Grad von Risiko, Staatsfeindlichkeit und Mitmachen im Hamsterrennen selbst entscheiden. Falls sich jedoch die anderen Entwicklungen fortsetzen würden, falls die faschistische Option eine tatsächlich realistische ist, dann stehen wir vor Problemen, die wir nicht kennen, und von denen mehr abhängt, als Fragen, welche darum kreisen, ob jemand mit seinem Vorstrafenregister noch Lehrer_in werden kann oder nicht. Dann stehen uns Zeiten ins Haus, die geprägt sind von einer ganz anderen Art der Verfolgung. Und darauf ist fast niemand vorbereitet, oder? Eine solche Entwicklung würde uns so hart treffen, dass Widerstand ganz anders gedacht werden müsste. Wir wollen niemanden davon überzeugen, dass eine solche Zukunft kommen wird. Doch denken wir, es ist sinnvoll, sich mit der Option auseinanderzusetzen..

Und natürlich hoffen wir, dass es viele geben wird, die nicht vorhaben, blind wie die Lämmer zur Schlachtbank zu laufen, sondern bereit sind, sich schon jetzt auf das vorzubereiten, was uns vielleicht ins Haus steht. Für unsere Überlegungen ist es ein wichtiger Punkt, dass historische Scheidewege, welche die Wende markierten für das Umschlagen in eine faschistisch-totalitäre Gesellschaft, immer eben nur *retrospektiv* festzustellen waren. Sie sind so schwer in der Gegenwart auszumachen. Es gibt nicht den Tag X, an welchem mit einem Mal alle erkennen, dass es soweit ist. Zumal, wenn so ein Tag X schon im gegenwärtigen auszumachen wäre, mit keinem Wort gesagt ist, dass dann noch alle Möglichkeiten offen wären, sich vorzubereiten auf das, was kommt.

Vielmehr ist zu erwarten, dass alle Wandlungen schleichend vonstatten gehen, dass wir uns nach und nach an alle Verschlechterungen gewöhnen, bis wir dann ein weiteres Drehen der autoritären Schraube erleben, welches uns oder unsere Freund_innen, Familien oder einer andere Gruppe von Ausgesonderten, die Freiheit und/oder das Leben kosten wird. Vielleicht, wenn eines Tages Historiker_innen in die Vergangenheit blicken, werden sie einen Punkt festmachen, der schon vorbei ist und interessierte Menschen werden sich fragen: „Aber wieso reagierte niemand so wirklich, wieso erkannten sie es nicht?“ und über uns den Kopf schütteln. Wir wissen es eben nicht, ob dieser Punkt schon war, oder ob er noch kommt oder überhaupt kommen wird.

Wir haben uns daran gewöhnt, dass unser Leben weitestgehend sicher ist. Dass das, was unser Leben gefährdet oder bedroht, überschaubar und vermeidbar ist, wenn wir wollen. Dass eine geschlossene Tür einen gewissen Schutz bietet, und dass schon ein ernsthafter Grund vorliegen muss, damit die Bullen sie eintreten. Dass wir nicht vor Gericht kommen, wenn wir uns entsprechend verhalten, und dass wir dort eine Anwältin haben und zumindest die Chance darauf, freigesprochen zu werden. Dass man für das was wir tun, nur uns und nicht noch unsere Freund_innen oder unsere Familie zur Rechenschaft zieht. Dass wir, wenn wir uns an die Spielregeln halten, demonstrieren dürfen, Flugblätter verteilen dürfen und unsere Abneigung gegen diese Scheißgesellschaft ausdrücken können.

Wir sind es gewöhnt, dass es so ist, seit wir klein sind. Und so kehren wir auch immer wieder innerlich zu der Überzeugung zurück, dass, auch wenn Gesetze geändert

werden, rechte Parteien immer mehr politischen Einfluss gewinnen und unsere Überwachung ein nie gekanntes Ausmaß annimmt, irgendwie eine Normalität existiert, die wiederkehrt, auch nach großen oder kleinen Ereignissen, die die medialen Wellen hoch schlagen lassen. Ebbs die Welle ab, ebbs auch unser Gefühl ab, dass etwas passiert im Staate. Das Gerede vom Ende der Geschichte ist nicht nur eine Propagandalüge der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, es ist auch ein Gefühl, welches viele mit sich herum tragen. Ein Gefühl, was sich nicht ableitet aus einer intensiven Betrachtung der weltpolitischen Ereignisse und Entwicklungen, sondern vielmehr aus der uns präsentierten Stärke des Staates, welcher uns gegenübertritt mit dem Versprechen oder der Drohung, dass er schon alles wieder in geregelte Bahnen pressen wird, und sei es auch mit massiven Gesetzesänderungen und Einschnitten in die Freiheitsrechte. Doch weder ist der Staat unendlich stark, noch bleibt eine immer und immer weitergehende Einschränkung eben jener Freiheitsrechte ohne Konsequenzen. Unsere Gewohnheit, unser grundsätzliches Gefühl von Sicherheit, mag es uns ermöglichen, auch unter den aktuellen Bedingungen weiterhin einen Sinn im Arbeiten, Studieren, zur Schule gehen zu sehen, mag es uns ermöglichen, uns vorzustellen, dass wir irgendwann mal in einem schönen Hausprojekt leben, wo wir vielleicht Kinder haben werden, oder ein sonstwie schönes und beschauliches, sinnreiches Leben. Aber wozu uns die Gewohnheit nicht befähigt ist es, uns stark zu machen, gegen das, was sich um uns herum als Drohung aufbaut. Uns darauf vorzubereiten, was kommen kann. Zudem halten wir es für möglich, dass es eben nicht Deutsch-

land das Land sein wird, in dem eine faschistisch-totalitäre Gesellschaft errichtet wird. In nahezu jedem Land in Europa gibt es ein Erstarken reaktionärer und faschistischer Kräfte. Über die meisten Länder wissen wir trotz Internet und internationaler Nachrichten viel zu wenig. Wir wissen meistens nicht, wie die aktuelle politische Lage sich dort entwickelt, und wir wissen nicht, wie groß dort die politischen Gefahren sind. Doch auch dort leben Genoss_innen von uns, welche sich großer Gefahren gegenüber sehen, leben Menschen, die im ein Dorn sind im Auge der Herrschenden oder der Faschist_innen die nach Herrschaft streben.

Auch wenn wir nicht direkt und unmittelbar betroffen wären, wären wir betroffen, wenn uns die Verhältnisse neue Entscheidungen abringen, die über die Fragen hinaus gehen, ob wir mal ins Ausland fahren, um dort gegen einen faschistischen Parteitag oder eine nationalistische Demonstration aktiv zu werden. Und schon hierbei, so müssen wir das auch mal festhalten, sind schon immer sehr wenige dabei. Wo Menschen in tödliche Gefahr kommen, braucht es mehr als nur ein paar Sitzblockierer_innen und Steinwerfer_innen, um ihnen zur Hilfe zu kommen. Wenn wir nur an uns denken und uns nicht für das interessieren, was uns unmittelbar nicht betrifft, uns auf die Gefahr eines faschistischen Umsturzes nur in unserem Land vorbereiten, dann ist internationale Solidarität nichts als leeres Gerede. Wir glauben, dass sich viele von uns mit ihrer Vorstellung vom Faschismus am historischen Faschismus orientieren. Das birgt Schwierigkeiten in sich. Zum einen prägt die Vorstellung, ein neuer Faschismus sähe irgendwie so ähnlich aus, wie der histor-

ische Faschismus, auch die Vorstellung, dass sie sich auf die gleiche Weise ankündigen. Zum anderen begrenzt es die Vorstellung des Ausmaßes an staatlicher Kontrolle auf vergangene Zeiten. Beides ist falsch: Weder besitzt die Geschichte Gesetzmäßigkeiten, welche uns ein Bild davon vermitteln, wie die Dinge ablaufen. Noch hat sich in der Zwischenzeit nichts getan: Die Möglichkeiten staatlicher Überwachung, staatlicher Repression und staatlicher Manipulation sind im Vergleich zu früher gigantisch gewachsen. Wir ersparen es uns, das Bild eines neoliberalen High-Tech Faschismus auszumalen. Weder fühlen wir uns dazu in der Lage, noch denken wir, dass es nur diese eine Entwicklungsmöglichkeit gibt. Beispielhaft sei hier nur kurz auf die gigantischen Datenbanken verwiesen, die mittlerweile existieren, und an denen auch viele von uns selbst mitarbeiten, um sie aufzubauen. Zum einen gibt es riesige Datenbanken bei den Ermittlungsbehörden selbst. Welche hier für uns besonders kritisch sind, ist die „Straftäter linksmotiviert“, die „Gewalttäter Links“ und sämtliche Datenbanken, in denen DNA und Fingerabdrücke gespeichert sind sowie alle Datenbanken mit personenbezogenen Daten der Geheimdienste.

Zum anderen werden in sozialen Netzwerken von vielen fleißig zusätzlich persönliche Daten eingespeist, sie es nun bei Facebook, Google oder Amazon. Sowohl staatliche Datenbanken, als auch die Datenbanken des Web 2.0 stehen jeder Regierung zur Verfügung und machen die Verfolgung jedweder Staatsfeind_innen oder solcher, die dafür gehalten werden, zu einem Kinderspiel. Und beide Arten von Datenbanken sind international. Sie fallen jed_r (mindestens europäischen) Regier-

ung in die Hände, die daran ein Interesse haben. Eine aktuelle Debatte über die Möglichkeit eines kommenden Faschismus oder alternativ dazu ein neoliberaler Totalitarismus, existiert unserer Kenntnis nach nicht. Debatten im Bereich des antifaschistischen Widerstands orientieren sich weitestgehend an den Debatten und historischen Gegebenheiten der 1990er Jahre. Nehmen wir ein kurzes Beispiel: Es wird immer noch darüber debattiert, ob es heutzutage weniger schlimm/genauso schlimm/schlimmer ist als in den 90ern. (Meistens wird dabei völlig vernachlässigt, dass es nach den ganzen Einschnitten, welche in den 90er Jahren gemacht wurden kein zurück gegeben hat. Das Asylrecht wurde verschärft und nicht wieder entschärft.

Die heutigen Verschärfungen dreht die Schraube immer noch eine Windung weiter, es ist mehr als offensichtlich, dass die institutionellen Bedingungen heutzutage deutlich schlimmer sind, als in den 90er Jahren.) Genauso wie immer noch darüber debattiert wird, wie man Aufmärsche blockieren kann, wo doch die schiere Anzahl von Aufmärschen, sowie die derzeitigen Teilnehmer_innenzahlen auf beiden Seiten diese Debatte überflüssig machen. Die heutigen Aufmärsche sind nicht mehr so einfach zu blockieren. Diese Debatten sind den Zeiten nicht mehr angemessen. Es sind Debatten, die sich auszeichnen durch den Trott der Gewohnheit. Und sie verhindern manchmal auch den nötigen Aufbau von Möglichkeiten eines angemessenen Widerstands. Klar bringt es nichts den Kopf in den Sand zu stecken und unsere Kämpfe, auch die antifaschistischen als verloren zu erklären. Davon sind wir weit entfernt. Wir müssen

Debatten führen, wie wir mit den aktuellen Gegebenheiten umgehen und weitere faschistische Entwicklungen umkehren. Und wir müssen darüber diskutieren, was sinnvolle direkte Aktionen im Bereich Antifa sind. Wir selbst freuen uns über jeden direkten Angriff auf Strukturen rechter Organisation, mit denen eben jene Struktur durch Sachbeschädigung unbrauchbar gemacht wird. Und wir halten auch direkte Angriffe auf Nazis und Faschist_innen, durch die diese zeitweise aus dem Verkehr gezogen werden für angemessen. Daneben ist für uns das Sichtbarmachen von uns als um eine freie Gesellschaft kämpfende Linksradikale, sei es durch Demonstrationen, Flugblätter, Plakate, Radiosendungen, Schriften oder Veranstaltungen ein richtiger Schritt, um eine echte Alternative zu dem derzeitigen Entwicklungen aufzuzeigen.

Und doch kann all das nur der Anfang sein, und nicht die Spitze. Es kann nur der Anfang sein einer notwendigen Organisierung (nicht Organisation), um eine linksradikale Bewegung hervorzubringen, die sich eben auch kommenden faschistischen Gesellschaften überhaupt entgegen stellen könnte, ohne einfach so durch Massenrepression hinweg gefegt zu werden. Wir jedenfalls hoffen, dass sich Genoss_innen überall auf die kommenden Zeiten vorbereiten, um auch dann immer noch gemeinsam Widerstand zu leisten, wenn er kaum mehr möglich scheint. Das bedeutet aber auch, dass wir einige für uns neue Fähigkeiten und einiges an neuem Know how entwickeln müssen. Wir finden es schwer abzuschätzen, wie offen wir hier sein können und daher wollen wir es hier nur im Ungefähren belassen. Aber die Debatte darüber ist notwendig, daher müssen

wir vor allem auch Wege finden, wo und wie wir uns darüber austauschen können. Darüber hinaus gibt es ein schwerwiegendes Problem: Über dieses Thema überhaupt zu sprechen birgt für sich genommen schon Probleme in sich, die über den Ort und die repressionsfreie Möglichkeit für ein Gespräch hinaus gehen. Das ist zum einen die Abwehr. Fast niemand spricht gerne über die Möglichkeiten, den eigenen Widerstand unter schwersten Bedingungen zu besprechen, weil alleine die Möglichkeit, dass es so kommt, oft ausgeblendet wird. Nicht abgelehnt, das ist nicht unsere Erfahrung, sondern tatsächlich vielmehr verdrängt, weil nicht kommen kann, was nicht kommen darf. So ist es schwierig, die nötige Ernsthaftigkeit zu erlangen. Zum anderen das mangelnde Selbstvertrauen: Kaum jemand kann sich für sich vorstellen, über sein bisheriges Leben hinaus zu steigen und eben selbst das zu tun, was in der historischen Darstellung immer größte Verund Bewunderung ausgelöst hat.

Für alle, die gedanklich mit uns sind, hier also ein paar Überlegungen. Wir halten sie allgemein und beleuchten vor allem kommende Probleme, denn wir denken, nicht jede Problemlösung gehört in die Öffentlichkeit. Wichtig ist in unseren Augen vor allem, die Debatte auf eine neue Ebene zu heben, und damit die Trägheit gegenüber den schlechten Zeiten zu durchbrechen. Vorweg noch: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus und andere Formen des historischen Faschismus war jahrelang von zu der Zeit starken kommunistischen und anarchistischen Strukturen vorbereitet, sowohl was eine mögliche Flucht, als auch was das Leben im Untergrund angeht. Was die Bedingungen für den Widerstand betrifft, waren die diese besser, während die

Möglichkeiten des Staates bezüglich der Kontrolle und Überwachung kleiner waren. 1933 konnte die, die in den Widerstand gingen oder flüchteten auf diese Vorbereitungen und auf ein großes Wissen diesbezüglich zurückgreifen. Genauso wie auf funktionierende internationale Netzwerke. Und dennoch: wie viele haben selbst 1933 den historischen Punkt nicht erkannt, wie viele haben noch gewartet, abgewartet und wie viele wurden in den faschistischen Lagern vernichtet. Was wir damit sagen wollen ist: Die Bedingungen sind gerade nicht sonderlich gut. Auch und gerade deswegen wollen wir anfangen, diese zu verbessern. Wir unterteilen unsere derzeitigen Überlegungen grob in zwei Bereiche: Flucht und Widerstand.

Bevor wir tiefer einsteigen, ein paar Vorbemerkungen zum Thema Flucht: Es mag auf den ersten Blick vermessen wirken, das Thema Flucht als zukünftige Option aus der betroffenen Perspektive zu thematisieren, wo derzeit Millionen von Menschen aus zahllosen Gründen bereits auf der Flucht sind und unzureichend Unterstützung dabei erfahren. Eine Kritik daran erscheint uns nicht ungerechtfertigt, doch wollen wir entgegnen, dass wir uns auch heutzutage bereits in der Hilfe zur Flucht betätigen und uns mit dem Thema nicht aus bloßem Eigeninteresse beschäftigen. Darüber hinaus hoffen wir, dass eine Beschäftigung mit dem Thema nicht nur den Blick auf sich selbst als möglichen politischen Flüchtling wendet, sondern darüber hinaus den Blick für das Thema insgesamt weitet und auf Leerstellen verweist, die in unseren dürftigen Bewegungsstrukturen existieren. Wir wollen aber vor allem auch auf einen Punkt hinweisen, und zwar auf den, dass sich zwis-

chen dem, was an Antifluchtmaßnahmen ergriffen werden kann und was an Maßnahmen derzeit ergriffen wird, ein großer Unterschied besteht, der wegfällt, wenn sich die Gesellschaften in welcher Weise auch immer weiter nach rechts dreht. Sich von a nach b zu bewegen, wirkt für die meisten wie eine Selbstverständlichkeit. Reisefreiheit und offene Grenzen sind viele gewohnt seit ihrer Geburt. Selbst unerkanntes Reisen funktioniert gerade noch irgendwie. Im Falle drastischer gesellschaftlicher Veränderungen, wird dies auch für die nicht mehr so möglich sein, die Bewegungsfreiheit gewohnt sind. Der Flugverkehr ist ohnehin schon massiv überwacht, es gibt Überlegungen, eine ähnliche Überwachung für den Bahnverkehr einzuführen, was seit den IS-Anschlägen in Frankreich zum Teil bereits umgesetzt ist.. Auch wenn es derzeit vor allem für den Upperclass-Fernverkehr gilt, so ist es ein leichtes, jeden Bahnhof durch Kameras zu überwachen und auf diese Bilder zuzugreifen. Es gibt Forschungen und Entwicklungen, diese Überwachung durch Software erledigen zu lassen, um die Möglichkeiten der dauerhaften Überwachung noch zu steigern. Gleiches gilt für den Straßenverkehr. Jede Tankstelle ist kameraüberwacht, es gibt darüber hinaus noch eine Reihe von Verkehrskameras. Auf alle diese Kameras kann zugegriffen werden, wie wir unter anderem bei der Jagd auf den IS-Mörder Abdel Salaham gesehen haben, noch deutlicher bei der Jagd auf den „Mann mit Hut“ in Belgien. Durch zahllose innerstädtische Überwachungskameras konnten seine Bewegungen gut nachvollzogen werden. Es ist wichtig, sich klar zu machen: Dabei wurden gar nicht alle technischen Möglichkeiten ausgeschöpft, die derzeit dafür existieren. Es

gibt noch moralische und politische Grenzen, die die Überwachung erschweren. Diese werden massiv abgebaut. Eine faschistische oder totalitäre Regierung hat ein leichtes Spiel, alle diese Möglichkeiten auszuschöpfen. Und wir reden hier nicht von Science-Fiction. Die Möglichkeiten der flächendeckenden Kameraüberwachung existieren bereits. So gibt es zB. eine Drohne, ausgestattet mit einer 1,8 Gigapixel Kamera (das sind 1800 Megapixel, also das hundertfache von dem, was eine gute handelsübliche Kamera so kann), welche eine Fläche von 46 km² überwachen kann. Fluchtbewegungen von morgen werden also bei einem konkreten Verfolgungsinteresse seitens des Staates deutlich erschwert sein. Es ist leicht geworden, ganze Grenzabschnitte elektronisch zu überwachen (wer nun an die bekannten Möglichkeiten von Frontex im Kampf gegen die Geflüchteten denkt: Auch diesen sind immer noch gesetzliche Zügel angelegt, es geht alles noch viel weiter). Ebenfalls ist zu bedenken, dass eine Flucht sich gegenwärtig noch in einem Rahmen abspielt, in welchem der Grenzübertritt regulär vollkommen gewöhnlich ist. Bei einem Verbot der Grenzüberquerung wird die Anzahl der Grenzübertritte bereits drastisch zurück gehen, der Fokus auf die Einzelne sich daher um so stärker vergrößern. Darüber hinaus ist neben den erschwerten Möglichkeiten der unbemerkten Flucht bereits frühzeitig zu planen, wohin überhaupt geflohen werden soll. Eine Flucht auch aus politischen Gründen, bedeutet keinesfalls, dass ein_e Europäer_in in irgendeiner Weise in einem anderen europäischen Land willkommen geheißen wird. Vermutlich ist das Gegenteil der Fall: Dass auch mit innereuropäischen Flüchtlingen nicht anders umgegangen werden

wird, als mit außereuropäischen Flüchtlingen heutzutage. Als die Nazis die Macht in Deutschland innehatten, schickten eine Reihe anderer europäischer Nachbarländer gerade kommunistische Flüchtlinge wieder zurück, auch als bekannt war, dass ein entsetzlicher Tod auf sie warten würde. Das gleiche galt übrigens auch für die Sowjetunion: Auch von hier wurden zahlreiche Mitglieder der KPD wieder zurück in die Fängen ihrer Nazihäscher geschickt und damit in ihren Tod. Die SU tat damit das Gleiche wie die von Sozialdemokraten geführte Regierung Schwedens. Wer also seine Hoffnung zukünftig auf eine „sozialistische“ Regierung setzt, ist wahrscheinlich schlecht beraten. Jeder Regierung ist zu misstrauen. Eine Flucht bedarf im Idealfall, so sie nicht im Blindflug absolviert werden soll, einer Vorbereitung in Kontakt mit unseren Genoss_innen anderswo. Das Gleiche gilt auch in die entgegengesetzte Richtung: Für den Fall, dass Genoss_innen nach hier fliehen wollen, bedarf es dafür mehr als nur eines freigelegten Hausprojektes. Hierfür müssen tatsächliche Strukturen aufgebaut werden, die in der Lage sind, auch viele Menschen zum einen zu verbergen, und zum anderen finanziell durchzubringen. In der Vergangenheit war es möglich, mit gefälschten Papieren eine Arbeit zu bekommen, heutzutage ist auch das viel schwieriger geworden. Ein falscher Pass ist für eine Flucht sicher kein Nachteil, doch muss sich hier direkt klar gemacht werden, dass zum einen der gefälschte Pass leicht auffliegt, wenn er mit den europäischen Personenregistern abgeglichen werden kann, was eben heute nur einen Mausklick dauert, zum anderen Pässe und Personalausweise gar nicht unbedingt die Zukunft bedeuten. Viel interessanter für totalitäre Staaten, die über

die nötige Finanzierung verfügen, ist das „Chippen“ von Menschen, eine Technologie, die ebenfalls in der Schublade liegt. Dadurch lässt sich direkt scannen, wer da vor einem steht. Und bei einer Erweiterung der Technik ist es dann ein Leichtes, sich die Ortung von Menschen mit einem solchen Chip vorzustellen. Das Tracken von Menschen ist technologisch ein Witz, wie bereits an Handytechnologie, Smartwatches, Smartbrillen, Smartuhren und so weiter zu sehen ist. Was manche_r für eine fancy-coole Neuerung hält, ist nicht nur in einem totalitären Staat eine Waffe zur Kontrolle der Bevölkerung.

Das Gleiche gilt im Übrigen für das Geld. Das Bargeld soll abgeschafft werden, heutzutage unter anderem mit dem Argument, dass damit organisierte Kriminalität und Terrorismus beschränkt werden könne. Wer kriminell ist, und wer Staatsfeind_in ist, das entscheidet der Staat, eine Bestimmung, die sich nicht ändert, sobald eine faschistische oder totalitäre Transformation der Gesellschaft eingesetzt hat. Treffen würde die Abschaffung des Bargeldes allerdings jede_n gleichermaßen, für jemanden, der auf illegales Geld oder geheime Geldausgaben angewiesen ist, wird es zum großen Hindernis für eine verborgene Existenz und für das geheime und unerkannte Geldausgeben.

Wer nicht an Flucht denkt, sondern an Widerstand in einem faschistischen Staat und damit an ein Leben im Untergrund, wird mit den gleichen Problemen konfrontiert sein. Sich zu verbergen, lange Zeit unerkannt zu bleiben, ist schon heutzutage schwierig und ohne Struktur und Know-how kaum zu gewährleisten. Bei einer autoritären Entfesselung der Über-

wachungstechnologie ist es kaum vorstellbar, dass dies ohne Vorbereitung auf einem Niveau deutlich über dem jetzigen gelingen kann. Wer also auch im autoritären Staat an Widerstand denkt, wird nicht umhin kommen, sich mit Kämpfen unter völlig veränderten Bedingungen auseinanderzusetzen. Nicht nur, dass sich das Kampffeld verlagert: Nicht die angemeldete Demonstration wird es sein, die tolerierte Aktion, sondern ein Kampf in dem das eigene Leben auf dem Spiel steht und zwar jeden Tag. Natürlich ist es eine Möglichkeit, dass wir unsere Ruhe haben, wenn wir auch einfach ruhig sind, aber für so manche_n wird dies gar keine Option sein, und zwar eben jene, welche durch ihre Existenz in der falschen Datenbank oder Facebook Gruppe ein Verfolgungsinteresse auf sich gezogen haben.

Ein Leben im Untergrund will vorbereitet sein. Material, welches gebraucht werden könnte dafür, muss vorbereitet sein. Sachen, die jetzt leicht zu besorgen sind, würden unter diesen Bedingungen extrem schwer zu besorgen sein, ganz zu schweigen von Sachen, die schon jetzt schwer zu besorgen sind. Gleiches gilt für das Aneignen von Fähigkeiten. Zumal eine der Hauptquellen für das eigenständige Lernen derzeit das Internet geworden ist. Es wäre naiv, davon auszugehen, dass unser Zugang zu diesem immer so bleiben wird, wie er jetzt ist. Zum einen lässt sich der Zugang zum Internet eingrenzen, zum anderen ist ohne Weiteres steuerbar, was für Inhalte im Netz geboten werden, eine Praxis, die schon jetzt umgesetzt wird, wenn auch vor allem aus marktwirtschaftlichen Interessen. Es ist ohne Weiteres möglich, die Steuerung aus marktwirtschaftlichen Interessen auf politische

Interessen zu übertragen. Und auch dies geschieht schon heute, schauen wir nur mal kurz über den europäischen Tellerrand. Gleiches gilt für die Kommunikation. Für viele basiert ein Teil ihrer Kommunikation auf Handys/Smartphones und dem Internet. Beides ist nicht sicher und spätestens in einer totalitären Gesellschaft eine absolute Gefahr, was nicht heißt, dass es heute ungefährlich ist, in zweierlei Hinsicht: Erstens ist die derzeitige Gesellschaft, wie wir leider wissen, nicht frei von Repression, und zweitens können auch die Daten, die heute von dem einen gesammelt werden, morgen von der anderen genutzt werden. Auch hier jedenfalls gilt: Die Möglichkeiten der Überwachung sind nicht ausgeschöpft und selbst verschlüsselte Kommunikation ist bestenfalls aktuell nicht knackbar. Aber alles, was wir digital auch verschlüsselt verschicken oder speichern, läuft Gefahr, morgen schon entschlüsselbar zu sein. Der Staat sitzt mit in den Cryptographievorlesungen an den Universitäten und rüstet längst nach, um Verschlüsselungen aller Art zu knacken, die nachweisbar NICHT sicher sind (so hat beispielsweise die Bundesregierung hierfür eigens ein Zentrum eingerichtet, welches vorrangig zur Aufgabe hat, Verschlüsselungen zu knacken). Zum anderen gibt es schon jetzt Bestrebungen, Verschlüsselung ganz einfach zu verbieten, oder Programmierer_innen von Gesetz wegen zu zwingen, Hintertüren für den Staat einzubauen. Auch wenn angenommen wird, dass es eine fitte Hacker_innenszene gibt, welche auch im autoritären Staat weiterhin freie Verschlüsselungssoftware herstellt, so ist der Einsatz davon keineswegs leicht. So ist derzeit zB weithin nicht feststellbar, was du mit Software wie TOR machst, oder mit einem Betriebssystem wie TAILS, es ist je-

doch durchaus heraus zu bekommen, dass du es nutzt. Und es ist möglich, die Nutzung zu verbieten und somit ein Spotlight auf alle zu werfen, die ein Interesse an der Nutzung haben. Wer trotz allem kommunizieren will, und wer trotz allem via Internet kommunizieren will, der muss sich jetzt damit beschäftigen, Netzwerke aufbauen und eine Struktur unterstützen, die funktioniert, auch wenn das Internet massiven Einschränkungen unterworfen ist. (Als ein kleines Beispiel für den schleichenden Prozess der Einschränkungen der verborgenen Kommunikation: Die Bundesregierung will verbieten, dass SIM-Karten anonym verkauft werden, ganz so, wie es zB in Italien der Fall ist, wo es schon einigermaßen knifflig aber nicht unmöglich geworden ist, sich anonyme SIM-Karten zu besorgen.)

Wer an Widerstand denkt, der muss auch an die Waffen denken, die auf uns gerichtet werden. Und an die Frage, was wir ihnen entgegenhalten können. Wer die Videos vom Kampf um den Maidan gesehen hat und das einmal losgelöst von den politischen Hintergründen betrachtet, der wird gesehen haben, dass dort Leute zum Beispiel mit Bögen und Armbrüsten auf die Polizei geschossen haben. Aber wer besitzt schon einen Bogen und eine Armbrust? Auch in der Waffentechnologie wird fleißig weiter aufgerüstet. So sollen die US-Marines bis 2030 mit Laserguns ausgerüstet werden, große Laserkanonen, die über große Strecken hinweg Zentimeter genau treffen und dort Sachen in Brand stecken oder einfach verdampfen, existieren bereits. Das ist sicher den meisten zu viel Science-Fiction, und 2030 vielleicht zu lange hin, aber es gibt noch anderes: Aktuell zum Beispiel Waffen, die

nicht mehr mechanisch entsichert werden können, es sei denn der passende Chip befindet sich im Arm unter der Haut, welcher dann das passende Signal an die Waffe sendet. Immer noch zu viel Science-Fiction? Na gut. Lassen wir das Thema. Aber wer/welche daran denkt, Widerstand zu leisten in schwierigen Zeiten, kommt um etliche Fragen nicht herum, die vielleicht ungewohnt zu diskutieren sind.

Sicher ist es immer möglich, sich irgendwie all das zu organisieren, was gebraucht wird. Leichter wird es unter beschisseneren Bedingungen aber sicher nicht. Das gleiche gilt auch für eine ganz spezielle Waffe, die Druckerpresse. Heutzutage lässt sich natürlich jedwede Schrift per Onlinedruckerei drucken, oder in der netten Druckerei von nebenan, aber weder die eine noch die andere werden dies ohne Weiteres auch dann tun, wenn es verboten ist. Wenn das Internet beschränkt sein sollte, wird das gedruckte Wort sicher wieder an Bedeutung gewinnen. Neben den Kämpfen, die wir heute führen, geht es auch um eine Vorbereitung auf mögliche schlechtere Zeiten. Wer sich vorbereitet, steigert die Möglichkeiten, dass Widerstand auch unter schwierigen Bedingungen möglich ist. Wir finden es wichtig, nochmal zu betonen: Wenn eine totalitäre Gesellschaft kommt, dann eine, die zweifellos nicht rückwärts-gewandt ist, was die Technologie angeht. Das Mindestmaß der Vorbereitung stellt also zuerst einmal dar, sich umfangreich eben mit genau diesem Bereich zu beschäftigen, der Technologie. Denn diese wird eine der größten Waffen gegen jedweden Widerstand sein, sei es in einer faschistischen, sei es in einer totalitären neoliberalen Gesellschaft. Der Erwerb umfangreicher Kenntnis ist die Grundlage

jeder Vorbereitung. Daneben ist von größter Wichtigkeit das Ausbauen von Netzwerken, am besten internationaler Netzwerke, welche nach Möglichkeit eine Struktur besitzen, die eine Kommunikation ermöglicht, auch wenn dies über Internet und Telefonie nicht mehr möglich ist. Das unerkannte Reisen wird auf keinen Fall leichter, auch hiermit ist eine Auseinandersetzung zwingend. Und alles, was wir brauchen, wird nicht leichter zu besorgen. Für diese Debatten ist es für uns wichtig, den Punkt zu überwinden, an dem wir uns fragen, ob es wirklich so schlimm kommen wird, sondern dahin zu gelangen, was wir machen, falls es so schlimm kommt. Aber ja, vielleicht kommt auch alles ganz anders.

4.6. Krise des Anti-Faschismus

Emanzipatorische Bedürfnisse und Erfahrungshorizonte zum Ausgangspunkt nehmen

In Europa sind gegenwärtig über 100 neo-faschistische Terrorgruppen, Kampfbünde und Parteien aktiv – allein in Russland treiben etwa 30 Organisationen dieses Spektrums ihr Unwesen. Der Neo-Faschismus ist wieder zu einem Machtfaktor aufgerückt, der in zunehmenden Ausmaß auf die sozialen, kulturellen und politischen Verhältnisse Europas einwirkt. In Deutschland fehlte bislang ein neo-konservativer „Türöffner“, wie er sich mittlerweile in zahlreichen EU-Ländern – und dabei insbesondere in einigen Ländern der europäischen Kernzone – etabliert hat. Trotz des seit Jahren betriebenen Zusammenspiels der deutschen Geheimdienste mit der neo-faschistischen Szene ist deren politische Repräsentation, die NPD, öffent-

lich geächtet. Wird es bei dieser Konstellation bleiben, wenn sich, wie in den Nachbarstaaten geschehen, ein starker neo-konservativer *Transmissionsriemen* etabliert hat? Es wird sich zeigen inwieweit die im Frühjahr 2013 gegründete „Alternative für Deutschland“ (AfD) diese Rolle übernehmen wird. Bislang repräsentiert die AfD den marktradikalen anti-europäischen Flügel der deutschen Krisengewinnler in den mittleren Familienunternehmen, den wirtschafts-wissenschaftlichen Fakultäten und in einigen Medienkonzernen. Bei den Bundestags-wahlen vom 22. September 2013 erhielt die AfD vor allem Zulauf vonseiten der abgehalfterten Neo-liberalen (FDP) und von ca. 340 000 ostdeutschen Protestwählern. Diese soziale Zusammensetzung kann sich durchaus noch ändern und vollends auf die von den etablierten Neo-liberalen und den Grünen enttäuschten akademisch qualifizierten Funktionsebenen sowie auf weitere Protestwählerschichten ausgreifen, die über den neo-liberalen Anpassungskurs der in einigen ostdeutschen Bundesländern mitregierenden „Linkspartei“ frustriert sind. Das wäre dann in der Tat eine soziale Konstellation, die den Stoff abgibt für eine offen auftretende deutsch-nationale Partei.

Die institutionelle Linke hat den sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Überlebensinteressen der unteren Klassen und Schichten den Rücken gekehrt. Sie hat dafür – wenn auch teilweise mit erheblicher Verzögerung – auf der politischen Ebene die ihr gebührende politische Quittung erhalten. Das Dilemma ist dabei jedoch, dass die nicht-institutionelle, außerhalb des parlamentarischen-politischen Systems *agierende* Linke bis jetzt zu schwach war, um dem selbstzerstörerischen treiben der institutionellen

Linken Einhalt zu gebieten und glaubwürdige Alternativen zu erarbeiten. Das wird ihr nicht zuletzt dadurch erschwert, dass die unteren Klassen in der Regel die außerparlamentarische Linke mit den sozialdemokratischen Parteien und den durch diese kontrollierten Gewerkschaften gleichsetzen. Und das wiederum hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass sich immer größere *Segmente* der Unterklassen und unteren Mittelschichten dem Neo-Faschismus (und teilweise auch dem Neo-Konservatismus) zuwenden. Sicher spielen dabei auch autoritäre *Dispositionen* eine Rolle, insbesondere bei den vom sozialen Abstieg bedrohten Restkernen der großindustriellen Arbeiterklasse. Diese Einschränkung kann uns aber nicht vor der bitteren Einsicht bewahren, dass wesentliche Teile der institutionellen Linken seit Jahrzehnten für den sozialen Absturz und die nachfolgende soziokulturelle Demoralisierung der unteren Klassen wesentlich mitverantwortlich sind. Die daraus resultierende Orientierungslosigkeit hat dann immer größere Teile der sozial abgestürzten oder vom sozialen Abstieg bedrohten arbeitenden Klassen und Schichten dazu gebracht, sich mit dem Neo-Faschismus zu identifizieren.

Verleugnendes Verdrängen

Die Verbrechen der Gruppe „NSU“ haben die verheerenden Konsequenzen des Verdrängens des Rassismus in den gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen plötzlich offen gelegt. Das deutsche ideologische *Syndrom* aus Nationalismus und Rassismus bzw. Antisemitismus ist nach 1945 nicht verschwunden. Nicht nur Antisemitismus sondern auch Nationalismus und Rassismus durften öffentlich nicht stattfinden, wucherten aber sowohl auf der gesellschaftlichen Ebene der Alltagskultur,

wie auch in der Form eines institutionellen Rassismus fort. Diese verleugnende Verdrängen bei staatlichen Behörden, Parteien und Medien hat Methode, es ist das fleischgewordene Bedürfnis, solche Themen und Ereignisse bis zur Unkenntlichmachung zu verdrängen. Auch antifaschistische Individuen und Gruppen nehmen die Realität *selektiv* wahr, wenn es darum geht, Ursachen und Ausmaß der rassistischen Bedrohung zu *rezipieren*. Ein Beispiel dafür sind die unterschiedlichen Angaben zu den Opfern der rassistischen Angriffe: während die Bundesregierung 63 Tote zählt, die seit 1990 durch rassistische Gewalt ums Leben kamen, zählt der Berliner „Tagesspiegel“ 152 Tote. Meine Recherchen hingegen ergaben 250 Tote, die ich in meinem Buch „Rassisten in Deutschland“ (2012) belegen konnte. Den Differenzen in den verschiedenen Angaben über die Anzahl der Toten liegt die unterschiedliche Wahrnehmung zu Grunde, was als politisch oder nicht politisch verstanden wird. In einer engen Definition der rassistischen Verbrechen tauchen Obdachlose, Arbeitslose, Homosexuelle oder Punks so gut wie nicht auf.

Gegenwärtig erleben wir verstärkt rassistische Propaganda- und Gewaltangriffe, die sich im Jahr 2012 auf über 17 000 rechte Propaganda- und Gewalttaten summieren. Auf Unterkünfte von Flüchtlingen fanden im Jahr 2013 insgesamt mindestens 67 Angriffe statt; ein Jahr zuvor waren es nur 24 Angriffe. Bis Anfang März 2014 haben bereits 20 Angriffe stattgefunden, davon waren 12 Brandanschläge. Zwischen 2008 und 2012 wurden mindestens 82 Angriffe auf Synagogen festgestellt. Das Zusammenspiel von rassistischen Äußerungen von führenden Politikern einerseits und der Zunahme von Gewalttaten

von Rassisten andererseits war bereits Anfang der 1990er Jahre zu beobachten, als während des Streits um die Einigung des im Grundgesetz verankerten Rechts auf politisches Asyl zwischen der SPD und den Unionsparteien, die Pogrome gegen Flüchtlinge und Ausländer in Hoyerwerda, Rostock-Lichtenhagen und in Solingen und Lübeck stattfanden. Für das verleugnende Verdrängen sind drei Bereiche zu nennen: wir erleben erstens eine Verharmlosung der rassistischen Gefahren bedingt sowohl durch die verfehlte Entnazifizierung als auch die *Tradierung* rassistischer Bewertungen im Staatsapparat bzw. im Sicherheitsapparat (in beiden deutschen Staaten und darüber hinaus bis in die Gegenwart). Zweitens muss bei der Rassismusforschung konstatiert werden, dass es (in beiden deutschen Staaten) keine Institution gab oder gibt, die sowohl den historischen als auch den aktuellen Rassismus im Fokus ihrer Arbeit hatte. Drittens sind die Versäumnisse zu nennen, was die Kritik und Weiterentwicklung des linken Anti-Faschismus angeht, als einer Ideologie, die ohne relevanten Bezug zur Realität ist. Die mangelnde Wahrnehmung der rassistischen Erscheinungen, also die verleugnende Verharmlosung rassistischer Verbrechen durch bürgerliche und linke Kräfte, sowie eine gesellschaftspolitisch einflusslose und desorientierte Linke, sind Resultat der historischen Fehlentwicklung in Deutschland.

Die zweite Krise des Anti-Faschismus

Mit Nachdruck weise ich daraufhin, dass bereits in den 1920er und 1930er Jahren der Anti-Faschismus in Europa so gut wie vollständig gescheitert ist. Die gegenwärtige Krise des Anti-Faschismus ist auch

ein Ausdruck einer tiefgreifenden Marginalisierung der linken insgesamt. Sie ist eine Folge des Versagens der institutionellen Linken, also der Sozialdemokratie, des Eurokommunismus und der Grünen, die eine *Austeritätsökonomie* betreiben, verbunden mit imperialistischer Großmacht-politik, die sie gegen heftige Proteste verteidigen. Dadurch haben zwei Drittel der Bevölkerung der EU-Länder ihre politische Repräsentation verloren. Eine Folge davon ist eine zunehmende Desorientierung der Lohnabhängigen, die inzwischen bedenkliche Ausmaße erreicht hat, wenn in Europa überall wieder ein eindeutiger Zusammenhang zwischen der sozialen Frage und dem Faschismus hergestellt wird. Für die außerparlamentarische Linke – sie ist es die, im wesentlichen aktiv gegen Neonazis und Rassisten kämpft – ist es wichtig geworden, einen Trennungsstrich zu ziehen zur institutionellen Linken. Auch um deutlich werden zu lassen, dass es emanzipatorische Alternativen zur bestehenden Ordnung gibt.

Seit 1990 haben in Deutschland, nach offiziellen Angaben der Sicherheitsbehörden, über 300 000 rassistische und neonazistische Propaganda- und Gewaltstraftaten stattgefunden. Wie bei allen diesen Vorgängen haben die Anti-Faschisten kaum Einfluss nehmen können, um das mörderische Geschehen zu verhindern. Sie sind in verschiedene Gruppen und Strömungen zersplittert, es fehlt nicht nur eine schlagkräftige, gemeinsame Organisation, sondern auch an einer aussagekräftigen, die gesellschaftlichen Sphären durchdringende Programmatik, sowie einer Taktik und Strategie umfassenden Theorie. Es gibt mehrere Publikationen (z.B. antifa-infoblatt, antifa, antifa-nachrichten usw. usf.) verschiedener

Gruppen, ganz abgesehen von den Anti-Rassisten, die sich seit 1988 von der anti-faschistischen Strömung distanzieren haben. Entscheidend ist es, selbstkritisch an die Probleme heranzugehen, denn um bei den Massen glaubwürdig zu sein, ist der Kampf gegen Rassismus und Nazismus strategisch umzumünzen in einen Kampf für eine emanzipierte Gesellschaft, in der Ausbeutung und Unterdrückung bereits im Keim erstickt werden kann. Die Ausgestaltung einer solchen befreiten Gesellschaft blieb bei der Fundamental-Opposition, und dazu zählt sich das Gros der Anti-Faschisten, bisher weitgehend unerörtert. Deshalb fanden auch emanzipatorische Bedürfnisse und Erfahrungshorizonte armer und prekär Arbeitender keinen Eingang in die intellektuellen Diskurse. Reform und Revolution sind keine sich gegenseitig ausschließenden Seiten des emanzipatorischen Handelns, denn im kollektiven Gedächtnis der Klasse der Lohnabhängigen bilden sie eine unzertrennliche Einheit. Die Strukturen einer nach-revolutionären Gesellschaft, müssen präzise definiert werden, was soziale Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und ein von jeglichen Herrschaftsbeziehungen befreites gesellschaftliches Leben ausmacht.

Eine Antwort auf den Rassismus ist ein *kosmopolitisches* Verständnis von Gesellschaft, das den nationalen Albtraum hinter sich lässt und die freie Mobilität aller und das Recht auf politische und soziale Teilhabe voraussetzt – unabhängig von Papieren und Status. Setzen wir unser Wissen, unsere Zusammenhänge und Ideen für ein politisches und soziales System ein, das wirklich Schluss macht mit dem Rassismus. Solidarisieren wir uns mit den Kämpfern der Migration und kämpfen gleichzeitig für eine Gesellschaft ohne

Ausbeutung und Rassismus! Der Neo-Faschismus ist dabei, sich in Europa zu einem von erheblichen Teilen der Unter-
klassen mitgetragenen Phänomen der sozialen Regression und des neuerlichen Wegs in die Barbarei zu entwickeln. Sein politischer Hauptfeind ist und bleibt die Linke in allen ihren Schattierungen, obwohl sie durch ihren übermächtigen institutionellen Flügel bis zur Unkenntlichkeit deformiert ist. Wenn wir uns den damit einhergehenden Herausforderungen wirklich stellen wollen, dann müssen wir zuallererst mit einer radikalen Selbstkritik anfangen.

4.7. Hannibals Schattenarmee

Rechtes Netzwerk in der Bundeswehr

Am 13. September 2017, einem Mittwoch, bekommt André S. in Sindel fingen Besuch vom Geheimdienst der Bundeswehr. Mal wieder. S. ist Soldat beim Kommando Spezialkräfte in Baden-Württemberg. Er gehört zu den am besten ausgebildeten Soldaten der Bundeswehr, ein Elitekämpfer. Der Mann, der ihn besucht, ist ein Oberstleutnant des Militärischen Abschirmdiensts. Er ist gekommen, um S. über rechtsextreme Tendenzen in seiner Kompanie zu befragen. Für S. ist das kein ungewöhnlicher Termin. Seit Längerem schon trifft er sich regelmäßig mit dem MAD. Die Aufgabe des Nachrichtendienstes der Bundeswehr ist es, extremistische Entwicklungen innerhalb der Armee zu erkennen und zu verhindern. Der MAD nennt S. eine „Auskunftsperson“.

An diesem Tag im September bekommt S. für seine Auskünfte offenbar etwas zurück: Der MAD-Mann berichtet ihm wohl von

Ermittlungen des Generalbundesanwalts gegen ein geheimes Netzwerk von Männern, die geplant haben sollen, Politiker und Aktivisten aus dem linken Spektrum zu töten. Die Bundesanwaltschaft sieht darin die Vorbereitung einer schweren, staatsgefährdenden Gewalttat – Terror also. Von den Razzien, die es kurz zuvor in Norddeutschland gegeben hat, weiß André S. zu diesem Zeitpunkt bereits. An diesem 13. September soll er aber erfahren haben, dass weitere Durchsuchungen und Befragungen kurz bevorstehen. So steht es in einer Anklageschrift des Amtsgerichts Köln, das zurzeit einen Prozess gegen den MAD-Mitarbeiter wegen Verletzung des Dienstgeheimnisses führt. Denn: André S. soll dadurch gewarnt worden sein. Und S. ist niemand Geringeres als der Kopf eines bundesweiten Netzwerks, das im Zentrum weitreichender Ermittlungen steht. Sein Deckname ist Hannibal.

Seit einem Jahr recherchiert ein Team der taz zu der Frage: Gibt es ein rechtes Untergrundnetzwerk in Deutschland, in dem sich Regierungsgegner vernetzen, radikalisieren und gezielt auf bewaffnete Kämpfe vorbereiten? Gibt es ein Netzwerk, das hineinreicht in deutsche Behörden, in Verfassungsschutzämter und bis in die oberen Etagen der Bundeswehr?

Dabei stießen wir auf Prepper, die sich mit eingewecktem Gemüse versorgten, recherchierten zu Ermittlungen der Bundesanwaltschaft, deren Beamte zunächst glaubten, Rechtsterroristen in Norddeutschland gefunden zu haben. Wir lasen geheime Telegram-Chats und redeten mit Männern, die zwar bei rechtsextremen Verlagen Bücher bestellten, aber ihre völkische Gesinnung nicht für bedenklich hielten.

Als wir im Dezember 2017 den ersten

größeren Text über das „Kommando Heimatschutz“ veröffentlichten, wussten wir noch nicht, wer sich hinter dem Pseudonym Hannibal verbarg. Hannibal, sagte uns jemand, sei der Administrator eines bundesweiten Chatnetzwerks sogenannter Prepper. Wir fragten uns damals: Ist es denkbar, dass Hannibal Mitglied der Bundeswehr ist und direkt aus der Bundeswehr heraus ein Untergrundnetzwerk mitaufgebaut hat?

Wir kennen Hannibals Namen

Heute kennen wir Hannibals vollen Namen. André S., geboren 1985 in Halle an der Saale, ist Mitglied des Kommandos Spezialkräfte der Bundeswehr in Calw. Er ist Gründer und Vorsitzender eines Vereins mit Postadresse in Dormagen, Nordrhein-Westfalen, in dem sich Elitkämpfer organisieren. Aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes kürzen wir seinen Nachnamen ab. Nach einem Jahr fügt sich aus unseren Recherchen ein Bild, das keinen anderen Schluss zulässt: Überall in Deutschland, auch in Österreich und der Schweiz, haben sich Gruppen formiert, die daran arbeiten, einen eigenen Staat im Staate aufzubauen. Mitglieder in diesen Gruppen sind Polizisten und Soldaten, Reservisten, Beamte und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, die unter konspirativen Bedingungen einen Plan hegen: Wenn sie die Zeichen sehen, wenn „Tag X“ da ist, wollen sie zu den Waffen greifen. In den Chatgruppen geht es um den „Tag X“. Mit dabei ist Franco A., der unter Terrorverdacht verhaftet wird. Manche ihrer Pläne sind erschreckend konkret. Der Focus schreibt von einer „Untergrundarmee“. Wie ein Netz sind die Gruppen miteinander verbunden. Unsere Recherchen ergeben, dass die einzelnen Fäden immer wieder zu einer Person

führen: Hannibal.

Wer ist dieser Hannibal? Wie kann es sein, dass administriert vom Gelände der Graf-Zeppelin-Kaserne in Calw bundesweit extremistische Zellen entstehen? Und wie kann es sein, dass der MAD Hannibal sogar noch warnt?

Misstrauen an den Staatsdienern

Ende August 2017. Der Generalbundesanwalt lässt in Mecklenburg-Vorpommern Wohnhäuser und Büros durchsuchen. Unter anderem von einem Anwalt und einem Kriminalpolizisten. Der Vorwurf: Sie sollen sich verabredet haben, an einem „Tag X“ Politiker und Menschen aus dem linken Spektrum festzusetzen oder zu liquidieren. Die Ermittlungen dauern an. Das Besondere damals ist: Die Staatsanwälte der Bundesanwaltschaft misstrauen den Staatsdienern im Norden. Landespolizisten werden nicht einbezogen. Selbst der Innenminister Mecklenburg-Vorpommerns wird erst unmittelbar vor den Razzien informiert. Denn der verdächtige Anwalt und der Polizist agierten nicht allein. Sie weichten in ihre Pläne unter anderem einen SEK-Polizisten und einen ehemaligen Soldaten ein, der damals noch einer Reservistenkompanie vorstand, die sich auf einen Einsatz beim G20-Gipfel in Hamburg vorbereitete. Diese Männer sind Teil einer größeren Gruppe, die sich auf Katastrophen vorbereitet, Stromausfälle, Stürme und Nahrungsmittelknappheit, auf Momente, in denen der Staat seine Bürger nicht mehr versorgen kann. Sie organisieren sich in mehreren Chatgruppen in Norddeutschland. Eine von ihnen heißt Nordkreuz, eine heißt Nord.Com, mal geht es darin um Impfstoffknappheit, mal um Truppenbewegungen in Osteuropa. Eine

dritte Gruppe heißt Nord. Es ist Hannibal, der diese Gruppe mit vertraulichen Informationen und Lagebildern aus dem Inneren der Bundeswehr versorgt. In der Gruppe erzeugen seine Nachrichten das Gefühl, zu einem inneren Zirkel zu gehören, der einen Wissensvorsprung hat. Es ist auch kein Zufall, dass diese Gruppen im Herbst 2015 entstehen, denn es geht auch um die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung – und wie man sich dagegen wehren kann.

Wettschießen bei der Geburtstagsfeier

An einem Abend Anfang 2017 treffen sich vier Männer, darunter der beschuldigte Polizist sowie ein weiterer und der Reservist bei einem Stehimbiss an einer Landstraße nahe Schwerin. Sie sprechen über Lagerhallen, in denen sie am „Tag X“ ihre politischen Gegner internieren wollen. Könnte der Kompaniechef der Reservisten im Ernstfall dafür nicht Lastwagen der Bundeswehr organisieren? Ließen sich so auch mögliche Straßenkontrollen überwinden? Sie reden auch über Erschießungen. Im Laufe des Gesprächs soll auch das Wort „Endlösung“ gefallen sein. Das sagen Menschen, die mit den Vorgängen betraut sind, der taz. Sie erzählen auch: Der beschuldigte Anwalt hatte bei Geburtstagsfeiern hinter seinem Haus ein Wettschießen veranstaltet und einen Wanderpokal dafür ausgelobt – benannt nach Mehmet Turgut, einem Mann, den die rechtsextremistische Terrorzelle NSU im Jahr 2004 erschossen haben soll. In Rostock. Sein Mord ist bis heute nicht aufgeklärt. Aus Ermittlungunterlagen, die der taz vorliegen, geht hervor, dass Mitglieder dieser Nord-Gruppe bereits Depots mit Treibstoff, Nahrungsmitteln und Munition angelegt haben sollen. Jeder von ihnen zahlte dafür etwa 600 Euro in

eine gemeinsame Kasse. Jenseits der Chatgruppe gab es noch weitere Unterstützer – etwa den Betreiber eines Schießstandes Nahe Rostock. Er verließ zwar den Chat, verkaufte den Mitgliedern aber weiterhin Waffen. Oder ein Ausbilder am Fliegerhorst der Bundeswehr in Laage, wo Eurofighter stationiert sind. Er lud seine Freunde nach Dienstschluss in den Sicherheitsbereich. Dort durften sie im Flugsimulator den Eurofighter fliegen.

Die Süd-Gruppe

Nach den Razzien vom August 2017 war der Aufklärungswille des zuständigen Innenministers, Lorenz Caffier (CDU), überschaubar. Er richtete eine sogenannte Prepper-Kommission ein. Befund bislang: Es gibt kein Problem. Einen Bericht hat die Kommission ein Jahr später noch nicht vorgelegt. Es gab aber in dem Chatnetzwerk nicht nur die Nord-Gruppe. Es gab: Ost, West, Süd – organisiert entlang der geografischen Aufteilung der Wehrbereichsverwaltung. Außerdem: Österreich und die Schweiz. Auch in Süd, der größten und aktivsten Gruppe, war Hannibal der Administrator .

Das ist die Gruppe, in der der frühere Bundeswehrsoldat Franco A. Mitglied war. Das Auffliegen Franco A.s war einer der größten Bundeswehorskandale der letzten Jahre. Ein Soldat, der mutmaßlich rechtsextreme Terroranschläge geplant hat – und niemand, nicht seine Vorgesetzten, nicht der MAD, wollten etwas bemerkt haben? Franco A. war nicht nur passiv Mitglied in der Süd-Gruppe. Einmal war er bei Hannibal zu Hause, einmal nahm er mit Hannibal an einem Treffen in Albstadt teil, bei dem die Handys im Auto gelassen wurden. Es war ein Treffen in einem Schützenverein.

Die Bundesanwaltschaft ermittelt

Franco A. warb auch neue Mitglieder für die Süd-Gruppe. Zum Beispiel einen Händler von Waffenteilen, bei dem A. zuvor Zubehör gekauft hatte, als Barkauf, damit sein Name nicht auf der Rechnung auftaucht. Dem Händler hatte A. auch gesagt, bei der Süd-Gruppe handele es sich um eine besondere Gruppe innerhalb der Bundeswehr. Als Hannibal erfährt, was Franco A. vorgeworfen wird, gibt er umgehend Anweisung, alle Chats zu löschen: Nord, Süd, West, Ost. Es hätte kein gutes Licht auf die Richter, Beamten und Soldaten in den Chatgruppen geworfen, wird er später sagen, wenn man sie mit Franco A. in Verbindung brächte. Weil Franco A. auffliegt, ermittelt die Bundesanwaltschaft. Jetzt gerät das Netzwerk unter Druck. Wie schon in Norddeutschland legen sie auch in der Süd-Gruppe sichere Treffpunkte und Unterkünfte fest, in denen sich die Mitglieder am „Tag X“ treffen können. Sie legen „Safe-Houses“ an. Wieviele es von diesen Unterkünften gibt, und wozu genau sie genutzt werden sollten, ist unklar. Bei der Vernehmung wollen die Ermittler von Hannibal wissen, wie viele solcher „Safe-Häuser“ es in Deutschland gebe – und wo diese sich befinden. André S. antwortet: überall. Sogar das Autohaus seiner Eltern hatte er im Chat als solches vorgeschlagen.

Kaserne erfolgreich übernommen

Es ist bisher noch unklar, was diese „Safe-Häuser“ genau ausmacht. Den Ermittlungsbehörden bereiten diese Orte Kopferbrechen. Es gibt sie in Nürnberg und Ulm, in Lenggries und Bad Tölz und auch die Graf-Zeppelin-Kaserne in Calw, wo das

KSK stationiert ist, wurde in der Chatgruppe Süd als ein solcher Ort definiert – vorausgesetzt allerdings, man habe im Krisenfall die Kaserne bereits erfolgreich übernommen. Franco A.s Verhaftung führt schließlich dazu, dass deutschlandweit Bundeswehrkasernen nach NS-Devotionalien durchsucht und Soldaten auf ihre Gesinnung überprüft werden. Das Verteidigungsministerium will aufräumen, Soldaten wie Franco A. sollen künftig schneller auffallen. Rechtsextreme Kameraden sollen die Bundeswehr verlassen.

Hannibal bleibt

Der Deckname Hannibal und der bürgerliche Name André S. kursieren im vergangenen Jahr unter Sicherheitspolitikern im Bundestag. Ihnen gegenüber muss der MAD zugeben, dass er Hannibal schon lange kennt, der scheinbar so bereitwillig Auskunft gibt. Und obwohl auch dort bekannt wird, dass die Nord-Chatgruppe Äquivalente in anderen Landesteilen hat, heißt es: Menschen, die Konservendosen horten, sind doch harmlos. Dabei möchte der MAD von Hannibal auch wissen: Was weiß er über diese Abschiedsfeier, die einen Gerichtsprozess nach sich zog?

Helden des rechtsextremen Milieus

Frühjahr 2017, auf einem Schießstand nahe Stuttgart feiert ein Kompaniechef des KSK seinen Abschied. Seine Soldaten lassen ihn einen Parcours absolvieren, lassen ihn Bogen schießen und Köpfe von Schweinen werfen. Als Belohnung haben sie eine Frau eingeladen, mit der er Sex haben soll. Es kommt nicht dazu, sagt die Frau später aus. Der Kompaniechef sei zu betrunken gewesen. Sie erzählt auch, dass auf der Feier Musik der rechtsextremen Band Sturmwehr gespielt worden sei. Der Kom-

paniechef und andere hätten dann den Hitlergruß gezeigt.

Der MAD hat ein Interesse daran, Hannibal zu schützen

Auf Anfrage der taz möchte der Militärische Abschirmdienst nicht mitteilen, ob ihre Auskunftsperson Hannibal an jenem Abend mitgefeiert hat. Der MAD hat ein Interesse daran, Hannibal zu schützen. Im KSK hat der MAD fast keine Quellen, der Kontakt zu Hannibal ist wertvoll. Das Kommando, das streng abgeschirmt operiert, pflegt ein Eigenleben. Im Jahr 2004 war der berühmte KSK-Kommandeur Reinhard Günzel ohne Dank entlassen worden, nachdem er die antisemitische Rede des heutigen AfD-Abgeordneten Martin Hohmann in einem Bundeswehreschreiben gelobt hatte. Später wurde Günzel zum Helden im rechtsextrremen Milieu.

Kontakt per Mail

Im September fragen wir das Bundesverteidigungsministerium nach Uniter. Ein Verein, den Hannibal vor Jahren gegründet hat, in dem sich ehemalige und aktive Mitglieder von Spezialeinheiten vernetzten. Ein Sprecher des Ministeriums antwortet schriftlich: Das Ministerium verfüge über keine weiteren Kenntnisse zu Uniter als die „öffentlich zugänglichen“. Zu diesem Zeitpunkt war Hannibal bereits Auskunftsperson des MAD. Der MAD ist direkt dem Ministerium unterstellt.

Die Bundesregierung muss natürlich keine Informationen an die Presse geben, die sie aus nachrichtendienstlicher Aufklärung hat. Sie muss aber auch nicht lügen. Uns interessiert in unserer Anfrage auch: Nutzt Uniter Liegenschaften der Bundeswehr? Üben die Vereinsmitglieder mit Bundeswehreigentum? „Es liegen hierzu

keine Informationen vor“, schreibt das Ministerium. Weiß denn das Ministerium etwas darüber, dass sich KSK-Soldaten als Prepper weiterbilden? „Keine Erkenntnisse.“

Als wir schließlich den bürgerlichen Namen von Hannibal kennen und André S. selbst im April 2018 per Mail kontaktieren, erhalten wir 23 Minuten später eine Antwort. Er schreibt: „Prinzipiell schreiben und kommunizieren wir nicht mit der Presse, da die Masse der Mitglieder der Geheimhaltung unterstehen und jegliche Verbindungen das Leben von Mitgliedern und deren Familien beeinträchtigen könnte.“ Weiter heißt es: „Sollten weitere Fragen und Bedrängungsversuche von ihrer Seite aus kommen, müssen wir den Militärischen Abschirmdienst etc. informieren.“ Uniter also, ein Verein, dessen Gründer ein bundesweites Chatnetzwerk mit vertraulichen Informationen aus deutschen Behörden belieferte; der den unter Terrorismusverdacht verhafteten Soldaten Franco A. in seiner Chatgruppe hatte; und der auch diejenige Chat-Gruppe in Norddeutschland administrierte, deren Mitglieder an einem „Tag X“ mit Bundeswehrlastwagen politische Gegner in Lager fahren wollten – dieser Verein also möchte im Falle von Presseanfragen den Militärischen Abschirmdienst informieren.

Die Elite der Bundeswehr vernetzen

Natürlich interessiert uns daher, worum es sich bei Uniter handelt. Uniter, das bedeutet, auf Latein: „In Eins verbunden“. Der Verein möchte die Elite der deutschen Bundeswehr vernetzen. Dafür gibt es auch gute Gründe: Oft scheiden KSK-Soldaten im Alter von 35 Jahren aus dem Verband aus, die Auslandseinsätze entfallen – und

damit Auslandsbezüge und Gefahrenzulagen der Soldaten. Plötzlich ist weniger Geld auf dem Konto. Uniter könnte da eine Hilfe sein. In dem Netzwerk sollen sich aktuelle und ehemalige Soldaten gegenseitig unterstützen. Viele von ihnen haben Sicherheitsfirmen oder Kampfsportschulen gegründet, andere sind weiter beim Militär. Im Online-Shop werden Krawatten, Manschettenknöpfe und Siegelringe mit dem Uniter-Emblem verkauft: Schwert und Kreuz, umfasst von einem Eichenkranz.

Auf Facebook lädt Uniter ein zu einem Marsch auf eine Burgruine in Baden-Württemberg, um Veteranen zu gedenken. Ein anderes Mal treffen sich Uniter-Mitglieder in einer Bundeswehrkaserne bei Berlin. Hier gibt sich der Verein offen für Interessierte. Eine Gruppe lädt die taz schließlich ein.

Es ist ein Samstagmorgen im September dieses Jahres. In einer Kampfsporthalle in Berlin-Köpenick erklärt ein Trainer, Messerkampf brauche viel Übung, Jahre, es sei eine der gefährlichsten Disziplinen. Die Männer, ein Sicherheitsmitarbeiter vom Flughafen, ein Personenschützer und ein Polizeiausbilder, ahmen die Bewegungen des Russen nach. Sie wollen vorbereitet sein.

Also üben sie mit Kunststoffmessern, wie es wohl wäre, jemandem die Klinge durch die Kehle zu ziehen? „Um jemanden mit dem Messer zu töten, muss man ihn am Oberschenkel treffen, dann in den Bauch, dann in den Hals.“ So erklärt es der Trainer auf russisch. Einer muss übersetzen. Das klingt dann so: „Schneiden, schneiden, schneiden.“

Nur ein Spiel?

Auch Uniter ist, wie die Chatgruppen, in die Distrikte Nord, Süd, Ost und West

gegliedert. Auch hier gibt es Ableger in Österreich und der Schweiz. Auch hier kennen sich viele Mitglieder nicht über ihre eigenen Distrikte hinaus. Einer der Distriktleiter-Ost ist ein Polizeiausbilder.

Uniter hat auch schon mal Spenden für Obdachlose gesammelt, der Verein ist wiederum Teil eines Ritterordens. Mehrere Mitglieder sind auch Freimaurer. Ungefragt erklärt der Polizistenausbilder im Gespräch mit der taz: Jedes neue Mitglied werde überprüft, Extremismus nicht geduldet. So steht es auch in der Satzung des Vereins. Franco A. hatte seinem Waffenhändler Uniter empfohlen. Der Verein dementiert, dass A. formal Mitglied gewesen war. Der MAD interessiert sich für Uniter, will ein Gefühl für die Vereinigung bekommen, lässt sich von Hannibal erzählen, was er da so macht. Hannibals Gesinnung ist dagegen nie Gegenstand einer MAD-Überprüfung. Als die Ermittler des BKA André S. im vergangenen Jahr befragen, worauf er und die anderen Prepper sich denn vorbereiteten, sagt er: Es gehe in diesen Chats nur um Planspiele. Und er wird sagen, eine gesunde Vorbereitung mache ja heutzutage jeder, der im Staatsdienst arbeite. Alles nur ein Spiel? Im Süd-Chat hatte Hannibal vor Jahren geschrieben, dass sich das Autohaus seiner Eltern als Safe-Haus eigne. Bei einer Durchsuchung finden die Ermittler in deren Wohnhaus eine Kiste mit Übungsgranaten aus den Beständen der Bundeswehr und Zünder. Was er dazu sagen könne, fragen sie Hannibal im September 2017 und weisen darauf hin, dass er sich nicht selbst beschuldigen muss. Hannibal sagt, er wolle darauf nicht antworten.

Keine gewaltbereiten Rechtsextremisten festgestellt

Zwei Wochen später, Anfang Oktober 2017, wird der MAD-Oberstleutnant Peter W., Kontaktmann Hannibals, von der Wehrdisziplinar-Anwaltschaft befragt. Sie werfen ihm vor, Interna verraten zu haben. Peter W. fungiert beim MAD als Ansprechpartner für Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt. Die Staatsanwaltschaft Köln hat Anklage gegen ihn erhoben. Der Generalbundesanwalt führt Hannibal nicht als Beschuldigten. Das KSK hat er inzwischen verlassen. Als an diesem Freitag der Chef des Militärischen Abschirmdienstes, Christof Gramm, im Bundestag befragt wird, sagt er: „Wir haben keine gewaltbereiten Rechtsextremisten festgestellt.“ Und: „Eine Vernetzung von gewaltbereiten Extremisten innerhalb der Bundeswehr findet daher auch nach unserer Wahrnehmung nicht statt.“

4.8. Rechtsdiener

Was rechtsradikales Gedankengut angeht, wimmelt es bei der deutschen Polizei nur so von Einzelfällen.

Im August vergangenen Jahres erhielt die Frankfurter Anwältin Seda Basay-Yildiz, die unter anderem durch ihre Vertretung von Hinterbliebenen im NSU-Prozess und des als islamistischer Gefährder eingestuften Sami A., bekannt geworden ist, per Fax ein mit „NSU 2.0“ unterzeichnetes Drohschreiben; die Verfasser nannten ihre Privatadresse und drohten mit der Ermordung ihrer Tochter. Derartiges gehört inzwischen fast schon zum Alltag von Personen des öffentlichen Lebens, deren Aktivitäten, Herkunft oder Aussehen den Hass von Rechtsradikalen auf sich ziehen, und

hätten für sich genommen wohl keine größere mediale Aufmerksamkeit erregt. Schlagzeilen machte der Fall denn auch erst im Dezember, als bekannt wurde, dass gegen fünf Beamte eines Frankfurter Polizeireviere ermittelt wird, die in einer Whats-app-Gruppe Hitler-Bilder, Hakenkreuze und rassistische Parolen ausgetauscht hatten. Auf diese Gruppe wiederum waren die Fahnder gestoßen, als sie ein beschlagnahmtes Handy und die Festplatte einer Polizeibeamtin untersuchten, von deren Dienstcomputer kurz vor dem Versenden des Drohschreibens die privaten Daten der Anwältin abgerufen worden waren. Inzwischen wurden die Ermittlungen auf weitere Beamte ausgeweitet, darunter ein Polizist aus Osthessen, der die Nazigruppe „Aryans“ mit polizeiinternen Daten versorgt haben soll.

Drohbriefe erhielten im Dezember 2017 auch Angehörige der linken Szene in Berlin sowie Menschen, die der Absender dafür hielt, etwa SPD- Mitglieder und Journalist*innen. Darin wurde damit gedroht, Namen und Adressen an Neonazis weiterzugeben, zudem enthielten die Schreiben Fotos von einigen der Betroffenen, die aus erkennungsdienstlichen Maßnahmen des Berliner Landeskriminalamts stammten. Die Vermutung lag nahe, dass es sich um einen Racheakt aus Polizeikreisen handelte: kurz zuvor waren auf dem linken Onlineportal indymedia Bilder von Beamten veröffentlicht worden, die bei einem gewalttätigen Einsatz in den von autonomen bewohnten Häusern in der Rigaer Straße aufgenommen worden waren. Tatsächlich stellte sich ein Polizeibeamter aus Berlin als Verfasser der Drohbriefe heraus, im Dezember 2018 akzeptierte er einen Strafbefehl über 3.500

Euro wegen Verstoßes gegen das Berliner Datenschutzgesetz. Vorbestraft ist er damit nicht. Die Mörderbande des NSU wiederum hat nicht nur im Umfeld der hessischen Polizei ihre Sympathisant*innen: ein Angehöriger eines Sondereinsatzkommandos aus Sachsen, das vergangenen September beim Staatsbesuch des türkischen Präsidenten Erdoğan in Berlin im Einsatz war, wählte als Decknamen für sich und einen Kollegen den Namen des NSU-Mitglieds Uwe Böhnhardt. Die beiden Beamten wurden vom Dienst entbunden, es laufen Disziplinarverfahren. Der Präsident des LKA Sachsen bezeichnete den Vorgang in einer Presseerklärung als „vollständig inakzeptabel“ und sorgte sich nicht zuletzt, dass die „gute Arbeit und das Ansehen meiner Beamten“ beschädigt werden könnten. Wohlgemerkt: es handelt sich um dasselbe LKA, dessen Mitarbeiter sich in ihrer Freizeit schon mal an Pegida-Demonstrationen beteiligen und Journalist*innen attackieren. Auch die meisten der sächsischen Polizeischüler*innen, über deren rassistische Einstellungen 2017 ein ehemaliger Mitschüler gegenüber dem Magazin „neon“ berichtete, dürften mittlerweile verbeamtet sein. Und dann war da noch der Polizeipanzern „Survivor R“, der in seiner sächsischen Ausfertigung zunächst nicht nur eine kriegstaugliche Ausrüstung zu bieten hatte, sondern auch in Frakturschrift bestickte Sitze samt einem Logo, das sich stark an NS-Symbolik anlehnte – in Auftrag gegeben hatte die Spezialanfertigung das Innenministerium des Freistaats. All diese Vorfälle – zählte man noch Beispiele auf wie etwa das demonstrative Nichtstun der Einsatzkräfte bei Nazi-Krawallen, „Reichsbürger“ in Uniform oder die Tatsache, dass von zehn Polizist*innen und Polizeibeamten, die

als Abgeordnete im Bundestag sitzen, sechs der AfD angehören, fände dieser Artikel kein Ende – sind streng genommen noch kein Beweis dafür, dass rechtsradikales Gedankengut im Polizeiapparat zur Tagesordnung gehört. Dafür bräuchte es fundierte Studien, aber das Forschungsinteresse an dieser Problematik ist in Deutschland gleich Null.

Nun ist die Definition, was als rechtsradikal gilt, ziemlich eng gesteckt; um hierzulande als Nazi durchzugehen, muss man schon Adolf Hitler persönlich sein oder zumindest von Kopf bis Fuß mit faschistischen Symbolen tätowierter Skinhead (es sei denn, der begeht eine Gewalttat, dann hat er „psychische Probleme“). Die „Zeit“ etwa lässt einen Beamten zu Wort kommen, der bis vor einem Jahr selbst auf dem betreffenden Revier in Frankfurt gearbeitet hat: rassistische Vorurteile seien dort allgegenwärtig – schließlich liege die Wache ja auch an einem Schwerpunkt der Drogenszene, viele Dealer kämen aus Nordafrika-, eine rechtsextreme Gesinnung dagegen nicht. Keine Nazis also, nur gewöhnliche Rassist*innen. Und Rassismus ist bekanntlich eine völlig normale Reaktion auf Begegnungen mit Kleindealern – und nicht etwa die Frage nach den Verfehlungen der Drogenpolitik oder der Gedanke, dass die jungen Männer möglicherweise auch lieber einen legalen und in jeder Hinsicht weniger unsicheren Beschäftigung nachgehen würden. Gehen wir also der feinen Unterscheidungen halber davon aus, dass es sich bei richtig, wirklich waschechten Rechtsradikalen im Polizeidienst um eine, sagen wir, Häufung von Einzelfällen handelt. Nicht wenige davon dürften einem Club der einsamen Herzen der besonderen Art angehören: im

August 2017 ließ die Generalbundesanwaltschaft wegen des Verdachts auf die Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat Wohn- und Geschäftsräume von sechs Personen in Mecklenburg-Vorpommern durchsuchen. Sie sollen geplant haben, in einem wie auch immer gearteten Krisenfall die Macht zu übernehmen und politische Gegner*innen zu ermorden; bei den Durchsuchungen wurden Listen mit persönlichen Daten von über 5000 Menschen gefunden, darunter zahlreiche Politiker*innen aus dem linken Spektrum. Unter den Beschuldigten: ein Kriminalpolizist. Und offenbar handelt es sich hier nur um eine Zelle eines weitverzweigten rechten Netzwerks, auf das Recherchen der „taz“ zu dem Fall stießen. Organisiert über Chatgruppen, Reservistenverbände der Bundeswehr und einem Verein namens Uniter e.V. sollen sich demnach unter maßgeblicher Führung eines Mitarbeiters des militärischen Abschirmdienstes (MAD) mit dem Decknamen „Hannibal“ zahlreiche gleichgesinnte Gruppen in Deutschland, Österreich und der Schweiz auf einen „Tag X“ vorbereiten, an dem sie zu den Waffen greifen wollen. Viele Beteiligte gehören der sogenannten Prepper-Szene an, in der man sich, unterfüttert zumeist von einem paranoid-rechten Weltbild, auf einen Zusammenbruch der Gesellschaft vorbereitet. Mitglieder des Netzwerks sind Soldaten, Reservisten, sogenannte Verfassungsschützer – und wiederum zahlreich Polizisten. Ein Terrornetzwerk inmitten staatlicher Institutionen mit Zugriff auf Persondaten und die Waffenarsenale des Staates sowie weitgediehenen Umsturzplänen: Tagelang handelten die Schlagzeilen von nichts anderem, eine Talkshow zum Thema jagte

die nächste, zwischendurch allenfalls abgelöst vom Frankfurter Polizeiskandal, der Innenminister kündigte Gesetzesverschärfungen an...- ,tschuldigung, kleiner Scherz, es geht ja nicht um besoffene jugendliche Schläger mit Migrationshintergrund. Wenig beunruhigt zeigte sich etwa der parlamentarische Staatssekretär Peter Tauber (CDU) in einer Anhörung des Verteidigungsausschusses: im Prinzip könne man ja auch seine Großmutter mit ihren Einweckgläsern im Keller als Prepper bezeichnen. Ob die alte Dame wohl auch Waffen hortet? Als Erklärung für solche *Nonchalance* böte sich zum einen an, dass die politisch Verantwortlichen klammheimliche Sympathien hegen oder sich zumindest auf der sicheren Seite wähnen, sollten all die Einzelfälle ihre Pläne in die Tat umsetzen.

Oder aber, will man solches nicht unterstellen, liegt es am reflexhaften geistigen Strammstehen vor Uniformträger*innen, das zu den Grundlagen der deutschen Leitkultur gehört? So bedeutet zum Beispiel eine Verschärfung der Polizeigesetze, wie sie fast in allen Bundesländern ansteht, nicht etwa eine verschärfte Kontrolle der Exekutive, sondern eine Einladung zu noch mehr Machtmißbrauch, als er bisher schon geschieht. Der hessische Innenminister Peter Beuth(CDU) meinte nach Bekanntwerden der Vorfälle in Frankfurt – während längst noch nicht abgeschlossener Ermittlungen- ganz genau zu wissen, dass es keine Anhaltspunkte für ein rechtes Netzwerk bei der Polizei gebe. Wenige Wochen zuvor hatte die „taz“ ihre „Hannibal“-Recherchen veröffentlicht.

4.9. Sommerthema Faschisierung

Es wird wieder über Faschismus diskutiert. Leider kaum über seine ökonomischen Bedingungen

Angesichts des anhaltenden Rechtstrends diskutieren nicht nur linke Medien die Frage, ob der Faschismus zurückkommen kann. Auch in bürgerlichen Zeitungen liest man das F-Wort. Im Tagesspiegel-Interview sprach die Migrationsforscherin Naika Fouroutan von »präfaschistischen Zuständen«; die ZEIT griff die Warnung auf und fragte: »Der Eindruck, dass Kultur und Staat verfallen, hat schon einmal zur politischen Verrohung beigetragen. Geschieht das jetzt wieder?«

Die Diagnosen kreisen angesichts rassistischer Mobilisierungen und Wahlerfolge und einer erschreckenden Brutalisierung des öffentlichen Diskurses um den Verlust bürgerlich-liberaler Werte und die Verachtung der Demokratie in Teilen der Gesellschaft. Wenn die Menschen das Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen verlören, würden sie empfänglich für autoritäre Lösungen.

Diese Diagnosen beschreiben einen Stimmungswandel, die Frage nach den ökonomischen Bedingungen für die beobachtete Faschisierung sparen sie aus. In marxistisch inspirierten Faschismustheorien ist das Verhältnis von sozioökonomischen Triebkräften und Bewegungsdynamik des Faschismus eine zentrale Streitfrage. Einigkeit besteht darin, dass die Krisen nach dem Ersten Weltkrieg den faschistischen Parteien den Weg ebneten. Die meisten Theorien räumen ein, dass das Programm der faschistischen Bewegungen nicht deckungsgleich mit den

Interessen der mächtigsten Kapitalfraktionen war, verweisen aber darauf, dass sie ohne deren Unterstützung nicht die politische Macht hätten erobern können. Das Kapital setzte in Italien und Deutschland zunächst auf die bürgerlichen Parteien. Erst als diese die ökonomische Krise nicht mehr in den Griff bekamen und die Angst vor einer kommunistischen Revolution wuchs, ging die Bourgeoisie das Bündnis mit dem Faschismus ein. Er war als Bündnispartner attraktiv, weil er mit nationalistischen Sehnsüchten und scheinrevolutionärem *Gestus* klassenübergreifend mobilisierte, das Privateigentum aber nicht antastete. Propagandistisch an die Mittelschichten gerichtet, bedienten die faschistischen Parteien, einmal an der Macht, vor allem die Interessen des Großkapitals und Militärs, schalteten die Arbeiterbewegung aus, organisierten die Umverteilung zugunsten der Unternehmen und setzten ein gigantisches imperialistisches Expansionsprogramm in Gang.

Allerdings drängte sich schon damals die Frage auf, wieso der Faschismus eine soziale Basis gewinnen konnte, gegen deren ökonomische Interessen er sich richtete (Kleinbürgertum, Teile der Arbeiterschaft). Psychologisch argumentierende Faschismusanalysen wie die von Wilhelm Reich und dem Frankfurter Institut für Sozialforschung bringen hier den autoritären Charakter und Revolutionsangst bzw. die »Furcht vor der Freiheit« (Erich Fromm) ins Spiel, Klaus Theweleit ergänzt den Hinweis auf eine bedrohte Männlichkeit, die durch militärischen Drill und patriarchale Gewalt stabilisiert wurde. Das Versprechen von Einschluss in Nation und Volksgemeinschaft, das der antisemitische und rassistische Ausschluss der Anderen

macht, hat großes Integrationspotenzial.

Auch wenn nur Teile der heutigen rechten Bewegungen den gängigen Faschismusdefinitionen genügen, haben sich vormalss rechtspopulistisch genannte Parteien für eine faschistische Rhetorik geöffnet. Ihrer Popularität hat das nicht geschadet - im Gegenteil haben sie auch das bürgerliche Lager nach rechts radikalisiert. Die soziale Basis der heutigen Rechten besteht vorwiegend aus Bevölkerungsteilen, die Privilegienverlust befürchten: Selbstständige, Teile der männlichen Arbeiterklasse, Angestellte.

Die Schwierigkeiten des Kapitals, stabile Verhältnisse zu organisieren, wurden in der Weltwirtschaftskrise ab 2008 offenkundig. Die Zustimmung selbst in den kapitalistischen Zentren schwindet; auch dies weckt Assoziationen zur Situation in der Weimarer Republik. Allerdings sind auch die Unterschiede gravierend. Der realsozialistische Teil der Welt existiert nicht mehr, eine revolutionäre Arbeiterbewegung, die die Herrschaft des Kapitals herausfordert, gibt es derzeit nicht. Wo sich, wie zuletzt in Griechenland, Opposition gegen die Interessen der mächtigsten europäischen Kapitalinteressen formierte, reichte die finanzpolitische Erpressung durch EU-Kommission, IWF und EZB, um diesen Bestrebungen den Garaus zu machen.

Achim Szepanski bietet den Gedanken an, dass die Tendenz zur Faschisierung vor allem einer sicherheitspolitischen Logik der Krisenprävention innerhalb der Staatsapparate entspringt. Das klingt angesichts der rassistischen Bürgermobilisierungen in Europa zunächst nicht unmittelbar einleuchtend. Allerdings ergeben sich interessante Fragen, wenn man beide Tendenzen übereinanderlegt.

Das Comeback faschistischer Sehnsüchte

fällt in eine Zeit, die einerseits durch wachsende ökonomische Konkurrenz auf dem Weltmarkt bei gleichzeitig *stagnierenden* Profiten gekennzeichnet ist, andererseits durch die sich zuspitzende Klimakrise. Die extreme Rechte verspricht, den erreichten Wohlstand abzusichern, indem sie ihn militärisch gegen jene Menschen abschottet, die vor den Verheerungen der herrschenden Produktionsweise fliehen. Dass sie die Ursachen des Klimawandels leugnet und die »Flüchtlingsfrage« ins Zentrum der rechten Mobilisierungen stellt, ist nur folgerichtig.

Die aktuelle mörderische Migrationspolitik könne als Notstandsübung für die Fluchtbewegungen der Zukunft verstanden werden, schrieb Tomas Konicz kürzlich auf telepolis. Eine Übung auch in Verrohung, die notwendig ist, um die für die Abschottung Europas erforderliche Gewalt zu mobilisieren. Die Hetze gegen Geflüchtete dient auch der Abwehr und Verdrängung des Wissens um die Gewalt, die zur Durchsetzung der Privilegien einer imperialen Lebensweise notwendig ist.

Über diese *Interessenkonvergenz* zwischen faschistoïder Bewegung und Kapital weiter nachzudenken, könnte sich lohnen. Vielleicht muss das europäische Kapital derzeit keine revolutionäre einheimische Arbeiterbewegung fürchten. Aber die Folgen der Widersprüche, die aus der Verwüstung der Erde durch den kapitalistischen Wachstumszwang entstehen, dürften mindestens ebenso bedrohlich sein.

4.10. Hetzkampagnen, Nazi-Bewegung und staatliche Faschisierung

Seit der Silvesternacht 2015 wird mit vielen *demagogischen* Tricks an einer Hetzkampagne gearbeitet. Die faktische „Gleichschaltung“ der bürgerlichen Medien funktioniert heute vor allem durch Konkurrenz und Nachahmung. Einer beginnt mit der Hetze, die anderen ziehen nach. Das funktioniert nahezu reibungslos, weil unter den Journalist_innen Rassismus und deutscher Nationalismus weit verbreitet sind.

Welche Taktiken werden verwendet?

Erstens: um sich selbst ins rechte Licht zu setzen, findet über einen begrenzten Zeitraum eine „Offensive des Lächelns“ statt, eine „Willkommenskultur“ wird ausgerufen. Nach dem Motto: „Wir sind die Guten!“ Dann wird ein Anlass für einen politischen Stimmungswandel gesucht oder geschaffen. Immer wieder das selbe Muster: „wir wollen ja, aber jetzt reicht’s!“

Zweitens: der Umschwung wird konzentriert auf ein bestimmtes Feindbild. In den letzten 25 Jahren wurden rassistische Kampagnen immer wieder auf ausgewählte Untergruppen konzentriert. Das Pauschalurteil („die Flüchtlinge“, „die Ausländer“) wird verankert. Während man gleichzeitig behauptet, nicht pauschalisieren zu wollen. Die Hetzkampagnen richten sich mal gegen „die Vietnamesen“, „die Roma“, „die Albaner“, mit einigen Besonderheiten auch gegen „die Juden“, dann wieder gegen „die Moslems“. wenn ein gewisser „Sättigungsgrad“ erreicht ist, kommt die nächste Gruppe dran. In den letzten Monaten richtet sich die rassistische Kampagne gegen „nordafrikanisch ausse-

hende“ Menschen. Dieses Schlagwort wurde im Januar 2016 aus dem Jargon von Polizeiberichten übernommen. Jetzt heißt es „wir sind ja nicht gegen alle Flüchtlinge“, es gehe ja nur um die „Nordafrikaner“.

Ist sowas schon Nazi-Hetze? Vielleicht wird es deutlicher, wenn man die dort von der „Frankfurter Rundschau“ bis zur „Jungen Freiheit“ fast gleichlautende Formulierung umschreibt: „Straftaten aus einer Menge von 1.000 nordafrikanisch aussehenden...“ was soll das heißen, „nordafrikanisch aussehend“? Haarfarbe? Hautfarbe? Schädelform?

Drittens: gegen alle, die bei dieser Hetzkampagne nicht mitmachen, wird die Karte gezogen, dass man ja angeblich „gegen Flüchtlinge eh nichts sagen dürfe...“, dass deren „verbrechen“ angeblich „vertuscht“ würden usw.

Die Nazis bezeichnen alle Kritiker als „Judengenossen“. Heute werden Gegner als Teil eines „Schweigekartells“ diffamiert. Heutige Nazis fordern sogar „Meinungsfreiheit“.

Viertens: der Angriff auf die „weiße Frau“ als Aufhänger ist nicht neu, aber er funktioniert. Die Hetzer präsentieren sich als „Beschützer“ der Schwachen und alle Gegner als Vergewaltigungsbefürworter. Es ist Wasser auf ihren Mühlen, wenn man antwortet: „ja natürlich muss man gegen Nordafrikaner vorgehen, wenn sie Sexisten sind...“ so akzeptiert man die rassistische Konstruktion und verkennt, dass Täter unabhängig von Herkunft bestraft werden müssen. Gewalttaten gegen Frauen auf „urdeutschen“ Massenbesäufnissen werden systematisch geleugnet. An Silvester gibt es seit Jahren und Jahrzehnten widerliche Angriffe, die höchstens von Frauenorganisationen dokumentiert werden, aber noch

nie den Weg in die Massenmedien gefunden haben.

Sexistisch angegriffene Frauen wird immer noch unterstellt, sie würden lügen oder wären „selber schuld“. Darum wird von 100 sexistischen Angriffen vielleicht einer angezeigt. Zugleich schrecken Nazi-Frauen nicht davor zurück, sexistische Angriffe zu erfinden, um die Hetze zu befeuern. Hier zu unterscheiden ist ausgesprochen schwierig.

Der Pressekodex des Presserats verbietet sehr eindeutig bei Meldungen über Straftaten eine *Kausalität* zu Nationalität, Religion oder Aussehen herzustellen. So heißt es in der Richtlinie 12.1 „Berichterstattung über Straftaten“: „in der Berichterstattung über Straftaten wird die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nur dann erwähnt, wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht. Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte.“

Genau das Gegenteil passiert in der seit Januar 2016 geführten Hetzkampagne. Es wird ein kausaler Zusammenhang fabriziert zwischen der rassistischen Kategorie „nordafrikanisch aussehend“ und sexistischen Angriffen: „Nordafrikaner machen das eben, weil sie so sind...“

Faktisch wird die Richtlinie des NS-Innenministeriums vom 7.12.1935 befolgt: „bei allen Mitteilungen an die Presse über Straftaten von Juden ist die Rassenzugehörigkeit hervorzuheben.“ diese Richtlinie zitierte Romani Rose. Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, angesichts zunehmender Hetze schon in den 1980er Jahren.

Die staatliche Faschisierung zeigt sich vor allem in zunehmenden Abschiebungen: 2015 wurden knapp 21.000 Menschen

abgeschoben, doppelt so viele wie 2014. Zusätzlich gab es mehr als 37.000 faktische Abschiebungen, vor allem nach Albanien, das Kosovo und Serbien, die als „freiwillige Rückkehr“ in „sichere Herkunftsländer“ getarnt wurden. Hinzu kommen Schnellverfahren zur Abschiebung, der Aufbau von „Aufnahmezentren“, sowie die Erweiterung der sogenannten „sicheren Herkunftsländer“ auf Marokko, Tunesien und Algerien und auch auf die Türkei.

Zusätzlich zur Massenunterbringung in nicht-winterfesten Zeiten, zum faktischen Verbot des sog. „Familiennachzugs“, kommt immer mehr lokale Diskriminierung: in Bornheim bei Bonn wird im Januar 2016 allen männlichen Flüchtlingen über 18 Jahren tagelang verboten, das Schwimmbad zu betreten. In nahezu allen Diskotheken in Freiburg/Breisgau wird im Januar 2016 ein Zutrittsverbot für Flüchtlinge verhängt. Als Rechtfertigung wieder der Klassiker: „Frauschutz“.

Zugleich werden Polizeiüberfälle auf linke immer massiver. Ein neuer Höhepunkt war der Überfall auf das linke Wohnprojekt „Rigaer Straße 94“ in Berlin. 500 Polizisten und eine SEK-Einheit stürmten das Haus, um die dort lebenden und kämpfenden Genoss_innen zu verprügeln, einzuschüchtern und ihren Kampfeswillen zu brechen.

Parallel schreitet die Bewaffnung der Nazis voran und der Terror dehnt sich aus. Angriffe der Nazis auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte sind 2015 selbst nach offiziellen Zahlen um ein vielfaches auf über 1000 gestiegen, davon allein über 130 Brandanschläge. Über 250 Flüchtlinge wurden durch Naziangriffe verletzt. Die deutsche Polizei schützt die Nazis, indem sie Ermittlungen in den meisten Fällen einstellt. 2016 verschärft sich der Nazi-Terror:

z.B. wurde am 29.1.2016 in Villingen-Schwenningen eine Handgranate auf eine Flüchtlingsunterkunft geworfen.

Laut offiziellen Zahlen gibt es bis zu 370 Nazis. Die per Haftbefehl gesucht werden, der aber nicht vollstreckt wird. Mit Sicherheit sind diese Nazis größtenteils bewaffnet und leben entweder unbehelligt in der Legalität weiter oder sind untergetaucht.

In vielen Städten Deutschlands werden bewaffnete „braune Bürgerwehren“ gebildet – oft über Facebook offen angekündigt – kommt es dann zu organisierten Hetzjagden gegen Migranten und Flüchtlinge wie z.B. in Klön. Am 11.1.2016 jagten hunderte Faschisten durch die Kölner Innenstadt, verletzten mehrere nach ihren Kriterien „nordafrikanisch aussehende“ Menschen und all das läuft unter den Augen des deutschen Staats ab.

4.11. Zur Frage der Staatsfaschisierung

Man sagt, dass gerade Wirtschaftskrisen die Möglichkeit böten, eine Reihe restriktiver Maßnahmen durchzusetzen. Andererseits sichern die Krisen doch den Gang des Normalen. So verbietet es sich gerade hinsichtlich der neueren Entwicklungen der autoritären Notstandspolitik, einfach nur von Krisenreflexen zu sprechen. Vielmehr erleben wir eine Neuausrichtung staatlicher Politiken entlang der Erfordernisse des auf die Kapitalisierung der Zukunft ausgerichteten Finanzsystems. Der Begriff der Staatsfaschisierung bezeichnet keine neuartige Staatsform, sondern weist auf einen Wandel der auf Prävention ausgerichteten Staatsapparate und Regierungsformen („gouvernance“) hin, die noch keine endgültige Gestalt gefunden haben. Der gewöhnliche kapitalistische Staat ist

nicht aufgehoben; es ist aber auch nicht entschieden, ob der Prozess der Faschisierung in einem faschistischen Ausnahmezustand münden wird. Mit Hilfe eines spezifisch codierten Krisenszenarios, das um das Schlagwort der Terrorismusbekämpfung kreist, und der damit verbundenen Durchsetzung der Präventivlogik des Sicherheitsstaats werden politische und rechtliche Maßnahmen ergriffen, die den Charakter des normalen kapitalistischen Staates nachhaltig verändern. Begriffe wie autoritärer Neoliberalismus, autoritäre Demokratie oder autoritärer *Etatismus* erscheinen zunehmend ungeeignet, um das Neue zu bezeichnen, weshalb wir den Begriff „Staatsfaschisierung“ vorschlagen.

Der kommende Faschismus, der als „Faschismus“ in Führungszeichen gesetzt werden muss, nimmt nicht jene Gestalt an, die im Kontext eines Bewegungsfaschismus suggeriert wird. Der Begriff der strukturellen Staatsfaschisierung ist auf historische Veränderungen der Weltökonomie und der imperialistischen Staaten bezogen, die in den 1970er Jahren so noch nicht gegeben waren. Zu nennen sind vor allem die sich beschleunigenden und um den Globus zirkulierenden Krisen des finanziellen Kapitals, neoliberale Projekte wie Deregulierung, Austeritätspolitik, Privatisierung öffentlicher Bereiche und die Globalisierung der Produktionsprozesse. Die Wirkungen dieser Veränderungen kommen einem ökologischen und sozialen Katastrophenprogramm gleich: so nimmt die globale Erwärmung Fahrt auf, und insbesondere in den Peripherien ist die Surplusbevölkerung gezwungen, in den Slums der Großstädte oder in „failed states“ dahinzugehen.

Diese Krisenentwicklung wird sich beschleunigen und an Intensität zunehmen. Damit wächst auch die soziale *Polarisierung* in den Metropolen des Nordens. Zugleich erscheint eine Rückkehr zum national-sozialstaatlichen Kompromiss des *Fordismus* heute nicht mehr möglich. Aus den genannten Gründen wird die Regulation der fragmentierten Arbeiterklasse zunehmend durch die soziale Polizei (repressive Arbeitsmarktpolitik, restriktive Verwaltung von Arbeitslosigkeit und Armut, Hartz IV) anstatt durch den Sozialstaat gelöst. In dem Maße, in dem der Staat soziale Leistungen abbaut, muss er repressiv aufrüsten: Austerität und *Autoritarismus* gehören zusammen.

Diese Ausweitung der staatlichen Funktionen entspricht einer vergrößerten Abhängigkeit des Staates von ökonomischen Konjunkturen und den Akkumulationsprozessen des Kapitals. Der Einfluss des Ökonomischen zeigt sich auch in den Staatsapparaten, die nun alle mit Finanzausschüssen und Gremien infiltriert werden. Der ökonomische Staatsapparat (Finanzministerium, Finanzamt, Wirtschaftspolitik etc.) nimmt eine wichtige funktionale Rolle in der Reproduktion des Gesamtkapitals ein.

Der Staat muss zugleich immer stärker in seiner Funktion als soziale Polizei *agieren*, weil die Globalisierung zumindest in den kapitalistischen Kernländern die Stagnation des ökonomischen Wachstums begünstigt und damit die Möglichkeit, den Klassenkonflikt über den Wohlfahrtsstaat zu befrieden, schwächt. Andererseits kann der Staat als soziale Polizei aber nur dann effektiv funktionieren, wenn er als nationaler, kollektiver Gesamtkapitalist öko-

nomisches Wachstum unterstützt. Die Globalisierung untergräbt die Bedingungen hierfür aber zunehmend.

Kommen wir zunächst zum Staat im allgemeinen. Als wichtige Bestandteile des modernen souveränen Nationalstaates werden in der Völkerrechtslehre das Territorium, die Staatsgewalt und die Bevölkerung betrachtet. Der Marxist und Staatstheoretiker Nicos Poulantzas hat, aufbauend auf die Analysen Louis Althusser's, den Staat als „materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen, das sich im Staat immer in spezifischer Form ausdrückt“, betrachtet, als ein komplexes Feld, in dem verschiedene Organisationen, Apparate und Klassen, darunter als durchsetzungsfähigste die des großen Kapitals, auf nationalen und regionalen Ebenen *agieren*.

So gesehen ist der Staat weder ein autonomes Subjekt noch als ein reines Werkzeug der herrschenden Klasse zu fassen, allerdings auch nicht als neutrale Instanz, sondern innerhalb eines Kräfteverhältnisses als ein verlässlicher Organisator und Garant der Reproduktion des Kapitals. Der Staat eignet sich in langen, qualvollen Konzentrationsprozessen, die insbesondere die militärische Macht und das Steuerwesen betreffen, das daraus entstehende „Kapital“ physischer Gewalt an. Der Konzentrationsprozess ist zugleich ein Prozess der Trennung (er enteignet die Bevölkerung von der Macht). Das staatliche Gewaltmonopol, das ohne die Aneignung des symbolischen Kapitals durch den Staat nicht auskommen kann, bildet sich also auf Grundlage von historischen Enteignungen. Der Staat wurde sozusagen in einem langen Staatsstreich hervorgeb-

recht, der einen einzigen legitimen und dominanten Standpunkt etabliert, der dann allerdings den Maßstab aller anderen Standpunkte bildet. Dabei hat die staatliche Gewalt einen latenten und einen offenen Aspekt. Der Staat und die Macht können sich meistens mit latenter Gewalt begnügen; die offene Gewalt wird in Reserve gehalten. Wer ständig auf militärische Mittel zurückgreift, ist nicht auf der Höhe der politischen Macht. Der Soziologe Pierre Bourdieu spricht in seinen Vorlesungen „über den Staat“ scherzhaft vom Staat als einer legitimen Verbrecherbande, die Schutzgelder erpresst. Er fasst überspitzt zusammen: 1. der Staat ist eine Erpresserbande, aber nicht nur. 2. er ist eine legitime Erpresserbande. 3. eine legitime Erpresserbande im symbolischen Sinne. Der Staat kann nun mit dem so-ist-es-Effekt spielen, das Bestehende zur Normalität erklären – eine äußerst gewaltsame Aktion, die der Bevölkerung aufgenötigt wird und die sie ohne wenn und aber zu akzeptieren hat. Der Staat schließt also immer den Raum der Möglichkeiten, insbesondere den des Widerstands. Geschichtlich konzentriert und monopolisiert der Staat neben Gewalt vor allem die symbolische Macht, welche eine legitime Kultur durch die Produktion und Kanonisierung bestimmter sozialer Klassifikationen (Berufsgruppen, Bildungsabschlüsse etc.) festlegt und die Bevölkerung damit zugleich abweichender Formen enteignet. Seine legitimatorische Funktion bezieht sich unter anderem auf seine Rolle als Vermittler zwischen Unternehmen und Arbeiter*innen, als Produzent von Arbeitsrechten und eines sozialen Sicherheitsnetzes. Sie umfasst weiter die Monopolisierung der Sprache, die über staatliche Mechanismen und Institutionen

wie das Recht, die Schule und die Universität als offizielle Sprache verordnet wird. Dies geht mit einem Prozess der Universalisierung einher, bei dem die professionellen Staatsbeamt*innen das Vorrecht auf das Universelle (die Behauptung, man handele ausschließlich im Namen der Allgemeinheit) privat aneignen. Zugleich erhält jede*r Einzelne innerhalb eines Territoriums eine staatliche Identität, wird Staatsbürger*in und mittels staatlicher Statistik quantifiziert und klassifiziert.

Im Normalfall, in dem die Bevölkerung in das kapitalistische System voll integriert ist, reagieren Staaten bei kurzfristigen Krisenprozessen mit Reformen und einer entsprechenden Rhetorik, mit dem Aufbau von Krisenreserven sowie mit ökonomischer Intervention und politischen wie militärischen Maßnahmen überall dort, wo die Verwertung und der freie Fluss von Waren und Kapital gestört werden könnten. Seit einigen Jahren finden tiefgreifende Veränderungen im institutionellen Gefüge des Staates statt. Angefangen bei den Parteien: sie sind längst nicht mehr die Interessenverbände unterschiedlicher Klassen, sondern sie verwandeln sich in professionelle Wahlvereine für die sich selbst reproduzierende Exekutive. Der Philosoph Giorgio Agamben nennt dies das reine Regierungshandeln. Die politischen Parteien verändern sich also in ihrer Struktur und Funktion. Das strategische Netzwerk des Staates hat sich in den letzten Jahren weiter transformiert. Es exekutiert bestimmte politische Optionen durch extralegale Organe und Praktiken (Drohnennkriegsführung, bailouts), was derzeit unter Stichworten wie „tiefer Staat“ und „permanente Regierung“ diskutiert wird. In Anbetracht dessen, dass die administrat-

iven Stäbe ohnehin unabhängig von Regierungswechseln arbeiten, handelt es sich um ein verdichtetes Netzwerk aus Regierungspersonal, Bürokratie, Geheimdiensten, Militär, informellen Organisationen des Kapitals, multinationalen Konzernen und Finanzindustrie. Es wird politisch-ökonomisch von letzteren dominiert. Diese Netzwerke, deren Knotenpunkte aus Regierungen, transnationalen Organisationen und multinationalen Unternehmen bestehen, haben nicht ein Zentrum, sondern viele. Sie müssen durch multilaterale Abkommen und Regelsysteme integriert werden, um die Einhaltung von Normen zu gewährleisten, die ein funktionierendes Finanzsystem und stabile Wirtschaftspolitik garantieren sollen. Das finanzielle Kapital hat den Staat in eine Unternehmensform transformiert, die der Marktdisziplin zur Sicherung ihrer Kreditwürdigkeit, der Gewährleistung eines möglichst reibungslosen Zuflusses ausländischer Investitionen und guter Ratings für günstige Finanzierungen unbedingt folgen muss. Dabei ist davon auszugehen, dass das finanzielle Kapital und die großen multinationalen Unternehmen über intensive Lobbyarbeit und die Wirkungsweise der „Märkte“ die Staaten permanent dazu anhalten, den Bedingungen des Kapitals zu folgen und dessen Interessen einzuhalten. Man könnte deshalb heute von einer globalen *gouvernance* ohne Souveränität, aber eben nicht ohne Staaten sprechen.

Staatsfaschisierung bedeutet in diesem Kontext, dass der Staat nicht nur auf Krisen und Konflikte reagiert, sondern diese auch antizipiert. Er folgt einer Präventivlogik, gerade indem er ein permanentes und proaktives Krisenmanagement nach innen und außen betreibt. Die

Prävention ist zunächst ein Zeitschema: es soll etwas getan werden, bevor ein unerwünschtes Ereignis eintritt. Prävention will nicht schaffen, sie will verhindern. Und man kann nie genug vorbeugen. Im Kern meint Prävention eine Arbeit am virtuellen: sie zielt darauf ab, das Werden in seiner Ereignishaftigkeit zu lenken, um drohende Gefahren auszuweichen. Zukünftige, noch nicht geschehene Ereignisse erlangen so eine nicht zu leugnende Präsenz in der Gegenwart. Wir bekommen es hier mit einer permanenten Versicherunglichung zu tun. Ständig werden Bedrohungslagen und Risikofaktoren aufgespürt, um präventives Handeln zu legitimieren. Die Logik der Prävention mündet in die antizipierte Säuberung. Auf jeden Fall benötigt die Prävention eine umfassende Datenerhebung und -verarbeitung (Statistik und Wahrscheinlichkeitsrechnung), um zum einen die Bevölkerung zu konstituieren und zugleich zu kontrollieren, zum anderen Unsicherheiten jeglicher Art in ein wahrscheinliches Risiko zu übersetzen, um schließlich den Sicherheitsstaat zu errichten.

Die verschiedenen Vorhersagen konstruieren die Zukunft gerade auch durch das Management der Subjekte, die selbst in Risikokategorien eingeteilt werden. An dieser Stelle überlappen sich Finanzsystem, genauer die Kreditökonomie und präventive Verpolizeilichung. Gerade indem die subjektive als potentielle Risiken markiert werden, produziert man in der Gegenwart ständig neue Risikosubjekte. Letztendlich kann alles zum Risiko werden, was von den vorgegebenen Sollwerten abweicht, oder genauer: was sich als Vorzeichen solcher Abweichungen identifizieren lässt. Damit wird die Prävention

selbst zum Motor eines repressiven Normalismus, der jedwede Art von Abweichungen pathologisiert. Normalistische Steuerungsmechanismen, die mittels Datenerhebung, Statistik und Wahrscheinlichkeitsrechnung operieren, um zukünftige instabile Situationen herauszupräparieren, fangen an, die Gesetze und die bestehenden normativen *Reglementierungen* zu überlagern. Wer vorbeugen will, darf niemals aufhören zu kontrollieren. Gerade im Zuge der „Terrorbekämpfung“ hat man sogenannte precautionary principles eingeführt, die alle möglichen Bedrohungen imaginieren. Der Aktivismus der Prävention erzeugt damit das, was er bekämpfen will, nämlich einen unspezifischen Feind. Man folgt der Logik einer Politik im Konjunktiv, die darauf ausgerichtet ist, was sein könnte. Wenn es dann noch gilt, das schlimmste zu verhindern, dann scheint fast alles erlaubt.

Das Regime der Prävention kreist damit immer auch um das Problem des staatlichen Ausnahmezustands, der nun auf Dauer gestellt wird. Das Recht wird zumindest partiell suspendiert, oder es wird ständig umgeschrieben, um angebliche politische Ereignisse abzuwenden, welche die bestehende Rechtsordnung zerstören könnte. Der Ausnahmezustand beansprucht die Herrschaft über Leben und Tod, er radikalisiert die Mechanismen disziplinarischer Zurichtung und postdisziplinärer Kontrolle. Die vorweggenommene Katastrophe wird zum Vehikel protofaschistischer Sicherheitspolitiken, die vom Staat selbst ausgeht.

Für Agamben entstehen damit eine Reihe von Tendenzen, die im Ausnahmezustand resultieren, den er als eine Regierungstechnik

begreift, wobei im Kern der liberalen Demokratie schon die Aufhebung des Rechts lauert. Es geht hier zum ersten darum, neue Beziehungen in der Bevölkerung herzustellen, die aus einer ständigen Überwachung bestehen – deshalb die Konzentration auf Einrichtungen, die eine lückenlose Kontrolle von elektronischen und Kommunikationsdaten der Einzelnen erlauben. „die Forderung nach Transparenz bedeutet in ihrer übersteigerten und letztlich totalitären Form, dass jede und jeder von uns legitimerweise in allen Aspekten des Lebens dauerhaft überprüft, beobachtet, klassifiziert und bewertet wird“, schreibt Agamben. Zugleich wird die Teilhabe der Bevölkerung am politischen Leben immer mehr auf die Beteiligung an Meinungsumfragen im Vorfeld von Wahlen reduziert.

Diese Tendenz ist für Agamben umso beunruhigender, als sie schon durch Nazijuristen in theoretische Form gegossen wurde: diese haben das Volk als politisch ohnmächtiges Element definiert, dessen Schutz der Staat garantieren muss. Wenn man die Bürger*innen entpolitisiert, dann können diese aus ihrer Passivität heraus nur noch durch die Angst vor einem fremden Feind mobilisiert werden. Um kommende Krisen und Konfliktpotenziale zu antizipieren, entwickelt der Staat neue Kontroll- und Überwachungsinstrumente, die Daten aufzeichnen, sammeln und auswerten, sowie Techniken zur weiteren Quantifizierung und Vermessung der Bevölkerung und solche polizeilicher und militärischer Art. Die Transformation des gewöhnlichen Kapital-Staates in einem faschisierten Staat ergibt sich heute daher nicht unbedingt durch einen spektakulären Bruch, sondern durch die schleichende, aber beständig vorangetriebene Akkumula-

tion, Verdichtung und Verschärfung sicherheitspolitischer Maßnahmen, das heißt die Integration einer Kriegsmaschine in den Staat. Dazu zählt vor allem die Militarisierung und exekutive Zugriffserweiterung der Polizei bei gleichzeitiger Einschränkung der Grundrechte, wie sie derzeit bei den neuen Länderpolizeigesetzen zu beobachten ist und wie wir sie letztes Jahr beim G20-Gipfel erlebt haben. Zu den weiteren Maßnahmen gehören die Verschmelzung von Polizei und Militär sowie von Polizei und Geheimdiensten (und auch von zivilen und bewaffneten Behörden); darauf aufbauend die flächendeckende Überwachung, Datensammlung und -speicherung durch die staatlichen Dienste; die Kriminalisierung der Armut bei gleichzeitiger Senkung des Reproduktionniveaus der subalternen Bevölkerungsanteile, die Kooperation von „Sicherheitsbehörden“ mit faschistischen und terroristischen Netzwerken. Evident sind die Verschärfungen von Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien bis hin zur Etablierung eines Feindstrafrechts und rechtlich verankerter Zugriffsbefugnisse weit im Vorfeld konkreter Straftaten (G20, Polizeigesetze etc.).

Im Gegensatz zum historischen Faschismus, in dem eine äussere, streng hierarchisch gegliederte Organisation die Dominanz über die Staatsapparatur gewinnt und mit ihr verschmilzt, vollzieht sich die heutige Staatsfaschisierung nicht hauptsächlich durch einen Komplott zwischen faschistischen Organisationen und dem Staat, sondern es handelt sich um eine strukturelle und sequenzielle, vom Staat selbst angetriebene Transformation des politischen Systems und seiner Apparate. Staatsfaschisierung ist also nicht durch

braune Uniformen im Straßenbild und die Übernahme der Ministerien durch rechte Gruppen gekennzeichnet, sondern durch eine Tendenz, die in den Ministerien und Apparaten selbst vorbereitet und vorangetrieben wird.



Die Bundesregierung rät:

Wir sind eine ausländerfreundliche Nation, aber zu

Ihrer eigenen Sicherheit: Betreten Sie unser Land nicht!

bleiben Sie zuhause!

Liste Autor*innen

- Heidenau im Rückblick - Kristin Pietrzyk – AIB - Herbst 2018
- Wo wir stehen, wohin wir gehen – Jana Krtek – ZAG 66 - 2014
- Rassistische Gewalt... - Fabian Virchow - 20. Juli 2016 – Antritt von rechts
- Ein wenig mehr... - Gruppe Antifa Kleinparis (Leipzig)- AIB 108 - 3.2015/ 20.10.2015
- Den Rechten ist es ... - anonym – Autonomes Blättchen (AB) – März/ Mai 2016
- Antifaschistische Aktion – AIB 109 - 22.12.2015
- Gib mir irgendwas, das bleibt - "Rassismus tötet!" Leipzig – April 2018
- Antifa im Zwiespalt – anonym - AB – März/ Mai 2018
- Rassistische Mobilisierungen... - eine Einordnung – AIB - 03.09.2018
- German Angst – Florian Eisheuer - AIB 114 - 1.2017/ 17.04.2017
- Toxische Männlichkeit... - Anna Berg, Judith Goetz, Eike Sanders – apabiz – Sep. 2018
- Der Weg der Männer - Jan Raabe, Sonja Brasch - lotta 70
- Unterm Bruchstrich - anonym - AB 35 Dez18/Febr.19
- Misogyne Gewalt... - Svenna Berger, Eike Sanders – monitor 84 - Febr. 2019
- Die Ereignisse von Rostock- eine knappe Chronologie - ?
- Eskalation - ?
- „Hoffnungsschimmer: Die SPD schwenkt ein“ - ?
- Ein Blick zurück im Zorn - AIB 41 - 4.1997/ 18.11.1997
- „Antifa zu sein war kein Hobby...“ - Vorbereitungskreis 30 Jahre Antifa in Ostdeutschland (Westfälisches Dampfboot) – AIB - 15.7.2018
- Chronologie des deutschen Asylrechts - Bündnis für bedingungsloses Bleiberecht
- Deutschland macht dicht - Oktober 2016
- Zwischen grenzenloser Solidarität... - Hilde Sanft – AIB - 30.09.2015
- Wie Donauwörth... - David Jassey - ak 640 - 31.8.2018
- Die tödlichen Folgen Bundesdeutscher Flüchtlingspolitik - ARI – ZAG 66 - 2014
- Offensiv gegen ... - Christian Jakob - AIB 108 - 14.10.2015
- Security-Gewalt... - Aino Korvensyrjä (Justizwatch Berlin) – AIB - 4.2018/ 01.03.2019
- Nazis, Rassist*innen... - Bündnis für bedingungsloses Bleiberecht - Deutschland macht dicht -Oktober 2016
- Die wahre Krise - Matt Eagle – Zag 71 - 2016
- Der kommende Faschismus? - anonym - AB – März/ Mai 2016
- Progressiver und regressiver Neoliberalismus... - anonym – AB – Sep./ Nov. 2018
- Und was ist, wenn das hier erst... - anonym - AB – Juni/ August 2016
- Krise des Anti-Faschismus - Harry Waibel – ZAG 66 - 2014
- Hannibals Schattenarmee - taz 16.11.2018
- Rechtsdiener - Svenna Triebler – konkret - 02/2019
- Sommerthema Faschisierung - Jan Ole Arps – ak 640 - 21.8.2018
- Hetzkampagnen, Nazi-Bewegung... - Deborah Gülsen – ZAG 72 - 2016
- Zur Frage der Staatsfaschisierung - Achim Szepanski - ak 640 - 21.8.2018

Glossar

Agieren - handeln

antagonistisch - einander entgegenwirkend

Apologeten - eine Person, die etwas (auch wider besseren Wissens) entschuldigt, voller Überzeugung vertritt

Austeritätsökonomie - Sparpolitik, einsparende Wirtschaft

Autarkie - die Fähigkeit, sich selbst zu versorgen

Autoritarismus - Eigenschaft, autoritär zu sein; Anspruch eines Regimes auf absolute Autorität

Backlash - Rückschlag; heftige Reaktion einer best. Gruppe innerhalb der Gesellschaft gegen eine gesellschaftliche Entwicklung, einen polit. Trend o. Ä., von der meistens eine andere Gruppe profitiert, Rückwärtsbewegung

Causa – Rechtsgrund, Ursache, Zweck

demagogisch - hetzerisch, die Wahrheit verfälschend

Dispositionen - zur freien Verfügung stehend; Plan, Einteilung, Anordnung

Diskreditierung - jemanden, etwas in Verruf bringen

Erfurter Resolution - 2015 von der AfD aufgesetztes und unterzeichnetes Papier zur Stärkung rechter Politik

Eros - das Verlangen nach sinnlicher Liebe

Etatismus - eine politische Anschauung, welche dem Staat eine besondere Bedeutung im wirtschaftlichen und sozialen Leben einräumt

Fordismus - Form industrieller Warenproduktion, aufgebaut nach dem ersten Weltkrieg

Gestus - Gebärde, Verhalten

Hayek- Gesellschaft – rechte Ökonomievereinigung, in den letzten Jahren immer weiter nach rechts gerückt, AfD-Mitglieder

Hegemonie - Vorherrschaft, Vormachtsstellung

Ideologem - Gedankengebilde, Idee, Vorstellung

Indikator - Tatbestand, von dem auf einen Sachverhalt geschlossen werden kann

Interessenkonvergenz - Interessensannäherung

Kausalität - Zusammenhang, aufeinander folgend

Kompromittierung - Bloßstellung

kognitives Kapital - Bezeichnung einer Wirtschaftsform, bei der nicht mehr physische Arbeitskraft oder industrielle Produktion als Angelpunkte gelten, sondern geistige, intellektuelle und emotionale Arbeit

kolportiert - Gerüchte verbreiten; von Haus zu Haus gehen und Waren verkaufen

konsensual - einvernehmlich, übereinstimmend

konsolidiert - festigen, sichern; vereinigen, zusammenlegen

kosmopolitisch - „weltbürgerlich“, weltweit verbreitet

Korrektiv - Konzept, Maßnahme oder Hilfsmittel, um einen fehlerhaften oder unerwünschten Zustand zu beseitigen, zu korrigieren

kulminieren - den Höhepunkt finden, gipfeln

Melange - Mischung, Mix

monokausal – auf eine Ursache zurückgehend
Nonchalance - Lässigkeit, Unbekümmertheit, Formlosigkeit
progressiv - fortschrittlich
Polarisierung - Vorgang der Verstärkung von Gegensätzen
Paradigma - Grundannahme, Denkschemata
Reglementierung - durch Fortschritten geregelt
Regression - Rückschritt, Rückbildung/bewegung
Ressentiments - Vorurteile, Befangenheit
retrospektiv - rückblickend
rezipieren - aufnehmen, wahrnehmen
Segmente - Teile, Bausteine
sekundiert - unterstützend, helfend, beipflichtend
Selbstviktimsierung - sich selbst eine Opferrolle zuschreiben
selektiv - eine Auswahl treffend, auswählend
stagnierend - stockend, stillstehend, beharrend
Stigmatisierung - Benachteiligung, Herabsetzung, Diskriminierung
subsidiär Schutzberechtigte - „behelfsmäßig“ schutzberechtigt; kein anerkanntes Asyl, aber es würde ein „ernsthafter Schaden“ drohen bei Abschiebung
sukzessive - schrittweise
Syndrom - sich aus verschiedenen Symptomen ergebendes Krankheitsbild
Think-Tanks - „Denkfabriken“; Institutionen, die über „Forschung“ und Wissensvermittlung versuchen, die öffentliche Meinung zu beeinflussen (z.B. das Institut für Staatspolitik)
Tradierung - Weitergabe, Weiterführung
Transmissionsriemen - Vermittelnde/Verbindende Gruppe/Person/Element
„ultima ratio“ - das letztmögliche, äußerste Mittel zur Konfliktlösung; der letzte Ausweg
verifizieren - bestätigen, beweisen
virulent - in Unruhe, in Aufruhr befindlich; ansteckend
White Supremacy - Weiße Vorherrschaft

„.....Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel....“

aus dem Schwur von Buchenwald